

Dirk Wilking,
Michael Kohlstruck (Hg.)



**Brandenburgisches Institut
für Gemeinwesenberatung
Einblicke V**

Ein Werkstattbuch

Einblicke V

Dirk Wilking, Michael Kohlstruck (Hg.)

**Demos – Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung
Einblicke V**

Ein Werkstattbuch

Gefördert durch:



© Februar 2016, Potsdam

Demos – Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung
in Trägerschaft von „Demokratie und Integration Brandenburg e.V.“

Geschäftsstelle:

Zum Jagenstein 1

14478 Potsdam

Tel: 03 31/7 40 62 46, 01 73 / 6 48 95 81

Fax: 03 31/7 40 62 47

Email: geschaeftsstelle@big-demos.de

www.gemeinwesenberatung-demos.de

Redaktion: Kerstin Palloks, Berlin

Satz: Ralph Gabriel, Wien

Druck: Brandenburgische Universitätsdruckerei
und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH

ISBN 978-3-00-052262-8

Inhalt

Vorwort	7
 <i>Markus Klein</i>	
Welche Probleme und Potentiale ergeben sich im Zusammenhang mit der Aufnahme von Flüchtlingen? Steuerung von kommunalen Diskursen	9
 <i>Karin Lorenz/ Jürgen Lorenz:</i>	
In Brüssow summt es oder: „Tote Hose? Fehlanzeige!“ Sozialraumbeschreibungen – eine Chance zur Aktivierung und zur Bearbeitung von „weißen Flecken“	55
 <i>Gabriele Schlamann</i>	
Demokratieimpulse im ländlichen Raum	73
 <i>David Driese</i>	
Lebendige demokratische Strukturen. Beobachtungen und Empfehlungen für die Partizipation an politischen Prozessen in ländlichen Räumen	89
 <i>Andrea Nienhuisen</i>	
Bürgerbündnisse in Zeiten gesellschaftlicher Veränderungen	103
 <i>Nicola Scuteri</i>	
Zwischen rassistischer Mobilisierung und Willkommensinitiativen: Zur aktuellen Lage im Nordwesten Brandenburgs	139
 <i>Susanne Kschenka</i>	
Die NPD und ihre Abgeordneten in den Kreistagen und kreisfreien Städten des Landes Brandenburg	155
 <i>Dirk Wilking</i>	
Sorben/ Wenden und Rechtsextremismus	171

Michael Kohlstruck/ Alexander Lingk

Noch eine rechtsextreme Kleinstpartei:

Der „III. Weg“ in Brandenburg 199

Bildnachweis und Bildrechtsinhaber 223

Adressen des MBT 224

Vorwort

Einblicke V erscheint in einer „schnellen Zeit“: Ereignisse häufen sich in dichter Folge und Entwicklungen, die lange unterhalb der Wahrnehmungsschwelle blieben, werden sichtbar.

Rechtspopulistische Wahlerfolge und regelmäßige Demonstrationen haben spätestens 2014 deutlich werden lassen, dass die Migrations- und Integrationspolitik der Kristallisationskern eines tiefen gesellschaftlichen Konfliktes sind. Mit dem Zustrom einer unerwartet hohen Zahl von Flüchtlingen seit September 2015 hat sich dieser Konflikt deutlich intensiviert. In unterschiedlichem Verhältnis mischen sich auf Seiten der Gegner der Flüchtlingspolitik besorgte Bürger, Rechtspopulisten und Rechtsextreme. Letztere sehen ihre Stunde gekommen und versuchen, Irritationen, offene Fragen und lokale Probleme im Zusammenhang mit Flüchtlingsunterkünften für ihre rassistischen Strategien zu instrumentalisieren. Man muss genau hinschauen, um hier unterscheiden zu können zwischen denjenigen, die prinzipiell an gütlichen Problemlösungen interessiert sind und jenen, die unabhängig von konkreten aktuellen Anlässen schon immer die „Reinheit des deutschen Volkes“ bedroht sehen. Erneut bewährt sich in dieser Situation die Kenntnis der regionalen rechtsextremen Szenen und ihrer Repräsentanten. Für die Kommunalpolitik und engagierte Bürger ist es wichtig, mit dem MBT einen kontinuierlich erreichbaren, kompetenten Ansprechpartner zu haben.

Die Beratung im Umgang mit Rechtsextremismus ist mit den neuen Entwicklungen um zwei zusätzliche Aufgabenbereiche für das MBT ergänzt worden. Die offensichtlich attraktiver gewordenen rechtspopulistischen Positionen beziehen vieldeutige Frontstellungen gegen „die da oben“, gegen die politischen Eliten also und „gegen die Anderen“, die Migranten. Es ist nicht absehbar, wie sich diese Strömungen entwickeln werden: Radikalisierungen könnten dem parteiförmig organisierten Rechtsextremismus wie den sog. „Freien Kräften“ Zulauf bescheren. Die in jüngerer Zeit gegründeten Parteien „Die Rechte“ und „Der III. Weg“ könnten zu Auffangbecken im Fall eines NPD-Verbotes werden. Eine Stabilisierung des Rechtspopulismus als konservative Kraft rechts der Unionsparteien würde demgegenüber im günstigen Fall eine Art parlamentarischer Rechtsaußen-Einhegung bedeuten. Damit wäre überdies eine politische Repräsentation derjenigen verbunden, die sich selbst als die Verlassenen, die Verratenen oder die Verachteten betrachten.

Neben der Aufgabe einer kontinuierlichen und regional differenzierten Beobachtung dieser Entwicklungen hat die veränderte Flüchtlingspolitik auch

neue Felder der Beratung mit sich gebracht. Kommunen und Landkreise sehen sich mit der meist kurzfristig erfolgenden Zuweisung von Flüchtlingen konfrontiert. Soweit irgend möglich müssen Einwohnerversammlungen geplant, vorbereitet und durchgeführt werden. Das MBT ist in auch diesen Prozessen zu einer verlässlichen Größe geworden. Kompetenz in der Moderation von Großgruppen, Kenntnis rechtsextremer Akteure und die Fehler-Erfahrungen früherer Veranstaltungen kommen den Beratungsnehmern zugute.

Die Beiträge des vorliegenden Bandes befassen sich teils mit diesen aktuellen Herausforderungen, teils mit den angestammten Themenfeldern. Einen Schwerpunkt bilden analytische Überlegungen und Erfahrungsberichte zu rund 25 Jahren zivilgesellschaftlichem Engagement im Land unter dem roten Adler. Die Ausrichtung der MBT-Beratungspraxis hat ihr Profil bewahrt: Angestrebt wird eine aufgeschlossene und konfliktbejahende Inklusion aller politischen Strömungen und gesellschaftlichen Gruppen, soweit sie sich nicht selbst als erklärte Feinde der demokratischen Ordnung verstehen.

Auch Band V der Reihe „Einblicke“ wird als digitales Dokument über die Website von „Demos – Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenarbeit“ abrufbar sein.

Für Korrektur- und Lektoratsarbeiten danken wir Kerstin Palloks, für die Erstellung des Layouts einmal mehr Ralph Gabriel.

Dirk Wilking

Geschäftsführer von „Demos – Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung“

Markus Klein

**Welche Probleme und Potentiale ergeben sich im
Zusammenhang mit der Aufnahme von Flüchtlingen?
Steuerung von kommunalen Diskursen**



*Skulptur „Mündige Bürger“ von
Gerhard Göschel (1992/93) im
Landkreishaus Havelland, Rathenow*

Den „Mündigen Bürgern“ „fehlt zum Mündigsein vor allem eins: der Mund! Sie haben Nasen, mit denen sie den Braten womöglich noch riechen, aber wiederum keine Augen und Ohren. Wozu auch, ihre Köpfe sind verkabelt, was die Steuerung erheblich vereinfacht. Es ist ein Paradoxon, aber bei Werken wie diesem werfen die Schatten Lichter auf unser gegenwärtiges Dasein.“ Frank Kallensee, Kulturjournalist und Kunstkritiker (2010)

Einleitung

Das Thema Zuwanderung wird derzeit auf vielen Ebenen diskutiert.¹ Auf Bundesebene steht die Frage im Vordergrund, ob Deutschland ein Einwanderungsland ist. Daran schließen die Fragen an, unter welchen Bedingungen diese Einwanderung stattfinden soll und welche Regeln dabei gelten sollen. In Kommunen und Landkreisen drängen sich andere Fragen in den öffentlichen Diskurs. Dort wird zumeist darüber diskutiert, ob der ausgewählte Standort von Flüchtlingsunterkünften² wirklich der richtige ist oder ob nicht andere Alternativen viel besser geeignet wären. Generell kann festgehalten werden, dass an beinahe allen Orten, in denen Flüchtlinge³ neu untergebracht werden, Bewegungen in der betreffenden Region beobachtbar sind. Diese Bewegungen vollziehen sich hauptsächlich im diskursiven Raum, und Kommunikation steht dabei im Vordergrund. Dabei fällt vor allem ein Vorwurf an die vermeintlich Verantwortlichen deutlich ins Auge: „Ihr habt uns nicht rechtzeitig informiert und beteiligt.“

¹ Der Beitrag stützt sich auf die Erfahrungen des Mobilen Beratungsteams (MBT) Potsdam, also meiner Kollegin Frauke Postel und mir. In den Text sind darüber hinaus kollegiale Hinweise anderer MBT-Regionalteams eingeflossen. Die Beschreibung unserer Beratungsziele etwa stammt von den Kollegen aus Frankfurt (Oder). Der Dank des Autors gilt allen Kolleginnen und Kollegen des MBT.

² Gem. § 53 Asylverfahrensgesetz (AsylVfG) „sollen Ausländer, die einen Asylantrag gestellt haben [...], in der Regel in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht werden.“ D. h. der Gesetzgeber gibt als Regelfall (Soll-Bestimmung) die Gemeinschaftsunterkunft vor. Diese Unterbringungen stellen sich in der Praxis sehr unterschiedlich dar. Sie reichen von so genannten Wohnungsverbünden (vgl. <http://www.wohnungsverbund.de>) – die genau genommen eine Mischform von Gemeinschaftsunterkünften und einer Wohnungsunterbringung darstellen – über klassische Wohnheime (wie z. B. Potsdam „Alte Zauche“, Rathenow „Grünauer Weg“, Falkensee „Kremmener Str.“, etc.), bis hin zu Containerunterbringungen wie beispielsweise in Schönwalde/Glien und Dallgow-Döberitz. Diese Unterbringungsformen werden in der Praxis unterschiedlich bezeichnet: Gemeinschaftsunterkunft, Asylbewerberunterkunft, Flüchtlingsheim, Asylbewerberheim, Flüchtlingsunterkunft und Übergangswohnheim. In diesem Artikel werden diese Begriffe in ihrer Bedeutung synonym verwendet. Rechtsextreme Akteure benutzen gerne den Begriff „Asylantenheim“, da dieser negativ konnotiert ist.

³ Der Terminus ‚Flüchtlinge‘ wird in diesem Artikel als Sammelbegriff für Asylbewerber/-innen, Flüchtlinge, Geflüchtete, Geflohene etc. verwendet. Kennzeichnend für Flüchtlinge ist, dass sie überwiegend aus erzwungenen Gründen ihr Land verlassen: Weil sie um ihr Leben fürchten oder um das ihrer Familie, um ihre Freiheit, Selbstbestimmung oder Gesundheit. Asylbewerber wiederum sind eher der von Behörden verwendete Begriff für Personen, die sich um einen bestimmten aufenthaltsrechtlichen Status bewerben. (Vgl. Interview mit Rainer Spangenberg vom 8.4.2015 in der Lausitzer Rundschau, <http://www.lr-online.de/interview-der-woche./Das-Denken-in-Schwarz-Weiss-finde-ich-absurd;art1059,4982562>).

Bernhard Knuth, Bürgermeister der Stadt Beelitz, fordert in den Potsdamer Neuesten Nachrichten (Ausgabe vom 9. Januar 2013) vom Kreis mehr Informationen und Konzepte, wie die Flüchtlinge integriert werden sollen. Einige Wochen nach der Pressemitteilung der Landkreisverwalter moniert Bürgermeister Knuth weiter, bisher keinerlei offizielle Information über das Vorhaben bekommen zu haben. Fragen der Bürger könne er deshalb nicht beantworten.

Die Bürgerinitiative Pro Integration und gegen Massenunterkünfte in Rathenow stellt auf ihrer Homepage klar: Der Standort wurde entschieden ohne vorherige Information bzw. Diskussion mit den Bürgerinnen und Bürgern.⁴

„Sie machen uns es sehr schwer. Diese Veranstaltung hätten sie schon vor Wochen durchführen müssen. Als Abgeordnete in der Stadtverordnetenversammlung sind wir für die Bürgerinnen und Bürger Ansprechpartner. Und seit Wochen können wir ihnen nur immer wieder sagen, wir wissen auch nicht mehr als Sie.“⁵

„Natürlich kann sich die Gemeinde einer vom Landkreis verfügbaren Einrichtung einer Flüchtlingsunterkunft in Wustermark nicht verweigern. Das ist auch ein Gebot der Solidarität gegenüber Menschen in Not. Wir verwahren uns aber gegen die autoritäre Art, mit der der Landkreis seine Entscheidung durchsetzen will. Wir sind nicht informiert worden, wir sind nicht gefragt worden, wir sind nicht beteiligt worden – so geht das einmal gar nicht“, erklärt Manfred Rettke, Fraktionsvorsitzender der SPD Wustermark.⁶

Mangelnde Teilhabe und fehlende politische Diskussionen im Vorfeld der konkreten Planung sieht jedoch Bernhard Meyer, Sprecher der Bürgerinitiative „Für Asyl“, als Ursache für die anhaltend skeptische Haltung von Anwohnern. Er sagt: „Das war von Anfang an ein Geburtsfehler.“⁷

⁴ Vgl. die Homepage der Bürgerinitiative Pro Integration und gegen Massenunterkünfte in Rathenow, <http://www.bi-pro-integration-rn.de/%C3%BCber-uns/> (zuletzt: 1.11.2015).

⁵ Vorsitzender der SVV Werder im Rahmen der Informationsveranstaltung des Innenministeriums zur Eröffnung einer Außenstelle der ZAST in Ferch (Gedächtnisprotokoll des Autors). In Ferch trat das Innenministerium an die Stelle der Kreisverwaltungen, da dieses direkt für die Zentrale Aufnahmestelle in Eisenhüttenstadt sowie deren Außenstellen zuständig ist. Für diesen Artikel macht dies jedoch keinen Unterschied, da sowohl das Landesministerium als auch die Kreisverwaltung über ähnliche Selbstverständnisse verfügen, auf vergleichbare Begründungszusammenhänge zurückgreifen und nach den gleichen Handlungslogiken verfahren.

⁶ Vgl. Artikel der MärkischenOnlineZeitung vom 5.5.2015, <http://www.moz.de/artikel-ansicht/dg/0/1/1388068>.

⁷ Vgl. Artikel der MärkischenOnlineZeitung vom 14.11.2014, <http://www.moz.de/artikel-ansicht/dg/0/1/1346401>.

Alle zitierten Personen kritisieren die Informationspolitik der Verantwortlichen. Der Adressat ist auch ausschließlich der Landkreis⁸ bzw. die Kritik richtet sich primär an die Verwaltung. Diese hätte nicht rechtzeitig bzw. nicht ausreichend informiert und somit jede Form der Beteiligung im Keim erstickt. Aber ist das wirklich so einfach? Liegt es wirklich nur an der unzureichenden Kommunikation der Verwaltung?

Zur Beantwortung dieser Frage lohnt es sich, den gesamten Prozess zu betrachten, verschiedene Perspektiven einzunehmen und andere Ursachen oder Prozessaspekte einzubeziehen. Erst dadurch gelingt es, die notwendige Komplexität zu erreichen, um den Prozess angemessen zu untersuchen. Insbesondere der Aspekt, dass verschiedene Akteure Ansprüche erheben, lässt den Prozess nur schwer verständlich erscheinen. Unterschiedliche Akteure verfügen über verschiedene, jeweils spezifische Selbstverständnisse, Rolleninterpretationen und Vorstellungen zu anderen Akteuren. Im Zusammentreffen der verschiedenen Akteure bzw. Akteursgruppen greifen sie auf eben diese Verständnisse, etablierte Muster und Routinen zurück, die die Kooperationen fundieren und strukturieren.

In diesem Artikel wollen wir den Prozess, bei dem es darum geht, geeignete Unterbringungsform(en) zu installieren, unter die Lupe nehmen. Den Fokus legen wir dabei auf die handelnden Akteure vor Ort. Ihre Perspektiven, ihre Selbstbilder und Erwartungen sind der Ankerpunkt unserer Analyse(n). Im ersten Schritt verschaffen wir uns einen Überblick, wer die Akteursgruppen sind, die Ansprüche erheben. Danach rekonstruieren wir als zweiten Schritt aus akteurszentrierter Perspektive die Kommunikation der Zuständigen in der Standortfrage. Einerseits wollen wir dabei beschreiben, wie sich der Prozess aktuell in der Praxis vollzieht. Andererseits sollen auf der Basis dieser beschreibenden Analyse wichtige Achtungszeichen markiert und aufgezeigt werden, wie sich v.a. kommunikativ Spielräume in den jeweiligen Akteurskonstellationen erweitern lassen. Diese Möglichkeiten mögen z.T. banal erscheinen, aber auch Binsenweisheiten können bestimmte Situationen erhellen und somit Spielräume erweitern. Im dritten Schritt konzentrieren wir uns auf die kommunale Welt und die dortigen Prozesse. Dabei identifizieren wir die Gestaltungsmöglichkeiten und die Bedarfe, die Kommunen haben, um handlungsfähig zu sein bzw. zu bleiben. Zum Schluss reflektieren wir noch einmal unsere Rolle als Mobiles Beratungsteam hinsichtlich der Frage, was Beratung zu einem gelungenen kommunalen Prozess beitragen kann.

⁸ Dies gilt mit Ausnahme von Ferch, da es sich dort um eine Außenstelle der Zentralen Aufnahmestelle handelt (vgl. Fußnote 5).



„Nein zum Heim“-Demonstration am 29. Mai 2015 in Nauen



Willkommensinitiative lädt zur „Willkommensdemonstration“ am 1. Mai 2015 in Brandenburg a.d. H. ein

Akteursübersicht: Wer will eigentlich beteiligt werden?

Im ersten Schritt wollen wir die unterschiedlichen Akteure und Akteursgruppen genauer in den Blick nehmen. Wer erhebt im Fall der Flüchtlings- und Asylbewerberunterbringung Ansprüche der Beteiligung? Dies kann durch eigene Motivation und Ansprüche an das politische, demokratische System, aber auch durch bestimmte Zuständigkeiten der Fall sein. Während die zuständigen Verwaltungen und Behörden bzw. zum Teil auch Politiker qua Amt Ansprüche stellen bzw. stellen müssen, melden sich andere Akteure wie beispielsweise Willkommensinitiativen, sogenannte Bürgerinitiativen „Nein zum Heim“ etc. zu Wort. Darüber hinaus lassen sich zu diesem gesellschaftlichen Themenkomplex noch weitere Anspruchsgruppen beobachten, die in der öffentlichen bzw. medialen Wahrnehmung unterschiedliche Zuschreibungen, wie „Wutbürger“, „besorgte Bürger“, „verunsicherte Bürger“ etc. erhalten. In diesem Artikel wird diese Gruppe als konservativ bezeichnet.⁹ Darüber hinaus versuch(t)en rechtsextreme Akteure an beinahe allen Orten sowohl real in Form von so genannten Mahnwachen oder Demonstrationen, als auch virtuell vor allem auf Facebook¹⁰ fremdenfeindliche Stimmungen zu erzeugen, Ressentiments zu schüren und gegen Ausländer zu hetzen. An manchen Orten schrecken Rechtsextreme auch nicht davor zurück, Personen und Organisationen zu bedrohen oder direkt anzugreifen.¹¹

Zusammenfassend lassen sich in der Praxis also folgende acht Akteure bzw. Akteursgruppen identifizieren:¹²

⁹ Im später folgenden Kapitel – „Ich bin kein Nazi, aber...“ – Konservative in der Kommune – werden Begriff bzw. Personen oder Personengruppen näher bestimmt.

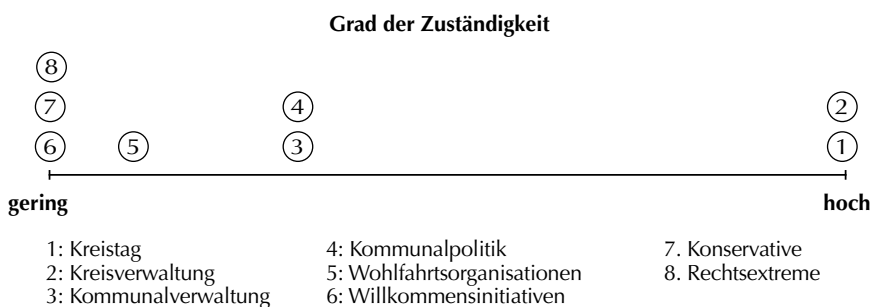
¹⁰ Vgl. u. a. in Friesack (<https://www.facebook.com/NeinzumHeiminFriesack?fref=ts>), in Falkensee (<https://www.facebook.com/pages/Nein-zum-Heim-in-Falkensee/546914208738245?fref=ts>), in Premnitz und Rathenow (<https://www.facebook.com/pages/B%C3%BCrgerinitiative-Nein-zum-Heim-in-Premnitz-und-Rathenow/328592580615683?fref=ts>), in Bad Belzig (<https://www.facebook.com/pages/B%C3%BCrgerinitiative-Nein-zum-Heim-in-Bad-Belzig/238986076266530?fref=ts>); (alle zuletzt abgerufen am 1.11.2015).

¹¹ Nachdem kommuniziert wurde, dass in Nauen ein Übergangwohnheim entstehen wird, wurde das Büro der Partei Die Linke mehrfach Ziel von Angriffen (Farbbeutel, Aufkleber, faule Eier etc.). Darüber hinaus wurde auch das Parteibüro der SPD attackiert und nach einer Demonstration für Toleranz und Weltoffenheit wurden dem Jugendhelfeträger Mikado e. V. die Reifen des Vereinsbusses zerstochen und die Nachricht „Liebe Asylantenfreunde, Tröglitz ist auch hier! Bis bald!“ an der Windschutzscheibe hinterlassen.

¹² Dies ist natürlich eine vereinfachte Darstellung der Realität. In der Praxis ist die Situation komplexer und es gibt immer auch Überschneidungen und Mehrfachfunktionäre. Die Einteilung und Gruppierung bezieht sich auf Landkreise als Gebietskörperschaften. In kreisfreien Städten gibt es eine Ebene weniger, da Kreistag und Kommunalparlament sowie Kreisverwaltung und Kommunalverwaltung zusammenfallen.

- Kreistag
- Kreisverwaltung
- Kommunalverwaltung
- Kommunalpolitik
- Wohlfahrtsorganisationen
- Willkommensinitiativen (Vereine, Kirchen, Parteien, Einzelpersonen etc.)
- Konservative
- Rechtsextreme

Wie bereits skizziert, gestaltet sich die Motivlage sehr unterschiedlich; der Grad der formalen Zuständigkeit ebenso. Abbildung 4 zeigt deutlich, dass die formale Zuständigkeit auf Kreisebene liegt.¹³ Diese formale Zuständigkeit geht selbstverständlich einher mit entsprechender Entscheidungsmacht, einem deutlichen Informationsvorsprung und hoher Sachkompetenz. Diese Abbildung verdeutlicht ebenso, dass die kommunalen Institutionen (Verwaltung und Kommunalpolitik) formal kaum zuständig sind. In der Vorbereitungsphase ist die kommunale Ebene lediglich zur Bescheidung eines Bauantrages oder Erteilung einer bestimmten Genehmigung formal zuständig. Im weiteren Verlauf kommen zusätzliche Verantwortlichkeiten hinzu: konkrete Integrationsarbeit im Ort, Beschulung und Kitaunterbringung. Willkommensinitiativen sind, genau genommen, formal ebenso wenig zuständig wie Konservative und Rechtsextreme. Eine indirekte Zuständigkeit ergibt sich daraus, dass sie regelmäßig politische Vertreter wählen, die wiederum die Verwaltungsspitzen wählen und deren Arbeit kontrollieren. Dies trifft aber nur dann zu, wenn es sich auch um Personen aus diesem konkreten Ort handelt.



Abgestufte Zuständigkeiten

¹³ Diese Veranschaulichung beruht auf den Einschätzungen des Autors und dient lediglich zur Verbildlichung der Ausführungen.

Diese formal nicht zuständigen Gruppen erheben im kommunalen Diskurs jedoch deutlich Ansprüche und zeigen z.T. einen starken Willen zur (Mit-) Gestaltung des Prozesses. Im Folgenden wollen wir nun Schritt für Schritt den gesamten Prozess analysieren und herausfinden, welche Schwierigkeiten sich in der Praxis daraus ergeben und welche Chancen und Möglichkeiten es gibt, die Kooperationen vor Ort zu verbessern.

Kooperative vs. instrumentelle Kommunikation

„Pflichtaufgabe zur Erfüllung nach Weisung“

Flüchtlinge, die in Deutschland ankommen, werden nach dem Königssteiner Schlüssel¹⁴ auf die Bundesländer verteilt. Dort werden sie zuerst in sogenannten Erstaufnahmeeinrichtungen aufgenommen, die vom jeweiligen Bundesland betrieben werden. Von dort werden Flüchtlinge direkt auf die kommunalen Gebietskörperschaften verteilt,¹⁵ die für die Aufnahme und Unterbringung als „Aufgabe im übertragenen Wirkungskreis“ bzw. als „Pflichtaufgabe zur Erfüllung nach Weisung“ zuständig sind.¹⁶ Während die Fachaufsicht dem zuständigen Ministerium¹⁷ obliegt, sind die Gebietskörperschaften relativ autonom in der Wahl und Ausgestaltung der Unterbringungsformen.

Wer oder was sind nun diese Gebietskörperschaften, die über die Unterbringungsform entscheiden? In Brandenburg handelt es sich dabei um die Landkreise bzw. die kreisfreien Städte. Konkreter betrachtet sind das also der Landrat bzw. der Oberbürgermeister als Leiter der Verwaltung und der Kreistag bzw. die Stadtverordnetenversammlung als Volksvertreter. Bevor das Thema „Flüchtlingsunterbringung“ öffentlich verhandelt wird, setzen sich also diese beiden Institutionen, Politik und Verwaltung, mit der Thematik ausein-

¹⁴ Der Königssteiner Schlüssel legt fest, wie sich die einzelnen Bundesländer an gemeinsamen Finanzierungen (u. a. auch die Verteilung der Asylbewerber und Kontingentflüchtlinge – § 45 AsylVfG) beteiligen. Der jeweilige Anteil eines Landes richtet sich nach der Bevölkerungszahl und dem Steueraufkommen.

¹⁵ Auch dieser Verteilung liegt der Königssteiner Schlüssel zugrunde.

¹⁶ Die Zentrale Ausländerbehörde ist der Landeserstaufnahmestelle angegliedert. Durch sie werden Asylsuchende auf die Landkreise und kreisfreien Städte verteilt. Diese sind laut § 4 Abs. 3 Landesaufnahmegesetz Brandenburg für die Errichtung und Unterhaltung der „Übergangswohnheime“ und Wohnungen zuständig.

¹⁷ In Brandenburg hat laut § 3 Abs. 2 Landesaufnahmegesetz das Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie (MASF) die Fachaufsicht über die Unterbringung von Flüchtlingen.

ander. Darüber hinaus konnten wir bereits sehen, dass der Kreisverwaltung¹⁸ und dem Kreistag¹⁹ zentrale Rollen im Prozess zu fallen. Daher wollen wir unseren Blick zuerst auf diese beiden Akteure sowie deren Kooperation und Kommunikation werfen.

Die verwaltungslogisch formulierte Aufgabenbeschreibung: „Pflichtaufgabe zur Erfüllung nach Weisung“ stellt klar: die Frage, ob Flüchtlinge untergebracht werden, ist hier nicht mehr relevant. Lediglich die Frage, wie diese untergebracht werden ist auf der Kreisebene noch offen. Ob und wie viele Flüchtlinge aufgenommen werden, wird auf der Bundesebene entschieden. Die Landkreisverwaltung und der Kreistag beschäftigen sich mit der Unterbringungsform: Werden Flüchtlinge in Heimen oder dezentral in Wohnungen untergebracht? Welche Voraussetzungen sind dafür notwendig? Diese Entscheidung(en) werden von den jeweiligen Landkreisverwaltungen vorbereitet und im Kreistag durch die Kreistagsabgeordneten getroffen.

Formale Struktur

Die formale Prozessstruktur, wie sie der Gesetzgeber in Brandenburger Kommunen vorsieht, lässt sich zusammengefasst folgendermaßen darstellen:

1. Die Kreisverwaltung wird von der Zentralen Aufnahmestelle in Eisenhüttenstadt, respektive der Landesverwaltung (Ministerium für Inneres und Kommunales des Landes Brandenburg) über die prognostizierte Anzahl der Flüchtlinge informiert.
2. Die Kreisverwaltung entwickelt einen Vorschlag, wie die zu erwartenden Flüchtlinge im Landkreis untergebracht werden.
3. Der Kreistag wird von der Kreisverwaltung informiert.
4. Der Kreistag berät und stimmt über den Vorschlag ab. Er trifft damit eine politische Entscheidung.
5. Die Kreisverwaltung setzt den Beschluss in die Praxis um.
6. Der Kreistag kontrolliert die Umsetzung.

Im Wesentlichen findet also der Entscheidungsprozess hinsichtlich der Unterbringungsform (Kernprozess) zwischen Kreistag und Kreisverwaltung statt.

¹⁸ In kreisfreien Städten ist dies die Stadtverwaltung.

¹⁹ In kreisfreien Städten ist dies die Stadtverordnetenversammlung.



Konstituierende Sitzung des Kreistages Havelland am 23. Juni 2014 in Rathenow

Diese Entscheidungsstruktur ist typisch für öffentliche „Projekte“ und folgt aus der verfassungsrechtlich festgeschriebenen Repräsentativität der Demokratie in der Bundesrepublik. Gewählte Vertreter des Volkes entscheiden über bestimmte, für die Öffentlichkeit und das Gemeinwesen relevante, Aspekte. In der Praxis gibt es immer wieder öffentliche Vorhaben, die zwar von den meisten Menschen als notwendig betrachtet werden, jedoch können sich nur die wenigsten vorstellen, mit den negativen Nebenerscheinungen direkt konfrontiert zu sein. Viele Menschen verreisen gerne bequem per Flugzeug und trotzdem wollen sie nicht direkt in der Einflugschneise wohnen. Ähnlich stellt sich die Situation in der Standortfrage von Flüchtlingsunterkünften dar. Die Verantwortung, Flüchtlinge zu unterstützen und aufzunehmen, lehnen die meisten Menschen in Deutschland nicht generell ab, ganz im Gegenteil: sie erachten diese Verantwortung häufig als sehr hoch. Jedoch ist z. B. das unbebaute Grundstück in der Nachbarschaft aus ihrer Sicht nicht für eine Flüchtlingsunterbringung geeignet. Das oben beschriebene Entscheidungsmodell soll dieses Schwarze-Peter-Spiel verhindern. Die Verwaltung als kompetente Institution ist gefordert, eine gute Lösung zu entwickeln, die dann im Kreistag diskutiert wird; Für und Wider werden abgewogen, mögliche Varianten besprochen etc. Danach wird der endgültige Vorschlag durch die Entscheidung der demokratisch gewählten Volksvertreter politisch legitimiert.

Auf diesen formalen Entscheidungsprozess wenden wir nun dezidiert unseren Blick. Wie verläuft die Interaktion der beiden Institutionen konkret? Beobachtet man die Praxis, entsteht der Eindruck, dass die Verwaltung sich der Mehrheiten im Kreistag sicher ist. Dies lässt sich z. B. an der Kommunikation nach außen ablesen. Neue Standorte werden der Öffentlichkeit nie als Vorschlag präsentiert, sondern als Entscheidung. Dies ist auch der Fall, wenn der Kreistag erst nach der offiziellen Pressemitteilung und Einladung zur Informationsveranstaltung für die Bürgerinnen und Bürger darüber abstimmt. Es ist also davon auszugehen, dass die Beratungen und Verhandlungen zwischen diesen beiden Akteuren bis dahin abgeschlossen sind. Aber wie verläuft diese Interaktion genau? Bis auf Pressemitteilungen²⁰ und Kreistagssitzungen²¹ lässt sich dieser Kernprozess von außen nicht einfach beobachten. Methodisch wären dabei Interviews denkbar. Wenn wir uns jedoch auf die Selbstbilder, die Selbstverständnisse bzw. die Rollen der beiden Akteure konzentrieren, dann ist dies gar nicht nötig. Mit Hilfe dieses Analyseschrittes ist es möglich, ein grobes Muster des Prozesses zu rekonstruieren. Dabei wird es uns auch gelingen, mögliche Potentiale und ungenutzte Chancen zu identifizieren und zu beschreiben.

²⁰ oder andere Formen der Öffentlichkeitsarbeit.

²¹ mit Einschränkung auf den öffentlichen Teil der Sitzung.

Die Verwaltung ist mit dem größten Teil der Kritik von Bürgerinnen und Bürger konfrontiert. Warum handelt die Verwaltung so, wie sie handelt? Worin begründet sich ihr Handeln bzw. welche Selbstverständnisse sind die Grundlage ihrer Aktivitäten?

In erster Linie ist die Verwaltung natürlich durch das Gesetz legitimiert. Ihre Aufgabe ist es, einen Beitrag zur Lösung öffentlicher Probleme zu leisten, in dem sie verbindliche politische Entscheidungen in staatliches Handeln umsetzt. Woran orientiert sich die Verwaltung in der Realisierung ihrer Aufgabe? Die Verwaltung antizipiert die gesellschaftliche Forderung an sie, ihren Auftrag und ihr Handeln effektiv und effizient zu gestalten. Sie geht davon aus, dass sie im Sinne der Bürgerinnen und Bürger die von ihnen verwalteten Steuergelder so gut wie möglich einsetzt. Stelle sie ihr Handeln nicht unter die Prämissen Effektivität und Effizienz, dann verschwende man – aus Sicht der Verwaltung – Steuergelder. In ihrer Selbstwahrnehmung ist die Verwaltung also nicht nur an Gesetze und Vorschriften gebunden, sondern unterliegen auch wirtschaftlichen Prinzipien. Somit begründen Verwaltungsakteure ihr Handeln vor allem damit, gesellschaftliche Probleme gesetzeskonform, Ressourcen sparend, wirksam und erfolgreich zu lösen. Das gelingt aus ihrer Sicht nur durch klare und hierarchisch gegliederte Verantwortungs- und Entscheidungsbereiche. Effektivität und Effizienz sind für die Verwaltung allerdings kein Selbstzweck. Die Verwaltung dient dem Wohle der Gemeinschaft. Aber was ist das Wohl der Gemeinschaft? Wer definiert und entscheidet, was gut und förderlich für die Gemeinschaft ist? An dieser Stelle muss sich unser Blick der Politik bzw. den Politikerinnen und Politikern zuwenden. Bevor wir dies jedoch im nächsten Kapitel ausführlich machen, wollen wir noch etwas beim Selbstverständnis der Verwaltung verweilen.

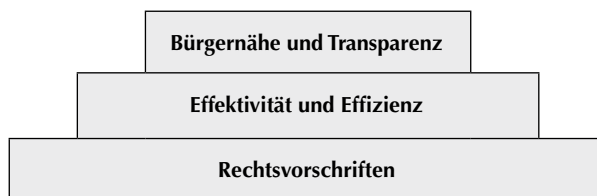
Legitimationspyramide der Verwaltung

Besonders in den letzten Jahren setzen Verwaltungen, neben der hierarchischen Organisation, immer mehr auf Verhandlungen und Beratungen. In diesem Zusammenhang spielen Transparenz und Bürgernähe eine große Bedeutung. Entscheidungen sollen offen und nachvollziehbar sowie an den Bedürfnissen und Problemen der Bürgerinnen und Bürger orientiert sein und auf deren Interessen eingegangen werden.²² Warum gestaltet sich dies bei Flüchtlingsunterkünften so schwierig? Das liegt vermutlich an den divergierenden

²² Die Rechtsgrundlagen hierfür sind Art. 21 der Landesverfassung und die §§ 13 und 54 der Brandenburgischen Kommunalverfassung (BbgKVerf); vgl. <http://bravors.brandenburg.de/de/gesetze-212922>.

Ansprüchen, denen sich Verwaltungsakteure gegenübersehen. Sie sollen mit geringstem Kostenaufwand arbeiten, Gesetze und Vorschriften strikt beachten und gleichzeitig flexibel auf die Bedürfnisse der einzelnen Bürgerinnen und Bürger eingehen. Besonders in der Kommunikation des (möglichen) Standorts einer Flüchtlingsunterkunft wird dies deutlich. Die Verwaltung geht davon aus, dass in einem offenen, herrschaftsfreien Diskurs keine Entscheidung gefällt werden kann, sondern ein „Schwarzes-Peter-Spiel“ entsteht, in dem jede Bürgerin und jeder Bürger die Notwendigkeit, Asylbewerber und Flüchtlinge aufzunehmen, unterstreicht, aber den Standort nicht in ihrer bzw. seiner Nachbarschaft etabliert wissen will. Somit würde der Prozess der Standortfindung, wenn dieser überhaupt gelänge, sehr lange andauern und folglich sowohl hohe Transaktionskosten verursachen als auch den gesetzlichen Anforderungen, die sich aus der „Pflichtaufgabe zur Erfüllung nach Weisung“ ergeben, aus ihrer Perspektive nicht gerecht werden.

Wenn man sich also diesen Blick auf die Dinge zu eigen macht, ist die oben gestellte Frage, warum es der Verwaltung schwer fällt, frühzeitig und offen zu kommunizieren, einfach zu beantworten. Augenscheinlich ist es für die Verwaltung kaum möglich, allen Ansprüchen in Gänze zu genügen. Die Rechtsregeln sind bindend. Sie bilden die Grundlage ihrer Rechtfertigungen und ihres Praxishandelns. Aufgrund der zunehmenden Verknappung finanzieller Mittel ergeben sich hier nur geringe Spielräume. Vielleicht kann man in der Kommunikation zur Flüchtlingsunterbringung von so etwas wie einer Legitimationspyramide der Verwaltung sprechen.



Legitimationspyramide der Verwaltung

Die Basis der Legitimation des Verwaltungshandelns bilden Gesetze und Vorschriften, die strikt eingehalten und umgesetzt werden müssen. An zweiter Stelle befinden sich die verfügbaren zeitlichen und finanziellen Ressourcen und die Wahrscheinlichkeit, Wirkung zu erzeugen. An dritter und letzter Stelle spielen Transparenz und Bürgernähe eine Rolle für die Verwaltung. Insbesondere in schwierigen Situationen sind die Verwaltungen gezwungen, operativ

zu handeln, d. h. kurzfristige Ziele stehen im Vordergrund. In solchen Fällen ist es für die Verwaltung essentiell, Rechtsvorschriften zu erfüllen sowie effektiv und effizient zu handeln. Die Postulate von Bürgernähe und Transparenz in Form von Beteiligung werden dann häufig nur eingeschränkt berücksichtigt. In der langfristigen Planung können aus Sicht der Verwaltung Bürgerinnen und Bürger bei der Entwicklung von strategischen Zielen beteiligt werden. Als Beispiel kann an dieser Stelle die Stadt Potsdam angeführt werden. Diese hat ein Integrationskonzept²³ entwickelt, in dem detailliert beschrieben wird, wie Integration in der Landeshauptstadt realisiert werden soll. Dieses wurde unter großer Beteiligung von verschiedenen zivilgesellschaftlichen Akteuren entwickelt und von der Potsdamer Stadtverordnetenversammlung verabschiedet. Die drei Ebenen der Rechtfertigungspyramide fanden Berücksichtigung. Es ist die Grundlage für die Integrationspolitik Potsdams. Auch wenn sich die Landeshauptstadt aktuell²⁴ nicht in der Lage sieht, dieses in Gänze umzusetzen, ist sie bestrebt, die erarbeitete Integrationsstrategie so schnell wie möglich wieder zu realisieren. Derzeit stehen für Potsdam die operativen Ziele – nämlich die Aufgabe zu bewältigen, Flüchtlinge unterzubringen – im Vordergrund. Dabei müssen zum gegenwärtigen Zeitpunkt Abstriche gemacht werden.²⁵ Die notwendigen Lösungen werden so transparent wie möglich, aber im Vergleich zum Konzept mit geringer Bürgerbeteiligung, entwickelt.

Kreispolitischer Alltag

Noch einmal kurz zur Erinnerung: Die Verwaltung bereitet nur vor, der Kreistag entscheidet. Die Verwaltung erarbeitet also Vorschläge und berät politische Entscheidungsträger (Kreistagsabgeordnete) im Hinblick auf die parlamentarische Abstimmung. Diese Entscheider, die Kreistagsabgeordneten, sind gewählte Vertreter der Einwohnerinnen und Einwohner der Landkreise. Dadurch sind die Abgeordneten legitimiert, Entscheidungen (auch zum Thema

²³ Vgl. das Integrationskonzept der Stadt Potsdam, download unter: https://www.potsdam.de/sites/default/files/documents/fortschreibung_des_integrationskonzeptes_der_landeshauptstadt_potsdam.pdf.

²⁴ Stand: Juli 2015.

²⁵ „Natürlich hätte ich mir gewünscht, dass wir auf Not- und Gemeinschaftsunterkünfte verzichten können. Ich stehe 100-prozentig hinter dem Integrationskonzept, aber wir müssen den Realitäten ins Auge blicken.“ (Sozialbeigeordnete Elona Müller-Preinesberger im MAZ-Interview vom 16.11.2014) – vgl. <http://www.maz-online.de/Lokales/Potsdam/Sozialbeigeordnete-Elona-Mueller-Preinesberger-verteidigt-umstrittenes-Fluechtlingsheim-am-Lerchensteig> (letzter Zugriff: 1.7.2015).

Flüchtlingsunterbringung) für sie zu treffen. Politikerinnen und Politiker vertreten also die Einwohnerinnen und Einwohner in Entscheidungsprozessen.

Betrachten wir die Kreistagsabgeordneten genauer, fällt auf, dass sie in der Regel nicht direkt als Person gewählt werden. Die Bürgerinnen und Bürger wählen meistens eine Partei. Abgeordnete in den Parlamenten erhalten ihren Sitz somit durch einen günstigen Platz auf der Parteienliste. Natürlich kommt es auch vor, dass Einzelne eine bestimmte Partei wählen, weil sie einen bestimmten Kandidaten wollen. In der Regel ist dies jedoch umgekehrt. Daher verdanken sie also auch der Partei ihr Amt als Abgeordnete/r. Eine Politikerin bzw. ein Politiker ist als Parteimitglied dieser auch immer zu Loyalität verpflichtet. Folglich sind Kreistagsabgeordnete einerseits Vertreter des Volkes und andererseits Vertreter ihrer Partei.

Auf kommunaler bzw. Landkreisebene kennen die Politikerinnen und Politiker ihre Wählerschaft mitunter persönlich. Das verleiht der doppelten Loyalität zu ihren Wählerinnen bzw. Wählern und zur Partei besondere Dynamik. Ein nicht unrealistisches Beispiel²⁶ könnte sich in der Praxis folgendermaßen darstellen:

Herr Müller ist Abgeordneter im Kreistag. Er wohnt in unmittelbarer Nähe einer geplanten, neu zu errichtenden Flüchtlings- bzw. Asylbewerberunterbringung. Dort ist erfahrungsgemäß mit der größten Empörung und dem stärksten Wunsch nach Alternativen zu rechnen. Einen Großteil seiner Stimmen bezieht Herr Müller aus seiner Nachbarschaft. Er geht davon aus, dass diese kein Flüchtlingsheim in ihrer Nachbarschaft haben will und sich an ihn wenden wird. Er vermutet auch, dass sich die Bürgerinnen und Bürger an ihn wenden werden, damit er auf keinen Fall dem Vorschlag zustimmt und sich für einen anderen Standort einsetzt. Dabei werden sie an seine Loyalität ihnen gegenüber appellieren.

Bisher ist noch nichts öffentlich. Herr Müller bekam die Information unter der Hand.

Herr Müllers Partei ist in Regierungsverantwortung und stellt den Landrat, der auch Leiter der Verwaltung ist. Die Zusammenarbeit zwischen seiner Partei und der Verwaltung läuft sehr routiniert ab. Wie in anderen Situationen auch, ist die Partei bestrebt, eine schnelle und komplikationsfreie Lösung bezüglich der Unterkunftfrage zu finden. Herr Müller antizipiert, dass seine Partei auch Loyalität von ihm fordern wird. Er sieht sich in einem Dilemma und nur bedingt handlungsfähig.

²⁶ Unser Beispiel, der Kreistagsabgeordnete Müller, ist frei erfunden. Ähnlichkeiten mit lebenden Personen wären rein zufällig und sind nicht beabsichtigt.

Wie groß ist das Dilemma des erfundenen Kreistagsabgeordneten Müller wirklich? Ist er in seinen Handlungsmöglichkeiten wirklich so eingeschränkt? Anhand dieses Beispiels werden wir versuchen, aus den Perspektiven der Kreisverwaltung und der Kreistagsabgeordneten die Konstellation dieser beiden Institutionen bzw. deren Interaktionen zu rekonstruieren. Am Beispiel des Abgeordneten Müller lassen sich grob drei Ebenen der Kommunikation herausarbeiten.

1. Innerparteilich: Innerhalb der Partei wird diskutiert werden, welche Position die Partei zum Vorschlag der Verwaltung einnehmen wird. Die Vermutung liegt nahe, dass innerparteilich versucht wird, Herrn Müller und eventuell andere kritische Mitglieder „auf Linie“ zu bringen. Da der Landrat als Leiter der Verwaltung in derselben Partei ist, wird ihm bzw. ihnen argumentativ wahrscheinlich mit oben beschriebenen Begründungen der Verwaltung begegnet werden. Diese werden sich auf den Sachzwang beziehen und vor allem die Effektivität und Effizienz sowie die fehlenden Alternativen als Rechtfertigungen hervorheben.
2. Regierungskoalition: Im Hinblick auf die Kommunikation innerhalb der Regierungskoalition ist davon auszugehen, dass sich parteiinterne Konflikte auf die Koalitionsebene ausweiten. D. h. die koalierenden Fraktionen sehen sich gezwungen, eine gemeinsame Position zu erarbeiten. Die Fraktion, die den Landrat stellt, wird versuchen, ihre/m Koalitionspartner/n mit denselben Argumenten auf den von der Verwaltung erarbeiteten und vorgeschlagenen Kurs zu bringen.
3. Verwaltung und Politik: Die dritte relevante Ebene ist jene zwischen Verwaltung und Politik. Zu vermuten ist, dass sich die Verwaltung aufgrund ihrer fachlichen Kompetenz in der stärkeren Position befindet und mit dem oben bereits beschriebenen Sachzwang ihr Handeln rechtfertigt.

„Da ist noch Luft nach oben“ – Kommunikative Spielräume

In allen drei beschriebenen Akteurskonstellationen (Partei zu Parteimitglied, Regierungspartei zu Regierungspartei sowie Politik und Verwaltung) handelt es sich um Konflikte, die schwierig aufzulösen sind. Wie aber lassen sich dennoch Spielräume bzw. Handlungsmöglichkeiten erweitern? Denkbar ist dies auf allen drei Ebenen in drei zentralen Punkten: dem Abbau der Informationsasymmetrie, der Prozessoffenheit und der strategischen Planung.

Abbau der Informationsasymmetrie

Die Verwaltung hat im Vergleich zu den Politikern einen enormen Informations- und Wissensvorsprung zur Frage der Flüchtlingsunterbringung. Das

setzt sich natürlich fort: Die Partei, die den Landrat stellt, der auch die Verwaltung leitet, ist zu dieser Frage auch besser informiert als ihre Kooperationspartner. Diese Informationsasymmetrie erschwert die Zusammenarbeit. Den Politikerinnen und Politikern – insbesondere jenen, die weniger gut vernetzt sind mit der Verwaltung – fehlt die notwendige Kompetenz, um als gleichwertiger Partner auftreten zu können. Ihre Handlungsmöglichkeiten sind gemäß dieser fehlenden Kompetenz sehr begrenzt. Im Extremfall verfügen sie über zwei Alternativen: (unkritische) Zustimmung oder (fundamentale) Ablehnung.

Dieses Ungleichgewicht sollte ausgeglichen werden, um konstruktive Diskussionen zwischen den Akteuren vor ihren unterschiedlichen Hintergründen und Legitimationen ermöglichen zu können. Dazu ist einerseits die Bereitschaft der Politikerinnen und Politiker wichtig, sich in die Thematik einzuarbeiten und sich auch von anderen Experten, wie z. B. freien Trägern der Wohlfahrtspflege oder Flüchtlings- und Migrationsorganisationen, beraten zu lassen. Als Schwierigkeit kann an dieser Stelle die Ehrenamtlichkeit der Kreistagsabgeordneten angeführt werden. Sie gehen einer hauptberuflichen Erwerbstätigkeit nach und erhalten für ihr Engagement bzw. ihre Tätigkeit als Abgeordnete lediglich Aufwandsentschädigungen. Das bedeutet, dass jede zusätzliche Arbeit ehrenamtlich erfolgen muss. Es ist nachzuvollziehen, dass dies für den einen oder anderen Abgeordneten schwierig ist. Jedoch kann es durchaus als ihr Verantwortungsbereich angesehen werden, sich als Abgeordnete adäquat zu informieren, um im Sinne der Gemeinschaft die richtigen Entscheidungen treffen zu können. Andererseits muss sich die Verwaltung ergebnisoffen und kompromissbereit zeigen. Das ist für sie nicht einfach. Wie schon beschrieben, sind in ihrem Selbstverständnis Effektivität und Effizienz wichtige Prämissen. Ergebnisoffenheit und Kompromissbereitschaft bedeuten, dass – aus ihrer Sicht – unnötige diskursive Schleifen eingezogen und eventuell sogar zusätzliche Überarbeitungen von Vorschlägen vorgenommen werden müssen. Dies wiederum ist alles andere als ressourcensparend oder schnell wirksam. Insbesondere vor dem z.T. enormen Druck, dem sich die Verwaltungen in Bezug auf die Flüchtlingsunterbringung ausgesetzt sehen, fällt die Einsicht in die Sinnhaftigkeit eines solchen Vorgehens sehr schwer.

Prozessoffenheit

In der direkten Kooperation zwischen Verwaltung und Politik ist ein offen gestalteter Kommunikations- und Entscheidungsprozess sehr förderlich. Nur so lassen sich eventuelle Schnittmengen identifizieren und für alle verträglichere Lösungen entwickeln. Dies setzt voraus, dass Vorschläge der Verwaltung als nicht endgültig, sondern als offen für Alternativen oder Modifikationen betrachtet werden. Verwaltung und Politik müssen sich gegenseitig als

gleichwertige Partner verstehen, die einen wichtigen Beitrag zur Lösung des Problems beitragen können. Politik ist nicht nur Abstimmungs- und Legitimationsorgan, sondern auch für den Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern bzw. den öffentlichen Diskurs zuständig. Politikerinnen und Politiker können über ihre (Partei-)Strukturen die Bürgerinnen und Bürger direkt erreichen und Aufnahmedruck, Vor- und Nachteile der Unterbringungsform, Standortkriterien etc. thematisieren. Dies kann eine gute Grundlage für die Akzeptanz von Flüchtlingen in der Nachbarschaft schaffen. Dafür benötigen die Politikerinnen und Politiker aber die entsprechenden Informationen und ein Verständnis darüber, dass es sich hierbei um ihre eigenen Entscheidungen handelt – nicht um jene der Verwaltung, die sie nur formal abstimmen.

Strategische Planung

Die in den letzten Jahren stark gestiegene Anzahl von Flüchtlingen zwingt die zuständigen Gebietskörperschaften zu schnellem Handeln. Die zuständigen Akteure sehen sich häufig nur in der Lage, operativ zu planen. Die Einbeziehung anderer Akteure ist kaum möglich, da der zeitliche Druck zu groß ist.²⁷ Selbstverständlich müssen in bestimmten Situationen kurzfristig Entscheidungen getroffen werden, aber niemand hindert die zuständigen Akteure daran, trotzdem auch langfristig zu planen. Eine solche strategische Planung kann partizipativ mit mehreren Akteursgruppen durchgeführt werden. Im Rahmen eines solchen Prozesses können verschiedene Schwierigkeiten überwunden und Handlungsspielräume erweitert werden:

1. Ein breiter und konstruktiver Diskurs im Landkreis, der weite Teile der Bevölkerung erreicht und ihnen die Möglichkeit eröffnet, sich einzubringen, kann angestoßen werden.
2. Durch den konstruktiven Austausch können Informationsasymmetrien ausgeglichen werden.
3. Ein Integrationskonzept, als ein mögliches Ergebnis der strategischen Planung, kann zum perspektivischen Orientierungspunkt werden.
4. Verschiedene Szenarien können entwickelt und diskutiert werden. Daran anschließend können vorbereitend Maßnahmen entwickelt werden, die zukünftig Handlungssicherheit geben.

²⁷ Am 20.4.2015 brachte die Fraktion Die Linke einen Antrag in den Kreistag Havelland ein, in dem u. a. ein Integrationskonzept für den Landkreis gefordert wurde. Dieser Antrag wurde in der Sitzung abgelehnt. Der Landrat Burkhard Schröder erklärte in einem Interview mit der Märkischen Allgemeinen Zeitung am 13.5.2015, dass dies zum einen aufgrund des Drucks durch die ständig steigenden Flüchtlingszahlen, der Schwierigkeiten in der Erschließung und Akzeptanz der Unterkünfte vor Ort und der klaren Zuständigkeit der Verwaltung („Pflichtaufgabe zur Erfüllung nach Weisung“) nicht möglich sei.

5. Ein kooperativ angelegter Strategieentwicklungsprozess fördert das Vertrauen der Akteure zu einander und signalisiert eine generelle Offenheit des Landkreises, Flüchtlinge aufzunehmen und dies auch vorbereitet und reflektiert zu organisieren.

Durch eine offene, gleichberechtigte und in die Zukunft gerichtete Zusammenarbeit können der Kreistag und die Verwaltung im Landkreis eine kommunikative Grundlage schaffen, die sich förderlich für den weiteren Prozess – insbesondere hinsichtlich der Akzeptanz von Entscheidungen – auswirken kann. Die Ergebnisse konstruktiver Diskussionen im Kreistag können Leitplanken für den Diskurs darstellen, an denen sich die weiteren kommunalen Debatten ausrichten können. Diese profitieren ebenfalls von dem kooperativen Kommunikationsklima. Lagerbildung wird vorgebeugt und sachliche, konstruktive Diskussionen zu dem Thema Flüchtlingsunterkunft können geführt werden. Eine strategische Planung, die die operativen Planungen ergänzt, kann für die Zuständigen (Kreistag und Verwaltung) auf Kreisebene, wie auch der Bevölkerung, Orientierung und Sicherheit geben. Durch Beteiligungsmöglichkeiten kann eine höhere Akzeptanz der Entscheidungen gewährleistet werden.

Nur gemeinsam sind wir stark – der Kampf der Wohlfahrtsorganisationen für eine soziale und gerechte Gesellschaft

Die Wohlfahrtsorganisationen, wie beispielsweise das Deutsche Rote Kreuz, die Caritas, die Diakonie, die Arbeiterwohlfahrt, der Arbeitersamariterbund usw., halten soziale Dienste und Einrichtungen vor. Ihr Selbstbild begründet sich darin, dass sie sozialverantwortliches Handeln nicht ausschließlich in der Verantwortung des Staates sehen, sondern sich selbst einen wesentlichen Teil dieser Verantwortung zuschreiben. Dabei setzen sie sich vor allem für die Schwachen in der Gesellschaft ein. In der Praxis betreiben sie u. a. Einrichtungen der Obdachlosenhilfe, der Kinder- und Jugendhilfe, für Menschen mit Behinderung und auch für Asylbewerber und Flüchtlinge. Dabei unterstützen sie diese Menschen dabei, ihr Leben besser bewältigen zu können und schöpfen dabei aus einer Vielzahl von Ansätzen und Methoden der sozialen Arbeit.

Freie Träger der Wohlfahrtspflege treten dabei auch immer als Anwalt für die Betroffenen auf. Neben der konkreten Unterstützung in der Lebenswelt der Einzelnen sehen sie sich als Sprachrohr für ihre Zielgruppen und versuchen, strukturell auf die Verhältnisse einzuwirken. Sie leisten also auch Lobbyarbeit für Gesellschaftsgruppen, die in (politischen) Entscheidungsprozessen häufig nicht wahrgenommen werden. Selbstverständlich sind Flüchtlinge ebenfalls

eine solche Gruppe, für die sich die Organisationen in dieser Form einsetzen. Aufgrund der Erfahrung in der Arbeit mit Flüchtlingen verfügen sie diesbezüglich über eine enorme Kompetenz. Insbesondere in der Ausgestaltung der Unterbringungsform (zentral – dezentral, Anbindung an Infrastruktur etc.) sind sie Experten, da sie die Bedürfnisse von Flüchtlingen in Deutschland kennen.

Darüber hinaus verfügen sie über ein gutes Netzwerk an engagierten Ehrenamtlichen vor Ort und verfügen über viel Erfahrung bei deren Koordination. In der Frage der Flüchtlingsunterbringung ist dies einer der wesentlichen Schlüssel, um einerseits die notwendige ehrenamtliche Unterstützung zu sichern und andererseits eine gute Willkommenskultur auf kommunaler Ebene zu schaffen. Dies macht sie zu einem wichtigen Partner der staatlichen Stellen.

Wie sieht das in der Praxis aus? Bringen sich die Wohlfahrtsorganisationen vor Ort in die Debatten und Verhandlungen ein? Die Dachverbände praktizieren das auf Bundesebene sehr stark. Auf kommunaler Ebene ist dies sehr unterschiedlich. Während sie vor Ort wichtige Akteure in der konkreten Ausgestaltung der kommunalen Willkommenskultur sind, können Versuche der Einflussnahme auf die Ausgestaltung der Unterbringung im Landkreis kaum beobachtet werden. Woran könnte das liegen?

Die Träger freier Wohlfahrtspflege besitzen so etwas wie ein doppeltes Mandat. Sie sehen sich zwei unterschiedlichen „Auftraggebern“ gegenüber. Zum einen entspricht es ihrem Selbstbild, die Interessen der Betroffenen zu wahren bzw. zu vertreten, und zum anderen sind sie den staatlichen Stellen verpflichtet und aufgrund der finanziellen Unterstützung von diesen in gewisser Hinsicht auch abhängig. Dieses Spannungsfeld zwischen den unterschiedlichen und z.T. divergierenden Interessenspositionen ist ein wesentliches Strukturmerkmal der freien Träger der Wohlfahrtspflege.

Die im vorherigen Kapitel beschriebenen Verbesserungsmöglichkeiten können auch in der Kooperation zwischen Zuständigen (Verwaltung und Politik) und den Wohlfahrtsorganisationen Spielräume erweitern. Die Wohlfahrtsorganisationen könnten ihre umfangreichen, in der Praxis erworbenen, Erfahrungen mit der Zielgruppe in den Entscheidungsprozess einbringen. Das ermöglicht ein bedarfsgerechteres Ergebnis, das auch in der Frage der Unterbringung von Flüchtlingen in den Landkreisen zum Tragen käme.

Darüber hinaus existieren oftmals keine oder nur mangelhafte Kooperationen und kaum abgeglichene und gemeinsam ausgerichtete Interessen seitens der unterschiedlichen und zum Teil konkurrierenden Wohlfahrtsorganisationen. Die Wohlfahrtsorganisationen sprechen sich nur bedingt ab und sind somit von den Entscheidungen der Geldgeber abhängig. Wenn es ihnen gelänge, ihre Interessen besser zu bündeln und in grundsätzlichen Fragen mit

einer Stimme zu sprechen, wäre ihre Verhandlungsposition gegenüber den politisch Zuständigen deutlich verbessert. Ein wesentliches Element ist dabei natürlich das Vertrauen untereinander, das vielleicht erst langsam entwickelt werden muss.²⁸ Eine gemeinsam entwickelte und langfristige ausgerichtete Strategie kann dazu einen guten Beitrag leisten.

Landkreis trifft Kommune

Bisher beschränkte sich die Prozessanalyse auf direkt Beteiligte, die als zuständige Funktionsträger genau genommen nur abstrakt betroffen sind. Die Flüchtlinge werden aber in konkreten Kommunen unterbracht. Kurz nach Bekanntwerden der neu einzurichtenden Flüchtlingsunterkunft melden sich deutlich mehr Akteure zu Wort und stellen Ansprüche der Beteiligung. Bevor wir uns anschauen, wer das ist und welche Dynamiken daraus entstehen, richten wir unseren Blick auf die bis dahin nicht-öffentliche Kommunikation zwischen den zuständigen Akteuren der Kreis- und der Kommunalebene.

Der Kreistagsabgeordnete Müller ist auch Stadtverordneter. Als er vor einigen Tagen die Einladung zur außerordentlichen Stadtverordnetenversammlung (SVV) erhielt, ahnte er bereits worum es gehen wird. Das Thema Flüchtlingsunterkunft hat die SVV erreicht und dort ging es hitzig zu. Im Unterschied zum Kreistag ist seine Partei dort in der Opposition. Das Flüchtlingsthema wäre vielleicht eine gute Gelegenheit für ihn und seine Partei, den Bürgermeister anzugreifen. Denn wie lange weiß dieser schon davon und hat die Stadtverordneten nicht informiert? Welche Kuhhandel zwischen den Verwaltungen haben da stattgefunden? Aber auf Kreisebene hat Herr Müller ja dafür gestimmt. Kann er jetzt eine andere Meinung vertreten?

Da es sich um ein Grundstück handelt, das in kommunalem Besitz ist, muss die SVV dem Verkauf zustimmen. Diesbezüglich muss die Stadtverwaltung, deren Leiter der Bürgermeister ist, der SVV einen Vorschlag unterbreiten, der dort diskutiert und abgestimmt wird. Der Bürgermeister gibt an, dass er vom zuständigen Dezernenten vor zwei Tagen informiert wurde.

Während Herr Müller die Argumentationen auf Kreisebene rational nachvollziehen konnte, fällt es ihm als Stadtverordneter schwer, ausschließlich auf der Sachebene zu bleiben. Er fragt sich, warum nun wirklich ausgerechnet WIR?

²⁸ Vgl. die in den 1960er Jahren von Anatol Rapoport entwickelte Tit-for-Tat-Strategie („Wie du mir, so ich dir.“).

Warum nicht die Kommunen im Speckgürtel, denen es ohnehin um so viel besser geht und die sich auch so präsentieren? Wie soll das den Leuten vor Ort erklärt werden? Vor ein paar Wochen mussten wir beschließen, dass die Bibliothek geschlossen wird. Natürlich sind das zwei ganz verschiedene Sachen, aber wie vermitteln wir das nur? Außerdem ist der Standort aufgrund der Schulproblematik vielleicht wirklich nicht der beste. Hätte der Bürgermeister nicht noch andere Möglichkeiten gehabt, die er dem Landkreis hätte anbieten können?

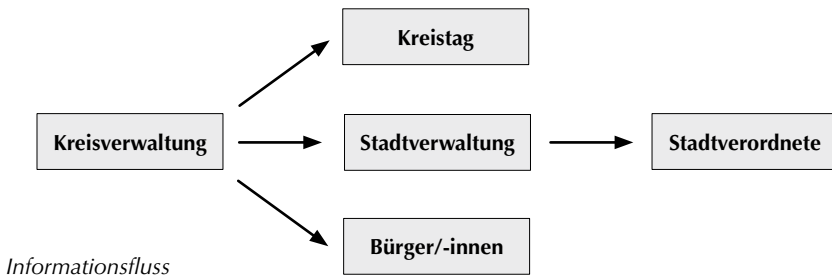
All diese Fragen und noch viele andere wurden in der außerordentlichen SVV-Sitzung auch z.T. sehr emotional diskutiert. Was da am Ende herauskommen wird, ist unklar. Der Landkreis wird in zwei Tagen die Bürgerinnen und Bürger per Pressemitteilung informieren und zeitnah zur Informationsveranstaltung einladen. Was werden die Kameraden bei der Feuerwehr nur sagen? Das Thema Flüchtlinge kam bereits einige Male zur Sprache. Herr Müller hatte dabei kein einziges Mal das Gefühl, dass eine Flüchtlingsunterkunft in seiner Kommune von den Kameraden gerne gesehen würde.

Herr Müller ist voller Fragen und Unsicherheiten und freut sich definitiv nicht auf die anstehenden Diskussionen mit den Bürgerinnen und Bürgern. Eigentlich weiß er nicht so richtig, was er sagen und tun kann.

In den ländlichen Regionen sind Multifunktionäre, wie unser Politiker Müller, keine Seltenheit. Häufig sind es immer wieder dieselben Personen, die sich im Gemeinwesen engagieren. Multifunktionäre sind häufig beliebte Ansprechpartner, weil sie zu den meisten Dingen Unterstützung bieten können und über die entsprechenden sozialen Netzwerke verfügen. Jedoch zeigt sich am beschriebenen Beispiel auch das Problematische. Die Interessen der verschiedenen Rollen, die man als Multifunktionär zu spielen hat, können divergieren. Als Kreistagsabgeordneter war noch alles ganz klar: „Pflichtaufgabe zur Erfüllung nach Weisung“ – das heißt, Flüchtlinge müssen im Landkreis untergebracht werden. Es gibt da keinen Spielraum. In der Frage, an welchem Ort die Flüchtlinge untergebracht werden, sieht das aber wieder anders aus. Als Stadtverordneter stellt sich Herr Müller die Frage, warum das ausgerechnet hier passieren muss und nicht in der Nachbarkommune. Er fragt sich auch, wie das die Kameraden in der Feuerwehr sehen. Auf jeden Fall existieren divergierende Interessen, die zu Rollenkonflikten und zur Handlungsunfähigkeit des Multifunktionärs Müller führen. Er benötigt dringend (alternative) Handlungsoptionen und ebenso mehr Handlungssicherheit. Herr Müller muss wieder Souveränität erlangen, um den verschiedenen Erwartungen gerecht werden zu können. Diese Handlungssicherheit kann er nur (wieder-)erlangen, wenn sich alle beteiligten Akteure an den im Kapitel „Kreispolitischer Alltag“ identifizierten Grund-

sätzen (Prozessoffenheit, Abbau der Informationsasymmetrien und Strategische Planung) orientieren.

Die am Beispiel des Abgeordneten Müller beschriebene Kommunikationspraxis kann häufig beobachtet werden. Die Kreisverwaltung entwickelt einen Vorschlag, informiert und berät den Kreistag, informiert und berät die Stadtverwaltung, die wiederum die Stadtverordneten informiert; danach werden die Bürgerinnen und Bürger informiert:



Die Abfolge der einzelnen Schritte im Kommunikationsverfahren ist überall gleich und insofern gesetzlich geregelt. Von Ort zu Ort variieren jedoch der Zeitpunkt sowie die Zeitspannen, die zwischen den einzelnen Kommunikationsschritten liegen. Zwei der eingangs erwähnten Zitate (Bürgermeister aus Beelitz sowie der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung Werder) zeigen, dass häufig entschieden wird, keine Information zu früh zu geben. Dieses Vorgehen ergibt sich aus dem Selbstverständnis der Verwaltung, effektiv und effizient zu agieren. Dadurch versucht die Verwaltung, den kommunikativen Mehraufwand zu vermeiden.

Aber wozu führt diese Taktik in der Praxis? Die Anfangsphase ist von enormer Bedeutung. Hier werden die Ankerpunkte und Leitplanken für den weiteren Diskurs gesetzt. Durch dieses von anderen als intransparent gedeutete Verhalten der Verwaltung ist die Kooperation zwischen Landkreis und Kommune in dieser wichtigen Phase aber erschwert. Zum Teil beobachten wir, dass die Zuständigen in der Kommune sich brüskiert, übergangen und ihrer Autonomie und Souveränität verletzt fühlen. Darüber hinaus sind sie durch dieses Vorgehen auch nicht in der Lage, auf Fragen ihrer Bürgerinnen und Bürger adäquat zu reagieren, da sie bestimmte Antworten darauf schlichtweg auch nicht kennen.²⁹

²⁹ Vgl. das zitierte Statement des SVV-Vorsitzenden aus Werder in der Einleitung dieses Artikels.

Des Weiteren lassen sich in der Praxis zwei weitere Phänomene beobachten, die als Auswirkung der Entscheidung, keine Information zu früh zu geben, auftreten.

1. Abwehr: Die kommunalen Akteure haben das Gefühl, bevormundet zu werden. Ihnen wird eine Entscheidung präsentiert, ohne dass sie die Möglichkeit hatten, sich dazu zu äußern. Das führt nicht selten zur Abwehr der Entscheidung bzw. zu dem Versuch, das Ruder wenigstens in kleinen Bereichen wieder an sich zu reißen.
2. Öffentliches „Feilschen“: Möglicherweise finden zwischen Kreis und Kommunen zu diesem Thema Beratungen und Verhandlungen unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Möglicherweise konnten sich Kreis und Kommune hier nicht zu einer gemeinsamen Lösung verständigen. Dann beobachten wir in der Praxis häufig folgendes Muster: Der Kreis informiert via Pressemitteilung, dass in Kommune X eine gewisse Anzahl an Flüchtlingen – sagen wir 400 – untergebracht werden. Die Kommune erklärt ihrerseits öffentlich, dass sie sich natürlich ihrer Verantwortung, Menschen in Not zu helfen, stellen wird – aber 400 in einem Dorf mit 1000 Einwohnerinnen und Einwohnern seien eindeutig zu viel. Mit 200 könne man noch gut umgehen. Danach einigen sich Kreis und Kommunen auf einen Kompromiss: Es werden 300 Flüchtlinge in Kommune X untergebracht. Es handelt sich also um einen öffentlich ausgetragenen Aushandlungsprozess, ein Ringen um Kompromisslösungen.

Interessen statt Positionen

Es liegt auf der Hand, dass beide Phänomene die konstruktiven Diskussionen vor Ort erheblich erschweren. Wie aber ließen sie sich vermeiden? Zu den bereits beschriebenen Möglichkeiten, Spiel- und Handlungsräume in der Kooperation zu erweitern (Prozessoffenheit, Abbau der Informationsasymmetrie und strategischer Planung), lässt sich an dieser Stelle das Verhandeln auf Basis von Interessen hinzufügen. Wie im berühmten Beispiel der „Orangengeschichte“ im „Harvard-Prinzip“³⁰ lassen sich zufriedenstellendere Ergebnisse erzielen, wenn es gelingt, über Interessen zu verhandeln und nicht über Positionen zu feilschen.

³⁰ Fisher R./Ury, W./Patton, B. (Ed.): *Getting To Yes: Negotiating Agreement Without Giving In*. 2. Auflage, New York, 1991.

Zwei Töchter streiten sich um die einzige Orange. Die Mutter wird zu Hilfe gerufen, sie soll das Problem lösen.

Was tun? Soll sie nun die Orange in der Mitte durchschneiden? Das wäre ein Kompromiss. Intuitiv macht die Mutter das Richtige und fragt: „Warum wollt ihr die Orange unbedingt haben?“ Eine der beiden Töchter möchte einen Kuchen backen und braucht dazu die Schale. Die andere möchte den frisch gepressten Orangensaft trinken. Die Orange ohne Schale genügt ihr.

Nach der Klärung der Bedürfnisse und Fokussierung auf die Interessen ist die Lösung plötzlich einfach. Eine Tochter bekommt die Schale und die andere das Fruchtfleisch der Orange. Der schnelle Kompromiss von zwei halben Orangen hätte beide Kinder unzufrieden gelassen.

Das Beispiel mit der Orange und den beiden Schwestern ist sehr klar und einfach. Alle stimmen zu, dass die Win-Win-Situation durch die Kommunikation über die jeweiligen Interessen besser als der schnelle Kompromiss ist. Aber ist diese „einfache“ Lösung in einer so komplexen Situation wie der Frage zur Unterbringung von Flüchtlingen anwendbar? Auf den ersten Blick scheint es schwierig. Der Landkreis muss Flüchtlinge in den Kommunen unterbringen. Die Kommunen wollen das nicht bzw. nur in geringerer Anzahl, als der Landkreis es vorsieht. Wie es dennoch funktionieren kann, zeigt ein Fall aus dem Landkreis Potsdam-Mittelmark, den wir als MBT-Potsdam beratend begleiteten. Die Gemeinde Wiesenburg trat mit dem Landkreis in Verhandlung. Dabei gelang es, die Interessen der beiden Verhandlungspartner im Fokus zu behalten. Der Landkreis war interessiert daran, die Flüchtlinge unterzubringen. Die Gemeinde Wiesenburg kommunizierte, dass sie zwar gern bereit sei, Flüchtlinge aufzunehmen, dies jedoch in der gegenwärtigen Situation nicht möglich ist. Der Grund dafür war der desolate Zustand der gemeindeeigenen Wohnungen. Durch die Unterstützung des Landkreises gelang es der Kommune, Finanzmittel zur Sanierung zu finden, während der Landkreis Flüchtlinge dort unterbringen konnte. Wie die beiden Schwestern konnten der Landkreis und die Gemeinde eine Lösung entwickeln, von der beide profitierten.

Zum Ende dieses Kapitels wollen wir auf eine allgemeine Schwierigkeit hinweisen. In der gegenwärtigen Situation fehlt in den Verhandlungen die notwendige Zeit. Eskalation entsteht in der Regel nur in jenen Situationen, in denen nicht genügend Zeit zur Verfügung steht, um adäquat kommunizieren zu können. Dann passieren genau die oben beschriebenen Phänomene: Feilschen um Positionen, Abwehr der Entscheidung, Rollenkonflikte etc. Die zuständigen Akteure sind gefordert, sich ausreichend Zeit zu ver-

schaffen. Wenn diese Zeit vorhanden ist, schließt sich eine weitere Frage an, der wir uns im Anschluss widmen werden: Wie kann diese Zeit vor allem auf kommunaler Ebene konstruktiv genutzt werden?

Kommunale Diskurspotentiale

Pressemitteilung des Landkreises XY:

„Vor dem Hintergrund steigender Asylbewerberzahlen bemüht sich der Landkreis XY auch weiterhin, geeignete Unterbringungskapazitäten für Flüchtlinge und Asylsuchende zu schaffen. Die vom Land Brandenburg vorgegebenen Fristen zur Unterbringung erfordern zudem die Umsetzung kurzfristiger Maßnahmen. Der Landkreis beabsichtigt daher, auf dem Grundstück XY in der Bahnhofstraße 1 in XY eine Gemeinschaftsunterkunft für Asylbewerber einzurichten. Eine Einladung zur zeitnahen Informationsveranstaltung wird in den nächsten Tagen veröffentlicht werden.“

Nun ist es also so weit. Der Kreistagsabgeordnete und Stadtverordnete Müller ist sehr gespannt, was nun in seiner Stadt passiert.

Nun wird es auf jeden Fall unübersichtlicher! Damit wir den Überblick nicht verlieren, werden wir uns nun noch die verbleibenden drei Akteure (Rechts-extreme, Willkommensinitiativen und Konservative) anschauen und dann den Blick auf das Ganze richten.

Gescheiterte „Wolfs-im-Schafspelz-Strategie“

Als Erste reagieren die Rechtsextremen. Innerhalb weniger Tage publizieren sie auf ihren Internetseiten Artikel und starten über Facebook eine sogenannte Bürgerinitiative, häufig mit dem Namen „Nein zum Heim in XY“. Sie sind also diejenigen, die lauernd in den Startlöchern stehen und umgehend versuchen, den entstandenen Diskursraum für sich zu nutzen. Dabei tarnen sie sich, inszenieren sich etwa als „besorgte“ Bürger, um gegen den Standort zu mobilisieren und gegen Ausländer zu hetzen. Trotz der hohen Beifallsbekundung durch viele „Gefällt-mir“-Angaben auf Facebook, gelang es ihnen in Brandenburg bisher nicht, sich vor Ort für die Bürgerinnen und Bürger als ernstzunehmender Kooperationspartner anzubieten. Offenbar ist trotz der versuchten Tarnung als Kümmerer und Sprecher der „Besorgten“ für die Bürgerinnen und Bürger vor Ort sehr schnell klar, dass es sich bei den Initiativen um Rechtsextreme handelt. Das diskreditiert sie im kommunalen Diskurs und verhindert

ihre Anschlussfähigkeit. Das MBT konnte flächendeckend beobachten, dass für die Einwohnerinnen und Einwohner in Brandenburger Kommunen klar ist: mit Nazis arbeiten wir nicht zusammen und wir wollen mit ihnen auch nicht in Verbindung gebracht werden. Zum Teil bringt das Auftreten der Rechtsextremen einen von ihnen gänzlich ungeplanten, gegenteiligen Effekt mit sich. Alarmierte Bürgerinnen und Bürger sehen sich in der Verantwortung, gegen diese hetzenden Kampagnen deutlich Position zu beziehen. Dies ist häufig auch die Geburtsstunde der Willkommensinitiativen.

„Bin ein Gut-Mensch und das ist gut so!“

An den meisten Orten, an denen Flüchtlinge untergebracht werden, existieren solche Willkommensinitiativen.³¹ Diese nehmen von Ort zu Ort unterschiedliche Formen an: Initiativen, Arbeitsgruppen, Runde Tische etc., verfügen jedoch über ähnliche Selbstbilder. Häufig entstehen sie als Reaktion auf rechtsextreme bzw. fremdenfeindlich oder rassistisch motivierte Anfeindungen. Bürgerinnen und Bürger des jeweiligen Ortes können die diskriminierenden Äußerungen nicht unwidersprochen hinnehmen und wollen diesen etwas entgegensetzen.

Willkommensinitiativen sehen in der Zuwanderung einen gesellschaftlichen Mehrwert. Daher fordern sie eine besondere Form des Umgangs mit Vielfalt und die Partizipation der gesamten Bevölkerung, einschließlich der neu hinzukommenden Flüchtlinge und Asylbewerber. Ein zentrales Ansinnen der Willkommensinitiativen ist es zum einen, Plattformen zur Begegnung zu schaffen und zum anderen, Flüchtlinge und Asylbewerber mit konkreten Angeboten zu unterstützen. Dies reicht von Spenden (Kleidung, Wohnungsausstattung etc.) und diversen ehrenamtlichen Angeboten, über Beteiligung in Vereinen bis hin zu Patenschaften. Vor allem die Aufnahme von Flüchtlingen und Asylbewerbern in örtlichen Vereinen, z. B. Sportvereinen, oder anderen Gruppen, etwa dem Kirchenchor, haben sich als sehr förderlich für eine gelungene Integration erwiesen. Darüber hinaus können auch die unterschiedlichen Patenschaftsprojekte als sehr potente Mittel zur Förderung von Willkommenskulturen in den Kommunen angesehen werden. Das Selbstverständnis der Initiativen zum Begriff „Willkommenskultur“ ist sehr weitreichend. Es umfasst alle Lebensbereiche in der Kommune.

Die soziale Zusammensetzung der Initiativen ist sehr unterschiedlich. In der Regel ist es ein Querschnitt durch die gesamte (organisierte) Zivilge-

³¹ Vgl. z. B. Falkensee (<http://willkommen-in-falkensee.jimdo.com/>), Friesack (<https://www.facebook.com/pages/Runder-Tisch-Friesack/374570879369900?fref=ts>), Bad Belzig (<http://www.derwinkel.de/>), sowie Teltow, Stahnsdorf u. a. (letzte Aufrufe: 1.11.2015).



Protest gegen eine Demonstration der „Brandenburger für Meinungsfreiheit und Mitbestimmung“ (BraMM) in Brandenburg a.d. H. am 2. Februar 2015

sellschaft. Die Mitglieder vertreten dort Parteien, Wohlfahrtsorganisationen, Vereine, Kirchen, andere Initiativen oder unterstützen die Initiative als Einzelpersonen. Aufgrund unserer Erfahrungen mit vielen Willkommensinitiativen können wir mittlerweile festhalten, je vielfältiger sich die Zusammensetzung gestaltet, desto größere Wirkung können sie im kommunalen Kontext erzielen. In sehr homogenen Initiativen verbleibt die Wirkung häufig in der eigenen Gruppe. Dies kann hilfreich für die Stärkung der eigenen Position sein, aber reicht nicht sehr weit über diesen Zusammenhang hinaus. Wenn es gelingt, viele verschiedene Akteure an einen Tisch zu holen, werden auch in der Kommune mehr Personen erreicht und der Diskurs in unterschiedlichen Milieus stimuliert.

Wie oben beschrieben, entstehen die Willkommensinitiativen in der Regel als Reaktion auf rechtsextreme Aktivitäten. Das würde den Schluss zulassen, dass zentrale Konfliktlinien zwischen diesen beiden Akteuren zu finden sind. Falls das zu Beginn des Prozesses noch der Fall gewesen sein



Toleranzfest in Nauen am 20. April 2015

sollte,³² spielen sie im weiteren Verlauf kaum noch eine akute Rolle. Latent ist diese selbstverständlich immer vorhanden. Die Initiativen arbeiten daran, in ihrer Kommune Strukturen und ein Klima zu schaffen, das ein Fußfassen Rechtsextremer verhindert.

Das Image der rechtsextremen Akteure wird als nicht anschlussfähig wahrgenommen. Auch dem geplanten Standort gegenüber kritisch eingestellte Bürgerinnen und Bürger wollen nicht mit rechtsextremer Ideologie in Verbindung gebracht werden.³³ Rechtsextreme zeigen kein Interesse an (konstruktiven) Diskussionen, sondern beschränken sich darauf, ständig die gleichen hetzenden Informationen zu verbreiten. Rechtsextreme sind aber nicht die einzigen Akteure, auf die sich Willkommensinitiativen beziehen. Ablehnung der Asylbewerber und Ressentiments gegen die Unterbringung von Flüchtlingen in ihrer Kommune identifizieren die Initiativen nicht nur bei den Neonazis. Sie sehen diese auch in gemäßigeren – konservativen – Kreisen.

„Ich bin kein Nazi, aber ...“ – Konservative in der Kommune

In allen Kommunen, die zum ersten Mal Flüchtlinge unterbringen müssen, existieren Personen und Personengruppen, die sich vor allem gegen den ausgewählten Standort aussprechen.³⁴ An diese Gruppen möchten die Rechtsextremen Anschluss finden, da sie Schnittmengen oder Übereinstimmungen in bestimmten Positionen oder Einstellungen vermuten. Diese Personen und Personengruppen sollen hier ausdrücklich von rechtsextremen Gruppen unterschieden werden. Sie wehren sich gegen Veränderungen bzw. gegen die

³² Die Willkommensinitiative in Friesack (Runder Tisch) versuchte auf der Facebookseite „Nein zum Heim in Friesack“ mit den Betreibern der Seite und anderen Facebooknutzern zu diskutieren. Es wurden Kommentare verfasst und auf Kommentare geantwortet. Jedoch sind diese sofort gelöscht worden. Es war also nicht im Sinne der rechtsextremen Betreiber, einen Diskurs über Zuwanderung oder die Unterbringungsform auf ihrer Seite zuzulassen. Die Seite war also als bloßes Propaganda-Instrument gedacht und sollte es auch bleiben. Die Willkommensinitiative gestaltete daraufhin die Facebookseite „Stumme Stimme Friesack“, um dort einen konstruktiven Diskurs führen zu können. Mittlerweile hat sich die Seite in „Runder Tisch Friesack“ umbenannt.

³³ Die Bürgerinitiative „Pro Integration – Contra Massenunterkünfte in Rathenow“ schreibt beispielsweise auf der Startseite ihres Internetauftritts: „Wir sind nicht fremdenfeindlich und teilen auch nicht die Ansichten der NPD oder anderer rechts- oder linksorientierter Parteien/Organisationen!“ (<http://www.bi-pro-integration-rn.de/>; letzter Aufruf: 1.11.2015).

³⁴ Zur Erinnerung: In diesem Artikel verstehen wir „konservativ“ im Sinne von „etwas bewahren bzw. erhalten wollen“.

Zuwanderung von Personen, die ihnen fremd sind, in ihr kommunales System. Dabei verfolgen sie zumeist aber keine politische Programmatik im Zusammenhang mit der Auseinandersetzung um die Aufnahme Flüchtlingen. Es geht ihnen vorrangig darum, das bisherige kommunale System überhaupt vor Veränderungen zu schützen, deren Folgen sie nicht absehen können. Vor diesem Hintergrund können diese Personen bzw. Personengruppen am besten als konservativ beschrieben werden. Dass solche konservativen Gruppen auch fremdenfeindliche Positionen vertreten können oder gelegentlich Vorschläge zur Unterbringung an anderen Orten vortragen, ändert nichts an der Tatsache, dass sie generell nicht als rechtsextrem, fremdenfeindlich oder rassistisch beschrieben werden können. „Konservativ“ als Merkmal solcher Gruppen ist außerdem in keinem uns bekannten Fall eine Selbstbeschreibung, sondern eine Zuschreibung von außen – in diesem Fall von uns.

Die Konservativen sind nur schwer zu identifizieren. Das hat zwei Gründe: Einerseits sind diese Gruppen sehr heterogen und die Motivlagen der einzelnen Personen und Untergruppen ebenfalls sehr unterschiedlich. Während die Einen sich übergangen fühlen, haben die Anderen Angst vor den anstehenden Veränderungen. Andererseits ist ihre Kommunikation von außen nur sehr schlecht und lediglich punktuell einsehbar. Am ehesten ist dies im Rahmen der Informationsveranstaltungen möglich.³⁵ Dort zeigen sich einzelne Bürgerinnen und Bürger, die die bevorstehenden Veränderungen kritisch sehen bzw. diese verhindern wollen und bringen das mit unterschiedlichen Statements (Kritik am Entscheidungsprozess, Angst vor Gewalt, Befürchtung von Einschränkungen und nachteiligen Veränderungen in der Kommune) zum Ausdruck:

„Sie sprechen mit uns erst, wenn schon alles entschieden ist! Wir werden wieder mal nicht gefragt.“ | „Bisher konnten wir uns ohne Einschränkungen in unserem Ort bewegen. Und jetzt? Das zukünftige Heim ist direkt neben der Schule, wie sollen denn da unsere Kinder sicher nach Hause kommen?“ | „Hier leben 2500 Menschen, denken Sie nicht, dass 180 Asylbewerber den sozialen Frieden gefährden werden?“ | „Es kommen ja hauptsächlich junge Männer, was tun sie für unsere Sicherheit? Wir haben Angst vor Vergewaltigungen und anderem.“

³⁵ In der Regel finden eine oder zwei Informationsveranstaltungen – mitunter auch als Bürgerversammlungen bezeichnet – statt. Diese werden von den Verantwortlichen (i.d.R. die Landkreisverwaltung) durchgeführt, um die Einwohner/-innen einer Kommune über die Pläne der Verwaltung zu informieren.

Andere zeigen ihre Unzufriedenheit durch Zwischenrufe, Gelächter und/oder lauten Beifall zu entsprechenden Wortbeiträgen. Nur selten beteiligen sich Konservative am weiteren kommunalen Diskurs. Zum Einen liegt das daran, dass die anderen Akteure Schwierigkeiten haben, sie einzubeziehen. Zum anderen sind sie häufig nicht gut organisiert oder es fehlt an der Bereitschaft, sich in den Diskurs einzubringen. Bei Protesten, wie sie beispielsweise in Rathenow durch das „Bürgerbündnis Havelland“ im Oktober und November 2015 organisiert wurden, stammen die Teilnehmer/-innen – ähnlich wie bei den Pegida-Demonstrationen in Dresden – aus verschiedenen gesellschaftlichen Gruppierungen. Die Motive, an den Veranstaltungen teilzunehmen, sind auch sehr unterschiedlich, was sich in den Reaktionen auf bestimmte Themen in den Redebeiträgen zeigt. Eine wesentliche Klammer ist die apolitische bzw. populistische Haltung oder Weltanschauung des „Die-da-oben-Wir-hier-unten“. Diese wird durch bestimmte Entscheidungsprozeduren befördert und verhindert auch die Beteiligung im kommunalen Diskurs.

In Falkensee und Rathenow organisierten sich diese konservativen Bürgerinnen und Bürger in Initiativen und brachten sich deutlich in den Diskurs ein.³⁶ Das ermöglicht es uns, einen genaueren Blick auf sie zu werfen. Auf jeden Fall lohnt es sich, das Selbstbild der Initiativen genauer zu beleuchten und die Rechtfertigungen für ihr Handeln zu betrachten. Was bewegt diese Bürgerinnen und Bürger und welche Argumentationen bringen sie dabei an? Ihre explizierten Argumente sind mitunter widersprüchlich,³⁷ inkonsistent³⁸ und häufig entsteht der Eindruck von Beliebigkeit.³⁹ Bei genauerer Betrachtung

³⁶ Falkensee, <http://www.bi-proasyl-falkensee.de> und Rathenow, <http://www.bi-pro-integration-rn.de> (letzte Aufrufe: 1.11.2015).

³⁷ Sie berichten z. B. ausschließlich von positiven persönlichen Erfahrungen mit Ausländern, sehen aber trotzdem den kommunalen Frieden gestört. Zukünftiger Nachbar eines Übergangwohnheims: „Ich bin mit einer schwarzafrikanischen Frau verheiratet, bin also überhaupt nicht fremdenfeindlich oder rassistisch, aber wie soll das werden, wenn hier so viele kommen?“

³⁸ Sie beziehen sich u. a. häufig auf integrative Aspekte und fordern eine bessere Integration, die nur an anderen Standorten realisiert werden kann, ohne in Ansätzen zu erwähnen, was eine gute oder sogar bessere Integration kennzeichnet. Aussagen wie „Eine gute Integration von Asylbewerbern kann an diesem Standort nicht erfolgen“ folgt in der Regel nur der Hinweis, die Standortentscheidung nochmal zu überdenken. Eine wirkliche Auseinandersetzung damit, wie Integration in der jeweiligen Kommune gelingen kann, wird vermieden und abgelehnt.

³⁹ Die Themen und Argumentationen gegen die Standortentscheidung sind sehr heterogen: „Kein ausreichendes Integrationskonzept“, „Wertminderung der Immobilien“, „Störungen des nachbarschaftlichen Friedens“, „unzureichendes Sicherheitskonzept verbunden mit fehlender Polizeipräsenz“, „keine Kapazitäten in Bildungs- und Kinderbetreuungseinrichtungen“ etc.

tung wird schnell deutlich, dass es sich um oberflächliche Begründungen handelt, die anderen Akteuren nicht glaubwürdig erscheinen (können). In der Regel stecken andere Anliegen hinter den kommunizierten Einwänden. In welchen Begründungszusammenhang stellen sie also selbst ihr Handeln?

Die direkte Kommunikation mit den Konservativen ist dabei von enormer Bedeutung. Man muss mit ihnen reden und genau hinhören. Dann lässt sich schnell die Motivation ihres Handelns identifizieren. Häufig fühlen sie sich benachteiligt oder fürchten um ihre Privilegien. Diese erlebte oder antizipierte, aber in jedem Fall subjektiv empfundene Benachteiligung erleben sie auf zwei Ebenen.

Erstens empfinden sie diese im Verhältnis zu anderen gesellschaftlichen Gruppen. Dabei sind die zum Vergleich herangezogenen Bereiche sehr divers. Sie reichen von persönlichen Perspektiven über den sozialen Status bis hin zu Themen, die sie auf kommunalpolitische Entscheidungen zurückführen. Das Thema Asylbewerberunterbringung bietet den Konservativen eine Möglichkeit, ihre gefühlten Diskriminierungserfahrungen zu kanalisieren. Im Rahmen von Bürgerversammlungen haben sie die Möglichkeit, ihren z. T. lange aufgestauten Unmut gegenüber den verantwortlichen Stellen deutlich zu machen. Ein sehr anschauliches Beispiel ist die Bürgerinitiative „Pro Integration – Contra Massenunterkünfte“ in Rathenow. Es handelt sich um Nachbarn der Flüchtlingsunterkunft „Grünauer Weg“ in Rathenow. In den letzten Jahren wurden dort einige bauliche Veränderungen durchgeführt, die vermutlich auf Unwillen bei den Bewohnerinnen und Bewohnern stießen. Beispielsweise führt die neu errichtete ICE-Trasse (Berlin-Hamburg) direkt an der Siedlung vorbei. Kurz darauf wurde auch eine Umgehungsstraße direkt hinter der Siedlung gebaut. Vor dieser Folie ist es nachvollziehbar, wenn die Bewohnerinnen und Bewohner der Siedlung nun denken: „Nun also auch noch das Asylbewerberheim! Jetzt reicht’s!“

Dieses Beispiel zeigt anschaulich, dass Menschen, die sich gegen eine neu zu errichtende Flüchtlingsunterkunft aussprechen, nicht immer von einem rassistischen Motiv angetrieben sind. Eine voreilige fremdenfeindliche Zuschreibung von außen wirkt sich dann schnell negativ auf den kommunalen Diskurs aus, da das eigentliche Thema verdeckt bleibt und sich diese Gruppe diskriminiert fühlt. Eine solche Zuschreibung von außen kann sogar dazu führen, dass im Sinne einer selbsterfüllenden Prophezeiung genau dieses fremdenfeindliche Verhalten erzeugt wird.⁴⁰ Es erscheint also angebracht,

⁴⁰ Einer der beiden Organisatoren des „Bürgerbündnisses Havelland gegen Politikversagen“ am 3.11.2015: „Man hat uns in der Presse als Nazis bezeichnet. Wenn die Liebe

genauer hinzuschauen und hinzuhören, um die eigentlichen Themen wahrnehmen zu können.

Zweitens herrscht bei den konservativen Kräften das Gefühl vor, von den Verantwortlichen in Politik und Verwaltung übergangen worden zu sein. Sie fühlen sich bzw. ihr Anliegen nicht wahrgenommen, nicht ausreichend informiert und in der Entscheidungsfindung nicht berücksichtigt. Wie am Beginn des Artikels beschrieben, wird in jeder Bürgerversammlung kritisch zum Ausdruck gebracht, dass die Zuständigen viel zu spät mit den Bürgerinnen und Bürgern sprechen. Dabei geht es sowohl um den Zeitpunkt der Information, als auch um die Beteiligung im Entscheidungsfindungsprozess. Der Sprecher der Bürgerinitiative „Für Asyl in Falkensee“ sprach in diesem Zusammenhang von einem „Geburtsfehler“ der Kreisverwaltung.⁴¹

Da es sich häufig um Einwohnerinnen und Einwohner handelt, die im direkten Umfeld der Asylbewerberunterkunft wohnen, sehen sie sich mit einer Situation konfrontiert, die andere Einwohnerinnen und Einwohner der Kommune nicht in solchem Maße erleben. Dabei fokussieren sie in der Regel auf mögliche negative Entwicklungen und konstruieren so für sie äußerst ungünstige und nachteilige Szenarien. Häufig werden diese negativen Szenarien verknüpft mit anderen kommunalen Entscheidungen und Entwicklungen (Umgehungsstraßenbau, Bahntrasse etc.) und können sich somit noch stärker zu einem Benachteiligungsnarrativ verdichten. Diese für sie diskriminierenden Erfahrungen verbinden und verstärken sich reziprok und sind von sich aus nicht auflösbar.

Daraus erklären sich auch die vorgeschobenen oberflächlichen Begründungen ihrer Positionen und ihres Handelns. Wer möchte von sich aus schon benachteiligt sein und dies öffentlich kommunizieren? Viel einfacher ist es, Fehler anderer zu identifizieren und anzuprangern oder vermeintlich schwächere Gruppe unserer Gesellschaft zu diskriminieren.

Moralischer Nachhilfeunterricht

Bevor wir den Blick auf das gesamte kommunale System und den Diskurs werfen, erscheint uns eine spezielle Akteurskonstellation von großer Bedeutung. Diese wollen wir kurz genauer anschauen: Willkommensinitiative und konservative Kräfte. Willkommensinitiativen stehen für eine gelebte Willkommenskultur in der Kommune ohne Ablehnung von Flüchtlingen.

und Sorge um unsere schöne Heimat Rathenow und das Havelland bedeutet, dass man Nazi ist, dann bin ich eben Nazi!“ (Gedächtnisprotokoll des Autors).

⁴¹ Vgl. Fußnote 7.

Daher stellt das Einwirken auf konservative Kräfte einen wichtigen Teil ihres Anspruchs dar. Vorbehalten zu begegnen und diese abzubauen, ist einer ihrer zentralen Ansätze. Dabei lassen sich in der Praxis zwei grobe Trends beobachten. Der erste lässt sich vielleicht am besten mit dem Adjektiv „inklusive“ und der Formulierung „auf Augenhöhe“ beschreiben, der andere mit „exklusiv“ und „von oben herab“. Während einerseits versucht wird, alle Einwohnerinnen und Einwohner der Kommune zu erreichen, mit ihnen offen und unvoreingenommen ins Gespräch zu kommen, gemeinsam Herausforderungen zu besprechen und Lösungen zu entwickeln, wird andererseits häufig auch in Willkommensinitiativen von „uns“ und von „denen“ gesprochen. Diese anderen haben Ängste, Unsicherheiten und Vorbehalte und müssen „aufgeklärt“ werden.⁴² Jene andere Gruppe der Einwohnerinnen und Einwohner würde jedoch von sich selbst nicht sagen, dass sie Angst haben, unsicher sind oder Vorbehalte haben. Durch solche Zuschreibungen von außen wird der gesamte kommunale Diskurs erschwert. Willkommensinitiativen wirken auf die konservativen Teile der Kommune dann häufig überheblich und arrogant. In der Praxis existieren beide Wege in der Regel nicht in ihrer Reinform. Häufig changieren die Akteure zwischen beiden Varianten und Mischformen sind beobachtbar.

Gestaltung und Steuerung des kommunalen Diskurses

Unsere acht wichtigsten Akteursgruppen sind nun vorgestellt und wir haben uns die eine oder andere Konstellation zwischen ihnen genauer angesehen und Perspektiven und Problemlagen gedankenexperimentell rekonstruiert. Dabei haben wir ebenfalls versucht zu eruieren, wie Handlungsspielräume zu erweitern sind bzw. im Prozess verloren geglaubte Souveränität zurückgewonnen werden kann. Nun sind wir an der Stelle angelangt, die für die konkrete Arbeit der MBTs entscheidend ist: die Steuerung des kommunalen Diskurses. Natürlich werden wir auf bereits formulierte Gedanken stoßen, wie z. B. Prozessoffenheit oder „Kommunikation auf Augenhöhe“. Wir werden diese dann nur noch erwähnen und nicht erneut vertiefend explizieren.

⁴² In der Selbstdarstellung einer Willkommensinitiative bezeichneten sie sich selbst als „Bürgerinnen und Bürger“. Die „Konservativen“ wurden in dieser Selbstdarstellung sogar sprachlich differenziert, in dem sie als „Einwohnerinnen und Einwohner“ bezeichnet wurden. Damit werden Unterschiede formuliert und manifestiert.

Gedanken zur Rolle als Berater

In diesem Teil des Artikels steht also die MBT-Arbeit bzw. die Reflexionen unserer Beratung im Fokus. Anhand unserer Erfahrungen in den Landkreisen Potsdam-Mittelmark, Havelland und den kreisfreien Städten Potsdam und Brandenburg a. d. H. sollen jetzt unsere Gedanken und vorläufigen Erkenntnisse zu diesen Fragen vorgestellt werden.

Die Verantwortung von Entscheidungen und Aktionen vor Ort tragen natürlich die lokal verankerten Akteure. Als Berater stehen wir ihnen zur Seite und unterstützen sie durch Fach- und Prozessberatungen. Dennoch wäre es leichtfertig, unsere Verantwortung in Beratungsprozessen kleinzureden. Beratung in kommunalen Prozessen ist gewissermaßen immer auch Steuerung von (sozialen, gesellschaftlichen und politischen) Prozessen. Es geht dabei immer um Verständigungen und Entscheidungen. In der Frage zur Unterbringung von Flüchtlingen in der Kommune geht es darüber hinaus auch um den Umgang mit Widerständen bzw. den Widerstand gegen Entwicklungen, deren Ausgang nicht vorhersehbar ist.

Die Ziele in der Beratung vor Ort sind sehr breit zu fassen und wurden vor kurzem von unseren Kollegen des MBT Frankfurt (Oder) sehr treffend zusammengestellt:

- Sicherung des sozialen Friedens
- Beförderung einer demokratischen Diskurskultur
- Beschreibung von Handlungs- und Konfliktfeldern
- Mediation von Konflikten
- Vermittlung von Wissen
- Menschenrechtsorientierte Wertevermittlung
- Implementierung eines bedarfsorientierten Integrations- bzw. Ansiedlungsmanagements
- Beschreibung von Konflikt- und Gefahrenpotentialen

Diese Auflistung verdeutlicht die breite Angebotspalette der MBTs im Arbeitsfeld der lokalen Flüchtlingsunterbringung. Die Ausgestaltung der konkreten Unterstützung vor Ort wird mit den Beratungsnehmerinnen und Beratungsnehmern ausgehandelt. Die Grundlage dafür ist selbstverständlich der gemeinsam mit den lokalen Akteuren erhobene Bedarf.

Der kommunale Kontext in der Frage zur Unterbringung von Flüchtlingen ist sehr komplex. Prozesse entwickeln sich parallel und überlappend und die Kommunikation verläuft häufig kreuz und quer. Daher ist es wichtig – sowohl in der Praxis, als auch in diesem Artikel – die Aufmerksamkeit für das Ganze nicht zu verlieren. Dies ist vor allem für die Akteure vor Ort häufig sehr

schwierig, da sie natürlich selbst Teil dieses Ganzen sind und im Alltag häufig nicht die Zeit finden, sich aus ihren Rollen zu lösen und über den berühmten Tellerrand zu blicken. Im Zusammenhang mit der Aufnahme von Flüchtlingen in den Kommunen ist dies jedoch ein wichtiger Aspekt, um den kommunalen Diskurs erfolgreich steuern zu können.

In der Regel wird das MBT Potsdam von jenen angesprochen, die sich für die Aufnahme von Flüchtlingen aussprechen. Entweder handelt es sich um diejenigen, die dafür zuständig sind (Verwaltung und Politik) oder um diejenigen, die davon überzeugt sind, dass Flüchtlinge in der Kommune Schutz bekommen sollen oder für die Zuwanderung einen Mehrwert darstellt. Sie suchen Unterstützung beim MBT für ihr Anliegen, das durchaus oft als Abgrenzung gegen eher abwehrende oder konservative Gruppen beschrieben werden könnte. Dabei besteht die Gefahr, dass in der Beratung Zuständige und Willkommensinitiativen immer stärker in den Fokus geraten und somit dem komplexen Gefüge der Kommune nicht entsprechend Rechnung getragen wird. Konservative und abwehrende Kreise könnten aus dem Blickfeld geraten. Diese Gefahr und die Dynamik, die zu einer solchen Entwicklung führt, ist regelmäßig Gegenstand unserer kritischen Reflexion.

Prävention von Lagerbildung

In den vorangegangenen Abschnitten haben wir bereits dargelegt, dass die Steuerung der Aufnahme von Flüchtlingen grundsätzlich von der Kooperationsfähigkeit der Akteure abhängig ist. Das betrifft in erster Linie zuständige und verantwortliche Stellen bzw. Ebenen, da diese über weitreichende Informationen verfügen. Aber auch die anderen Akteure sind davon nicht ausgeschlossen.

In der Praxis beobachten wir oft Ausdifferenzierungen bzw. Lagerbildungen: Rechtsextreme und Konservative auf der einen Seite und Aufnahmewillige auf der anderen Seite. Diese Entwicklung führt häufig zu dem Ergebnis, dass die Mehrheit sich gar nicht in den Diskurs einbringt. Es herrscht eine Stimmung, die keine „neutrale“ Frage, Position etc. zulässt. Wenn man sich zum Thema äußert, muss man sich vorher einordnen. Entweder ist man für oder gegen die Aufnahme von Flüchtlingen in der Kommune. Somit dreht sich also der Diskurs um eine Frage, die vor Ort gar nicht verhandelt werden kann. Diese Fokussierung verhindert Diskussionen über die vor Ort eigentlich relevante Thematik, nämlich die Ausgestaltung der Unterbringung. Wie kommen wir da wieder heraus?

Ein entscheidender Punkt dabei ist ein inklusiver Ansatz. Im kommunalen Diskurs müssen so viele Akteursgruppen und Personen wie möglich beteiligt

werden. D. h. nicht nur die Zuständigen oder die Willkommensinitiativen sollten zu Wort kommen, sondern auch konservative oder abwehrende Kreise. Die Erfahrung an verschiedenen Orten zeigt, dass die Aufnahme von Flüchtlingen in Kommunen gut verläuft, wenn Menschen die Möglichkeit haben, sich selbst einzubringen. Wichtig ist, dass das nicht erst passiert, wenn alle Entscheidungen getroffen sind. Die Menschen haben dann das Gefühl, dass sie instrumentalisiert werden. Eine frühzeitige Beteiligung kann hier sehr hilfreich sein. Durch ihren inklusiven Ansatz und ihre gleichberechtigte Haltung („Kommunikation auf Augenhöhe“) gelang es z. B. den Initiatoren der Willkommensinitiative in Friesack, immer wieder Menschen für die Teilnahme und Mitarbeit am „Runden Tisch Friesack“ zu gewinnen, die sich am Anfang noch gegen die Flüchtlingsunterkunft ausgesprochen haben. Das führte dazu, dass kreative und für sie und den Ort passende Integrationsmaßnahmen entwickelt wurden. Beispielsweise begleiten Flüchtlinge die Nordic-Walking-Gruppen Friesacker Senioren („Lahme Enten“ und „Stockenten“) regelmäßig bei ihren Wanderungen durch die Wälder Friesacks. Neben dem therapeutischen Wert von Bewegung in der Natur für den Einzelnen hat diese Maßnahme für den Friesacker Diskurs und die Integration der Neu-Friesacker in das kommunale System eine enorme Bedeutung. Die „Enten“ sind alteingesessene Friesacker, die im Ort sehr gut vernetzt sind. Durch ihr Engagement ist es möglich, dass sich vor allem auch im konservativen Spektrum Öffnungen des Systems ergeben.

Zentrale Fragestellungen

Wenn wir uns das Beispiel des Abgeordneten Müllers in Erinnerung rufen, fällt uns bestimmt wieder seine Handlungsunfähigkeit ein.

[...] Eigentlich weiß er nicht so richtig, was er sagen und tun kann.

Diese Handlungsunfähigkeit betrifft natürlich nicht nur den Abgeordneten Müller sondern häufig viele andere kommunale Akteure und in der Regel eigentlich das gesamte kommunale System. Das führt uns zu einer Frage, die für unsere Praxis von zentraler Bedeutung ist:

– Was benötigen Kommunen, um handlungsfähig zu sein?

Eine weitere Frage in unserer Beratungspraxis fokussiert die Grenzen und Möglichkeiten unserer Arbeit:

– Was kann Beratung zu einem gelungenen kommunalen Prozess beitragen?

An diese zweite Frage lassen sich zwei weitere Fragen anschließen: Wie arbeitet man mit Stellen, die eine „kommunale Gesamtverantwortung“ haben

und wie mit Gruppen, die unterschiedliche und z.T. gegensätzliche Positionen vertreten? Ein wichtiger Aspekt in der Beratung mit Gruppen divergierender Positionen ist die Fokussierung auf die Interessen, die wir uns bereits genauer angesehen haben.⁴³ Im letzten Teil dieses Artikels wollen wir unsere Erfahrungen und Reflexionen zu den oben beschriebenen Fragestellungen zusammenfassend beschreiben.

Öffnungsbereitschaft des kommunalen Systems

Für eine kooperative-konstruktive Haltung einer Kommune gegenüber den neuen Einwohnerinnen und Einwohnern ist die Qualität der Verständigung innerhalb der Kommune von extrem hoher Bedeutung. Bereits im Vorfeld ist es wichtig, für einen inklusiven Kommunikationsprozess zu sorgen und nicht erst, wenn die Flüchtlinge ankommen.

Wie bereits beschrieben, werden viele Kommunen häufig sehr kurzfristig von der Kreisverwaltung informiert. Auch das Amt Brück hat eine solche Erfahrung gemacht. Die Kreisverwaltung informierte den Bürgermeister einige Tage bevor die ersten Flüchtlinge nach Brück kommen sollten. Die Zuständigen in der Kommune reagierten sehr schnell und auf eine Weise, die für den weiteren Prozess und einen konstruktiven Diskurs in der Kommune förderlich war. Exemplarisch wollen wir uns diesen, von der Kommune Brück gegangenen, Weg genauer anschauen.

Sofortige Informationen an die Bürgerinnen und Bürger

Die Kreisverwaltung plante die Installierung der Unterkunft, ohne eine vorherige Informationsveranstaltung durchzuführen.⁴⁴ Die Zuständigen auf der kommunalen Ebene hielten es jedoch für ausgesprochen wichtig, so schnell wie möglich eine Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger zu ermöglichen. Diesbezüglich war es für sie unumgänglich, dass die Brückerinnen und Brücker so bald wie möglich kompetent und umfänglich informiert werden. Sie organisierten innerhalb weniger Tage eine Einwohnerversammlung, zu der sie auch die Landkreisverwaltung einluden. Diese nahm an der Versammlung teil, um über die Pläne zu informieren.

⁴³ Vgl. Abschnitt „Interessen statt Positionen“.

⁴⁴ Die Flüchtlinge sollten in einem bereits vorhandenen Gebäude untergebracht werden. Dieses befindet sich im Besitz einer Privatperson und wird für einen gewissen Zeitraum vom Kreis gepachtet. Somit bestand für die Kreisverwaltung keine Notwendigkeit, die Kommune stärker miteinzubeziehen. Da kein Bauvorhaben bestand, musste keine gesetzlich vorgesehene Bürgerbeteiligung durchgeführt werden.

Klare Positionierung der Zuständigen

Obwohl die Information des Landkreises an die kommunal Zuständigen sehr kurzfristig erfolgte, positionierten sich die Verantwortlichen in der Kommune öffentlich sofort klar und eindeutig. Neben der umgehend einberufenen Informationsveranstaltung erklärten sich auch die Zuständigen sofort per Pressemitteilung:⁴⁵ „Die Stadt Brück versteht sich als Ort der Vielfalt und Toleranz. Diesen Weg wollen wir auch weiterhin gemeinsam gehen“, sagt Amtsdirektor Christian Großmann. Der ehrenamtliche Bürgermeister Karl-Heinz Borgmann ergänzt: „Auch die Familienfreundlichkeit wird in Brück groß geschrieben, dementsprechend werden wir uns um die ankommenden Familien und Kinder kümmern.“ Im Rahmen der Einwohnerversammlung sagte der Amtsdirektor: „Wir werden die Menschen wie jeden neuen Einwohner offen empfangen [...]“⁴⁶. Klare Positionierungen seitens der Zuständigen vor allem zu Beginn des Prozess führen dazu, dass der weitere Prozess kanalisiert verlaufen kann. Die Positionierungen können dann als Diskurs-Leitplanken verstanden werden, die die Grenzen abstecken.

Fragen und Antworten

Wenn eine größere Gruppe von Menschen neu in eine Kommune kommt, entstehen automatisch Fragen, die das Zusammenleben betreffen. Im Kapitel „konservative Kräfte“ haben wir beschrieben, dass es wichtig ist, genau hinzusehen und hinzuhören. Die Zuständigen im Amt Brück haben dies sowohl in der Anfangsphase, als auch im weiteren Prozess sehr gut verstanden. Sie sammelten und sammeln immer noch auftauchende Fragen und Themen, um sie dann ernsthaft zu bearbeiten. Dies befördert das Vertrauen innerhalb der Kommune enorm.

Kooperationen schaffen

Im Rahmen der Einwohnerversammlung äußerte der Amtsdirektor: „...und [wir] müssen sehen, wie wir die auch für uns neue Situation in Kooperation mit vielen Institutionen meistern“. Diese Offenheit der Verwaltung für Kooperationen ist, wie bereits ausführlich beschrieben, von großer Bedeutung. In Brück gründete sich bereits in der Anfangsphase ein breites Bündnis von verschiedenen kommunalen Akteuren. Politik, Verwaltung, Kirche und Zivilgesellschaft

⁴⁵ Pressemitteilung Amt Brück vom 21.3.2015 (<http://www.amt-brueck.de/news/1/275876/nachrichten/br%C3%BCck-f%C3%BCr-vielfalt-und-toleranz.html>).

⁴⁶ Vgl. Artikel der Märkischen Allgemeinen Zeitung vom 25.3.2015 (<http://www.maz-online.de/Lokales/Potsdam-Mittelmark/Brueck-empfaengt-erste-Fluechtlinge>).

diskutierten gemeinsam darüber, wie die neue Situation gemeistert werden kann und entwickelten ersten Maßnahmen.

Auswirkungen

Das Willkommen der Flüchtlinge kann als warm und herzlich beschrieben werden. Die ersten 27 Flüchtlinge wurden mit frisch gebackenen Brötchen empfangen. Der ca. 1,5 km lange Weg von der Flüchtlingsunterkunft in das Zentrum des Ortes wurde anfänglich durch Fahrdienste überbrückt, später wurden den Flüchtlingen Fahrräder zur Verfügung gestellt. Die Flüchtlinge fanden später auf ihren Betten Osterkörbchen mit Schokolade und Spielzeug für Kinder. Einige Wochen nach ihrer Ankunft fand ein Willkommensfest in der Kommune statt. Diese ausgewählten Beispiele zeigen, wie das Willkommen organisiert werden kann, wenn bestimmte Voraussetzungen erfüllt sind.

Eine weitere – indirekte – Folge dieser Strategie ist das erfolgreiche Zurückweisen der rechtsextremen Szene. Diese war zu dem Zeitpunkt als die ersten Flüchtlinge eintrafen rund um Brück nicht zu unterschätzen. Akteure aus dem Umfeld zeigten sich regelmäßig bei Demonstrationen und Mahnwachen gegen die „Asylflut“ und agitierten mit hoher Frequenz im Internet. Dementsprechend versuchten sie, auch Einfluss in Brück zu bekommen. Es ist es ihnen jedoch bisher nicht gelungen. Die oben beschriebene Vorgehensweise der Kommune ist dabei von besonderer Bedeutung.

In solchen Prozessen geht es immer um die Bereitschaft und die Fähigkeit, sich auf Neues und Unbekanntes einzulassen. Ein sichere Boden wird verlassen, indem sich Gewohntes verändert. Das kann aus eigenem Impuls erfolgen oder durch Druck von außen. Auf jeden Fall ist es mit Unsicherheiten und Ungewissheiten verbunden und fordert die Betroffenen. Die verschiedenen Akteure öffnen sich peu à peu und handeln. Dadurch verändert sich auch das gesamte kommunale System sukzessive. Diese Entwicklung respektive diese Öffnung ist häufig nicht einfach und erfordert Respekt und Würdigung. Vor dem Hintergrund der verschiedenen Handlungslogiken, Legitimationen und Rechtfertigungen der Akteure, wie wir sie im ersten Teil dieses Artikels beschrieben haben, müssen immer wieder neue Abstimmungs- und Verständigungsprozesse gestaltet werden. An vielen Orten in unserer Region beobachten und begleiten wir aktiv diese Prozesse und die schrittweise Veränderung des kommunalen Systems. Das hat natürlich auch Auswirkungen auf andere Bereiche. Wenn die Akteure im Prozess der Aufnahme von Flüchtlingen gelernt haben, wie Kooperationen gut genutzt werden können, wirkt sich diese positive Erfahrung auch an anderen Stellen aus. Als MBT unterstützen wir diese Prozesse und würdigen auch immer wieder kleine Schritte, deren (lang-

fristige) Auswirkungen von außen manchmal besser erkannt werden können als im Prozess selbst.

Ein wichtiger Aspekt, der sich stark auf die Öffnungsbereitschaft des kommunalen Systems auswirkt, ist der Umgang mit Kritik. Nicht nur Zuständigen aus Politik und Verwaltung fällt dies häufig schwer. Positionen und Entscheidungen sind in der Regel lange und gut vorbereitet und werden von den Akteuren als die beste Alternative gesehen. Konstruktive Kritik ist nicht einfach, da Kritik an sich nie angenehm ist. Ob die Kritik erfolgreich ist oder nicht hängt von vielen Faktoren ab: wie gut wird die Kritik vom Kritiker vorgetragen, wie gut kann der Kritisierte diese annehmen und welcher Zeitpunkt ist der richtige? Wie gut ein kommunales System sich verändern bzw. lernen kann, hängt vor allem auch davon ab, wie gut sich der Einzelne im System entwickeln kann. Nur wer in der Lage ist, konstruktive Kritik anzunehmen, lernt dazu und entwickelt sich weiter.

Systeme an sich, so auch das kommunale System in Brandenburg, haben die Tendenz, „konservativ“ zu sein. Wir haben oben bereits über konservative Bürgerinnen und Bürger in der Kommune reflektiert. An dieser Stelle wollen wir den Fokus auf das Konservative des gesamten Systems legen. Die konservative Tendenz von Systemen garantiert eine gewisse Stabilität. Dies bedeutet, dass die Selbsterhaltung ein wesentliches Merkmal darstellt. Darüber hinaus kennzeichnet sie die Abhängigkeit von einmal eingeschlagenen Pfaden. Das garantiert ihnen eben diese Stabilität und Sicherheit. Es verhindert aber häufig die Fähigkeit, sich flexibel an neue Gegebenheiten anzupassen.

Eine Öffnung wird nur dann erfolgen, wenn a) ein Sinn erkennbar wird, dies zu tun oder b) ein entsprechender Druck diese erzwingt. Im zweiten Fall ist das System jedoch seiner Selbststeuerung beraubt und in seiner Autonomie verletzt. Das bedeutet auch, dass der Widerstand, der sich möglicherweise von der Kommune dem Kreis gegenüber zeigt, nicht unbedingt von der Konservativität des kommunalen Systems herrührt. Es kann sich dabei auch um die Verteidigung der kommunalen Autonomie handeln. Dies ist insbesondere in Kommunen der Fall, die sehr spät informiert wurden und sich im Vorfeld überhaupt nicht einbringen konnten. Der Widerstand richtet sich dann primär gegen die Landkreisesentscheidung aufgrund der verletzten Autonomie und nicht gegen Systemveränderungen, die sich aufgrund der Integration von Flüchtlingen ergeben. Selbstredend kann sich der Widerstand gegen die Kreisesentscheidung im weiteren Verlauf auch hemmend auf die Integrationsbereitschaft auswirken.

Im Zusammenhang mit der Öffnung und der damit einhergehenden Veränderung eines Systems entsteht die Notwendigkeit eines Verständigungsprozesses. Im besten Fall kann dieser beraterisch begleitet werden. Dabei geht es

immer um die kommunale Identität bzw. die Definition des Wir. Wer genau sind wir? Wer gehört dazu und wer nicht? Wie wollen wir gut zusammenleben?

In diesen Prozessen wird die kommunale Realität reflektiert, was häufig dazu führt, dass bestimmte Themen, die bisher keine Bearbeitung erfahren haben, identifiziert werden können. Dies ist ein wichtiger Schritt, weil dies häufig für die Betroffenen die zentraleren Themen sind. Das bereits beschriebene Beispiel der Bürgerinitiative „Pro Integration und contra Massenunterkünfte“ in Rathenow zeigt dies sehr anschaulich. In manchen Fällen ist es sehr einfach, die Themen zu identifizieren. Sie fliegen den Zuständigen in den Bürgerversammlungen manchmal sogar um die Ohren. In einigen Fällen ist es erforderlich, sehr genau hinzuhören und nachzufragen. Darüber hinaus ist eine gewisse Kritikfähigkeit notwendig, weil die Themen in der Regel Entscheidungen der Vergangenheit in Frage stellen oder angreifen.

Eine vom „Runden Tisch Friesack“ organisierte Veranstaltung verlief nicht so, wie dies im Vorfeld überlegt war. In der darauf folgenden Veranstaltung wurden zum einen das Scheitern und zum anderen der gesamte Diskursprozess der Kommune reflektiert. Dabei stellte einer der Teilnehmer fest: „Es geht um Kommunikation.“ Sowohl in der Aufarbeitung alter Themen als auch in der Bestimmung der kommunalen Identität, also im Hinblick auf die Öffnung des kommunalen Systems, ist Kommunikation das entscheidende Instrument. Dabei spielen auch Reflexionsschleifen eine wichtige Rolle, da sich die Veränderung zwar manchmal sprunghaft entwickelt, aber auch in kleineren Schritten vollzogen wird. Die einzelnen Entwicklungsschritte müssen bewusst vollzogen, am besten vom gesamten System bewertet und akzeptiert werden. Daher ist es wichtig, dies kontinuierlich zu reflektieren. Eine der Aufgaben des MBTs ist es, die Akteure vor Ort dabei zu unterstützen.

Das Ganze im Blick

Die Verständigung zur Bestimmung des „Wir“ in der Kommune schwingt also immer mit. Dies kann auch als Herausforderung beschrieben werden, da die Kommune als politische Einheit immer die Gemeinschaft aller Einwohnerinnen und Einwohner beinhaltet. Wenn wir also fragen: Was kann Beratung zu einem gelungenen kommunalen Prozess beitragen? gilt es immer zu bedenken, inwieweit wir das Ganze im Blick haben. Zum Ganzen gehören nicht nur Personen und Personengruppen, die sich aktiv artikulieren und handeln, sondern auch Teile der Kommune, die sich nicht äußern oder konservative Teile der Kommune, die sich gegen die Veränderungen aussprechen.

In diesem Zusammenhang ist der Begriff der Demokratie zentral und bedarf einer kurzen Erläuterung, da dieser verschiedenen Interpretationen und Akzen-

tuierungen unterliegt. Für das MBT gehört zu Demokratie neben der Gleichheit aller Personen auch eine Partizipation, die über die durch Wahlen gesicherte Repräsentation der Bürgerinnen und Bürger in Entscheidungsprozessen hinausgeht. Wir sehen es vielmehr als notwendig an, die Beteiligung aller gesellschaftlicher Gruppen – soweit dies möglich ist – kontinuierlich sicherzustellen. Im Zusammenhang mit der Aufnahme von Flüchtlingen ist auf kommunaler Ebene vor diesem Hintergrund essentiell, konservative Gruppen an den Prozessen zu beteiligen.

In Bürgerversammlungen zur Aufnahme von Flüchtlingen werden meistens Vorbehalte von konservativen Gruppen öffentlich vorgetragen. Als Reaktion darauf können wir ein Muster beschreiben, dass sich mit Distanzierung beschreiben lässt. In Stahnsdorf äußert eine Frau Vorurteile gegen Flüchtlinge. Sie moniert, dass diese nicht hilfebedürftig seien, da sie alle über Smartphones verfügen und außerdem auf deutsche Frauen losgehen würden. Die Reaktion ließ nicht lange auf sich warten. Sofort setzten Sprechchöre ein, die „Nazis raus!“ forderten. Die Kritikerin sollte also von der Diskussion ausgeschlossen werden. Wieder andere reagierten sofort auf diese Forderungen, buhten ihrerseits und forderten Meinungsfreiheit ein. Es bildeten sich zwei Lager, die sich feindlich gegenüber stehen.

Was kann man gegen eine solche Lagerbildung tun? Wie sind die Muster veränderbar? Auch an dieser Stelle ist Kommunikation der zentrale Schlüssel. Um eine Öffnung der einzelnen oder überhaupt der Gruppe der Konservativen in Bürgerversammlungen erzeugen zu können, ist es im ersten Schritt notwendig, sich nicht zu distanzieren, sondern auf ihre Anliegen, Fragen und Bilder einzugehen. Damit würdigt man sie als Person oder Gruppe. Inhaltlich kann dann eine Positionierung erfolgen, die Anfeindungen auch deutlich zurückweist. Als vorteilhaft hat sich in diesem Zusammenhang erwiesen, dass Fachleute und wenn möglich Verantwortliche aus Verwaltung und Politik an der Veranstaltung teilnehmen.⁴⁷ Diese sitzen dann nicht auf dem Podium und halten Vorträge, sondern werden im Bedarfsfall angefragt, ihr Fachwissen zur Verfügung zu stellen oder ihre Entscheidungen zu begründen.

Die inklusive Haltung im kommunalen Diskurs beschränkt sich natürlich nicht nur auf die Bürgerversammlungen. Diese sind wichtig, um die Bürgerinnen und Bürger über die Entscheidung und die damit einhergehenden möglichen Veränderungen zu informieren. Diese Veranstaltung markiert aber erst den Beginn des Diskurses. Die Beteiligung der Konservativen am Diskurs ist eine kontinuierliche Herausforderung, die darüber entscheidet, wie gut und

⁴⁷ Sehr gute Erfahrungen diesbezüglich haben die kreisfreien Städte Potsdam und Brandenburg a. d. H. sammeln können.

nachhaltig, sich der Prozess entwickelt. Wie dies am besten gelingt, ist abhängig von den örtlichen Rahmenbedingungen, den kommunalen Erfahrungen und natürlich den Personen vor Ort. Dennoch sollen hier zur besseren Darstellung zwei gute Beispiele aus der Praxis vorgestellt werden.

Runder Tisch Falkensee:

In Falkensee entschied der Bürgermeister, einen Runden Tisch einzuberufen, zu dem er verschiedene Akteure einlud. Da ausschließlich Funktionäre, d.h. Vertreter von bestimmten Institutionen (Stadtverordnetenversammlung, Schule, Kita, Kirche, Wohlfahrtsorganisationen, Willkommensinitiative etc.), vorgesehen waren und er darauf Wert legte, dass auch die Kritiker daran teilnehmen, ermunterte er die Konservativen, eine Struktur zu bilden, um ebenfalls am Runden Tisch teilnehmen zu können. Kurzerhand gründeten diese die Bürgerinitiative „Für Asyl“ und diskutierten mit.

Kiezfest Nauen:

Das zukünftige Asylbewerberheim in Nauen wird in einem sozial schwächeren Gebiet in der Stadt errichtet. Zur Bürgerversammlung sind nur wenige Anwohnerinnen und Anwohner erschienen. Den Zuständigen in der Stadt erschien es aber von großer Bedeutung, die Bewohnerinnen und Bewohner dieses Stadtteils zu beteiligen. Um einen gewissen Anreiz zu schaffen, organisierten sie ein Kiezfest mit Live-Musik, Spielmöglichkeiten und einer Podiumsdiskussion zum Thema „Asyl“.

Fazit

Zusammenfassend geht es um die Bedingungen, unter denen unterschiedliche Perspektiven der verschiedenen Akteure beschrieben und bearbeitet werden können. Die demokratische Qualität des Diskursverfahrens bemisst sich dabei an der Frage, wie die gemeinsam geteilten Prinzipien eruiert und wie Dissens und Differenzen behandelt werden. Durch die Bestimmung der Koordinaten innerhalb der Kommune kann die Qualität des kommunalen Diskurses selbst demokratisch gesteuert werden. Sie entsteht eben nicht nur über das Austragen unterschiedlicher Interessen, sondern dadurch, dass formale Regeln und Prinzipien geschaffen werden, nach denen Interessen bearbeitet werden.

Die Kommunalpolitiker spielen dabei eine wichtige Rolle. Es ist wichtig, dass sie sich selbst als Teil der Akteure verstehen, die insgesamt das gesellschaftliche System der Kommune steuern. Vielfalt ist auch im kommunalen

Diskurs eine Bereicherung, da die Entwicklungen viel zu komplex sind, als dass nur ein Akteur diese steuern und nachhaltige Lösungen finden kann. Die gesellschaftliche Bedeutung der Politikerinnen und Politiker erhöht sich in dem Maße, wie es ihnen gelingt, tragfähige Kooperationen mit den anderen Akteuren zu schaffen. Diese Abhängigkeit von kooperativer Kommunikation bedeutet einerseits eine gewisse Entlastung für die Politik, aber andererseits auch eine stärkere Anforderung an ihre Kommunikationsfähigkeiten. Es entsteht eine Wechselwirkung aus Autonomie und Abhängigkeit, die es zu handhaben gilt. Diese Grundlage lässt dann einen optimistischen Blick in die Zukunft zu, wenn es darum geht, nicht nur das Willkommen zu organisieren, sondern das Bleiben von Flüchtlingen in den Kommunen zu gestalten.

**In Brüssow summt es oder: „Tote Hose? Fehlanzeige!“
Sozialraumbeschreibungen – eine Chance zur Aktivierung und
zur Bearbeitung von „weißen Flecken“**

Ein Mord wirft seine schwarzen Schatten auf die kleinstädtische Idylle von Templin. Die vermeintliche Insel der Glückseligen erscheint plötzlich als Fremde, von der die meisten politischen Akteure nichts oder nur wenig wissen, zumindest wenn es um das Klima und Gefährdungen für die Demokratie geht.

Im Ergebnis der Gemeindegebietsreform entsteht am nördlichen Zipfel der Uckermark die Gemeinde Uckerland, zusammengeschlossen aus elf Ortsteilen, die bisher eigenständig für sich standen. Die neu gewählte Bürgermeisterin sucht nach Zugängen und will Identität stiften.

In Brüssow – nahe der Grenze zu Mecklenburg-Vorpommern – will ein junger Pastor Menschen zusammenbringen, über die Grenze der Kirchgemeinde hinaus. Will die Vereine, die jeder für sich viel machen, motivieren, miteinander zu arbeiten, miteinander zu reden, das – wie man so schön sagt – „Große Ganze“ der kleinen Stadt in den Blick zu nehmen. Vielleicht braucht man einen Menschen, der alles koordiniert und vernetzt?

Drei ganz unterschiedliche Standorte und Ausgangsproblemlagen. Angefragt um Beratung und Unterstützung, versuchten wir an allen drei Standorten mit unseren Auftraggebern herauszufinden, wo ihre Bedarfe liegen.¹ Rückblickend können wir sagen, dass es bei aller Unterschiedlichkeit der Ausgangssituation eine Gemeinsamkeit gab: den Wunsch danach, mehr zu erfahren über die Situation und die Befindlichkeiten der Menschen vor Ort, über ihre Wahrnehmungen und Wünsche, an allen drei Standorten hatten die Auftraggeber den Wunsch nach Veränderung.

Ausgehend von unseren Erfahrungen und den Erfahrungen anderer Kollegen aus dem MBT konnten wir in der Beratung auf die Möglichkeiten einer

¹ Für die wissenschaftliche Beratung und Unterstützung in der Arbeit mit Sozialraumbeschreibungen bedanken wir uns herzlich bei Kerstin Palloks, Berlin („EBB – Evaluation, Beratung, Bildung“; <http://www.beratungskiste.de/index.html>).

aktivierenden Sozialraumbeschreibung verweisen, auch auf Zukunftswerkstätten, in denen verschiedene Themen bearbeitet werden können.²

An den drei Standorten entschieden sich die Akteure für die Durchführung einer aktivierenden Sozialraumbeschreibung (SRB). Freilich waren die Motivationen unterschiedlich gelagert. In Templin war es der Druck, insbesondere auch von außen, auch der Medien, angemessen mit einem brutalen Mord umzugehen. In Uckerland war es die Suche der Bürgermeisterin, die noch jung im Amt war, nach ihrer eigenen Rolle, die Suche nach Identität für die künstlich entstandene Gemeinde nach der Gemeindegebietsreform und nach Unterstützern. In Brüssow war es die Unzufriedenheit mit einer gewissen Lethargie, die Suche nach Möglichkeiten, Menschen zusammenzuführen, sich selbst und einander wiederzufinden, um gemeinsam etwas für das Zusammenleben zu tun.



Brüssow liegt nahe an der Grenze zu Mecklenburg-Vorpommern

² Vgl. Kokoschko, Ray: Kommunalanalyse „Für ein weltoffenes und tolerantes Bad Freienwalde“, in: Hülsemann, Wolfram/ Kohlstruck, Michael/ Wilking, Dirk (Hg.): Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung, Einblicke II, 2007, S. 125-147.

Brüssow – ein Beispiel

In die jüngste SRB in Brüssow konnten viele Erfahrungen aus Templin und Uckerland einfließen. Deshalb soll der Schwerpunkt unserer Betrachtung auf Brüssow gelegt werden.

„Ich war im Jugendamt, dort wurde mir empfohlen, mich an Sie zu wenden“, durch diesen Anruf bekamen wir Kontakt zum Brüssower Pastor. Auf der Suche zunächst nach einem Mittelgeber für eine zu schaffende Arbeitsstelle für die Koordinierung der Arbeit der verschiedenen Vereine, hatte er sich aufgemacht ins Jugendamt, wo zugleich die interne Koordinierungsstelle für den Lokalen Aktionsplan (LAP) der Uckermark verortet ist. Bemerkenswert ist, dass der Pastor keine prinzipielle Absage erhielt, sondern mit seinen Wahrnehmungen und seinem Anliegen, etwas zu verändern, gehört und weitergeleitet wurde.

Schon bei unserem ersten Kennenlernen zeigte sich, dass der Pastor ein dickes Brett bohren wollte, dazu noch als Neuer und das nicht nur in seiner Kirchgemeinde. Wir erlebten ihn von diesem ersten Gespräch an als einen Pastor, dem alle Menschen am Herzen liegen, unabhängig davon ob sie Kirchenmitglied sind oder nicht. Sein Blick auf die Gemeinde geht weit über die Kirchgemeinde hinaus und meint das Miteinanderleben im gesamten kommunalen Zusammenhang.

Vielleicht ist ja auch genau das die besondere Herausforderung für Kirche im ländlichen Raum? Das Aufgabenfeld von Pastoren im ländlichen Raum erstreckt sich heute zumeist über mehrere Sprengel und eine größere Fläche. Und die Zeiten, in denen jedes Dorf seinen Pastor hatte, sind lange vorbei. Umso mehr schätzen wir es, in vielen Pastoren Partner in unserer Arbeit für demokratische Prozesse zu finden.³

Brüssow ist eine kleine Ackerbürgerstadt. Eingebettet in die schöne uckermärkische Landschaft, mental schon ganz nah dran am benachbarten Mecklenburg-Vorpommern. Hier ist auch der Verwaltungssitz des Amtes Brüssow, zu dem neben der Gemeinde Brüssow noch weitere vier Gemeinden gehören. Die Gemeinde Brüssow selbst vereint mit der Kernstadt vier Ortsteile – sprich Dörfer – und weitere elf bewohnte Gemeindeteile. Wenige haben hier viel Raum – die Fläche von rund 100 Quadratkilometern teilen sich rund 2000 Menschen.

³ Vgl. Dörre, Karin/ Lorenz, Jürgen: Das MBT im Dorf. Beratung im ländlichen Raum, in: Hülsemann, Wolfram/ Kohlstruck, Michael/ Wilking, Dirk (Hg.): Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung, Einblicke II, 2007, S. 167-191.



Das Brüssower Kino

Arbeit für alle gibt es nicht, in der Gemeinde dominieren Kleingewerbe und Landwirtschaft, die Menschen pendeln in die größeren Städte der Uckermark, nach Mecklenburg-Vorpommern oder auch bis Berlin, die Arbeitslosenquote beträgt im Landkreis Uckermark rund 17 Prozent (Stand 2014). Viele fühlen sich „abgehängt“ und „vergessen“ von der Politik. Und dennoch: Brüssow ist ein Ort zum Leben – Schule und Kita, Arzt und Apotheke, Landbäckerei und -fleischerei, ein kleiner Supermarkt, viele Vereine von der Freiwilligen Feuerwehr über den Karnevalsverein bis zum „Kulturhaus Kino Brüssow“ helfen dabei; ein Jugendklub ist vorhanden, die Busverbindungen in die Städte Prenzlau und Pasewalk sind annehmbar, so dass junge Familien aus dem benachbarten Polen Brüssow für sich als neuen Lebensmittelpunkt entdecken.

Die Fragen, die den Pastor bewegen: Wie leben wir miteinander, wie wollen wir miteinander leben – nebeneinander, jeder für sich? Wie kann es gelingen, näher zusammenzurücken, miteinander und füreinander?

Konzepte der Sozialraumbeschreibung (SRB)

Zur Beantwortung derartiger Fragen bietet sich die Methode der aktivierenden Sozialraumbeschreibung an. „Sozialraumbeschreibung“ ist ein Oberbegriff, der verschiedene Methoden und Ansätze zusammenfasst. Sozialraumbeschreibungen können ganz unterschiedliche Ziele verfolgen bzw. Gegenstände haben. Eingeführt ist der Begriff vor allem als Ansatz der politischen Raumplanung und umfasst hier vor allem quantitative Daten (Bevölkerungsentwicklung, sozio-ökonomische Faktoren, Gewerbedaten etc.). Diese „objektive Datenlage“ kann mit qualitativen Daten ergänzt werden. Sie dokumentieren vor allem die subjektive Sicht ausgewählter Akteure bzw. Akteursgruppen, die die Sozialraumdaten kommentieren bzw. ergänzen können.

Je nach Ausgangslage, Auftrag und Zielstellung changieren andere Ansätze der SRB zwischen einer sehr „sterilen“ wissenschaftlichen Methodik als Instrument der Planungs- und Entscheidungshilfe und eher sozialarbeiterischen Ansätzen der Gemeinwesenarbeit, die eine Kommunikationsförderung und die Aktivierung von Engagement anstreben.

Sozialraumbeschreibungen im Überblick

- Mit Hilfe der SRB können Strukturen und Lebensbedingungen einer Bevölkerungs- oder Akteursgruppe transparent gemacht werden (Ressourcen, Potentiale, Raumnutzung)
- Die angewandten Methoden können quantitativ oder qualitativ sein:
- Quantitativ: Nutzung von Fragebögen, besonders geeignet für den Vergleich verschiedener Sozialräume in einer Stadt
- Qualitativ: Nutzung von Interviews, eher zur Erfassung von verschiedenen subjektiven Sichtweisen einer Bevölkerung, dafür Entwicklung eines Leitfadens, der dem Interviewten auch den Raum gibt, eigene Themen aufzugreifen; kann auch als aktivierende Befragung angelegt werden (durch Nachfragen, so dass Interviewte angeregt werden, ihre Sichtweisen und Einstellungen zu reflektieren)
- Das geeignete Forschungsdesign ist abhängig vom Interesse des Auftragsgebers und den Problemlagen vor Ort

SRB können einen Beitrag leisten zu:

- Erkenntnisgewinn
- Aufdecken von Defiziten/ Handlungs- und Entwicklungsfeldern (z.B. unterversorgte Bereiche oder auch im politischen Handeln)
- Kommunikation und Transparenz
- Aktivierung und Motivation zur Beteiligung
- Öffentlichkeitsarbeit

Zu beachten ist: Nicht alle der genannten Ziele sind miteinander vereinbar; das Postulat der Transparenz oder das Ziel der Öffentlichkeitsarbeit etwa stehen – zumindest theoretisch – in einem Spannungsverhältnis zum Ziel des Erkenntnisgewinns, etwa wenn es um das Aufdecken von Unzufriedenheiten in kommunalpolitischen Handlungsfeldern geht. Die Tragweite und die möglichen Konsequenzen einer umfassenden SRB sollten daher den Beteiligten immer vorab vermittelt werden, damit es kein „böses Erwachen“ gibt. Die Verführung ist groß, die Ergebnisse einer Sozialraumbeschreibung in einer Schublade verschwinden zu lassen, wenn unangenehme Dinge zur Sprache kommen, zuweilen auch für politisch Handelnde persönlich. Aber die Erfahrung lehrt, dass Offenheit und Transparenz immer hilfreich für die meisten Beteiligten und für das Vorankommen in einer Kommune sind.

Es ist wenig sinnvoll, den Auftrag für eine SRB an irgendein Institut zu geben nach dem Motto: Macht mal für uns. Eine SRB wird umso stärker akzeptiert, je stärker sie in der Gemeinde selbst gewollt wird und aus dem Ort heraus entwickelt wird, was das Ziel sein soll.⁴

Von Couch zu Couch – viele ins Boot holen und Ängste abbauen

Für Brüssow hieß das, der Pastor musste den Bürgermeister, den Amtsdirektor, den Gemeindekirchenrat und die Stadtverordneten überzeugen. Von Couch zu Couch ziehen, erzählen, worum es geht, um Unterstützung werben, Ängste hören, verstehen und abbauen – all das braucht seine Zeit und die muss man sich auch nehmen. Was wollen wir genau herausfinden? Was ist, wenn etwas Negatives herauskommt? Wer soll sich um die Ergebnisse kümmern? Welche Rolle haben Verwaltung und Politik? Was kostet so eine SRB und woher nehmen wir das Geld? Das sind nur einige der Fragen, die ganz am Anfang standen.

Diese Vorfeldarbeit benötigt Zeit. Und von Anfang an ist größtmögliche Transparenz wichtig. Das hilft, Vertrauen zu schaffen. Der Erfolg – heißt es – hat viele Väter und Mütter, das gilt auch für Sozialraumbeschreibungen.

⁴ Neben den Konzepten der Sozialraumbeschreibung existieren andere Möglichkeiten der lokalen Bürgerbefragung und Bürgerbeteiligung. Vgl. dazu Damkowski, Wulf/Rösener, Anke: Die „Aktivierende Kommune“. Ein Leitfaden für die Praxis, Düsseldorf 2002 (Hans Böckler Stiftung, Arbeitspapier 61); verfügbar unter: http://www.boeckler.de/pdf/p_arbp_061.pdf. Weitere Konzepte zur Förderung der politischen Teilhabe finden sich auf der web site „Wegweiser Bürgergesellschaft“ der Stiftung Mitarbeit: <http://www.buergergesellschaft.de>.



Die Kirche im Zentrum der kleinen Stadt

Und die Frage der Kosten ist nicht zu unterschätzen – die meisten Kommunen am Rande Brandenburgs haben kaum ausreichend Geld, um ihre Pflichtaufgaben zu erfüllen, geschweige denn für freiwillige Aufgaben oder gar so etwas Zusätzliches wie eine Sozialraumbeschreibung. Zu schauen ist also, wer kann ein solches Vorhaben fördern und wo liegen die Möglichkeiten der Gemeinde selbst. Das kann manchmal auch bedeuten, Unterkunft für den oder die Interviewer/in zu stellen oder den Transport von A nach B zu unterstützen.

Im Landkreis Uckermark sind die drei erwähnten SRB über den LAP gefördert worden, auch weil man sich hier Synergieeffekte für den gesamten Landkreis erhofft.⁵ Aus den Erfahrungen mit den zurückliegenden beiden

⁵ Vgl. zum Ansatz der LAP: Regiestelle Vielfalt, gsub – Gesellschaft für soziale Unternehmensberatung (Hg.): Vor Ort Handeln. Für Vielfalt Engagieren. Ihr lokaler Aktionsplan für eine starke Demokratie, Berlin 2010; abrufbar: http://www.biknetz.de/fileadmin/Dokumente/Wissen/Wissensdatenbank/BIK011700212_Infobroschuere_LAP.pdf (10.4.2015).

Bundesförderprogrammen, hat es sich in der Uckermark bewährt, nicht nur auf Mikroprojekte zu setzen, sondern den Blick vor allem auf die Schaffung eines breiten Fundaments für die weitere Gestaltung des Miteinander in der Region zu setzen. Und dies nicht vom Grünen Tisch aus, sondern unter Beteiligung und Aktivierung möglichst vieler Menschen, die ja selbst am besten beschreiben können, wie sie leben, wo sie Probleme sehen und wo aus ihrer Sicht Veränderung wünschenswert oder notwendig erscheint.

Für eine erfolgreiche SRB ist eine größtmögliche Beteiligung auf lokaler Ebene von der Entwicklung der Fragen über die Präsentation von Zwischenergebnissen bis hin zur Ergebnispräsentation erforderlich. Deshalb wurde in Brüssow ein Beirat installiert, in dem Vertreter der Gemeinde, des Amtes, aus Vereinen und aus der Unternehmerschaft vertreten waren. Hier wurde mit der durchführenden Wissenschaftlerin über die Inhalte der Fragen diskutiert und darüber, was herausgefunden werden sollte – da ging es immer wieder darum, nach Möglichkeiten zu suchen, Menschen zusammenzuführen und zu aktivieren in der Gemeinde. Und das blieb bis zum Abschluss der Befragungen so. Schwierig erwies sich, alle Beteiligten immer wieder bei der Stange zu halten. Politik zeigte sich immer weniger, schien nur schwer oder gar nicht erreichbar.

Rolle von Verwaltung

Was die Verwaltung betrifft, so war eine gewisse Unsicherheit darüber zu spüren, wie weit die Verantwortung von Verwaltung in diesem Prozess überhaupt reicht, jedoch stand sie dem gesamten Prozess immer offen gegenüber, trotz eigener Unsicherheiten auch über mögliche Konsequenzen.

Verwaltung hat die Aufgabe, zu verwalten. Sie kann Prozesse wie die einer Sozialraumbeschreibung entsprechend ihrer Auftragslage und der arbeitsvertraglichen Verbindlichkeiten der Beschäftigten bestenfalls wohlwollend begleiten. Das ist nicht wenig. Aber was heißt das im Einzelnen? Es gibt möglicherweise Ergebnisse, die neue Herausforderungen, neue oder mehr Arbeit auch für die Verwaltung mit sich bringen. Sich dessen klar zu werden, scheint uns bei der Entscheidung für eine Sozialraumbeschreibung gerade im Ländlichen von besonderer Bedeutung zu sein. Gewählte Politiker agieren fast ausschließlich im Ehrenamt – die Verwaltung wird zunehmend zum Ansprechpartner für die Bevölkerung auch in Fragen der Demokratie und Beteiligung. Diese Erfahrung machten wir auch in Templin und in der Gemeinde Nordwestuckermark, ebenso in der Verwaltung des Landkreises – das Jugendamt, insbesondere die Koordinierungsstelle für den LAP, hat sich im Laufe der Jahre

immer mehr zu einer Koordinierungsstelle für Demokratieangelegenheiten entwickelt. Auch in der Templiner Stadtverwaltung wurde ein Demokratiebeauftragter benannt. Und es zeigt sich, dass die zu bearbeitenden Anfragen zukünftig immer mehr als die zur Verfügung stehenden Stunden in Anspruch nehmen werden.

Wo man sich für eine partizipative Nutzung der SRB entschieden hatte, entstand und entsteht definitiv zusätzliche Arbeit, die auch nicht immer frei von Konflikten ist. Das war in Templin so, wo auch Teile der Jugendsozialarbeit neu strukturiert wurden. Das ist auch in Brüssow so. Ein halbes Jahr lang wurde recherchiert, interviewt, analysiert und ausgewertet. Zwischenergebnisse immer wieder im Beirat vorgestellt und besprochen.

Fragen in Brüssow ...

Lebensqualität in Brüssow: Wie beschreiben die Menschen das Miteinander in der Gemeinde? Wie ist es um die Versorgungsstrukturen und die Mobilität einschließlich des öffentlichen Nahverkehrs bestellt? Kinder, Jugendliche, junge Erwachsene wie auch Senioren wurden gleichermaßen befragt.

Integrationskraft der Gemeinde: Im Mittelpunkt der Untersuchung stand das Verhältnis zwischen Zugezogenen und Alteingesessenen sowie der Einfluss von Erwerbslosigkeit auf das öffentliche Leben.

Angebote zur Freizeitgestaltung und des Engagements.

Öffentlicher Personennahverkehr zwischen den Gemeindeteilen und der Kernstadt Brüssow. Auch wenn die Gemeindegebietsreform schon länger zurückliegt, ist dies ein Problem, das auch in Brüssow noch viel Handlungsbedarf birgt.

... und Antworten

Die überwiegende Mehrheit der Befragten lebt gern in Brüssow. Die Zufriedenheit mit der Lebensqualität wird durch die schöne Umgebung, die sozialen Beziehungen und, sofern vorhanden, durch den Besitz von Haus und Grund begründet. Zudem gibt es verschiedene Möglichkeiten, sich in Vereinen zu engagieren und an Festlichkeiten in Brüssow und der näheren Umgebung teilzunehmen. Die anderen Gemeindeteile von Brüssow haben allerdings kaum Verbindungen mit der Stadt Brüssow.

Dabei wurde, trotz der relativ hohen individuellen Zufriedenheit der Befragten, kritisch auf eine „negative Stimmung“ im Ort Brüssow verwiesen. Die äußerte sich z. B. darin, dass man kaum noch Menschen auf dem Markt trifft, in den Gesprächen über den Gartenzaun häufig geschimpft und Unzufriedenheit geäußert wird, und die Menschen nur schwerlich zur Teilnahme an öffentlichen Veranstaltungen zu bewegen sind. Die Gründe dafür werden in

unterschiedlichen Entwicklungen gesehen, wie z.B. in fehlenden Treffpunkten im öffentlichen Raum, der vorherrschenden Streitkultur, der subjektiven Trennung in Erwerbstätige und Erwerbslose, der Abwanderung insbesondere von jungen Menschen aufgrund fehlender wirtschaftlicher Perspektiven und der fehlenden Unterstützung durch die Kommune bei der Umsetzung von Projekten und neuen Ideen.

Die Handlungsempfehlungen fokussieren auf die drei Themenfelder, die von den Befragten am häufigsten problematisiert worden sind. Dazu gehören (1) das Engagement und die Teilhabe an Veranstaltungen in Brüssow, (2) die Perspektiven der Kinder- und Jugendarbeit und (3) die Möglichkeiten, wirtschaftliche und neue politische Perspektiven zu schaffen. Die Empfehlungen zielen dabei auf die Bündelung der vorhandenen Ressourcen z. B. in Form von Kooperationen, aber auch durch Weiterbildungen, um z. B. neue Projekte in der Jugendarbeit anzubieten, die stärker auf die bestehenden Interessen und zeitlichen Ressourcen der Jugendlichen orientiert sind. Zudem sollte durch die Gemeinde bereits heute an perspektivischen Entwicklungen wie der zu erwartenden neuen Gemeindegebietsreform in Brandenburg oder der Nutzbarkeit des Wirtschaftsraums Szczecin für Brüssow gearbeitet werden.

Transparenz und Offenheit

Nach der Fertigstellung der SRB war nicht die Frage, ob wir die SRB veröffentlichen wollen, sondern wie das geschehen soll und in welcher Form?

Erstere Frage kann zuweilen Verantwortliche aus Politik und Verwaltung beschäftigen, da möglicherweise auch Sachverhalte offengelegt werden, die für einige nicht sehr angenehm sind. Wer sich also einmal für die Durchführung einer aktivierenden SRB in seiner Kommune entscheidet, muss die Frage der Offenheit und Transparenz bedenken und besprechen. Geheimhaltung der Ergebnisse wäre wenig hilfreich und kontraproduktiv für die beabsichtigten Entwicklungsprozesse in der Kommune.

Im Beirat in Brüssow herrschte schnell Einigkeit darüber, dass möglichst viele Menschen bei einer öffentlichen Präsentation dabei sein sollten. Genutzt werden sollte die Präsentation auch, um Alteingesessene und Zugezogene gemeinsam an einen Tisch zu bringen. Und wo ließe sich das besser machen als im Brüssower Kino?

Über das Amtsblatt und über Handzettel an alle Haushalte wurde also langfristig eingeladen. Die Spannung im Kino war am Tag der Veröffentlichung zum Reißen gespannt – wie wird das Interesse sein, wird überhaupt

jemand kommen? Gut 100 interessierte Bürgerinnen und Bürger waren gekommen und diskutierten nach der Präsentation der Sozialraumbeschreibung an sieben Thementischen jeweils zwei Fragen:

1. Was geht mich das heutige Thema an, als Einwohner/in, als Eltern, Großeltern, Jugendliche/r, Beschäftigte/r etc.?
2. Wo wünsche ich mir Veränderungen, und wo möchte ich mich beteiligen?

Das waren die Themen der sieben Tische:

- „Engagement und Beteiligung“
Stichworte für die Diskussion an diesem Tisch waren Vereine, Vereinstage, Vereinskneipe, Treffpunkt, Gespräche, Kooperation.
- „Angebote für Rückwanderung und Zugezogene“
Hier standen im Mittelpunkt das gegenseitige Kennenlernen und die Schaffung einer Willkommenskultur.
- „Kinder und Jugendliche“
Dieser Tisch war besonders gefragt, sehen doch viele Menschen gerade in der Hinwendung zu diesem Thema auch die Hinwendung zur Frage der Zukunft der kleinen Stadt. Sie setzen darauf, Jugendarbeit und Jugendpolitik gewissermaßen als Chance für die Entwicklung von Brüssow mit all seinen Ortsteilen zu betrachten.
- „Kommunikation und Beteiligung“
Das ist ja immer schnell dahin gesagt, aber wie geht das wirklich, ist die Frage. Diskutiert wurden hier Stichworte wie: unsere Gemeinde – meine Gemeinde; ich werde gefragt – ich rede mit – ich mische mich ein; Zukunftswerkstätten – Erzählcafés – Geschichtswerkstätten.
- „Altersfreundliche Gemeinde“
Auch Brüssow und die Ortsteile sind von der demografischen Entwicklung geprägt. Die Frage ist, wie sich eine Kommune dem stellen kann. Deshalb ging es an diesem Tisch auch darum, wie Brüssow und die Ortsteile zu Wohlfühlorten entwickelt werden können, wie gegenseitige Wertschätzung von Jung und Alt noch besser entwickelt werden können, auch indem man mehr voneinander weiß und auch voneinander lernt.
- „Wirtschaft und Sprache“
Brüssow liegt nahe bei Szczecin. Inzwischen leben ca. 142 polnische Neu-Uckermärker (Stand Mai 2015) hier in der Region. Und die Frage ist, wie das Leben in der deutsch-polnischen Grenzregion auch wirtschaftlich zum Nutzen aller gestaltet werden kann. Sprache wird in diesem Zusammenhang als wichtiger Zugang und Chance zugleich begriffen.



Titelblatt der Dokumentation des Workshops zur Präsentation der Sozialraumbeschreibung

- „Förderung von Tourismus“.

Die Uckermark hat an Naturschönheiten jede Menge zu bieten, das ist auch in Brüssow so. Aber was sind die Highlights hier, wie finden wir was, und wie finden vor allem Touristen das Besondere in der Region? Schließlich: was kann ein ehrenamtlich arbeitender Tourismusverein dazu beitragen?

An diesem Samstag wurde im Brüssower Kino leidenschaftlich diskutiert. Verabredet wurde, in Zukunftswerkstätten an den Themen weiter zu arbeiten. Außerdem benannten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer weitere Themen und Probleme, die sie als wichtig für ihre Heimatregion ansehen, die gewissermaßen auch als Hausaufgabe mitgenommen werden sollen – für die Bürgerschaft, aber auch für Verwaltung und Politik. Und auch die haben es in sich:

- Schule – Qualitätsprüfung der Pädagogik
- Amtsblatt sollte im Netz auch in polnischer Sprache verfügbar sein
- Sprechstunde für polnische Bürger im Amt
- Umwelt – Natur – Landschaft

- Zusammenarbeit der klein- und mittelständischen Unternehmen im Territorium
- Problem: Hilfsbedürftige, Alkohol, Perspektivlosigkeit – besonders Kinder betroffen
- Interesse der Gemeindevertretung an Betrieben der Region fehlt (keine Gespräche, keine Besuche)
- Problem: Freundlichkeit im Amt

Spätestens hier ist angezeigt, noch einmal die Bedeutung von Offenheit und Transparenz für die Prozesse hervorzuheben, die mit einer Sozialraumbeschreibung in einer Kommune angestoßen werden. Alle können, wenn sie wollen, alles wissen und sich auch dementsprechend handelnd einbringen. Das betrifft Bürgerschaft, Verwaltung und Politik gleichermaßen. Deshalb wurden auch die Ergebnisse dieser öffentlichen Präsentation der Sozialraumbeschreibung in Brüssow dokumentiert und als kleine Broschüre an alle Haushalte verteilt. Ihr Titel hat auch die Überschrift zu dem vorliegenden Text inspiriert: „Tote Hose? Fehlanzeige! – Miteinander und Füreinander in Brüssow mit all seinen Ortsteilen“.

Zukunftswerkstätten – eine Möglichkeit für Weiterarbeit

Verabredet worden war, nach dieser ersten öffentlichen Diskussion der Sozialraumbeschreibung in Zukunftswerkstätten weiter zu arbeiten. Zukunftswerkstätten sind eine Methode, um durch kreatives Arbeiten in der Gruppe ein Problem zu lösen.⁶ Sie bieten einen offenen Prozess, der von den Teilnehmenden inhaltlich bestimmt und ausgefüllt wird. Drei Phasen sind nacheinander zu durchlaufen, um ein Thema zu durchdringen und ein Anliegen zukunftsweisend zu bewältigen.

In der Beschwerde- und Kritikphase wird der Ist-Zustand bestimmt und kritisch unter die Lupe genommen. In der Phantasie- und Utopiephase wird gewissermaßen mit sozialer Phantasie und Kreativität der Ist-Zustand überwunden und ein Wunschhorizont entwickelt. In der Verwirklichungs- und Praxisphase werden schließlich Teile des Wunschhorizonts zu Forderungen bzw. Projektansätzen verdichtet.

Bei der Vorbereitung der Zukunftswerkstätten wurde leider etwas Entscheidendes versäumt – die Termine wurden nicht direkt mit den jeweils

⁶ Vgl. Jungk, Robert/ Müllert, Norbert R.: Zukunftswerkstätten. Mit Phantasie gegen Routine und Resignation (1981). München 1989.

Interessierten vereinbart, sondern zentral festgelegt und dann veröffentlicht. Dadurch entstand die Situation, dass einige Zukunftswerkstätten sehr viele Teilnehmer hatten, andere weniger. Ungeachtet dessen geriet in Brüssow vieles in Bewegung.

So wurde zum ersten Mal ein Heimattag gefeiert, zu dem vor allem die Neu-Brüssower aus Polen auch in ihrer Muttersprache eingeladen wurden und auf dem Marktplatz auch auf Polnisch willkommen geheißen wurden. Scheinbar eine Kleinigkeit, die aber große Wirkung hat – erstmals wurde den Neubürgern in ihrer Muttersprache öffentlich gesagt: Ihr gehört zu uns.

Organisiert wurde ein Mitmach-Tag, an dem sich Menschen verabredeten, um in ihrer Stadt aufzuräumen. Auf einem Geschichtspfad entdeckten Alt und Jung die Geschichte ihrer Heimat gemeinsam neu.

Großen Raum nahm in der Diskussion das Thema Jugendarbeit ein, die viele – Jugendliche und engagierte Eltern – veränderungswürdig fanden. So etwas geschieht natürlich nicht hopplahopp mit Schalterumlegen. Die Brüssower haben sich dazu zusätzliche Fachleute ins Boot geholt und arbeiten jetzt an einem neuen Konzept, beraten sich dazu auch mit dem Jugendamt des Landkreises.

Die Jugendlichen haben gemeinsam mit dem Pastor begonnen, schon selbst etwas zu verändern. In einem durch den LAP geförderten Projekt erarbeiteten einige von ihnen einen Film über ihre Heimatstadt. Sie befragten alte und junge Brüssower, zeigten ihre Lieblingsplätze und hatten riesig viel Spaß beim Interviewen und Filmen. Das Kino war dieses Mal genauso voll wie bei der Präsentation der Sozialraumbeschreibung, sichtbares Zeichen für das Interesse der Menschen in Brüssow aneinander. Resümierend wäre zu sagen: Vieles wurde angestoßen und bewegt, vieles liegt als Arbeit aber auch noch auf dem Tisch.

Die Bilanz in Brüssow

Eine Erfahrung wurde besonders hervorgehoben: wir, als Bürger, werden gefragt und ermuntert, uns einzubringen. Zum Nachdenken wurden auch Verantwortliche wie Amtsdirektor und Bürgermeister angeregt. Und: wir müssen die Dinge selbst in die Hand nehmen, so die Erkenntnis bei vielen Bürgern.

Das Zusammenspiel zwischen Vereinen, Beirat und Wissenschaft in der Vorbereitung und Durchführung der SRB wurde in Brüssow als hilfreich beschrieben. Allerdings hätten sich die Auftraggeber ein größeres Interesse der Abgeordneten, auch von den Ortsteilen gewünscht. Da sei immer noch diese Aufteilung in „Ihr“ und „Wir“.

Ein größeres Interesse der Bürgerinnen und Bürger an der Kommunalpolitik sei beispielsweise noch nicht erreicht worden, ebenso wie eine größere Präsenz der Abgeordneten im Alltag der Menschen vor Ort. Erforderlich sei möglicherweise ein Forum, wo auch Politiker hinkommen. Die Leute sollten aber auch zu den Politikern hingehen. Dass jetzt nach vielen Jahren die Kita-Gebühren und die Mieten angepasst werden mussten, habe nicht dazu geführt, dass die Bürger in Scharen in die Stadtverordnetenversammlung (SVV) gekommen seien. Deshalb müsse auch darüber nachgedacht werden, wie die Kommunikation zwischen Politik, Verwaltung und Bürgerschaft besser gestaltet werden kann, wie dafür z. B. auch das Amtsblatt genutzt werden kann. Die Bürgermeistersprechstunde, auch in den Ortsteilen, ist nur eine Möglichkeit; vielleicht könnte auch die SVV das Wandern durch die Ortsteile wieder aufleben lassen.

Alles in allem: In Brüssow wurden viele Themen sichtbar gemacht und ihre Bearbeitung angestoßen. Aber bei allem, was weiter auf den Weg gebracht wird bzw. gebracht werden soll: Politik und Verwaltung gehören ins Boot, mindestens mit ihrer wohlwollenden Begleitung und Unterstützung. Das ist auch eine Erfahrung, die Templin und Uckerland gleichermaßen machten. Politik und Verwaltung müssen von Anfang an, von der Vorbereitung über die Durchführung bis zur Arbeit mit den Ergebnissen, im Prozess einer Sozialraumbeschreibung regelrecht eingeschworen werden.

Und wenn die Brüssower sich für die Zukunft gerade mehr Engagement der Verwaltung und der Politik wünschen, so möchten wir sie gern ermuntern: Geht hin, fordert sie ein!

Bei diesem wie auch bei vielen anderen Themen, die in Brüssow als wichtig betrachtet werden, gilt: der Weg ist das Ziel, und gehen müssen wir ihn gemeinsam. Gerade in der Frage der Kommunikation wurde ja auch Neues ausprobiert, vom Amtsblatt über den Kirchenboten bis zur Regionalzeitung.

Die Koordinierungsstelle des LAP, über den in der Uckermark im Jahr 2014 mittlerweile die vierte Sozialraumbeschreibung – und zwar in Lychen – gefördert wurde, wie auch dessen Begleitausschuss unterstützen ausdrücklich diese Methode, um Menschen vor Ort dabei zu unterstützen, ihre Region zu beschreiben, „weiße Flecken“ zu beleuchten und sich selbst den Spiegel vorzuhalten. Gerade für die Entwicklung politischer Konsequenzen und Strategien sei das wichtig. In der Uckermark bilden die durchgeführten Sozialraumbeschreibungen eine wichtige Grundlage für die Umsetzung des Strategiepapiers für den LAP, mit dem hier vor allem auf Nachhaltigkeit und Beteiligung gesetzt wird. Die Lokale Koordinierungsstelle ist, nunmehr in der dritten Förderperiode durch den Bund, die Koordinierungsstelle für Demokratieangelegenheiten im Landkreis: „Die Philosophie unseres Hauses ist: wenn

Kommunen sich beteiligen, holen wir Fördermittel rein und geben Geld dazu, dazu braucht es eine gute Kommunikation. Aus den SRB erwachsen ganz viele neue Projekte; wenn man über Nachhaltigkeit spricht, ist es genau das, und wir haben viel Erkenntniszuwachs“. Das wird auch politisch im Landkreis geschätzt, der für den LAP zusätzlich zu den Fördermitteln des Bundes eigene Haushaltsmittel bereitstellt.

Eine Bilanz aus MBT-Sicht

Auch wir, als Mobiles Beratungsteam, die wir drei der inzwischen vier SRB begleiteten und deren weitere Umsetzung wir teilweise noch immer begleiten, haben in diesen Prozessen viel gelernt:

Der Ansatz der SRB war in den drei Kommunen hilfreich für die Aktivierung von Menschen und für einen Erkenntnisgewinn sowie für das Anschieben weiterer Prozesse. Gerade darin besteht ja auch die Chance des Ansatzes.

Die finanziellen Ressourcen waren knapp bemessen (mit Ausnahme von Templin, wo es noch eigene Ressourcen gab, hier wurde die SRB als Planungs- und Entscheidungshilfe genutzt). Der Aufwand für SRB ist enorm, das wurde vor Ort zuweilen unterschätzt, vor allem wenn es um die Frage ging: Wer setzt jetzt was um? Beratung und Begleitung bis jetzt sind hilfreich und notwendig – das gibt den Akteuren vor Ort Sicherheit. Last but not least, die vielzitierte Einbindung von Politik und Verwaltung gehört zum A und O des Erfolges. Deshalb muss gerade für die Vorbereitung viel Zeit investiert werden.

Zum fachlichen Standard für eine Sozialraumbeschreibung gehören aus MBT-Sicht:

- Anonymisierung aller personenbezogenen Daten
- Ausgewogenheit der Perspektiven (transparente Kriterien bei der Auswahl der Befragten)
- Transparenz der Auswertungsmethoden (wie werden unterschiedliche Einschätzungen gewichtet, auf welcher Grundlage werden Empfehlungen formuliert?)
- Vertraulichkeit, Unparteilichkeit bei der Durchführung
- Veröffentlichung aller Ergebnisse
- Sicherstellung der Nachhaltigkeit: Sicherung von Ressourcen für eine Weiterführung der Arbeit vor Beginn der SRB („danach fängt die Arbeit erst richtig an“)
- Entwicklung des Forschungsdesigns unter Beteiligung der Auftraggeber und weiterer Akteure
- Einrichtung eines Beirats, der den gesamten Prozess begleitet

- kontinuierliche Information und Kommunikation in der Kommune über den Stand und Fortgang der SRB
- Öffentlichkeit herstellen
- wissenschaftliche Begleitung ist nach unserer Erfahrung in fachlicher Hinsicht hilfreich und unterstützend, wenngleich sie nicht zwingend eine Voraussetzung für Interventionen ist
- externe Begleitung der Umsetzung der Ergebnisse ist unverzichtbar

Was können wir uns nun künftig für die Uckermark vorstellen? Vor dem Hintergrund der skizzierten Prozessbegleitungen geben wir Folgendes zu bedenken:

- Es gibt nicht „die Methode SRB“ sondern nur ein Rahmenkonzept, das jeweils konkretisiert und an die Bedarfe und Möglichkeiten vor Ort angepasst werden sollte.
- Wir unterscheiden in unserer Beratung deutlich zwischen einem strengen Forschungsansatz (Planungsinstrument) und einer „SRB light“ (z. B. mit Schwerpunkt Aktivierungsansatz).
- Wir empfehlen für künftige SRB die Kopplung qualitativer aktivierender Interviews mit einer quantitativen Erhebung über Fragebögen. Mit den Fragebögen kommt man dem Wunsch entgegen, mehr Menschen in die Befragung einzubeziehen.
- Mit den Verantwortlichen wäre also immer zu klären, um was es vorrangig gehen soll: eher ein Instrument der politischen Planungs- und Entscheidungshilfe oder eher ein Instrument der Gemeinwesenarbeit (Aktivierung von Engagement bei eher einflussarmen Akteursgruppen).
- Zu überlegen wäre auch, ob man ein Spektrum an Einsatz-Arten der SRB anbietet, die von größeren Beschreibungen bis zu kleinräumlichen Befragungen reichen – und auch zu unterschiedlichen thematischen Schwerpunkten (z. B. Identifikation mit dem Gemeinwesen, politische Kultur, Beteiligungswünsche, Infrastruktur etc.).
- Das in der, von der und für die Gemeinde vereinbarte Ziel bestimmt das Design der konkret durchzuführenden SRB:
 - Wer führt die SRB durch?
 - Wie wird die Durchführung der SRB finanziert?
 - In welcher Weise wird das Vorhaben öffentlich bekanntgemacht?

Ratsam ist es, sich in den Ansprüchen zu begrenzen, also nicht alles mit einem Ansatz gleichermaßen gut erfassen zu wollen, sondern sich zu entscheiden bzw. vielleicht auch klein anzufangen und mit der Methode Erfahrungen zu



Auf dem Marktplatz findet das Heimatfest statt

sammeln und dann ggf. auszuweiten – „den Elefanten also in Scheiben zu schneiden“. Auch bei der Entscheidung über die benötigten Ressourcen spielt dies eine wichtige Rolle. Hier können auch unterschiedlich arbeitsintensive Varianten vorgestellt werden; die qualitative Befragung von Personen aus den Gemeinwesen kann durch eine begleitende (kleine) Fragebogen-Aktion auf breitere Füße gestellt werden.

Ein erster Schritt können z. B. auch sogenannte Marktplatzgespräche sein, die in kleinen Kommunen als öffentlicher Event gestaltet werden können. Dreh- und Angelpunkt für den Wunsch nach Veränderungen ist meist, so unsere Erfahrung, der Wunsch nach mehr politischer Beteiligung. Dafür lohnt sich eine Sozialraumbeschreibung. Miteinander im Gespräch sein oder ins Gespräch kommen, einander zuhören, Prozesse offen und transparent gestalten fördert die vielbeschworene Beteiligung.

Demokratieimpulse im ländlichen Raum

„Es ist eine Irrlehre, dass es Fragen gibt, die für normale Menschen zu groß und zu kompliziert seien. Akzeptiert man einen solchen Gedanken, so hat man einen ersten Schritt in Richtung Technokratie, Expertenherrschaft, Oligarchie getan. [...] Die Politik ist zugänglich, beeinflussbar für jeden. Das ist der zentrale Punkt der Demokratie.“ (Olof Palme)¹

In Wittenberge, als größter Stadt der südwestlichen Prignitz, wurden schon kurz nach der Wende als Antwort auf Übergriffe auf Flüchtlinge die ersten zivilgesellschaftlichen Aktivitäten entwickelt. Seitdem existieren dort Arbeitskreise zu den Themen Migration und Toleranz, und es wurden gegen einzelne rechtsextreme Aktivitäten Aktionen durchgeführt, zuletzt im April 2014.

Seit 2011 gibt es im sog. Regionalen Wachstumskern (Wittenberge, Karstädt, Perleberg, zuzüglich der Gemeinde Plattenburg) einen Lokalen Aktionsplan (LAP).² Dessen Leitziele wurden benannt: „Im Bereich des RWK (Regionaler Wachstumskern) Prignitz und Plattenburg werden unter dem Motto „Meckern und Mitmachen“ das zivilgesellschaftliche Engagement und eine aktive demokratische Kultur durch aktive Teilhabe und sozialen Zusammen-

¹ Zitiert nach: Hackmack, Gregor: Gefahren des Lobbyismus: Ein Sicherheits-Update für die Politik. Gastbeitrag im Magazin Spiegel online, 23.4.2014, abrufbar: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/lobbyismus-begrenzen-wie-die-politik-aus-der-vertrauenskrise-kommt-a-965652.html> (zuletzt: 23.11.2015).

² Im Jahr 2005 hat die Brandenburgische Landesregierung unter dem Motto „Stärken stärken“ 15 Wachstumskerne (RWK) benannt. Bei diesen handelt es sich um Städte und Gemeinden, die „[...] über besondere wirtschaftliche bzw. wissenschaftliche Potenziale und über eine Mindesteinwohnerzahl verfügen. [...] Durch die RWK sollen die Wachstumskräfte gestärkt, Beschäftigung gesichert und die Fördermittel effizienter eingesetzt werden. Die RWK sollen ferner eine Motorfunktion für ihre Region übernehmen und auf ihr Umland ausstrahlen.“ Quelle: Internetpräsenz der Staatskanzlei Brandenburg, abrufbar: <http://www.stk.brandenburg.de/sixcms/detail.php/bb1.c.138294.de> (zuletzt: 23.11.2015).

Vgl. zum Ansatz der LAP: Regiestelle Vielfalt, gsub – Gesellschaft für soziale Unternehmensberatung (Hg.): Vor Ort Handeln. Für Vielfalt Engagieren. Ihr lokaler Aktionsplan für eine starke Demokratie, Berlin 2010; abrufbar: http://www.biknetz.de/fileadmin/Dokumente/Wissen/Wissensdatenbank/BIK011700212_Infobroschuere_LAP.pdf.

halt gestärkt und gefördert. Die Bürgerinnen und Bürger gehen respekt- und verantwortungsvoll miteinander um und erfahren Anerkennung und Wertschätzung ihres Engagements. Es wird Resignation, Rückzug und Apathie vorgebeugt und somit der Nähr- und Resonanzboden für rechtsextreme und fremdenfeindliche Einstellungen entzogen.“³

Viele Projekte zu den Themen Partizipation, Gestaltung des Lebensraumes, Auseinandersetzung mit demokratischen Werten u. a., die nachhaltig in der Region wirken sollen, wurden finanziell unterstützt. Trotzdem sind einige Menschen in der Region unzufrieden mit der Wahrnehmung von demokratischen Mitwirkungsmöglichkeiten, die sie in der fehlenden Beteiligung der BürgerInnen an kommunaler Gestaltung, im Umgang mit BürgerInnen durch Verwaltungen, in der mangelnden Wahrnehmung des vorhandenen Rechtsextremismus durch PolitikerInnen oder der geringen Wahlbeteiligung sehen. Eine kleine Gruppe dieser Unzufriedenen hat sich erstmals im Herbst 2013 zusammengefunden, um diese Themen zu bearbeiten. Inzwischen ist daraus das Demokratieforum geworden, das sich als offene Diskussionsgruppe für die Region begreift.

In diesem Artikel wird mit Stand von Sommer 2015 beschrieben, wie sich das Demokratieforum entwickelt hat, welche Themen dort behandelt werden, wie die Kommunalpolitik und die Verwaltung das Demokratieforum wahrnehmen und welche Art von Wirkung sich beobachten lässt. Der letzte Abschnitt geht auf die Besonderheiten des Demokratieforums ein.

Unzufriedenheit stand am Anfang

Wie andere Regionen Brandenburgs ist auch die Region Wittenberge konfrontiert mit rechtsextremen Aktivitäten, die von Homepages, Versandhandel, Aktionen zum Todestag von Rudolf Hess, Flyerverteilungen, Schmierereien bis zu Demonstrationen reichen. Es gibt Reaktionen der Politik und von BürgerInnen, z. B. ständigen Informationsaustausch in Arbeitskreisen, eindeutige Gegenaktionen und Projekte, die zum Teil aus Förderprogrammen wie dem LAP (teil-)finanziert werden. In einigen Kommunen haben die Stadtverordneten/ GemeindevertreterInnen Erklärungen zu Toleranz und Demokratie abge-

³ Kurzdarstellung des LAP Prignitz auf der Internetpräsenz des Bundesmodellprogramms „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ (BMFSFJ), abrufbar: [https://www.toleranz-foerdern-kompetenz-staerken.de/das-bundesprogramm/lokale-aktionsplaene/listenansicht/lap_projektseite.html?tx_projectmap_pi1\[project\]=457&tx_projectmap_pi1\[action\]=show&tx_projectmap_pi1\[controller\]=Project](https://www.toleranz-foerdern-kompetenz-staerken.de/das-bundesprogramm/lokale-aktionsplaene/listenansicht/lap_projektseite.html?tx_projectmap_pi1[project]=457&tx_projectmap_pi1[action]=show&tx_projectmap_pi1[controller]=Project) (zuletzt: 23.11.2015).

geben. Rechtsextreme Aktionen wurden aufgelistet und dokumentiert, ohne dass Rechtsextremismus kontinuierlich zum Thema gemacht wird.

Seit 2011 existiert der regionale LAP mit verschiedensten Projekten zur Unterstützung demokratischer Bestrebungen, die sehr gut laufen und viel Anerkennung von PolitikerInnen oder der Verwaltung bekommen. Es stellt sich aber die Frage nach der Nachhaltigkeit der Wirkung der Projekte bei BürgerInnen, PolitikerInnen und Verwaltung. Reicht der LAP oder werden andere unterstützende Maßnahmen benötigt?

InitiatorInnen der Gruppe hörten von der Unzufriedenheit von BürgerInnen mit der mangelnden Einbindung in kommunale Entscheidungen: BürgerInnen äußerten den Eindruck, dass Stadtverordnete/ GemeindevertreterInnen die Bürgerfragestunden weniger als Unterstützung der Kommunalpolitik verstehen und unterstellte ihnen, sich nur zu ihrem ganz persönlichen Vorteil einzumischen. Bei Fragen an die Verwaltung fühlten sich BürgerInnen oft nicht ernst genommen oder abwertend behandelt.

In Wittenberge und anderen Orten der Prignitz bestehen diverse Arbeitsgruppen, z. B. das Bündnis für Familie, Stadtteilprojekte, der Arbeitskreis Integration, und es gibt eine relativ gut ausgestattete Jugendarbeit. Viele Menschen arbeiten zu gesellschaftlich relevanten Themen, einige haben aber den Eindruck, gesellschaftlich nicht viel bewegen zu können – trotz aller gemeinsamen Anstrengungen in Sachen politischer Partizipation oder Forderung nach Transparenz.

Die Stadtjugendpflegerin aus Wittenberge diskutierte diese Thematik mit dem MBT und berief im Herbst 2013 eine erste Runde zum Thema Demokratieförderung ein.

Die ersten beiden Treffen der Ideenrunde

Die ersten beiden Treffen fanden im Herbst/ Winter 2013 in den Räumen der Stadtverwaltung Wittenberge statt. Teilgenommen haben MitarbeiterInnen aus der Jugendarbeit (Stadtjugendpflege, Jugendsozialarbeit, Kreisjugendring, Jugendamt des Landkreises), der Migrationsberatung, Mitglieder der SPD und der LINKEN und die externe LAP-Koordinatorin. Die Gruppe war zusammengesetzt aus Personen, die beruflich mit der gesamten Thematik befasst waren oder sein konnten (im weiteren „berufliche Akteure“ genannt) und BürgerInnen, die sich politisch engagieren. Die TeilnehmerInnen kamen nicht nur aus Wittenberge, sondern aus der Region.

Gemeinsamer Ausgangspunkt war, dass sich die einzelnen TeilnehmerInnen der Runde an unterschiedlichen Stellen bei der Zurückdrängung von

Rechtsextremismus, der Stärkung des Demokratischen und der Förderung von politischer Partizipation engagieren. Einige spürten nach jahrelangem Engagement eine Frustration und Müdigkeit, weil sie die Wirkungen des Engagements nicht sehen oder in ihrem Engagement belächelt oder ausgebremst wurden bzw. werden. Alle sahen aber die Notwendigkeit, dass an diesen Themen weitergearbeitet werden muss, um Rechtsextremismus und einer drohenden Erosion der demokratischen Kultur der Gemeinden etwas entgegenzusetzen. Darüber konnte jetzt, ohne Zeit- oder Erfolgsdruck – etwa aufgrund angekündigter rechtsextremer Aktionen oder anderer termingebundener Zielsetzungen – in aller Ruhe gemeinsam nachgedacht werden. Die TeilnehmerInnen verstanden sich als lockere Ideenrunde, als Austausch-, Denk- und möglicherweise auch Entwicklungsrunde, die nicht parteipolitisch geprägt ist. Der weite thematische Horizont der Gesprächsrunde wird anhand der Fragen deutlich, die zu Beginn gesammelt wurden:

- Warum sollte sich jemand für das Gemeinwesen engagieren? Was brauchen Menschen, um sich zu engagieren?
- Wieviel ist an ehrenamtlichem Engagement möglich? Wo sind die Grenzen, auch dieser Gruppe?
- Engagiere ich mich eher, wenn ich mich mit dem Ort, in dem ich lebe, identifiziere, also ein starkes Heimatgefühl habe? Was heißt eigentlich Heimat? Was bezeichnen wir aus welchen Gründen als Heimat?
- Was bindet Menschen an ihren Ort, an die Region? Wer geht weg, wer kommt aber auch (wieder) und warum?
- Kann das Thema Heimat offen und öffentlich diskutiert werden oder haben die Rechtsextremen den Begriff so vereinnahmt, dass man in ihre Nähe gerückt wird? Wie kann dann der Begriff Heimat zurückerobert werden?
- Wer nimmt, außer Polizei, Antifa und einigen BürgerInnen, überhaupt wahr, was sich im Bereich Rechtsextremismus tut?
- Was ist eigentlich im Bereich Fußball los? Was passiert bei regionalen Spielen? Wer kümmert sich hier um rechtsextreme und rassistische Tendenzen, die wahrnehmbar sind bei Spielern, Fans aber auch bei Schiedsrichtern? Wie wird das unterstützende Angebot des Sportbundes bzw. der Sportjugend wahrgenommen?
- Wie stellt sich die Situation bei der Feuerwehr dar?
- Wer aus der Bevölkerung nimmt an Demonstrationen der Rechtsextremen teil? Wer ist bei den Gegendemonstrationen dabei? Was sind die jeweiligen Absichten der Teilnehmenden?

- Kann ich noch angstfrei leben, wenn ich mich offen gegen Rechtsextremismus engagiere? Mit welchen Gefährdungen könnte auch mein Umfeld konfrontiert sein?
- Wie notwendig ist ein Arbeitskreis zum Thema Rechtsextremismus in der Prignitz? Wie groß könnte oder müsste der Arbeitskreis sein, um Wirkung zu erzielen? Wären einzelne kleinere Arbeitskreise arbeitsfähiger?
- Welche Themen besetzen die Rechtsextremen/ NPD/ AfD, die die demokratischen Parteien in dieser Weise nicht besetzen? Welche Themen sind rechtsextrem-affine Themen? Sind das die Themen Arbeitslosigkeit, Demografie, Asyl, Bildung?
- Was sagen uns die Ergebnisse der letzten Bundestagswahl? Wie sehen die Ergebnisse in den einzelnen Wahllokalen aus, und was sagt das möglicherweise über die Einstellungen der BürgerInnen dort aus? Wieso ist die NPD in Wittenberge ohne Wahlwerbung viertstärkste Partei geworden? Was bedeutet das Ergebnis für die nächsten Wahlen? Wie viele ErstwählerInnen gibt es überhaupt, und wem geben sie i.d.R. ihre Stimme?
- Wie kann man BürgerInnen, MandatsträgerInnen und VerwaltungsmitarbeiterInnen verdeutlichen, dass „Gegen Rechtsextremismus“ untrennbar verknüpft ist mit „Für Demokratie“ – und umgekehrt?
- Wie weit können demokratische Parteien etwas gemeinsam gegen Rechtsextremismus unternehmen, ohne sich zu streiten?
- Was und wie viel wissen BürgerInnen über Demokratie, demokratische Verfahren usw? Was und wie viel wissen MandatsträgerInnen oder MitarbeiterInnen der Verwaltung? Wie kann man Menschen für die demokratische Ideen begeistern? Können Planspiele zur Kommunalpolitik hier unterstützen?
- Wie können junge Menschen mit demokratischen Verfahren vor Ort in Kontakt gebracht werden? Wie wichtig sind Kinder- und Jugendparlamente? Wer will sie (nicht) und warum?
- Ist ein „Demokratieentwicklungsplan“ mit Handlungsempfehlungen erforderlich, mit dem die MandatsträgerInnen und die Verwaltung arbeiten können? Was würde so ein Plan eventuell unterstützen, was aber auch verhindern? Wer könnte so einen Plan überhaupt erarbeiten?
- Gibt es Beschreibungen zu Rechtsextremismus und auch demokratischer Verfasstheit zu den Orten und der Region? Wie sehen die Beschreibungen aus und was sagen sie aus? Was lässt sich daraus entwickeln? Haben die Beschreibungen die Punkte, die diese Runde für eine Stärkung des Demokratischen als notwendig erachtet, berücksichtigt?
- Wie gestaltet man den Spagat zwischen dem Schließen von Wissenslücken (Kopf) und Veränderung von (Vor-) Urteilen, die z. B. auch durch Erfahrungen entstanden sind (Bauch)?

- Sind für die Bearbeitung all dieser Fragen eine Strategie und eine Struktur erforderlich? Wenn ja, welche?

Der Katalog von Fragen und Themen, die alle für bearbeitungsbedürftig hielten, bewegt sich zwischen den beiden Polen einer kritischen Auseinandersetzung mit verschiedenen rechtsextremen Phänomenen einerseits und einem bestimmten Verständnis über die Förderung von Demokratie. In diesem Verständnis gehört die Zurückdrängung von Rechtsextremismus klar zur Demokratieförderung. Aber zugleich ist mit Demokratieförderung mehr gemeint als die Abwehr von Antidemokraten und der rechtsextremen Ideologie. Die Kenntnis demokratischer Verfahren und die Einübung demokratischer Praxis werden als Aufgabe betrachtet, die auch unabhängig von den rechtsextremen Herausforderungen aktuell ist.

Fazit nach dem zweiten Treffen war, dass alle an der gesamten Thematik in aller Ruhe weiterarbeiten wollen. Die Mitglieder der Ideenrunde fühlten sich mit ihren Fragen, Gedanken und Ideen sehr gut aufgehoben und untereinander angenommen. Einige hatten Rechercheaufgaben übernommen, erste Ideen für das Jahr 2014 waren andiskutiert, VertreterInnen aus anderen Bereichen, z.B. Sport und Kirche sollten für die Runde gewonnen werden. Das nächste Treffen wurde für Januar 2014 vereinbart. Das MBT sollte die Ideenrunde weiter begleiten und unterstützen.

Die Gruppe übernimmt eine konkrete Aufgabe

Anfang Januar 2014 wurde Wittenberge mit der Ankündigung einer rechtsextremen Demonstration für Anfang April konfrontiert, die von den „Freien Kräften Neuruppin“ angemeldet wurde. Wie auch in anderen Orten stellte sich in Wittenberge die Frage, ob Gegenprotest gewollt ist und wer ihn in welcher Weise organisieren könnte. Es gab zu diesem Zeitpunkt kein zivilgesellschaftliches Bündnis, das diese Aufgabe federführend hätte übernehmen können. Die Frage, ob sich ein derartiges Bündnis in aller Eile neu etablieren könnte oder ob die Ideenrunde für diese Aufgabe wie geschaffen ist, stand für die Mitglieder der Gruppe aber auch für die Stadtverwaltung, im Raum.

Die Gruppe verständigte sich schnell über diese mögliche neue Aufgabe, zumal sich ohnehin alle bei Gegenprotesten beteiligt hatten und setzte sich mit dem Bürgermeister ins Benehmen, um die Koordinierung der Gegenproteste zu übernehmen. Das bedeutete nun allerdings, dass die Bearbeitung der weiter gefassten Fragen nach Demokratieförderung zurückgestellt werden und man sich auf die Vorbereitung von Gegenaktionen konzentrieren musste.

Auch mit der Ruhe und Gelassenheit war es zunächst vorbei. Das MBT hat den Prozess beraten, unterstützt und begleitet.

Der kleine erste Kreis der Ideenrunde wurde erweitert durch Mitglieder aus dem Sport, der Kirche und der Antifa, z.T. saß die örtliche Polizei mit am Tisch. Aus der Gruppe, die sich locker und freiwillig traf, wurde ein „differenziertes Zweckbündnis“, in dem sich Laien, berufliche Akteure aus diversen Bereichen und politische Funktionsträger zusammenfanden.⁴ Als Ziel wurde ein „Fest der Toleranz“ vereinbart, um dem Protest gegen die rechtsextreme Demonstration eine Form zu geben; alle Ressourcen wurden gebündelt und Verantwortlichkeiten verteilt. Das Zusammenspiel zwischen allen Beteiligten funktionierte recht gut.

Bei mehreren Treffen bis zum April 2014 wurden die verschiedenen geplanten Aktionen besprochen und koordiniert; das Engagement vieler BürgerInnen war groß. Bei öffentlichen Veranstaltungen wurden die Planung für das „Fest der Toleranz“ vorgestellt, neue Ideen gesammelt aber auch viele Fragen beantwortet, z.B. nach Finanzierungen oder der Sicherheit für die BürgerInnen am Demonstrationstag. Für die nun zur Koordinierungsgruppe gewordene Ideenrunde eröffneten sich neue Lernfelder, z.B. die bei Versammlungsanmeldungen üblichen Kooperationsgespräche mit Versammlungsbehörde und Polizei, der Umgang mit der Presse, Akquise von Finanzen und auch die Diskussionen mit BürgerInnen oder PolitikerInnen, die von den zivilgesellschaftlichen Gegenaktionen zum Teil nicht begeistert waren. Es war für die Ideenrunde insgesamt eine große Herausforderung, die Anspannung war an manchen Stellen deutlich zu spüren, denn der Protest sollte ja ein Erfolg für die Stadt werden!

Am 5. April 2014 demonstrierten ca. 200 Rechtsextreme in der Stadt. Die BürgerInnen konnten ihre Stadt mit einem bunten „Fest der Toleranz“ und einem lautstarken Protest entlang der Marschroute der Rechtsextremen „verteidigen“, wie es eine Zeitung beschrieb. Nach einem Auswertungstreffen kehrte die Ideenrunde dann zu ihrem eigentlichen Anliegen zurück.

⁴ Die wissenschaftliche Begleitforschung zum Bundesmodellprogramm „CIVITAS – initiativ gegen Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern“ erarbeitete anhand der Analyse unterschiedlicher bürgerschaftlicher Netzwerke zwei Varianten von Vergemeinschaftungskonzepten. Der „Gemeinschaft von Gleichen“, die sich über moralische Verbundenheit konstituiert, wird das Konzept der „differenzierten Zweckbündnisse“ entgegengestellt, in dem sich die Mitglieder über interessengeleitete Verantwortlichkeit zusammenfinden, darüber Integration von Differenz bewerkstelligen und so strategische Handlungsfähigkeit und Konfliktkompetenz ausbilden (Palloks, Kerstin/ Steil, Armin (2008): Von Blockaden und Bündnissen: Praxismaterialien zur Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus im Gemeinwesen, Weinheim und München, S. 74 ff.).

Selbstvergewisserung des ursprünglichen Anliegens

Anfang Mai 2014 verständigte sich die Ideenrunde – weiterhin in der erweiterten Besetzung – über die Frage, zu welchem Zweck sie ursprünglich zusammengekommen war: Wie wird Demokratie vor Ort gelebt? Dazu gehört auch die Diagnose des Rechtsextremismus in der Region.

Alle hatten die Erfahrung gemacht, dass sich viele BürgerInnen beim „Fest der Toleranz“ engagiert hatten und sich weiter engagieren wollen – allerdings nicht in kontinuierlicher Weise und nur mit wenig zeitlichem Aufwand. Wie konnte diese „Motivationswelle“ genutzt werden, welche Themen würden die BürgerInnen ansprechen? Könnte es das Thema „70 Jahre Kriegsende“ sein, zu dem einige Jahre zuvor bereits Etliches zusammengetragen worden war? Die Runde verständigte sich darauf, dieses Thema für das Jahr 2015 anzugehen, weil es inhaltliche Perspektiven für verschiedene Gruppen bietet, z.B. für SchülerInnen, für SeniorInnen, aber auch für die Kommunalverwaltung oder für HistorikerInnen.

Ungeachtet der Entscheidung für dieses Thema wurde deutlich, dass die Fragen der Runde nach wie vor ein weites Feld umfassen. Die Beschäftigung mit dem Rechtsextremismus ist dabei eingelagert in die weitergehende Frage nach dem Zustand der bundesdeutschen Parteiendemokratie im Allgemeinen und den kommunalpolitischen Zuständen in der Region.

Sehr deutlich nimmt die Gruppe das Misstrauen der BürgerInnen in die Parteiendemokratie wahr und stellt sich selbst die Frage, wie weit diese Art der Demokratie noch die Interessen der BürgerInnen vertritt. Wenn ein Teil der Bevölkerung nicht mehr an die Demokratie glaubt, werden dann z.B. Mehrheitsentscheidungen noch akzeptiert oder suchen sich die BürgerInnen kleine Randgruppen, um ihre Entscheidungen lautstark zu vertreten? Ist es das, was bei den „Pegida“-Veranstaltungen gesucht und eventuell auch gefunden wird? Was können die demokratischen Parteien tun? Haben sie das im Blick bzw. wollen und können sie das bearbeiten? Warum haben die „Pegida“-Veranstaltungen eine so große Anziehungskraft, auch für BürgerInnen aus der Region?

Warum engagieren sich so wenige Menschen in demokratischen Parteien und treten lieber als EinzelbewerberIn oder als Wählergemeinschaften zu Wahlen an? Es ist bekannt, dass die Zahl der EinzelbewerberInnen und der Wählergemeinschaften bei den letzten Wahlen noch einmal angestiegen ist und mittlerweile in einigen Orten die demokratischen Parteien in den kommunalen Vertretungen in der Minderheit sind; andererseits ist unsere Demokratie aber an ein Parteiensystem gekoppelt. Wer wird im ländlichen Raum eigentlich gewählt? Kann man von einer Personenwahl sprechen – wobei auch Rechtsextreme gewählt werden, wenn sie im Dorf integriert sind, sich enga-

gieren, sich um die Belange der Dorfgemeinschaft kümmern? Verwiesen wird auf ein Dorf, in dem drei bekannte Personen seit Jahren NPD wählen; mehr Stimmen erhält die NPD dort aber auch nicht. Ist das akzeptabel oder sollte das in dem betreffenden Ort zum Thema gemacht werden? Im Amt Lenzen sind in einem Ortsteil zwei Personen in den Gemeinderat gewählt worden, die über „Wir von Hier“ kandidiert haben. Wissen die EinwohnerInnen, dass es sich dabei um eine rechtsextrem orientierte Gruppe handelt? Oder wurden die jungen Männer gewählt, weil sie im Ort integriert sind und die politische Orientierung der Kandidaten ausgeblendet wurde? Woran liegt es, dass die NPD in Wittenberge bei der letzten Kommunalwahl viele Stimmen bekommen hat? Erfahren die Themen der NPD Zuspruch? Sind es die Kandidaten der NPD? Fühlen sich die BürgerInnen durch die NPD eher wahrgenommen als durch die demokratischen Parteien?

Welche Wirkung hat es auf mein Umfeld, wenn ich mich z. B. auf dem Fußballplatz mit einem Rechtsextremen unterhalte, mit dem ich zu Schulzeiten befreundet war? Muss ich mich von ihm so weit distanzieren, dass ich ihn nicht mehr grüße, um nicht selbst in die Nähe einer rechtsextremen Orientierung gerückt zu werden? Wie viel Abstand kann ich im ländlichen Raum zu einem Rechtsextremen haben, wenn ich weiß, dass dieser Rechtsextreme im Ort als Person sehr anerkannt ist? Ist es ausreichend, meine Position zu vertreten, dass rechtsextreme Ideologie und demokratische Grundüberzeugungen nicht zueinander passen? Ab wann gehöre ich dann nicht mehr zur „Wir-Gruppe“ eines Ortes oder eines Vereins oder eines Wohnblocks? Will ich diese Diskussionen in meinem sozialen Nahfeld wirklich führen, oder engagiere ich mich lieber außerhalb meines Ortes oder in meinem beruflichen Umfeld?

Gerade der letzte Frageblock zeigt, dass zum Thema Rechtsextremismus nicht nur objektive regionale und lokale Diagnosen gesucht werden. Es gibt auch persönliche Verhaltensunsicherheiten, die sich aus der politischen Positionierung einerseits und teils seit Jahrzehnten bestehenden sozialen Beziehungen andererseits ergeben. Die Runde dient somit auch der Diskussion und der Reflektion, um eine individuelle Orientierungssicherheit zu gewinnen.

Den TeilnehmerInnen der Ideenrunde war klar, dass sie die großen Fragen nicht sofort und grundsätzlich bearbeiten können. Sie konnten sie aber in ihr Umfeld mitnehmen, dort weiter diskutieren und so zunächst die Wahrnehmung für diese gesellschaftlich wichtigen Fragen schärfen. Anhand der Reaktionen ließ sich gewissermaßen testen, ob es Fragen sind, die auch andere interessieren und wo es eventuelle Anknüpfungspunkte bei anderen gibt. So wurden die Themen der Runde als Diskussionsthemen nach außen getragen, quasi als Schneeballeffekt, ohne dass gleich Antworten auf die Fragen angeboten werden sollten oder gefunden werden mussten.

Die Ideenrunde arbeitete also wieder wie zu Beginn: Den Fragen und der Diskussion wurde Zeit eingeräumt, allen wurde zugehört und es ging nicht primär darum, Antworten oder sofortige Lösungen zu finden. Alle äußerten sich sehr zufrieden mit dieser Vorgehensweise. Einige hatten Aufgaben bis zum nächsten Treffen übernommen, z. B. zum Thema „70 Jahre Kriegsende“ Kontakt zu Interessengruppen aufzunehmen oder einen Blick auf die Aktivitäten der Rechtsextremen vorzubereiten.

Das Demokratieforum findet sich und nimmt die Arbeit auf

Die Ideenrunde war weiter in der Such- und Findungsbewegung. Die TeilnehmerInnen wurden in ihrem privaten und beruflichen Umfeld – Verwaltung, Partei, Jugendarbeit – gefragt, woran sie in der Runde arbeiten. Man hatte die Themen und den Stil der internen Arbeit nicht an die große Glocke gehängt, um Erwartungs- und Ergebnisdruck zu vermeiden. Inzwischen waren andere Menschen neugierig geworden auf die Themen der Gruppe. Die beruflichen Akteure mussten überdies ihren Vorgesetzten Bericht erstatten. Deshalb stellte sich erneut die Frage nach der Ausrichtung und der Zielsetzung der Gruppe, weshalb sich die inhaltlichen Diskussionen noch einmal verschoben.

Gemeinsam wurde erarbeitet, dass die Gruppe sich nicht mehr nur als Denk- und Ideenrunde verstehen will, sondern sich als Diskussionsgruppe zum Thema Demokratie in all seinen Facetten begreift. Ein Name wurde gesucht, der das nach außen deutlich macht: Das „Demokratieforum“ soll offen sein für alle, die mitdiskutieren und sich für die demokratische Verfasstheit der Region einsetzen wollen. Die Gruppe legte fest, dass es keine/n SprecherIn geben soll, dass die Themen immer gemeinsam gefunden werden, dass die TeilnehmerInnen aus der Verwaltung und der Politik weiterhin Bestandteil der Gruppe sein sollen und dass auch außerhalb von Wittenberge getagt werden soll, um die gesamte Region einzubinden. Mit diesem Schritt wurde das Demokratieforum zu einer wahrnehmbaren Größe mit Ideen und Positionen sowie einer verbindlichen Arbeitsweise mit monatlichen Treffen. Die Runde umfasste zwischen zehn und fünfzehn Personen, warb zudem um Interessierte. Alle verstehen sich auch als MultiplikatorInnen in ihren jeweiligen (beruflichen) Gruppen.

Die Planung der inhaltlichen Themen für das zweite Halbjahr 2014 wurde besprochen. Die Kombination des konkreten Themas Rechtsextremismus mit dem allgemeinen Demokratiethema wurde beibehalten: Der Blick auf die Aktivitäten der Rechtsextremen wurde als Bestandteil für alle Treffen festgelegt, um zu wissen, was in der Region los ist und eventuell Gegenstrategien entwickeln zu können.

Die TeilnehmerInnen der Runde diskutierten die Frage, wie die Themen identifiziert werden können, die die BürgerInnen wirklich bewegen: Wie nimmt man Verbindung auf zu denjenigen, die man nicht immer wieder auf Veranstaltungen trifft und die manchmal als diejenigen bezeichnet werden, die sich von der Demokratie abgewendet haben? Wer hat in der Region überhaupt (professionellen) Zugang zu diesen BürgerInnen?

Eine Idee war, sich die Erfahrungen der Wohnungsbaugenossenschaft, die auch Nachbarschaftstreffe hat, anzuhören und deren Geschäftsführer in die Runde einzuladen. Das wurde im Winter 2014 realisiert. Der Geschäftsführer berichtete sehr anschaulich, wie die Wohnungsbaugenossenschaft (WBG) sich die Sorgen und Wünsche ihrer MieterInnen anhört, z. B. in Sprechstunden oder auch bei Besuchen in deren Wohnung. Manchmal werden aus Wünschen, die die Allgemeinheit betreffen, Eingaben für die Stadtverordnetenversammlung (SVV). Denn je dichter das Thema an den BürgerInnen ist, umso mehr Engagement entwickelt sich bei ihnen, so eine seiner Feststellungen. Die BürgerInnen brauchen oft Begleitung und manchmal die Ermutigung, dass sie ihre Meinung offen und auch öffentlich sagen können. Das kostet Zeit, die die Wohnungsbaugenossenschaft gern investiert. Ständige Meckerer z. B. können auf den Weg hin zu aktiv Handelnden gebracht werden, wenn sie bei Eingaben an die SVV unterstützt werden. Der Geschäftsführer selbst favorisiert ein Quartiersmanagement, das dicht an den Fragen und Problemen der BürgerInnen dran ist. Für die Mitglieder des Demokratieforums ergaben sich weitere Fragen:

Wie kann sicher herausgefunden werden, was BürgerInnen – außerhalb der WBG-Themen – von Politik und Verwaltung wollen? Wo brauchen sie Unterstützung, die sie in ihrem Engagement begleitet? Wie können sie eine Wirkung ihres Engagements spüren? Wie können (und müssen) die PolitikerInnen das Gespräch mit den BürgerInnen suchen und etablieren? Wie kann die Verwaltung deutlich machen, dass sie für die BürgerInnen da ist; wie kann diese Haltung auch innerhalb der Verwaltung implementiert werden? Könnte ein/e „PartizipationsmanagerIn“ in den Kommunen hilfreich sein?

Das Treffen mit dem Geschäftsführer der WBG hatte zusätzlich den Effekt, dass er in seiner Funktion als Vorsitzender der SVV in Wittenberge das Demokratieforum kennen lernen und auch Themen in die Kommunalpolitik mitnehmen konnte.

Anfang 2015 beschäftigte sich das Demokratieforum zunächst noch einmal ausführlich mit der Entwicklung und den Zielen von „Pegida“, auch vor dem Hintergrund der zunehmenden Zuwanderung von Flüchtlingen in die Prignitz. Allen in der Runde war bewusst, dass Zuwanderung überall das Hauptthema der nächsten Zeit sein wird.

Für Rechtsextreme ist es derzeit das zentrale Thema, wie sich an der Zunahme der Demonstrationen, Schmierereien und Flugblättern in der Region deutlich ablesen lässt. Der so genannte „Tag der deutschen Zukunft“ der Rechtsextremen im Juni 2015 in Neuruppin beschäftigte alle. Einige Mitglieder des Demokratieforums hatten sich den Gegenprotesten angeschlossen und berichteten von ihren Erfahrungen. Allen war die hohe verbale Aggressivität der Rechtsextremen gegenüber Flüchtlingen aufgefallen, die sich u. a. auch in Facebook-Posts aus der Prignitz wiederfindet. Über diese Art der Kommunikation im Internet, hinter der eine fremdenfeindliche und menschenverachtende Haltung steht, muss informiert werden. Es muss sehr deutlich dagegengesetzt werden, dass Menschen ein Grundrecht auf Asyl und menschenwürdige Aufnahme haben, damit nicht nur die Meinungen der Zuwanderungsgegnern im Raum stehen. Hier sind alle gefragt! Und hier gibt es noch sehr viel zu tun. Darüber sind sich alle Beteiligten sehr einig. Einige posten z. B. Gegenmeinungen auf Facebook, andere machten ihr Umfeld auf die hohe Aggressivität aufmerksam und befördern damit die Auseinandersetzung – es wird darüber gesprochen.

Mittlerweile hat das Bundesministerium für Frauen, Familien, Senioren und Jugend (BMFSFJ) ein neues Förderprogramm aufgelegt. Das Programm „Demokratie leben. Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“, das seit Januar 2015 läuft, spricht nicht mehr von LAPs und hat stattdessen den Begriff von lokalen „Partnerschaften für Demokratie“ geprägt.⁵ Das Demokratieforum wird von der Koordinatorin der lokalen „Partnerschaft für Demokratie“ als Vordenkerrunde für dieses Programm angesehen, denn viele Themen der Runde sind auch die Themen des Programms, z. B. die Stärkung der politischen Partizipation. Damit hat das Demokratieforum eine Funktion im Zusammenhang des neuen Förderprogramms erhalten. Die damit verbundene Anerkennung und Aufwertung ist allerdings auch verbunden mit einer verstärkten Anbindung an das Themenfeld Rechtsextremismus. Dadurch besteht die Gefahr, die Aspekte der Demokratieförderung, die über die kritische Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus hinausgehen, zu vernachlässigen. Doch das Demokratieforum hält die Balance: Bislang existierten keine – der Runde bekannten – kommunalen Situationsbeschreibungen zu rechtsextremen Aktivitäten, sondern nur Lagebilder der Polizei. Nun werden in der Runde Beschreibungen der rechtsextremen Aktivitäten und auch der einschlägig öffentlich bekannten rechtsextremen Aktivisten für Wittenberge

⁵ Vgl. dazu die web site des BMFSFJ (zuletzt: 19.8.2015) <http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/Freiwilliges-Engagement/demokratiefoerderung-extremismuspraevention.html>.

und die Region erstellt. Vernetzungen mit rechtsextremen Gruppen aus anderen Landkreisen und Bundesländern werden darin ebenso deutlich wie die verfolgten Strategien. Ein Effekt ist, dass dadurch alle auf dem gleichen Wissensstand sind und die Beschreibungen in ihrem Umfeld bei Bedarf kommunizieren können.

Außerdem werden Projekte weitergedacht, begleitet oder auch durchgeführt, z. B. „70 Jahre Kriegsende“ oder die Entstehung von Jugendforen. Die Ideen werden von den Mitgliedern in ihre (beruflichen) Bezüge rückgekoppelt und dort weiter diskutiert bzw. umgesetzt.

Die Besonderheit des Demokratieforums

Das Demokratieforum hat sich nicht aus einem drängenden, von außen gesetzten Anlass gegründet, wie manche zivilgesellschaftlichen Bündnisse in anderen Regionen Brandenburgs. Es versteht sich als offene Denkrunde zur Förderung der demokratischen Entwicklung. Dazu gehören alle Themen, die diese Entwicklung unterstützen oder einschränken.

Das Demokratieforum tauscht Informationen aus, diskutiert gesellschaftliche Strömungen in der Region sowie eigene Beobachtungen, entwickelt Ideen, die in anderen Bereichen weiterdiskutiert werden und kann bei Bedarf als Aktionsgruppe fungieren. Insofern kann hier auf den ersten Blick von einem Fall von Bürgerbeteiligung gesprochen werden: „... Bürgerbeteiligung (unterliegt) drei Voraussetzungen: erstens der Aufnahme und Verarbeitung von Informationen, zweitens dem Austausch und Debattieren von Meinungen und Überzeugungen sowie drittens dem gemeinsamen Handeln. Damit es allerdings wirklich zu einem gemeinsamen Handeln kommt, müssen die Menschen auch von der Sinnhaftigkeit und der Wirksamkeit ihres Handelns überzeugt sein.“⁶ Die gemeinsam erarbeiteten Aktivitäten am 5. April 2014 als Gegenaktion zur rechtsextremen Demonstration sind ein Beispiel dafür.

Auch die basalen Werte und die Ziele des Demokratieforums entsprechen gängigen Auffassungen eines demokratischen Bürgerengagements. Die TeilnehmerInnen der Runde wollen, dass die demokratischen Grundwerte gelten. „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ – diese Norm soll nicht allein das staatliche Handeln binden, wie es im Grundgesetz vorgeschrieben ist. Sie wollen, dass dieser Satz für alle Menschen im Umgang miteinander gilt: in

⁶ Hackmack, Gregor (2014): Demokratie einfach machen. Ein Update für unsere Politik, Hamburg, S.75.

der Nachbarschaft, im Sportverein, in der Verwaltung, in den demokratischen Parteien oder im Umgang mit ZuwanderInnen.

Arbeitsweise und Themenauswahl sind ebenfalls typisch für Bürgerengagement: Die Gruppe trifft sich in ca. monatlichen Abständen und sorgt so für eine Kontinuität auch bei der persönlichen Begegnung, die für die inhaltlichen Diskussionen notwendig ist. Alle gehen vertrauensvoll miteinander um, jede Meinung ist wichtig, wird gehört und diskutiert.

Die Mischung der beiden großen Themenfelder, wie sie oben dargestellt wurde, wird voraussichtlich keine Ermüdungserscheinungen aufkommen lassen, wie dies manchmal bei Initiativen zu beobachten ist, die sich ausschließlich gegen rechtsextreme Aktivitäten engagieren. Das Demokratieforum versteht es, das konkrete Thema der Rechtsextremismusabwehr in das umfassende und komplexe Feld der Demokratieentwicklung zu integrieren.

Eine Besonderheit des Demokratieforums ist, dass sich hier nicht allein engagierte BürgerInnen treffen, die sich in ihrer Freizeit Gedanken um ihr Gemeinwesen machen oder gemeinsam Aktionen durchführen. Die Teilnehmenden des Demokratieforums sind vielmehr BürgerInnen und berufliche Akteure, die sich dort nicht nur aus beruflichem Interesse engagieren, sondern auch von einer ethischen Motivation geleitet sind. Sie wollen – auch unabhängig von ihrem beruflichen Tätigkeitsfeld – etwas für ihre Kommune und für die Region tun. Derzeit nehmen ca. ein Drittel BürgerInnen und ca. zwei Drittel Beschäftigte des öffentlichen Dienstes oder freier Träger aus der Region an den regelmäßigen Sitzungen des Demokratieforums teil. Dabei sehen sich die beruflichen Akteure in einer Doppelfunktion: BürgerIn und beruflich Zuständige, wobei es dabei für sie keine Abgrenzung in der ethischen Haltung gibt und sie die Runde in der inhaltlichen Ausrichtung auch nicht dominieren. Der Vorzug dieser gemischten Zusammensetzung aus abgeordneten beruflichen Akteuren und BürgerInnen liegt auf der Hand: Ihre Überlegungen und Impulse können rasch Eingang finden in den professionellen Bereich der Jugendsozialarbeit sowie der Kommunalpolitik und -verwaltung.

Die Anbindung an die kommunalen Verwaltungen und an die Landkreisverwaltung zeigt sich derzeit vor allem beim Thema Zuwanderung und den sich daraus ergebenden Fragen der Einbeziehung der Bevölkerung. Hier können die Mitglieder des Demokratieforums z.B. von den Erfahrungen anderer Kommunen berichten, sich austauschen und den Diskussionsstand wieder in ihre Kommune/Verwaltung mit zurücknehmen.

Eine Idee des Demokratieforums war, sich an unterschiedlichen Orten in der Region zu treffen, damit auch BürgerInnen anderer Kommunen eher die Möglichkeit haben, sich zu beteiligen und auch alle Mitglieder gleichermaßen Fahrzeiten haben. Das ist bisher noch wenig geschehen. Ein Grund ist die

Befürchtung, dass die Runde zu groß werden könnte. Nicht alle kennen sich, eine vertrauensvolle inhaltliche Diskussion, in der man auch mal „Ungefiltertes“ äußern kann, wird durch wechselnde Mitglieder erschwert. Hier liegt ein neuralgischer Punkt für die Gestaltung der Runde – auch wenn sie offen für alle sein will. Nachgedacht wurde bereits über regionale Gruppen, man hat sich vorerst dagegen entschieden. Die Frage nach den unterschiedlichen Orten ist noch nicht abschließend besprochen.

Ein anderer Aufmerksamkeitspunkt ist die Ausrichtung der Treffen. Bei der Themenvielfalt werden viele Informationen ausgetauscht, so dass dann die Zeit für inhaltliche Diskussionen knapp wird. Aus dieser Erfahrung heraus wird für das nächste Treffen i.d.R. auch ein inhaltliches Thema geplant, das von einem Mitglied vorbereitet wird.

Eine weitere Frage ist, wie viel (professionelle) Leitung das Demokratieforum braucht. Zurzeit hat hauptsächlich eine Teilnehmerin die Diskussionsleitung, die Wittenberger Verwaltung stellt Räume zur Verfügung und unterstützt auch logistisch. Das funktioniert sehr gut. Die Mitglieder der Runde haben von sich aus noch nicht den Wunsch geäußert, dies zu ändern. Im Sinne der gleichberechtigten Partizipation kann man aber darüber nachdenken, ob z. B. die Diskussionsleitung nicht wechseln kann – auch, um die Arbeitsbelastung gleichmäßiger zu verteilen.

Wir als MBT begleiten das Demokratieforum kontinuierlich, versorgen die TeilnehmerInnen mit Informationen zu rechtsextremen Aktivitäten und Strategien, die für die Region bedeutsam sein können und beraten bei konkreten Fragen. Wir berichten von Erfahrungen der Einbeziehung von BürgerInnen aus anderen Kommunen, insbesondere beim derzeit wichtigen Thema Zuwanderung. Wir geben mit unserem Blick von außen auf die Region weitere Aspekte in die Diskussionen und stellen Fragen, vor allem nach der Wirkung von Ideen und deren Umsetzung. Wir erzählen in anderen Runden von dem Demokratieforum als einer Möglichkeit des bürgerschaftlichen Engagements und schauen mit großem Interesse auf die weitere Entwicklung.

Auch wenn die Runde nicht von den beruflichen Akteuren dominiert wird, kann aufgrund der gemischten Zusammensetzung nicht von einem bürgerschaftlichen Engagement im engeren Sinn des Begriffs gesprochen werden: Es sind ja gerade nicht BürgerInnen, die sich allein in ihrer Bürgerrolle zusammenfinden, sondern auch Personen, die während ihrer Erwerbsarbeitszeit an den Treffen teilnehmen und gegenüber ihren Arbeitgebern berichtspflichtig sind. Bürgerschaftliches Engagement ist demgegenüber allein an die Bürgerrolle gebunden: Von der Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ wurde das bürgerschaftliche Engagement definiert „als eine sozial wie politisch integrierende Tätigkeit, die in der Einstellung von

Bürgerinnen und Bürgern eines politischen Gemeinwesens wurzelt. Bürgerinnen und Bürger nehmen Verantwortung im öffentlichen Raum wahr und bringen sich in die Gestaltung des Gemeinwesens in der ganzen Breite der Engagementbereiche [...] ein: „Entscheidend ist, dass Bürgerinnen und Bürger sich wechselseitig als solche anerkennen. Sie sind Mitglieder einer politischen Gemeinschaft, die vielfältige Formen und Assoziationen des bürgerschaftlichen Engagements umfasst. [...] Bürgergesellschaft (ist) das Leitbild des bürgerschaftlichen Engagements. Bürgergesellschaft beschreibt ein Gemeinwesen, in dem die Bürgerinnen und Bürger auf der Basis gesicherter Grundrechte und im Rahmen einer politisch verfassten Demokratie durch das Engagement in selbst organisierten Vereinigungen und durch die Nutzung von Beteiligungsmöglichkeiten die Geschicke des Gemeinwesens wesentlich prägen können.“⁷

Über die Frage, ob man die eigene Aktivität im Demokratieforum als „bürgerschaftliches Engagement“ versteht, ist innerhalb der Runde bislang nicht ausdrücklich diskutiert worden. Es scheint den Konsens zu geben, dass in der Runde die Bürgerrolle und nicht die Berufsrolle die maßgebliche ist. Ob dieser Konsens trägt, ist indes nicht allein von den Mitwirkenden im Demokratieforum abhängig. Sobald PolitikerInnen oder die Verwaltung dem Demokratieforum Aufgaben übertragen, die nicht auch aus dem Kreis selbst definiert werden, wäre das vermutlich das Ende dieser offenen Runde mit all ihrer Themenvielfalt und der gelassenen und ruhigen Diskussion. Das Demokratieforum wäre dann ein Fachnetzwerk, wie es etliche andere in der Region bereits gibt, und für einige würde sich vermutlich die Frage nach ihrem weiteren Engagement in der Runde stellen.

Die jetzige Praxis, sich ohne Druck, ganz in Ruhe, gleichberechtigt, interessiert aneinander und den Meinungen und Ansichten Anderer mit einem Grundpfeiler des demokratischen Zusammenlebens, dem bürgerschaftlichen Engagement, zu beschäftigen, scheint überaus sinnvoll zu sein – sowohl für die Mitglieder des Demokratieforums selbst als auch für die jeweiligen Kommunen und den Landkreis Prignitz. Langjährige Erfahrungen in der Arbeit mit BürgerInnen, unterschiedliche Ressourcen, Ideen, die auch über den Tellerand des eigenen Projektes und der eigenen Kommune hinausreichen, Visionen für die Gestaltung eines Gemeinwesens, in dem alle gleichermaßen ihren Platz haben und zufrieden leben – was kann sich eine Region mehr wünschen?

⁷ Klein, A. (2015): Grundlagen und Perspektiven guter Engagementpolitik. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 65 (2015), H. 14/15, S. 11.

Lebendige demokratische Strukturen. Beobachtungen und Empfehlungen für die Partizipation an politischen Prozessen in ländlichen Räumen

In der letzten Zeit sind das Wort Demokratie und die damit verbundenen Werte wieder stärker in den Fokus gerückt. Dazu haben nicht zuletzt die Nachrichten über das vermeintliche Wissen von politischen Akteuren zu den Ausspähungen von und gegen die USA, die Unterbringung der geflüchteten und asylsuchenden Menschen oder auch die Ermittlungen gegen Journalisten wegen der Veröffentlichung von Staatsgeheimnissen beigetragen. Die Frage, wie die Menschen in der Bundesrepublik künftig zusammenleben wollen und was hierfür vonnöten wäre, ist wieder auf den Prüfstand geraten. Dabei ist es müßig, über die Ursachen nachzudenken. Einige nennen die größer werdende Schere zwischen Arm und Reich, Andere sehen die gefühlt unverschiebbaren Machtverhältnisse in der Bundespolitik und Weitere die undurchsichtigen Entscheidungsprozesse der EU als Entwicklungen, die letztlich große Wirkungen auf das Leben vor Ort haben. Ob diese Erklärungsmuster zutreffen oder nicht, ist nahezu unerheblich. Denn zu beobachten sind in jedem Fall die Folgen einer Gefühlslage, die durch die genannten Thesen in Erscheinung treten. Menschen suchen sich Ventile, um für ihre Interessen einzustehen. Zu beobachten ist dies an den vielen Bürgerinitiativen, Petitionen oder letztlich auch an dem Pegida-Phänomen. Eines haben dabei alle diese Aktionsformen gemeinsam. Sie sind entkoppelt von einer der zentralen Verfassungsideen – dass die Interessen von Bürger_innen in Parteien vertreten werden. Bei einer Unzufriedenheit über den geplanten Bau einer Windkraftanlage ist es nicht mehr der erste Reflex, sich an Parteien zu wenden oder gar in eine solche einzutreten, sondern vielmehr das Problem durch oben genannte Aktionsformen quasi selbst in die Hand zu nehmen. Bestärkt wird diese These auch durch die in den letzten Jahren fallende Wahlbeteiligung. Auch hierfür kann es verschiedene Gründe geben. „Die eine Stimme bringt doch nichts“, „Wahlversprechen werden doch sowieso nicht gehalten“ oder „Es ändert sich doch nichts“ sind die Sätze, die das MBT in diesbezüglichen Gesprächen immer wieder hört. Das eigentliche Problem dahinter liegt wohl weniger in den direkten Auswirkungen dieser

Haltungen, als vielmehr in dem Gefühl der Ohnmacht, das sich dadurch einstellt. War es in den 1950er Jahren in den alten Bundesländern oder in den frühen 1990er Jahren in den neuen Bundesländern noch ein Privileg, wählen zu können und sich ohne Repressalien in demokratischen Parteien engagieren zu können, fühlt sich heute ein Teil der Bevölkerung entkoppelt von Entscheidungsprozessen in unserer Gesellschaft. Und genau dieses Gefühl ist es, welches mitunter bis in die kommunale Ebene wirkt und auch an die folgenden Generationen weiter gegeben wird.

Dieser Beitrag versucht im Weiteren, Sie mit auf eine Reise zu nehmen, hin zu den Auswirkungen auf die Kommunalpolitik, weiter zu den Möglichkeiten einer breiteren Beteiligung, über die damit einhergehenden Chancen und Schwierigkeiten in ländlichen Gemeinwesen und abschließend zu einer hoffentlich anregenden Idee für ländliche Gemeinwesen.

Brandenburg – zwischen weiten Feldern und Metropolregion

Zweifelsohne ist Brandenburg ein Bundesland mit besonderen Voraussetzungen. Es gibt wesentliche strukturelle Unterschiede zwischen den urban geprägten und an Berlin grenzenden Ballungsräumen und den Flächengebieten Brandenburgs. Einige Menschen sprechen von einem „Speckgürtel“ mit einem Verweis auf die wirtschaftlich günstige Lage, andere von engeren Verflechtungsräumen mit Blick auf die Infrastruktur. Und dann ist da noch – „das Dahinter“. Die weiten Felder, großen Wälder, kleinen Dörfer, sogar Wölfe. Was für einige Menschen romantisch klingt, stellt die politischen Verantwortlichen mitunter vor große Probleme. Es stellt sich die Frage, wie man gleichwertige Lebensverhältnisse in Regionen schafft, die sehr unterschiedliche Voraussetzungen haben. Aus der landespolitischen Perspektive stellen sich vor allem strukturelle Fragen, beispielsweise wie der Nahverkehr aufrechterhalten, die medizinische Versorgung sichergestellt und die schulische Bildung gewährleistet werden kann. Das Mobile Beratungsteam nimmt dabei den umgekehrten Blickwinkel ein. Es stellt sich die Frage, welche elementaren Bestandteile ein Dorf hat und welche zukünftig benötigt werden, um ein lebendiges demokratisches Gemeinwesen sicherzustellen. Dabei finden sich nur selten differenzierte Beschreibungen vom Mikrosystem Dorf. Eine Ausnahme stellt das Buch von Gerhard Henkel zum Landleben dar.¹ Neben dieser allgemeinen Betrachtung bietet der Rundfunk Berlin-Branden-

¹ Henkel, Gerhard: Das Dorf, Landleben in Deutschland – gestern und heute. Bonn 2014.

burg eine lokale Beschreibung einzelner Brandenburger Gemeinwesen, beispielsweise durch das Format „Landschleicher“ im Rahmen der Nachrichtensendung „Brandenburg Aktuell“. Bei genauerem Hinsehen finden sich in diesem wöchentlichen Beitrag immer wiederkehrende Bestandteile von Dörfern: die Kirche, welche zumeist im Zentrum des Ortes steht. Vereine (Sport-, Heimat-, Trachtenverein usw.), die freiwilligen Feuerwehren und einzelne Bevölkerungsgruppen, die auch außerhalb von Familie und Vereinen zueinander finden. Es sind diese Elemente, die ein Zusammenleben generieren. Allerdings ist der Bestand dieser entscheidenden Elemente gefährdet durch das Phänomen der so genannten Landflucht, welches Henkel wie folgt beschreibt:

„Es gab Zeiten, da blieb das Dorf ein geschlossener Kosmos, den man nicht verließ. Dorfbewohner hatten kaum hoffnungsvolle Ziele und Motive, um abzuwandern. Seit 200 Jahren ist dies anders: Die neuen wachsenden Industriestädte brauchten Menschen vom Land, [...]. Die permanente Landflucht wurde zu einem Phänomen, das bis heute anhält und sich in Zukunft vielleicht noch verstärken wird.“²

Dieser Umstand und die Annahme der Verschärfung des Bevölkerungsrückganges birgt die Gefahr, dass die für ein Zusammenleben relevanten Systeme zusammenbrechen. Was damals noch von vielen geschultert wurde, lastet nunmehr auf wenigen. Es fehlen mitunter die Menschen, die die beschriebenen Systeme mit Leben erfüllen.

Beteiligung als aktivierendes Element eines demokratischen Gemeinwesens

Eines der entscheidenden Elemente eines Zusammenlebens in einer demokratisch verfassten Gesellschaft ist der Grundsatz der Beteiligung. Dabei ist es m.E. unerheblich, wer beteiligt werden soll. Es gilt grundsätzlich festzuhalten, dass ein/e Bürger_in ihrer/seiner Pflicht³ nur nachkommt, wenn sie/er sich als eben solche/r sieht. Mitunter können wir bei unserer täglichen Arbeit feststellen, dass sich der Grad von Engagement stark reduziert hat und nur wenige der Multifunktionäre noch aktiv sind.

² Ebd. S. 121.

³ Als Bürgerpflicht wird hier eine Haltung der Einwohner_innen in einem Gemeinwesen verstanden, gemeinsam verantwortlich für das Umfeld zu sein und sich gegenüber der Verwaltung nicht als reiner Dienstleistungsempfänger zu sehen.

Eine andere Seite der Medaille ist der Unmut über – ja, über wen eigentlich? „Über die da oben.“ Auch wenn dieser Ausspruch bei engagierten Menschen zumeist Unverständnis auslöst, so ist darin vor allem eines zu erkennen: Die Urheber kennen die Funktionsweisen ihrer eigenen Gemeinwesen kaum oder gar nicht. Dies löst bei ihnen das Gefühl aus, nichts bewirken zu können, was das Zugehörigkeitsgefühl zu einer demokratischen Gemeinschaft noch weiter unterminiert. Im schlimmsten Fall führt es zu einer Entladung ins Gegenteil, nämlich ein Anti-Engagement, wie zum Beispiel beim Phänomen der Pegida-Demonstrationen⁴ oder zur strikten Verhinderungshaltung bei stärkeren Eingriffen in das Wohnumfeld.⁵ Zweifelsohne gilt es, im Sinne eines demokratischen Gemeinwesens solchen Isolationstendenzen entgegen zu wirken.

Aus Sicht von einigen kommunalen Verwaltungen wird in diesem Auftrag, also der Entwicklung einer offenen Beteiligungskultur, ein immenser Aufwand gesehen. Es gilt an dieser Stelle auch festzuhalten, dass die Einrichtung von verschiedenen Beteiligungsinstrumenten tatsächlich nicht ohne Aufwand zu erreichen ist.

Da kommunale Verwaltungen stets auf ihren Haushalt bedacht sind, liegt darin auch kein unwesentliches Argument. Allerdings gilt es, auch die Einnahmeseite zu prüfen. Durch ein aktives Gemeinwesen mit vielen Akteuren und pflichtbewussten Bürger_innen werden auch Kosten gespart. Ein Beispiel dafür sind die freiwilligen Feuerwehren, in denen mitunter die Einsatzbereitschaft in Gefahr ist, weil Mitglieder fehlen oder aufgrund auswärtiger Berufstätigkeit nicht vor Ort sein können. Auf Grund dieser Zwangslage sahen sich einige Gemeinden und Städte dazu gezwungen, zum Teil hauptamtliche Kräfte einzustellen, was unbestritten eine große Belastung der kommunalen Haushalte nach sich zieht. Weitere Beispiele sind die Reinigung von Gehwegen, das Anbringen von jahreszeitlicher Dekoration, das Ausrichten von verschiedenen Feierlichkeiten, zivilgesellschaftliche Unterstützungsangebote für neue Einwohner_innen usw. Es ist zwar nicht möglich, eine Kosten-Nutzen-Rechnung aufzumachen, jedoch ist eindeutig festzuhalten, dass gelungene Beteiligung den kommunalen Haushalt nicht nur belastet. Darüber hinaus generiert sie einen Effekt, der einer Isolation von ganzen Bevölkerungsgruppen entgegenwirkt.

⁴ Festzuhalten ist, dass die Ursachen für das Pegida-Phänomen vielschichtig sind und weitere Erklärungen herangezogen werden müssen.

⁵ Gemeint sind Unternehmungen wie Straßenbaumaßnahmen, Errichtung von Windparks, Einrichtung von Asylbewerberunterkünften.

Beteiligung ist mehr als Abstimmen – aber was genau?

Die Erfahrung zeigt, dass der Begriff der Beteiligung von politischen Kräften und Verwaltungen eher gemieden wird. Begründet ist dies in dem Selbstverständnis der Akteure. Die Verwaltung muss sich stetig gegenüber den politischen Akteuren erklären. Allein darin besteht ein erheblicher Kommunikationsbedarf, der sowohl zeit- als auch kostenintensiv ist. Die kommunalen politischen Akteure investieren viel Zeit und Mühe, um alle formalen Prozesse zu durchdringen und folglich fundierte Entscheidungen für ihre Kommunen zu treffen. Darüber hinaus empfinden es die Akteure oft als schwierig, diese zumeist sehr komplexen Prozesse verständlich und ausgiebig zu erklären. Hier stoßen die Akteure an ihre zeitlichen Grenzen. Weiterhin wird in der Beteiligung oft ein Abstimmungsinstrument gesehen, was die eigene Aufgabe und die Legitimation von gewählten Akteuren in Frage stellt. Wozu sollen sie sich denn den Strapazen einer Wahl und der anschließenden Gremienarbeit stellen, wenn letztlich andere darüber entscheiden?

Bei einer Suche nach Beteiligungsinstrumenten in der Fachliteratur stößt man, neben Beteiligungsprozessen in Wirtschaftsunternehmen, insbesondere auf Veröffentlichungen im Bereich der Jugendarbeit. Dies erscheint in Anbetracht des §12 SGB VIII (Kinder- und Jugendhilfegesetz) nur logisch, da hierin schon der Beteiligungsansatz enthalten ist:

„Jugendarbeit von jungen Menschen selbst organisiert, gemeinschaftlich gestaltet und mitverantwortet.“⁶

Nicht nur strukturell, sondern auch historisch gewachsen, folgen insbesondere Jugendverbände seit nunmehr über 100 Jahren in Deutschland einem selbstorganisierten und folglich partizipativen Ansatz.⁷ Dabei richtet sich die Jugendbeteiligung unter anderem nach folgenden Regeln⁸, die letztlich auch auf andere Beteiligungsprozesse übertragen werden können:

- Die Beteiligung muss gewollt und unterstützt werden.
- Die Ziele und ggf. Entscheidungsspielräume sowie das gesamte Verfahren sind den Beteiligten transparent.

⁶ Sozialgesetzbuch (SGB), Aches Buch (Kinder- und Jugendhilfe), Artikel 1 § 12, Abs. 2, S. 1.

⁷ Gries, Jürgen/ Ringle, Dominik: Jugendamt und Jugendhilfe in der Bundesrepublik Deutschland. Geschichte, Analysen und Materialien mit den Ausführungsgesetzen der Bundesländer. 2. überarb. Aufl., Baltmannsweiler 2005, S. 135 ff. und S. 157.

⁸ Vgl.: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Qualitätsstandards für Beteiligung von Kindern und Jugendlichen. Berlin 2015, S. 10 ff.

- Die Informationen sind verständlich und die Kommunikation ist gleichberechtigt.
- Die Methoden sind zielgruppenorientiert.
- Die Ergebnisse werden zeitnah umgesetzt.

Die Verwaltungen und politischen Akteure haben eher das Ziel eines Entscheidungsprozesses im Blick, und die Jugendarbeit achtet auf den Prozess, der die Menschen befähigt, selbstbestimmt Entscheidungen zu treffen. Im Vergleich beider Herangehensweisen fällt vor allem auf, dass ein entscheidender Punkt in Beteiligungsprozessen die Vermittlung von Informationen an die Beteiligten ist. Mit einem zielgerichteten und entscheidungsorientierten Blick im Rahmen der politischen Beteiligungsprozesse, kann dieser Aspekt aus dem Fokus geraten, weshalb eine nähere Betrachtung lohnt.

Die Brandenburger Kommunalverfassung stellt den Punkt „Unterrichtung und Öffentlichkeitsarbeit“ besonders heraus:

„Die Gemeinde beteiligt und unterrichtet die betroffenen Einwohner in wichtigen Gemeindeangelegenheiten. Zu diesen Zwecken sollen Einwohnerfragestunden, Einwohnerversammlungen oder andere Formen kommunaler Öffentlichkeitsarbeit durchgeführt werden. Die Formen der Einwohnerbeteiligung regelt die Hauptsatzung, Einzelheiten können auch in einer gesonderten Satzung geregelt werden.“⁹

Bei der Suche in einigen Brandenburger Hauptsatzungen¹⁰ finden sich stets die folgenden Instrumente zur Bürgerbeteiligung:

- Einwohnerfragestunden in den Gremien der Kommune
- Einwohnerversammlungen
- Bekanntmachungen in Amtsblättern, über Aushänge in Schaukästen oder ggf. durch schriftliche Information der betroffenen Haushalte
- Einsehen von Beschlussvorlagen zur Sitzung des jeweiligen Gremiums oder in der Verwaltung, vereinzelt auch auf der Homepage der Kommune

Der überwiegende Teil der beschriebenen Instrumente setzt eine hohe Mobilität der interessierten Bürger_innen voraus, was eine beachtliche Hürde darstellt. Doch in einem digitalen Zeitalter sind bei den meisten Kommunen

⁹ § 13 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg.

¹⁰ Recherchiert wurden die Hauptsatzungen folgender Kommunen: Angermünde, Baruth/Mark, Königs Wusterhausen, Lübben, Mielower Land, Templin, Unterspreewald.

die Informationen auch auf den Homepages abzurufen – unabhängig davon, ob dies in den Hauptsatzungen verankert ist. Dabei zeigt sich jedoch ein weiteres Problem bei der Information der Bürger_innen. Die Beschlussvorlagen und Amtsblätter sind zumeist verklausuliert und verwenden Fachtermini, die sich einen kommunalpolitisch unerfahrenen Leser nicht erschließen. Es finden sich eine Vielzahl von Begriffen, die ohne weitere Recherche nicht verständlich sind: Flurstück XYZ, Bebauungsplanverfahren, Teilaufhebung des förmlich festgelegten Sanierungsgebietes, Aufstellungsbeschluss, Offenlegungsbeschluss und weitere mehr.

Werden an diese Sprache die Maßstäbe der Jugendbeteiligung angesetzt, erweist sich die Verständlichkeit als Problem. Darin ist weniger ein Vorwurf an die kommunalen Verwaltungen enthalten, die sich eine effiziente und rechtlich eindeutige Terminologie erarbeitet haben. Es bleibt jedoch festzuhalten, dass diese spezifische Sprache nur bedingt dafür geeignet ist, die Einwohner_innen zu beteiligen. Beteiligung gelingt dann nur in solchen Fällen, wo ein erhebliches Interesse daran besteht, dass Bürger_innen diese Hürden zur Informationsbeschaffung nehmen. Dieses Interesse ergibt sich zumeist aus einer persönlichen Betroffenheit und ist häufig verbunden mit Unmut über den langen Weg der Erkenntnis. Dies ist jedoch selten der Fall. Worum es geht, erfahren die Betroffenen in der Regel erst aus der lokalen Presse – wenn der abschließende Beschluss eines Vorhabens kurz bevorsteht.

Der Konflikt ist da!

Das sind die Situationen, in denen die Kommunikation festgefahren ist. Zumeist werden erst dann die MBTs hinzugezogen und identifizieren ein Spannungsfeld, in dem ein Agieren nur noch schwer möglich ist. Die Fronten sind verhärtet und nicht selten sind die Anliegen oder Sorgen beider Seiten gleichermaßen nachvollziehbar. Die Verwaltung und die politischen Gremien haben schon viele Hürden auf dem Weg zum abschließenden Beschluss genommen, mitunter sogar Sachverständige bezahlt und oft darüber debattiert. Sie sind froh, dass sie dieses Vorhaben zum Abschluss bringen können. Die betroffenen Bürger_innen hingegen haben erst kürzlich Kenntnis erhalten und fühlen sich übergangen. Sie haben die Erwartung, dass ihre Wünsche und Bedenken zur Kenntnis genommen werden und ggf. Bestandteil der Planungen werden. Die andere Seite jedoch versteht die Einwände nicht, da doch rechtzeitig über die Amtsblätter informiert wurde und auch aus den Tagesordnungen der politischen Gremien der Stadt frühzeitig bekannt war,

worum es geht. Die Stimmung heizt sich auf und das gegenseitige Verständnis wächst. Solche oder ähnliche Konflikte konnten wir in unserer Arbeit schon oft erleben.

Auch wenn jedes Gemeinwesen eigene Kommunikationswege hat und das MBT grundsätzlich die individuellen Lösungswege mit den lokalen Akteuren sucht, gibt es doch eine allgemeine Lösungsstrategie – der Diskurs muss ermöglicht und angeschoben werden. Basis jedes Diskurses ist die gemeinsame Grundlage in Bezug auf Informationen. Im Hinblick auf die Grundpfeiler der Beteiligung ist darin die rückwirkende Heilung der Beteiligungslücken zu sehen. Es gilt nun, die lokalen Akteure, die letztlich eine multiplikative Wirkung erzeugen können, an einen Tisch zu holen. Dazu können gehören: die politischen Parteien, die Vereine, die freiwillige Feuerwehr, die Kirche, die Gaststättenbesitzer, weitere Gewerbetreibende, ehemalige Bürgermeister, exponierte Persönlichkeiten etc.

Dieses nachholende Agieren ist selbstredend sehr kräftezehrend. Demnach ist eine Kommune gut beraten, möglichst frühzeitig den Raum zu schaffen, über die anstehenden Vorhaben und Probleme zu informieren, auch über die oben beschriebenen Instrumente hinaus. Die Resonanzen werden schnell zeigen, ob ein gesteigertes Interesse an Beteiligung besteht. Ist dies der Fall, so sollten Räume für eine Partizipation geschaffen werden: Diskussionsabende, Umfragen oder weiteres.

Der Blick zurück aufs Dorf – das Schwinden von Multifunktionären

Der Blick auf das Land Brandenburg macht deutlich, dass Beteiligungsprozesse unterschiedliche Ausprägungen haben, je nachdem, welche Strukturen vor Ort vorherrschen. In den urbanen Gebieten rund um Berlin gibt es gut ausgestattete Verwaltungen und oft noch starke Parteien, die den Meinungsbildungsprozess vorantreiben. Auch die zivilgesellschaftlichen Akteure sind vernetzt und nehmen eine besondere Funktion ein. In den ländlich geprägten Gebieten des Landes treffen wir eher auf gegenteilige Situationen. Die Gemeinde- und Amtsverwaltungen sind zwar häufig zentral, jedoch in großer Entfernung gelegen und für eine Vielzahl von Dörfern zuständig. Dort existieren kaum Parteien, die sich in ihrer Arbeit auf die lokalen Angelegenheiten konzentrieren.

Im Hinblick auf die Verfasstheit von Dörfern liegt darin jedoch eine der größten Schwierigkeiten. Wenngleich Begriffe wie Landidylle und Dorfgemeinschaft diese kleinen Siedlungsstrukturen gerne als eine homogene Ansammlung von Menschen mit ähnlichen Interessen und Meinungen betrach-

ten, zeigt sich beim genaueren Hinsehen, dass es sich hierbei eher um einen Mythos handelt.¹¹ Der Zusammenhalt in einem Dorf ist vielmehr historisch über Zweckbündnisse zu erklären.¹² Es bildet sich zwar eine regionale Identität heraus, der Gedanke einer rein solidarischen Dorfgemeinschaft gehört jedoch eher einer romantisierenden Vorstellung an. Heutzutage bestehen diese Zweckbündnisse nur noch in einem kleinen Zusammenhang. Die größeren landwirtschaftlichen Betriebe sind z. B. kaum noch auf Erntehelfer in großer Zahl angewiesen, woraus auch keine Gegenleistungen mehr erwachsen. Dörfer werden heute oft als Rückzugsorte gesehen. Der Austausch entsteht nicht aus wirtschaftlichen Zwängen, sondern aus gewollten Bekannt- und Freundschaften. Die Existenz und der Nutzen kleiner Siedlungsgemeinschaften entstehen nicht mehr aus einem wirtschaftlichen Mehrwert; die gemeinsamen Interessen haben sich verringert. Wenn dieser eigentliche Zweck entfällt, stellt sich die Frage, wie und wo sich Dorfgemeinschaft bildet. Die Antwort lautet zweifelsohne: in den Vereinen, angefangen beim Anglerverein über den Sportverein bis hin zum Förderverein der freiwilligen Feuerwehr.

Es ist also anzunehmen, dass die Kommunikation in einem Dorf insbesondere in diesen Strukturen stattfindet. Aus Sicht eines idealtypischen Beteiligungsansatzes sind Vereinsstrukturen die Orte, in denen solche Prozesse stattfinden. Letztlich ist ein Verein der Ort, in dem die/der Einzelne unmittelbaren Einfluss auf das nehmen kann, was passieren soll. Im Gegensatz zu den Wahlen für politische Ämter, hat die einzelne Stimme ein wesentlich größeres Gewicht. Es ist jedoch nicht nur dieser nach innen wirkende Ansatz, der dem Verein in den Dörfern eine derart herausragende Stellung zukommen lässt. Auf Grund der schwach ausgeprägten Parteistrukturen in den Dörfern übernehmen Vereine oft notgedrungen auch die Funktion der politischen Interessenvertretung. Diese weitere Funktion exponiert den Verein im Dorf in einem besonderen Maße, insbesondere wenn man die Betrachtungen von Johannes Staemmler berücksichtigt, der die Kommunikation eines Ortes beschreibt:

„Über die Familie hinaus sind es für die Bürgerinnen und Bürger drei kommunikative Arenen, die von zentraler Bedeutung sind für die Herstellung von Sinnzusammenhängen. Es sind gleichzeitig jene Bereiche, die für po-

¹¹ Henkel: Das Dorf (Fußnote 1), S. 144 f.

¹² Etwa: Der Schmied hilft den Bauern, die Nachbarn gehen mit zur Ernte, der gemeinsame Schutz des Eigentums etc.

litische Willensbildung und Engagement wichtig sind. Das sind Staat und Politik, Zivilgesellschaft und Medien.“¹³

Bei einer Prüfung dieser beschriebenen „kommunikativen Arenen“ auf ihre Konsistenz, zeigt sich erneut die hohe Bedeutung der Zivilgesellschaft. Als Medien mit für den Ort relevanten Informationen sind zweifelsohne die regionalen Tageszeitungen zu sehen. Es ist allgemein bekannt, dass die Auflagen dieser Blätter in den letzten Jahren massiv gesunken sind. Politik und Verwaltungen sind, wie bereits beschrieben, zumeist nicht im Wahrnehmungshorizont vieler Bewohner_innen eines Dorfes.

Wenngleich dieser Umstand allein noch keine große Besorgnis erregt, so ist es spätestens der Blick auf die Personen, die diesen Vereinsstrukturen vorstehen. Sehr oft sind es die Multifunktionäre. Sie vereinen mehrere politische, zivilgesellschaftliche und private Funktionen auf sich. Zumeist sind sie sehr angesehen und durch diese vielen Aufgaben kann sich sogar eine Form von Mythenbildung um ihre Person entwickeln. Umso schwerer wiegt der Verlust einer solchen Person. Ob der Rückzug vorbereitet oder plötzlich war – es gibt einen Riss, in dem ganze Kommunikationsprozesse und ein beträchtliches Wissen verschwinden. Systemisch gesehen werden sich neue Strukturen bilden; der Verlust mag unmittelbar schwierig sein, er wird aber bewältigt werden. Für die Übergangszeit aber entsteht eine mitunter schwerwiegende Lücke, besonders im Hinblick auf die beschriebenen defizitären Beteiligungsinstrumente. Der Ort wird „abgehängt“ – zumindest temporär.

Eine Idee zum Umgang mit dieser Misere

Zur Erarbeitung eines Lösungsansatzes lohnt der Blick in ein weiteres Themenfeld, bei dem wir auf ein probates Mittel gestoßen sind, welches sich im Grundansatz zum Umgang mit der beschriebenen Problematik eignet – die Jugendkoordination in ländlichen Räumen.

Für das MBT ist die Jugendsozialarbeit eine der fundamentalen Bestandteile in ländlichen Brandenburger Gemeinwesen. Fachlich sind sich die Expert_innen einig, dass sie für die verschiedenen Problemlagen junger Menschen Sorge trägt und darüber hinaus ein Bindeglied zwischen den Erwachsenen, den kommunalen Verantwortungsträgern und den adoleszenten Jugendli-

¹³ Staemmler, Johannes: Besonderheiten von Kommunikation im ländlichen Raum Ostdeutschlands, in: Amadeu Antonio Stiftung (Hg.): Region in Aktion – Wie im ländlichen Raum demokratische Kultur gestaltet werden kann. Berlin 2013, S. 20-23.

chen darstellt. Auch politisch ist sie von besonderem Interesse. Die Förderung der Jugendarbeit durch die kommunalen Verwaltungen ist in nahezu jedem Kommunalparlament Thema. Einerseits wird sie häufig zu den so genannten „freiwilligen Leistungen“ gerechnet mit der Folge, dass Kommunen sie bei schwierigen Haushaltslagen vorrangig kürzen. Andererseits wird sie als allgemeiner Problemlöser für schier unlösbare Aufgaben betrachtet. Sobald es zu Vandalismus, Gewalt oder anderem ungehörigen Verhalten kommt, ist aus verschiedenen Richtungen der Ruf nach Jugendsozialarbeit zu vernehmen. In diesen Situationen bietet sich die Paul Watzlawick zugeschriebene Weisheit an:

„Wer als Werkzeug nur einen Hammer hat, sieht in jedem Problem einen Nagel.“

Jugendsozialarbeit und insbesondere das Arbeitsfeld der Jugendkoordination sind aber nicht in erster Linie Problemlösungsinstrumente. Denn wenn „das Kind in den Brunnen gefallen ist“, ist für die Fachkräfte ein immenser Zeitaufwand erforderlich, um eine zufriedenstellende Lösung herzustellen. Die verhaltensauffälligen Jugendlichen haben mitunter kein Interesse, an einem Seil aus dem Brunnen zu klettern. Die Fachkraft ist also gezwungen, selbst in den Brunnen zu steigen und den Jugendlichen heraus zu ziehen oder gar zu schieben. Für die Jugendsozialarbeiter_innen ist dieses Handeln jedoch unumgänglich, denn darin besteht der Auftrag, den die politischen Verantwortlichen der Jugendsozialarbeit erteilen. Im Zuge solcher Kriseninterventionen entsteht also eine verfahrenere Situation, die in der Regel zu keinem Ergebnis führt, das alle Seiten zufrieden stellt. Sinnvoller erscheint es daher, die Jugendsozialarbeit als ein kontinuierliches und präventives Element zu verstehen, welches die sinnbildlichen Bretter auf den Brunnen legt, um so zu verhindern, dass eine große Anzahl der Heranwachsenden in eben jenen Brunnen fällt.

Darüber hinaus sind Jugendkoordinator_innen in einem vergleichsweise großen Gebiet für mehrere Sozialräume zuständig. Die zeitlichen Ressourcen lassen demnach eine intensive und individuelle Beschäftigung mit einzelnen Jugendlichen nicht zu. Wie es der Begriff schon andeutet, sollen sie nach der ursprünglichen Idee des Konzeptes koordinieren. Und dabei soll der Fokus vorwiegend auf Prozessen liegen, die mit den Interessen der Jugendlichen zu tun haben. Zum Beispiel einen Begegnungsraum für die Jugend in einem Ort zu ermöglichen und sie dabei zu unterstützen, verlässliche Regeln für die Nutzung zu schaffen. Es ist nicht die Aufgabe der Fachkraft, bei der Nutzung des Jugendraumes ständig präsent zu sein, darin sollte

die Ausnahme liegen. Vielmehr geht es darum, die Jugendlichen schon im Vorfeld dabei zu unterstützen, mit den kommunalen Verantwortungsträgern ins Gespräch zu kommen, um ihr Ziel zu erreichen. Im Weiteren kann es dann um den Aufbau von Kontakten im Umfeld des Jugendraumes gehen, um einen direkten Kommunikationsdraht zwischen Nachbarn und Jugendlichen zu schaffen.

Die Fachkraft der Jugendkoordination ist daher eher als Kommunikationsmittler_in und Übersetzer_in zu verstehen, die darüber hinaus versucht, selbstorganisierte Jugendgruppen zusammen zu stellen, die in der Lage sind, selbstbestimmt zu wirken. Dabei greift sie selbstredend auch in den Meinungsbildungsprozess ein, indem sie diesen befördert.

Der Ansatz der Gemeinwesenkoordination in ländlichen Räumen

Wenngleich die Bürger_innen, an die sich die Gemeinwesenkoordination richtet, meist keine Jugendlichen sind, finden sich in diesem Ansatz einige Elemente, die in der beschriebenen Situation in Brandenburger Dörfern ebenfalls fruchtbare Ergebnisse zeitigen können. Dabei ist zunächst der präventive Ansatz zu nennen. Die Erwartung an eine Gemeinwesenkoordination mit der Zuständigkeit für mehrere Dörfer ist natürlich die Vernetzung sämtlicher Strukturen. Als Mitarbeiter_in der Gemeinde- oder Amtsverwaltung besteht ohnehin der Kontakt zur Verwaltungsebene. Darüber hinaus besteht der Auftrag, sich auch mit den weiteren Akteuren zu vernetzen und somit die lokalen Systeme, samt der dahinter stehenden Personen zu kennen und zu verstehen. Im Idealfall ergeben sich daraus bisher unentdeckte Synergien, die es zu nutzen gilt.

Ein weiteres präventives Element entsteht dann, wenn die beschriebenen lokalen Multifunktionäre ausfallen. Wenngleich auch kein/e Gemeinwesenkoordinator_in ad hoc eine solch engagierte Person umfassend ersetzen kann, so ist er/sie doch in der Lage, sehr schnell dafür zu sorgen, dass keine erheblichen Schäden entstehen. Darüber hinaus kann die Fachkraft die neuen Funktionäre in der Anfangszeit unterstützen und somit die bedeutenden zivilgesellschaftlichen Systeme schützen und Reibungsverluste minimieren.

Der präventive Ansatz kann auch für die Verwaltung und Politik einen erheblichen Gewinn darstellen, da die Fachkraft als Seismograf dienen kann, der den Unmut über anstehende Entscheidungen frühzeitig erkennt und die Kommunikation zwischen verschiedenen Beteiligten bereits vor einer möglichen Eskalation herstellen kann. Darüber hinaus ist sie in dem Fall einer oben

beschriebenen Eskalationsstufe der/die Expert_in für die Begebenheiten vor Ort. Selbstredend sind auch gute hauptamtliche Bürgermeister_innen in der Lage, die Situationen in den jeweiligen Dörfern zu erfassen und zu beschreiben. Doch in Zeiten immer größerer Verwaltungseinheiten in den ländlichen Regionen Brandenburgs werden auch herausragende Bürgermeister_innen im Detail an ihre Grenzen stoßen.

Das besondere Potenzial des Ansatzes liegt in der Stärkung einer geschwächten Kommunikationsarena. Sicherlich ist es kaum möglich, die Auflagen der Tageszeitungen zu erhöhen. Doch der Bereich „Staat und Politik“ kann durch eine Übersetzungsfunktion, gezielte Vernetzung und die Organisation von lokalen Veranstaltungen zur Meinungsbildung entscheidend gestärkt werden. Die Koordination setzt damit an der Problematik an, dass die lokalen Vereine, die zumeist auch die politische Verantwortung in den Dörfern tragen, selten eine Anbindung an übergreifende Organisationsformen haben, wie dies bei Parteien der Fall ist. Selbstredend liegt der Königsweg eher darin, dass auch in Dörfern wieder flächendeckend Parteistrukturen vorherrschen. Mit Blick auf die Mitgliederentwicklungen in den Brandenburger Parteien ist dies jedoch zunächst nicht zu erwarten.

Für eine solche Tätigkeit werden also Fachkräfte benötigt, die sich in den Strukturen von Verwaltung und Politik auskennen, eine fundierte Kenntnis von Funktionsweisen in kleinen Gemeinwesen haben, eine besondere kommunikative Kompetenz besitzen und in der Lage sind, komplexe Informationen verständlich aufzuarbeiten. Für die Umsetzung dieser Tätigkeit wird ein hohes Maß an Mobilität benötigt, da der wesentliche Teil der Arbeit nicht vom Büro aus stattfindet. Eine Orientierung aus methodischer Sicht bietet der sozialräumliche Ansatz aus der Sozialen Arbeit, der sich seit den 1970er Jahren insbesondere in Bezirken von Großstädten etabliert hat.

Spätestens bei der Lektüre der letzten halben Seite werden die Verantwortungsträger aus Politik und Verwaltung angefangen haben zu rechnen, die Aufgabe als unfinanzierbar und somit als nicht realisierbar bewertet haben. Doch auch jene Leser_innen können beruhigt sein. Es gibt bereits Gemeinden, die diesen Ansatz in den Grundzügen umsetzen. Natürlich schließt die Gemeinwesenkoordination die Jugendkoordination nicht explizit aus. Des Weiteren gibt es mitunter Seniorenbeauftragte oder Mitarbeiter_innen in Sachgebieten für Bildung und Soziales; auch existieren entsprechende Förderprogramme. Mit etwas Kreativität lassen sich einige Möglichkeiten finden. Deswegen möchte ich Sie dazu ermuntern, diese zu prüfen. Und wenn es ernst wird, steht das MBT natürlich zur Beratung bereit.

Bürgerbündnisse in Zeiten gesellschaftlicher Veränderungen

Das MBT-Trebbin hat in den letzten elf Jahren eine Vielzahl von Bürgerbündnissen beraten, begleitet, mitbegründet, in regelmäßigen Abständen besucht oder auch nur aus einiger Entfernung beobachtet. Einige dieser Initiativen gibt es noch heute in erstaunlich unveränderter Form und Zusammensetzung. Die meisten haben sich jedoch verändert, neue MitstreiterInnen gewonnen und alte verloren, haben sich verkleinert oder treffen sich nur zu bestimmten Anlässen. Wiederum andere haben sich schon vor vielen Jahren aufgelöst – entweder, weil sie das gemeinsame, verbindende Thema aus den Augen verloren, sich ins Private zurückgezogen oder andere Arbeitsfelder für sich entdeckt haben. Nicht wenige Mitglieder ehemaliger Bürgerinitiativen sind in die Kommunalpolitik gegangen oder haben ihre Aktivitäten zugunsten der Arbeit als Gemeindevertreter verringert oder eingestellt. Eines trifft vermutlich auf die meisten der Aktiven zu: Sie haben sich mit der Zeit verändert. Entweder weil sie ihre Ziele verfolgen und umsetzen konnten, ihre Erwartungen den Gegebenheiten und Realitäten angepasst haben oder weil sie sich neue Aktionsformen und Betätigungsfelder suchten, die ihren Bedürfnissen mehr entsprachen.

Der Artikel will anhand der Gründungsgeschichte, Arbeitsweise und Entwicklung einiger exemplarischer Bürgerinitiativen und ihrer MitstreiterInnen deren Motivation, Wirkungsweise, Bedürfnisse und innere Logik veranschaulichen. Im zweiten Schritt soll aufgezeigt werden, wie sich die Bürgerinitiativen und ihre Themen im Laufe der Zeit verändert haben und welche neuen Formen des zivilgesellschaftlichen Engagements sich derzeit entwickeln. Im Artikel wird dies anhand einiger ausgesuchter Beispiele vorgenommen. Es sei hier betont, dass es sich ausschließlich um demokratisch arbeitende Initiativen handelt, die sich humanitären Grundsätzen verpflichtet fühlen.¹

Die befragten Bürgerinitiativen stammen aus den beiden Landkreisen Teltow-Fläming und Dahme-Spreewald und sind sowohl ländlich als auch,

¹ In den letzten Monaten hat sich in Brandenburg eine Anzahl von Bürgerinitiativen gegründet, die sich vor allem gegen Flüchtlingsunterbringung in ihrer Umgebung wenden und häufig auch rechtspopulistische und fremdenfeindliche Positionen vertreten.

je weiter man in den „Speckgürtel“ von Berlin kommt, städtisch geprägt. Für Teltow-Fläming wurden die „Arbeitsgemeinschaft Tolerantes Mahlow“, der „Bürgertisch für eine lebendige Demokratie in Großbeeren e.V.“ und das „Bündnis Baruth bleibt bunt“ (BBB) befragt. In Dahme-Spreewald waren es das „Bündnis gegen Rechts“ (BgR) in Königs Wusterhausen das „Aktionsbündnis gegen Heldengedenken und Naziaufmärsche in Halbe“ (Aktionsbündnis Halbe) und das Bündnis „Buchholz offen und bunt“ (B'OB).

Anhand eines interviewgestützten Leitfadens wurden einer/m oder zwei BündnisvertreterInnen Fragen zum Gründungsanlass, der Arbeitsweise, den Konfliktfeldern und der Weiterentwicklung vorgelegt. Die Fragen beziehen sich auf die Zeit zwischen 2001 und 2015. Die meisten Interviews wurden im ersten Halbjahr 2015 geführt.

Die bunte Landschaft von Bürgerbündnissen im Spiegel ihrer Gründungs- Arbeits- und Transformationsphasen

„Jedem Anfang wohnt ein Zauber inne, der uns beschützt und der uns hilft, zu leben...“ schrieb einst Hermann Hesse. Es ist auch bei Bürgerbündnissen zu beobachten, dass die Anfangszeit häufig als sehr bewegendes und verbindendes Ereignis erlebt wird, meist in einer Zeit des Umbruchs, an die man sich auch später noch gut erinnern kann.

Gründungen

Vera Hellberg (geb. 1963) ist Ende der 1990er Jahre mit ihrem Mann aus Berlin-Kreuzberg nach Mahlow gezogen. Damals hat sie eine starke Polizeipräsenz in der Gemeinde wahrgenommen, wusste aber zunächst nichts über die Hintergründe, den brutalen Überfall auf einen englischen Bauarbeiter jamaikanischer Herkunft und die Existenz einer rechtsextremen Szene im Ort. Sie hat aber angefangen, Fragen zu stellen und sich für die jüngere Geschichte des neuen Wohnortes zu interessieren:

„Wir kamen aus West-Berlin und alles war neu und unbekannt hier, es gab auch so eine gewisse Unsicherheit und dann wurde auch noch das Thema Rechtsextremismus in der Presse breitgetreten – wie Mahlow in der Presse dargestellt wurde – da hatte ich auch ein Problem mit, und dadurch dass der Täter aus der Tschäpe-Schule kam. Wir kannten einige Lehrer und einen Gemeindevertreter und haben uns dann irgendwie gefunden und getroffen, es war eine ganz wilde Gruppe und ich fand

das ganz irre. Jeder brachte einen anderen Hintergrund, auch verschiedene ‚Ostkulturen‘ mit und ich wusste sehr wenig darüber. Wir sind von Anfang an sehr offen miteinander umgegangen. Sehr schnell kam es dann zu der Idee für ein Bündnis, der Arbeitsgemeinschaft ‚Tolerantes Mahlow‘.“

Karin Weber (geb. 1953; Lehrerin und Behindertenpädagogin) war über zehn Jahre im Sprecherrat des ‚Aktionsbündnis gegen Naziaufmärsche und Heldengedenken in Halbe‘. Sie hat regelmäßig zu den Treffen eingeladen, moderiert und Gegenkundgebungen angemeldet und wurde so zum Aushängeschild der Bürgerinitiative.



Karin Weber während der Kundgebung ‚Tag der Demokraten‘ im Juni 2005 in Halbe.

Karin Weber, „Aktionsbündnis Halbe“:

„Im Jahr 2002, ich war Kreisvorsitzende der damaligen PDS, die Antifa kam zu mir ins Büro und sagte: ‚Die Nazis wollen in Halbe marschieren, wir wollen eine Gegendemo machen und brauchen jemand, der für uns anmeldet.‘ Ich wusste nichts von Versammlungsrecht und wusste nichts von Verantwortungsübernahme. Für mich war eine Gruppe in Königs

Wusterhausen, die sich Antifaschisten nannten, verlässlicher Partner, und sie waren auch sehr engagiert. So sagte ich: ‚Ich melde an‘. [...] Und wir haben an dem Tag 2002 überhaupt keine Vorbereitung getroffen, ich habe angemeldet und von der Polizei Auflagen erhalten und bin nach Halbe in die Kirchstraße gefahren und habe versucht, mit den jungen Leuten in’s Gespräch zu kommen, was mir auch gelungen ist [...]. Ich konnte da deeskalierend wirken zwischen der Antifa und der Polizei, worauf ich heute noch stolz bin.“

Frank Rauhut (geb. 1942, Chirurg) aus Königs Wusterhausen erlebe ich zum ersten Mal im Juni 2005 bei einer Kundgebung, dem „Tag der Demokraten“ als Reaktion auf eine rechtsextreme Demonstration in Halbe. Er trägt eine auffällige große Gorillamaske und dazu ein T-Shirt mit der Aufschrift: „Ich kann nichts dafür, dass meine Nachfahren Glatzköpfe sind“. Alarmiert durch die Vorgänge im Landkreis engagiert er sich in Halbe und zwei Jahre später auch in Königs Wusterhausen wieder politisch:

„In meiner Arztpraxis liefen immer wieder Leute rum in solchen Nazi-klamotten mit üblen Sprüchen, da habe ich dieses T-Shirt vom Asgard-Versand besorgt, da stand drauf ‚Sturm 18 – Rache für 45‘ und ich hatte auch einen Zettel dran gehängt: ‚Wer so erscheint wird auch nicht mehr behandelt‘. Dann kam auch keiner mehr von den Leuten, aber das hat sich natürlich in der Szene rumgesprochen, und dann bekam ich 2007 eine Einladung zu einem Treffen und das war von den Autonomen Antifaschisten organisiert. Sie haben alle Leute eingeladen, von denen sie dachten, dass sie etwas ‚gegen Rechts‘ machen wollen. Das waren ganz vernünftige Leute, teilweise Studenten von der Fachhochschule Wildau, teilweise Schüler aus Königs Wusterhausen. Da waren wir so anfangs 25 bis 30 Leute, moderiert von einem jungen autonomen Studenten, wobei wir uns erst einmal darauf verständigt haben, wie das alles laufen soll, keine Leitung gewählt sondern eine Tagesordnung zusammen gestellt und dann basisdemokratisch diskutiert. Das ging alles ganz gut und dann haben wir Gegenmaßnahmen für die geplante Nazidemonstration in Königs Wusterhausen organisiert.“

Bianca Urban wird als freiberufliche Rechtsanwältin im Jahr 2008 mit dreißig Jahren zur ehrenamtlichen Bürgermeisterin in ihrem Heimatort Märkisch Buchholz gewählt. Bereits in ihrer ersten Amtszeit erfährt sie, dass sich ein NPD Mitglied mit seiner Familie im Ort niedergelassen hat und einen ehemaligen Gasthof erwerben konnte.

Bianca Urban, „Buchholz offen und bunt“:

„Die Grundüberlegung war, da kommt jemand, der ein Haus erworben hatte und dort einen Treffpunkt für die NPD errichten will. Für mich stand fest, wenn hier Fremdenfeindlichkeit Einzug hält, dass sich dieser Ort das nicht leisten kann. [...] Da kam noch im August 2011 eine NPD-Kundgebung hier im Ort hinzu und dann haben wir sehr viel Engagement an den Tag gelegt, um ausreichende Kräfte zu mobilisieren, um hier eine Präsenz zu zeigen. Und diese Aktion in der Kirche hat dann gezeigt, dass wir ganz viele Leute nicht nur in Märkisch Buchholz, sondern auch in der Umgebung haben, die sich gegen diese Fremdenfeindlichkeit aufstellen und da war klar: Wir müssen uns besser organisieren und außerdem dran bleiben, dass die Pläne der NPD nicht umgesetzt werden können.“

Annette Braemer-Wittke (geb. 1959) lebt seit Mitte der 1990er Jahren mit ihrer Familie in Baruth, Teltow-Fläming. Sie ist in verschiedenen kulturpolitischen und sozialen Initiativen und Vereinen vor Ort aktiv und arbeitet seit 2013 auch als Kunstpädagogin in einer Oberschule. Schon bald erkennt sie die Notwendigkeit, sich vor Ort auch politisch zu engagieren.



*Annette Braemer Wittke
und Tochter Charlotte
bei der „Tour de Tolerance“
am Mellensee, Sommer 2015*

Annette Braemer-Wittke:

„In der Zeit, als die Freien Kräfte Teltow-Fläming recht aktiv waren, kam es zu Vorfällen im Ort und an der Schule. Eine bunte Mischung von Bürgern vor Ort sah dringenden Handlungsbedarf und organisierte als erstes Zeichen der Solidarität das Konzert ‚Rock gegen Rechts‘ im Herbst 2011. Die sehr gute und unbürokratische Zusammenarbeit aller Akteure: Bürger, Schule, Sportverein, Stadt und Parteien haben uns alle etwas euphorisiert.

Das war dann der Anfang der Bürgerinitiative. Den BI-Namen haben wir dann relativ spontan gefunden. Das MBT unterstützte uns sehr effektiv und ermutigend vor Ort, indem es uns mit anderen politischen Akteuren zusammenbrachte und mit Informationen versorgte.“

Ursula Schinowsky (geb. 1947) ist 1973 von Leipzig nach Großbeeren in den Landkreis Teltow-Fläming gezogen. Zu DDR-Zeiten war sie als Mathematik- und Physiklehrerin tätig, nach der Wende auch im Fach Politische Bildung an der Gesamtschule. Ihr Anliegen, sich in Großbeeren für eine demokratische Kultur einzusetzen und erste Kontakte zum MBT haben sie im Sommer 2002 zur Mitbegründung eines Bürgertisches für lebendige Demokratie im Ort veranlasst. Und das, obwohl sie bereits in der Kommunalpolitik aktiv war.

„Ich hatte es in DDR schwer und durfte mich nicht gesellschaftspolitisch engagieren und war froh über die Wende und habe mich ab 1990 in einer Wählergemeinschaft organisiert und mit dieser Wählergemeinschaft bin ich in die Gemeindevertretung gewählt worden. Ich war da zwölf Jahre dabei und habe aber festgestellt, dass man in einer Wählergemeinschaft, die nicht so groß ist, nicht so viel erreichen kann. Entscheidend sind ja die Parteien, aber Parteien waren für mich kein Thema. Nach der dritten Wahlperiode habe ich überlegt, damit aufzuhören und zu dem Zeitpunkt erfolgte auch das zweite Einwohnertreffen anlässlich rechtsextremer Vorkommnisse im Ort. Wir trafen uns in einer Gaststätte und Herr Hülsemann vom MBT war auch wieder dabei. Wir waren 15 Leute und haben überlegt, wie können wir das, was wir als Zielstellung hatten, besser umsetzen und dann kam es zur Gründung des ‚Bürgertisches für eine lebendige Demokratie‘.“

Zielsetzungen

Der Verein „Bürgertisch für eine lebendige Demokratie“ in Großbeeren entstand vor 13 Jahren aus einem Runden Tisch von engagierten Bürgern und Bürgerinnen, die sich gegen rechtsradikales Gedankengut und gegen rechtsradikale Gewalt zusammengefunden haben. Ursula Schinowsky ist die stellvertretende Vorsitzende, zudem Leiterin des Frauenstammtischs und seit 2002 dort ununterbrochen aktiv. Großbeeren ist ein wichtiger Wirtschaftsstandort am Stadtrand von Berlin. Die Einwohnerzahl hat sich in den letzten 20 Jahren durch Zuzug auf mehr als 8300 Einwohner verdoppelt. Zunächst als Reaktion auf eine eher kleine rechtsaffine Jugendszene vor Ort entwickelte sich



Der Verein ‚Bürgertisch für lebendige Demokratie‘ und sein Frauenstammtisch im neuen Landtag (Ursula Schinowsky, fünfte von rechts)

das bürgerliche Bündnis, in dem sich auch viele Zugezogene engagieren, schnell von einem reaktiv zu einem proaktiv arbeitenden Bündnis.

Ursula Schinowsky, „Bürgertisch für eine lebendige Demokratie“:
 „Wir haben schon zunächst Informationsveranstaltungen, auch im Jugendclub, mit Referenten gemacht, die sich in der rechten Szene gut auskannten und zu den verschiedenen Symbolen, Zeichen und Strukturen aufklärten konnten. So haben wir versucht, auch die Bevölkerung in Großbeeren zu erreichen. Aber wir wollten nicht nur ‚gegen Rechts‘ vorgehen, sondern wir wollten uns vor allem hier im Ort einbringen und das machten wir mit den vielfältigsten Veranstaltungen. So hat z. B. der Bürgertisch einen eigenen Frauenstammtisch, den ich seit zwölf Jahren leite und jeden Monat findet eine andere politische oder kulturelle Veranstaltung statt. Bei den thematischen Veranstaltungen steht unser Anliegen, zu informieren, im Vordergrund. Z. B. mit der Gleichstellungsbeauftragten Frau Witt, mit dem Verein ‚Andersartig‘ aus Potsdam oder auch mit Lesungen in der Buchhandlung hier im Ort. Wir haben uns aber auch beteiligt am Flächennutzungsplan in Großbeeren und damals eine umfassende Informationsveranstaltung für alle Bürger durchgeführt und vor den Bür-

germeisterwahlen machen wir auch Veranstaltungen, um die Kandidaten vorzustellen.“

Anders erging es Vera Hellberg und der Arbeitsgemeinschaft „Tolerantes Mahlow“ – in der heutigen Großgemeinde Blankenfelde-Mahlow im finanzkräftigen Norden des Landkreises Teltow-Fläming. Als Noël Martin, ein britische Staatsbürger mit jamaikanischer Herkunft, der 1996 nach einer Hetzjagd mehrerer rechtsextremer Jugendlichen mit seinem Auto in Mahlow schwer verunglückte und seitdem querschnittsgelähmt in Birmingham lebte, ankündigte, fünf Jahre nach dem Überfall die Gemeinde erneut besuchen zu wollen, gab es für die Arbeitsgemeinschaft nicht viel Zeit für lange Planungen, es musste schnell reagiert werden.

„2001 hatte Noël Martin in der Talkshow bei Beckmann angekündigt, dass er fünf Jahre nach dem Vorfall die Gemeinde wieder besuchen will, plötzlich hatte die BI einen konkreten Auftrag und ein großes Projekt zu stemmen, den Besuch inhaltlich und organisatorisch vorzubereiten und auch die Gemeinde darauf vorzubereiten. [...] Eingeladen hatte ihn das ‚Landesweite Aktionsbündnis‘, die hatten aber gesagt, wir brauchen auch Leute vor Ort. [...] Dann brauchten wir einen Namen und es ging alles ganz schnell, obwohl wir schon befürchteten, dass die Vorbereitungen uns überfordern könnten, aber wir sahen es auch als Chance, zusammen zu wachsen. [...] Das gemeinsame Ziel war, ganz klar, für mehr Toleranz zu sorgen im Ort, offen zu sein. Deswegen waren wir kein Verein mit einer Satzung, sondern eher eine Interessensgemeinschaft – es ging auch darum, die Toleranz nicht nur kulturell zu gestalten, sondern zu leben.“

Im benachbarten Landkreis Dahme-Spreewald hatte sich Anfang der 2000er Jahre zunächst eine Initiative aus der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/ Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN/BDA) und Antifa gegen die rechtsextremen Demonstrationen und Kundgebungen in Halbe engagiert. Im Spätsommer 2004 kam es dann zur Gründung eines breiteren Bündnisses mit Unterstützung der Kreisvorsitzenden der damaligen PDS.

Karin Weber, „Aktionsbündnis Halbe“:

„Die Bürger in Halbe waren verängstigt und ratlos und unsere Zielsetzung war, wir gehen nach Halbe und zeigen, dass es nicht nur Nazis gibt, sondern auch Menschen, die dagegen sind und Zivilcourage zeigen.“



Rechtsextreme Kundgebung am Waldfriedhof in Halbe; November 2004

Etwas später, im Herbst 2004, stößt auch der im gleichen Jahr gegründete „Verein für Bildung, Kultur, Tourismus und Gewerbe im Schenkenländchen e.V.“, der heutige „Bürgerverein BiKuT im Schenkenländchen e.V.“, hinzu. Dieser Verein wird aktives Mitglied im Aktionsbündnis Halbe. Sein Vorsitzender, Hilmar Stolpe (geb. 1950), lebte und arbeitete damals noch im benachbarten Teupitz und war schon vor der Vereinsgründung in Halbe aktiv. Schnell wächst das Bündnis ab Herbst 2004 zu einem breiten heterogenen Bündnis, dem sich auch verschiedene Vereine, Verbände und Interessengemeinschaften anschließen.

Hilmar Stolpe, „Aktionsbündnis Halbe“:

„Unser Anliegen war, dass wir nicht wollten, dass Halbe zum Aufmarschort wird. Wunsiedel hatte schon weniger Attraktivität durch den Widerstand seiner Einwohner, die Naziszene suchte einen Ausweichort und Halbe mit dem Friedhof wäre für sie ideal, aber für uns eine Katastrophe gewesen. [...] Es ist ja so, dass die Gegend vor allem durch den Tourismus lebt und ein Tourist, der weiß, dass da Nazis hinfahren, der wird dort nicht hinfahren und die Region meiden. Es gibt aber viele kleine Gewerbetreibende, die vom Tourismus hier leben. Wir hatten uns eigentlich auf eine Aufgabe fokussiert und wir haben diskutiert und uns auf den

kleinsten gemeinsamen Nenner geeignet, nämlich den Naziaufmarsch zu verhindern. Es war zunächst eine pragmatische Entscheidung, die dann eine Mehrheit gefunden hat.“

Das „Bündnis gegen Rechts“ aus Königs Wusterhausen, dem sich Frank Rauhut anschließt, ist ausdrücklich ein „linkes, kämpferisches Bündnis“ mit antifaschistischem Selbstverständnis. In der ersten Zeit wird es vorwiegend von SchülerInnen und StudentInnen getragen, denen sich zwar nach und nach auch ältere Mitstreiter anschlossen. Aber eine Kooperation mit der Stadt, der Kommunalpolitik oder der Verwaltung ist in der Anfangszeit nicht gewünscht.

Frank Rauhut, „Bündnis gegen Rechts“:

„Die Zielsetzung war am Anfang, die aggressive Naziszene zurückzudrängen, das stand eindeutig im Vordergrund, nicht allgemeine demokratische Prinzipien zu verkünden und für deren Durchsetzung zu sorgen – die Demokratie war kein Wort, mit dem man Punkte machen konnte. Diese Demokratie ist keine Demokratie, solange die Lobbyisten der Wirtschaft die Parlamentarier erpressen können.“



Bannerflug „Die Stadt bleibt bunt – gegen eine rechtsextreme Demonstration in Königs Wusterhausen“



Mitglieder des Bündnisses bei einer symbolischen Auskehraktion

Märkisch Buchholz, im Landkreis Dahme-Spreewald, gilt mit ihren 800 Einwohnern als kleinste Stadt Brandenburgs. Während der vier Kilometer entfernt liegende Ort Halbe im 20. Jahrhundert zahlreiche Arbeiterfamilien aus Berlin und Schlesien anzog, war Märkisch Buchholz von je her stärker ländlich geprägt. Wie die deutlich größere Nachbargemeinde Halbe wurde auch Märkisch Buchholz in den letzten Tagen des Zweiten Weltkriegs große Schäden zugefügt. Die Bürgerinitiative „Buchholz offen und bunt“ gründet sich aus einer Initiative der ehrenamtlichen Bürgermeisterin Bianca Urban mit Unterstützung des örtlichen Gemeindepfarrers Jürgen Behnken. Von Anfang an sind hier auch einzelne Gemeindevertreter, Vereinsvorsitzende und engagierte Privatpersonen im Ort beteiligt.

Jürgen Behnken (geb. 1961), „Buchholz offen und bunt“:

„Ich weiß gar nicht, ob es eine direkte Zielsetzung am Anfang gab. Aber Rechtsextremismus ist natürlich zersetzend für's Gemeinwesen und daher war es wichtig, direkt zu reagieren und Zeichen zu setzen. Die Andacht in der Kirche anlässlich einer Kundgebung der NPD hat da gut funktioniert und die Initiative war danach so etwas wie ein Selbstläufer. Die Meinungsführer im Ort haben sich getroffen und andere

**Die Freie Oberschule Baruth und
das Bürgerbündnis „Baruth bleibt bunt“
laden ein zu**



am 27.10.2012

von

16.00 - 22.00 Uhr

**auf dem Baruther Sportplatz
Es spielen Bands aus der Region**

© Rose Werbung & Mehr - www.rose-luedenwald.de

Ankündigung eines Rockkonzertes gegen Rechts in Baruth, Herbst 2011

sind dazu gekommen, aber die treibende Kraft war Bianca Urban, die Bürgermeisterin.“

Die lokale Verankerung und das Vorangehen der entscheidenden Meinungsmacher im Ort befördern in der Regel Arbeitskraft, Attraktivität und Erfolgserlebnisse von Bündnissen. Nicht selten müssen auch Zielsetzungen den Entwicklungen vor Ort immer wieder angepasst werden.

Bianca Urban, „Buchholz offen und bunt“:

„Die große Zielsetzung war, diesen Plan der NPD, hier Fuß zu fassen, zu verhindern und insoweit war dann immer in kleinen Schritten zu prüfen, wie wir das angehen können. Es gab nie eine konkrete Zielsetzung, sondern eine allgemeine Zielsetzung. Wir haben dann auf Aktionen der NPD reagiert und mehrere Zwischenschritte geplant, ggf. auch neue Zielsetzungen geplant.“

Wie Märkisch Buchholz ist auch die Kleinstadt Baruth im Süden von Teltow-Fläming mit ihren zwölf z.T. weit auseinander liegenden Ortsteilen und insgesamt nur gut 4.100 Einwohner ländlich geprägt. Das Bündnis „Baruth bleibt bunt“ (BBB) ist zunächst breit aufgestellt. Zu den regelmäßigen Sitzungen kommen auch der Bürgermeister, einzelne Stadtverordnete und bei Bedarf, wenn es um die Organisation größerer Veranstaltungen geht, nehmen auch Verwaltungsmitarbeiter teil. An der Ausrichtung und Arbeitsweise von BBB sind sie allerdings weniger beteiligt. Hier gibt eine kleine Gruppe mit wechselnden Akteuren den Kurs vor. Als Reaktion auf Hakenkreuzschmiereien und dem Erstarken einer eher subkulturellen rechten Szene im Ort organisiert die Direktorin der Oberschule mit einigen Schülern und dem Bündnis ein erstes Konzert gegen Rechts in Baruth. Dass diese Veranstaltung im Herbst 2011 relativ gut besucht wird und ohne Störungen verläuft, obwohl sie auch von der rechtsextremen Szene wahrgenommen wird, ist schon an sich ein großer Erfolg. Darüber hinaus verständigt sich das Bündnis ebenfalls darauf, eher proaktiv tätig zu werden.

Annette Braemer-Wittke, „Baruth bleibt bunt“ (BBB):

„Demokratische Werte verstetigen, Engagement zeigen und Fuß fassen, bevor etwas passiert. Wir haben uns nie der Vorstellung hingegeben, Baruth könnte quasi ‚nazifrei‘ werden – weil es einfach unrealistisch ist. Unser Ziel war aber, dass wir die demokratische Kultur stärker befördern und noch lebendiger werden lassen. Wir versuchen dieses Polarisieren bzw. gesellschaftliche Auseinanderdriften nicht zu sehr zu fördern, was gar nicht so einfach ist.“

Arbeitsweisen und Themen

Es stellt sich die Frage nach der Effektivität der jeweiligen Arbeitsweisen von Bürgerinitiativen. Ist es leichter, auf rechtsextreme Vorkommnisse zu reagieren und eine Gegenaktion zu planen oder präventiv, vorausschauend tätig zu werden? Eine einfache Antwort gibt es nicht, da Bündnisse immer im Kontext der jeweiligen Situations- und Problemlagen vor Ort agieren und abwägen müssen, wie stark beispielsweise ihr Mobilisierungsgrad zu welchen Themen ist. Ein Gradmesser dafür ist die politische Bedeutung eines Themas in der aktuellen gesellschaftlichen Diskussion. So waren z. B. der Besuch von Noël Martin in Mahlow, die rechtsextreme „Heldenverehrung“ in Halbe, das Erstarken der Freien Kräfte Teltow-Fläming ab 2009 und der Brandanschlag auf das „Haus der Demokratie“ in Zossen² in der Vergangenheit durchaus wichtige Themen, zu denen sich auch mit Unterstützung der Medien viele Menschen mobilisieren ließen. Anders ist dies beim Zuzug von NPD-Kadern in das Gemeinwesen: Handelt es sich dabei um eine Person, die sich zunächst unauffällig verhält, wird der Zuzug eher als ein lokales Thema von weniger großem Interesse behandelt. In Märkisch Buchholz war es schon eher die Ankündigung von Sven Haverlandt, seinen ehemaligen Gasthof in ein NPD-Schulungszentrum umzubauen, verbunden mit der Organisation einer NPD-Kundgebung im Ort, die die BürgerInnen auf den Plan rief. Auch die Kleinstadt Baruth im Süden Teltow-Fläming hat in den letzten Jahren den Zuzug eines rechtsextremen Kaders und seiner jungen Familie bewältigen müssen. Anders als in Märkisch Buchholz ist er in seinem Wohnort bisher nicht spürbar politisch aktiv geworden. Dennoch, eine subkulturell ausgeprägte, weniger stark organisierte rechte Szene gibt es hier schon seit vielen Jahren. Daran haben sich viele Einwohner nach eigenen Angaben schon fast gewöhnt. So wundert es nicht, dass es schwer fällt, Menschen im Alltag „gegen Rechts“ zu mobilisieren. Diese Erkenntnis hat auch die Bürgerinitiative „Baruth bleibt bunt“ gemacht. Ihr geht es eher darum Begegnungen, gemeinsamen Austausch und lokale Identität im Ort zu fördern.

Annette Braemer-Wittke, „Baruth bleibt bunt“:

„Wir haben Konzerte, Kinovorführungen und Reiseberichte organisiert, die für ländliche Verhältnisse recht gut besucht waren. Dazu haben wir Kurzfilme mit Baruther Jugendlichen gemacht, zum Teil in Kooperation

² Vgl. dazu: Nienhuisen, Andrea / Kasiske, Jan: Zossener Zustände 2009 – Chancen und Grenzen bürgerschaftlichen Engagements am Beispiel einer Kleinstadt, in: Dirk Wilking/ Michael Kohlstruck (Hg.): Einblicke III, Potsdam 2010, S. 41-61.

mit der freien Oberschule Baruth und der evangelischen Kirche. Diese Filme wurden u. a. in der Kreisverwaltung gezeigt und zum Teil im Internet veröffentlicht. Wir haben uns bemüht, ein Klima von Weltoffenheit, Akzeptanz und Toleranz zu schaffen und den Rechten so kein Einfallstor zu ermöglichen. Wir wollten auch den Begriff Heimat erfolgreich besetzen und haben dazu verschiedene Sachen gemacht. Unsere regelmäßigen Treffen finden an unterschiedlichen Orten statt, damit entlegene Ortsteile erreicht werden. Die Kontinuität der Treffen ist wichtig.“

Im Gegensatz zur aufwendigen Organisation von Konzerten, Kundgebungen und Demonstrationen lassen sich themenbezogene Filmabende, Lesungen und Vorträge zwar auch mit wenigen Personen vorbereiten, aber sie erreichen damit meist vor Ort auch nur eine begrenzte Teilnehmerzahl. Die Wirkung und Reichweite dieser inhaltlichen Arbeitsweise in einem Gemeinwesen ist zwar meist weniger Aufsehen erregend, kann aber qualitativ durchaus effektiv sein.

Annette Braemer-Wittke, „Baruth bleibt bunt“:

„Ich glaube, man muss sich von dem Ideal verabschieden, dass viele Leute kommen. Das ist unrealistisch, wenn man seinen Erfolg daran misst. Die Stimmung in dem Bündnis ist eigentlich sehr gut, wir hatten jetzt letztlich auch noch eine Ortsbürgermeisterin dabei, die auch so ein bisschen aufgerüttelt worden ist. Die Stimmung ist nicht von Profilierungsdrang geprägt. Wichtig ist eine gute Vernetzung, auch wenn es nur wenige Personen sind, die sich regelmäßig austauschen und Veranstaltungen durchführen.“

Viele Bündnisse sind gerade in der Anfangszeit enorm produktiv und stark. Dies hat damit zu tun, dass sie ein Ziel vor Augen haben, dass ihnen erreichbar scheint und sie dadurch eine starke Motivation verspüren. Auch werden demokratische Aushandlungsprozesse, anders als in der parteipolitischen Arbeit, als belebend, direkt und konstruktiv erlebt.

Vera Hellberg, „Arbeitsgemeinschaft Tolerantes Mahlow“:

„Ein halbes Jahr hat sich die BI fast wöchentlich getroffen. Es war wie ein Flow, ein Rausch, man hat so viele neue Leute kennen gelernt, intensiv kennen gelernt, mit denen man auch nächtelang diskutiert hat, Menschen mit denen man sich sonst nie so ausgetauscht hätte. Es war sehr spannend und lehrreich. [...] Und dann sind viele Untergruppen entstanden, z. B. auch die Aktion ‚Gesicht Zeigen‘ und jeder hat eine Aufgabe übernom-

men. Die Mitglieder waren alle gleichberechtigt, es gab viele Arbeitsgruppen und einen Sprecher. Es wurde per Mail eingeladen und es gab eine Tagesordnung. Es herrschte das Mehrheitsprinzip, denn man wollte ja ‚Demokratie leben‘ – und wenn jemand nicht dabei sein konnte, haben wir ihn über Mail informiert und er konnte seine Meinung dazu per Mail mitteilen.“

Erst nach und nach folgen der stürmischen Anfangsphase pragmatischere Überlegungen: Wo soll es hingehen, wie muss sich Zivilgesellschaft aufstellen, damit sie längerfristig arbeiten kann, wer kann die Arbeit leisten, wer hat die Kapazitäten? Auch im „Aktionsbündnis gegen Heldengedenken und Naziaufmärsche in Halbe“ (kurz: „Aktionsbündnis Halbe“), wird nach eigenen Angaben zunächst viel diskutiert – ein Konsens lässt sich mit der zunehmenden Größe und Heterogenität der Gruppe lediglich noch aufgrund der gemeinsamen Zielsetzung im Namen erzielen. Und dieser Konsens wird dann durch die Moderation und den Sprecherrat immer wieder zitiert und verteidigt. Mit den Jahren wird das Bündnis zu einer parteiübergreifenden Initiative wachsen, in der auch bei der Planung von Großveranstaltungen Verwaltung und Politik ihren Platz einnehmen.



Große Beteiligung am „Tag der Demokraten“ im Juni 2005 in Halbe

Karin Weber, „Aktionsbündnis Halbe“:

„Stabilität hängt davon ab, dass nicht nur viel diskutiert wird, sondern jeder auch weiß, was er vom anderen erwarten kann und wo die jeweiligen Grenzen sind. Wir haben da so eine gegenseitige Toleranz zu den einzelnen Personen mit ihren Eigenheiten entwickelt. Ich habe es zwar moderiert, das war aber dem geschuldet, dass ich dann als Mitglied des Landtages die Zeitkapazitäten dafür hatte und außerdem auch die technische Ausstattung mit Internet und Computer. Es war Bestandteil meiner politischen Arbeit und somit war ich auch im Sprecherrat. Der Sprecherrat war eher so ein Rat für die Polizei bzw. Presse, also wenn z.B. Sicherheitsgespräche geführt werden mussten oder Interviews.“

Wie im „Aktionsbündnis Halbe“ hatte sich die Antifa nach einer gewissen Zeit aus der Bündnisarbeit in Königs Wusterhausen zurückgezogen. Antifa-Gruppen können in Brandenburg in der Bearbeitung des Themas Rechtsextremismus häufig als treibender Motor angesehen werden, wenn sie auch mitunter durch radikales Auftreten und Forderungen als Problem wahrgenommen werden. So bleiben sie in der Regel auch Bürgerinitiativen dann wieder fern, wenn diese ihren Forderungen und Sichtweisen nicht folgen. Während die Antifa in Halbe vermutlich die breite Beteiligung bürgerlicher Parteien als wenig attraktiv für die eigene Arbeit betrachtete, stieg in Königs Wusterhausen die Antifa aufgrund eines internen Konflikts aus, der von einzelnen polarisierenden Persönlichkeiten ausging. Auch im „Bündnis gegen Rechts“ erfolgte nach einiger Zeit die Einsicht, dass ehrenamtliches Engagement allein das Klima in der Stadt nicht verändern kann, wenn die Politik das Thema nicht zusätzlich befördert.

Frank Rauhut, „Bündnis gegen Rechts“:

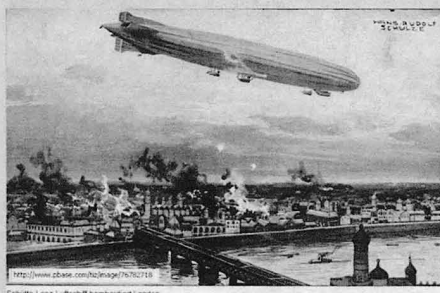
„In den ersten Jahren haben wir an der eigenen Logistik gearbeitet, um viele Leute auf die Straße zu bringen, um rechtsextreme Aufmärsche stoppen zu können. Nachdem die Antifa dann weg war, gab es eine Beständigkeit, aber wir waren nur noch zehn, manchmal zwölf, manchmal sieben Leute. Später haben wir uns dann stärker mit inhaltlicher Arbeit beschäftigt – das haben dann eher zwei bis drei Leute gemacht. Wir haben z. B. Veranstaltungen und Symposien gemacht, z. B. über die Rolle von Stauffenberg, den die rechte Szene für sich vereinnahmen wollte. Dann Veranstaltungen und Lesungen zur Bücherverbrennung – da haben wir zum Beispiel auf dem Fontaneplatz Bücher ausgestellt und verteilt, die im Dritten Reich verbrannt wurden. Und Veranstaltungen, in denen wir uns kritisch mit Heinrich Schütte auseinander gesetzt haben. Schütte war Ingenieur, der Anfang des 20. Jahrhunderts mit dem Rüstungsproduzenten Lanz Luftfahrtschiffe

Der "Schütte - Lanz - Gewerbepark" muss umbenannt werden.

Kein ehrendes Gedenken
für Rüstungsproduzenten
und
begeisterte Nazis !!



Prof. Johann Heinrich Schütte



Die Stadt bleibt bunt !

Dokumentation über Professor Heinrich Schütte und seine Nähe zum
Nationalsozialismus

in der Region baute und den Nationalsozialisten nahe stand. Ziel war vor allem, die politisch Aktiven, die in der Stadt eine Rolle spielten, zu einer kritischen Auseinandersetzung anzuregen und sie für eigenständige Arbeit gegen Rechtsextremismus zu motivieren.“

Gerade an diesem Punkt ging die Stadt jedoch eigene Wege und verweigerte sich der Aufforderung aus der Zivilgesellschaft. Anders entwickelte sich das Bündnis „Buchholz offen und bunt“. Dadurch, dass die ehrenamtliche Bürgermeisterin Bianca Urban den Kurs einschlug und in dem Bündnis durch ihr Engagement und ihre eindeutige Haltung voran ging, gab es für das B'OB und seine Aktionen eine breite Unterstützung im Ort. Der zugezogene NPD-Kader konnte seine Pläne und Aktivitäten zunächst nicht ausbauen und erhielt lediglich Unterstützung von wenigen Personen, die der Bürgermeisterin ablehnend gegenüber standen.

Bianca Urban „Buchholz offen und bunt“:

„Eine Aktion war diese Briefkastenaktion, das war eine große Aktion, wo unsere Arbeit auch konkret wurde. Nachdem die Jugendorganisation der NPD Flyer im Ort verteilt hatte, haben wir uns gefragt, wie kann man das verhindern und dann haben wir selbst einen Aufkleber entworfen und den mit Fördermitteln gedruckt. Dieser Aufkleber, der an Privatbriefkästen angebracht werden konnte, untersagte Zustellern Werbung von der NPD einzuwerfen. Einige haben sich im Ort auch getraut, da mitzumachen und infolge dessen haben wir im zweiten Schritt auch die NPD verklagt, als sie sich nicht an die Aufforderung des Aufklebers gehalten haben. Und dann haben wir auch vor Gericht damit einen großen Erfolg erzielt.“

Die erfolgreiche Projektidee, Briefkastenaufkleber gegen die NPD zu entwerfen, wurde aufgrund der Empfehlung des MBT auch von anderen Städten und Gemeinden Brandenburgs kopiert. Mittlerweile ist die Entwicklung dazu fortgeschritten. Im Zuge der Bürgermeisterwahl 2014 hat der rechtsextreme Kader im Ort noch einmal seine eigene Wahlwerbung im Ort verteilt, dazu auch noch Wahlwerbung der NPD. Da die VertreterInnen der Bürgerinitiative schon über einen juristischen Titel in dem Zusammenhang verfügten, wird die Angelegenheit erneut beim Landgericht verhandelt und die NPD muss ein weiteres finanzielles Bußgeld fürchten.

Bianca Urban „Buchholz offen und bunt“:

„Die Flyeraktion war schon ein großer Erfolg. Dann sind da noch die historischen Bildtafeln im Ort und die Friedensbank unter der Eiche hinzuge-

kommen. Dort haben wir einen Ort geschaffen, der sich sowohl mit der Geschichte des Ortes im zweiten Weltkrieg auseinandersetzt, als auch einen Platz, an dem man heute in Ruhe den Blick schweifen lassen kann und der auch zukunftsgerichtet ist. Das sind die bislang größten Erfolge, mit dem positiven Effekt, der NPD den Platz mitten im Ort weggenommen zu haben für weitere Aktionen.“



Die „Friedensbank“ und die historischen Bildtafeln in Märkisch Buchholz

Konfliktlinien – Schwierigkeiten – Besonderheiten

Anfang 2005 wird das „Aktionsbündnis Halbe“ nicht mehr in der Geschäftsstelle der PDS in Königs Wusterhausen tagen, sondern in den Räumlichkeiten der Alte Schule in Halbe. Aufgrund eines Beschlusses der Gemeindevertretung in Halbe sollen deren freien Räume zu einem Dokumentationszentrum zur Aufarbeitung der Kriegsergebnisse im Jahr 1945 rund um Halbe umgestaltet werden. Sowohl der Bürgermeister als auch die Mehrzahl der GemeindevertreterInnen unterstützen das Projekt des Volksbunds deutscher Kriegsgräberfürsorge, in der alten Grundschule eine „Denkwerkstatt“ zu errichten. Auch das „Aktionsbündnis Halbe“ darf nun seine Tagungen dort abhalten, obwohl das Bündnis zu diesem Zeitpunkt noch nicht auf eine breitere Unterstützung der GemeindevertreterInnen in Halbe setzen kann.

Karin Weber, „Aktionsbündnis Halbe“:

„Das Engagement des stellvertretenden Bürgermeisters, Michael Schnieke, für unser Bündnis, ermöglichte es uns über Jahre hinweg, die Gemeinderäume in der alten Schule in Halbe zu nutzen. Damit war ein Ort gefunden, an dem einzelne Gruppierungen oder Parteien das Aktionsbündnis nicht für sich vereinnahmen konnten. Außerdem trug die räumliche Nähe zu den Bürgern langsam aber stetig zur Steigerung der Akzeptanz für unsere Arbeit bei.“

Ohne Förderverein ist zivilgesellschaftlichen Initiativen keine Mittelakquise bzw. die Verwendung und Abrechnung von öffentlichen Mitteln möglich. So nützlich öffentliche Zuwendung und Spenden für verschiedene Projekte und die Attraktivität der eigenen Arbeit sein können, die Mitglieder von Bürgerinitiativen werden damit zusätzlich mit verwaltungstechnischen Aufgaben belastet.

Annette Braemer-Wittke, „Baruth bleibt bunt“:

„Ich persönlich habe immer weniger Zeit und Muße, um Projektanträge zu stellen und dann die Abrechnung zu machen. Herkömmliche Projektanträge sind für kleine Initiativen ein unverhältnismäßiger Kraft- und Zeitfaktor und aus dem Grund unzeitgemäß, weil man in der Ausführung sehr festgelegt und wenig flexibel ist. Gerade im Bereich der ‚Hilfe für Flüchtlinge‘ ändern sich aber täglich die Anforderungen und die schönsten Projektanträge sind nach zwei Monaten nicht mehr am Puls des Geschehens, also dort, wo die ehrenamtlichen Initiativen vor Ort am schnellsten und unbürokratischsten handeln könnten.“



Gemeinsames Kochen und Treffen an der „Schlosstafel“ in Baruth, 2015

Aber nicht nur finanzielle und strukturelle Rahmenbedingungen wirken erschwerend in der Arbeit, sondern auch die schwere Erreichbarkeit einiger Zielgruppen. Insbesondere ist es schwer, Jugendliche längerfristig für die Arbeit zu gewinnen.

Annette Braemer-Wittke, „Baruth bleibt bunt“:

„Wenn wir die finanziellen Ressourcen hätten, dann würden wir gerne mehr Gastreferenten einladen, auch Musiker und ‚youtuber‘, um verstärkt jüngere Leute zu gewinnen. Jugendliche kann man nicht langfristig für Vereinsarbeit gewinnen, da sie nicht lange jugendlich sind und dazu schnell wechselnde Lebensabschnitte durchleben: Prüfungen, Berufspraktika, Sommerferien, Umzug, neue Liebe. Um Jugendliche jedoch noch mehr für unsere Themen, und sei es nur für kurze Zeit, zu gewinnen, müsste man noch mehr im Bereich ‚neue Medien‘ machen. Unsere jüngeren Unterstützer erreichen wir meistens ‚online‘, wir sind auch auf facebook und wir haben das eine oder andere Jugendmedienprojekt, auch in Kooperation mit der Freien Oberschule Baruth, realisiert. Uns fehlen da einfach die finanziellen, zeitlichen und personellen Ressourcen, um diesen Bereich wirkungsvoll auszubauen. Denn auch für die Jugendlichen vor Ort, die nicht für ein Studium oder einen Auslandsaufenthalt wegziehen, wären mehr zielgruppenorientierte Anreize sinnvoll.“

Es ist eine viel beklagte Tatsache, dass sich seit etlichen Jahren Jugendliche und junge Erwachsene kaum noch in Bürgerinitiativen oder ähnlichen Gruppen finden. Die Altersgruppe der Engagierten lässt sich mittlerweile auf die 40- bis 75jährigen eingrenzen. Aber auch das Verhältnis zwischen Alteingesessenen und Neubürgern ist nicht immer ausgeglichen.

Vera Hellberg, „Arbeitsgemeinschaft Tolerantes Mahlow“:

„Was sehr schwierig war, war Alt-Mahlower zu finden, die in unserem Bündnis mitarbeiten wollten. Wir waren so ungefähr 20 Personen aber Alt Mahlower waren nur so drei, vier die regelmäßig kamen. Die haben uns schon einige Hinweise und Hintergründe erzählt [...] Die Gruppe war sehr beständig, aber es war sehr schwierig, Alt-Mahlower in das Bündnis zu bekommen. Mahlow war in den 1990er Jahren noch eine betuchte Laubenpieperkolonie, die eigentlich ihre Ruhe haben wollte. [...] Die Neubürger waren einfach zu dominant, massiv und fordernd. Das hat den Alt-Mahlowern nicht so gefallen. Ins Gespräch kam man am ehesten mit ihnen, wenn man sie nach ihren Erfahrungen und ihrer Geschichte gefragt hat.“

Szenenwechsel, Märkisch Buchholz: Trotz des erfolgreichen Engagements der Bürgerinitiative „B’OB“ und der Verbesserung des politischen Klimas im Ort, mussten die TeilnehmerInnen akzeptieren, dass unsere gesetzlichen Rahmenbedingungen die rechtsextreme NPD nicht von Wahlen ausschließt und ihren Mitgliedern die gleichen bürgerlichen Rechte garantiert, wie denjenigen, die sich für Demokratie engagieren. Für Bürgerinitiativen mit demokratischem Selbstverständnis ist dies eine bittere Einsicht.

Jürgen Behnken, „Buchholz offen und bunt“:

„Wir haben uns darauf verständigt, Haverlandt als Privatperson zu akzeptieren, aber ihm politisch keine Bühne zu ermöglichen im Ort. Wir mussten auch lernen, dass Parteien nicht zu Wahlen zugelassen werden müssen, sondern sie sich per Unterschriften-Aktion einfach bewerben/legitimieren können. Ein Misserfolg ist, dass Haverlandt dann doch in die Stadtverordnetenversammlung gewählt wurde, nein – eigentlich kein Misserfolg für uns, denn es wird immer wieder Zeiten geben, wo Menschen, denen es nicht so gut geht, auf einfache Lösungen setzen und so ein Stachel im Gemeinwesen ist hilfreich für Auseinandersetzungen.“

Dennoch bedeutet ein derartiger „Stachel im Gemeinwesen“ eine dauerhafte Herausforderung und bisweilen auch schwere Belastung für Politik und Ehrenamt, die sie ohne Unterstützung von außen nicht stemmen können. Anstöße gehen aus von symbolbehafteten Orten, wie z. B. einem Friedhof, an denen sich Rechtsextreme immer wieder versammeln oder einem Haus bzw. einem Grundstück, wo rechtsextreme Schulungen, Parteiversammlungen oder Konzerte abgehalten werden oder einem rechtsextremen Kader, der sich ins Gemeinwesen einbringen will.

Bianca Urban, „Buchholz offen und bunt“:

„Man muss das Selbstvertrauen haben, auch bei den Landräten, Landtagsabgeordneten um Unterstützung anzufragen. Wir schaffen nicht alles alleine. Als Ehrenamtler haben wir auch unsere Grenzen und diese Grenzen muss man auch akzeptieren und da muss man sich eben auch Hilfe von außen holen, und mir wurde auch immer geholfen.“

Kontinuität und Transformation

Mit der Zeit, den Erfolgen, aber auch mit den erlebten Enttäuschungen und Niederlagen verändern sich Bürgerinitiativen und ihre Mitglieder. Bei einigen vollziehen sich Entwicklungen und Veränderungen schneller, bei an-

deren langsamer. Dank der beharrlichen und intensiven Arbeit des „Aktionsbündnisses Halbe“ über einen langen Zeitraum hat sich nach einigen Schwierigkeiten, insbesondere in der Anfangszeit, doch ein Erfolg eingestellt. Es ist nicht nur gelungen, das alljährliche rechtsextreme Heldengedenken in Halbe zu stoppen, sondern auch den Ort dauerhaft den rechtsextremen Kreisen als geschichtsträchtigen Veranstaltungsort zu entziehen. Ich treffe Karin Weber im Sommer 2015 zu einem Zeitpunkt, als ihre Entscheidung schon fest steht, sich nach elf Jahren aktiver Mitgliedschaft aus der Arbeit des Aktionsbündnisses zurückzuziehen.

Karin Weber, „Aktionsbündnis Halbe“:

„Das hat einfach damit zu tun, dass ich mich gesundheitlich nicht mehr so stark fühle. Das ist eine persönliche Sache und auf der anderen Seite funktioniert das Bündnis mittlerweile auch ohne mich.“

Zudem konnte die Arbeit des Aktionsbündnisses, das lange ohne die aktive Unterstützung des Bürgermeisters im Ort auskommen musste, mit der Zeit auf eine breitere Beteiligung der Halbener Bevölkerung zählen. Das war ein schwieriger Prozess, aber mit der Erarbeitung einer neuen Strategie, die in die Organisation eines alljährlichen Bürgerfestes als Antwort auf die Anmeldung rechtsextremer Demonstrationen oder Kundgebungen mündete, verbesserte sich auch das Image der Initiative.

Karin Weber, „Aktionsbündnis Halbe“:

„Unser Grundziel ist geblieben, aber die Gesellschaft hat sich weiter entwickelt und Halbe auch. Mit der Kommunalwahl 2009 gab es dann auch einige neue Bürgermeister im Landkreis, die dem Bündnis positiver gegenüber standen. Es hat sich eine andere öffentliche Meinung etabliert und so konnten sich die Gemeinden besser miteinander vernetzen und wir sind so vom Protestcharakter zu dem Bürgerfestcharakter ‚Vielfalt tut gut‘ im Schenkenländchen gekommen. Danach haben wir die historische Ausstellung in Halbe, das Stelenprojekt, mit befördert. Mit der historischen Stelenausstellung hoffe ich auch, dass der Ort bzw. die Lindenstraße jetzt mehr Gedenkstättencharakter hat. Es gibt so viele Menschen, die sich das angeguckt haben und das ist jetzt auch ein Moment, wo ich sage, wir haben das Ziel erreicht und das Aktionsbündnis findet für sich auch weitere Handlungsfelder. Wir wollen eine Veranstaltungsreihe zu den Stelen machen und uns stärker in die Flüchtlingspolitik einbringen. Und das ist für mich jetzt auch der Moment, wo ich gut aufhören kann.“

Auch der „Bürgertisch in Großbeeren“ ist mit der Zeit gegangen und hat sich den aktuellen gesellschaftspolitischen Herausforderungen gestellt.

Ursula Schinowsky, „Bürgertisch für eine lebendige Demokratie“:
„Ich bin jetzt im ‚Kleinen Beirat‘ zur Willkommensinitiative. Wir wussten, dass Flüchtlinge kommen und da war ich als Vertreterin des Bürger-tisches mit dabei. Ich merke nun, dass sich sehr viele hier zu der Flüchtlingsthematik einbringen und dann wurde noch mal alles angesprochen, was schon alles läuft. Wir haben Fahrräder für die Flüchtlinge organisiert, es gibt jetzt auch sechs Nähmaschinen für Flüchtlinge und donnerstags sind wir drei Stunden zusammen und nähen gemeinsam. Dann ist das Projekt entstanden, dass neben dem Heim Gemüse angebaut wird, dass Kartoffeln und Zwiebeln gesteckt werden. Nach dem Ramadan wird es ein großes Willkommensfest im Heim geben und entscheidend ist, dass es vom Heim vorbereitet werden soll. Der Sportverein bringt sich ein, es gibt freie Trainingszeiten in der Sporthalle und inzwischen steht auch fest, dass die Bibliothek kostenlos von Flüchtlingen genutzt werden kann. Wir hatten im März auch fünf Flüchtlingsfrauen zum Frauenstammtisch eingeladen. Mit der Verständigung war es ein bisschen schwierig, aber es war ein schöner Abend.“

Auch andere „Bündnisse gegen Rechts“ engagieren sich mittlerweile in der Flüchtlingshilfe. Zudem wurden in den beiden Landkreisen Teltow-Fläming und Dahme-Spreewald bis zum Herbst 2015 über zehn neue Initiativen im Bereich der humanitären Flüchtlingshilfe gegründet. Ein Großteil der ehrenamtlichen Arbeit wird von Frauen geleistet.

Annette Braemer-Wittke, „Baruth bleibt bunt“:
„Ich habe auch beobachtet, dass der Großteil der notwendigen Arbeiten des ehrenamtlichen Engagements von Frauen geleistet wird. Seit der Gründung unseres Vereins sind drei Mitglieder politisch aktiver geworden, zwei Männer sind nun Stadtverordnete und eine Frau hat ein überregionales, politisches Amt angenommen. Die Hauptinitiative in unserem Verein ‚Baruth bleibt bunt e.V.‘ geht nach wie vor von Frauen aus, in akuten Krisen oder Entscheidungsphasen kommen dann auch die Männer zu den Treffen. Ich gebe meinem Mann als Stadtverordneten schon gerne Empfehlungen, was er aus unserer Sicht tun könnte.“

Nicht nur für Männer, sondern gerade auch für Frauen ist die Arbeit in den Bürgerinitiativen oft eine Tür in die Kommunalpolitik oder auch andere Be-

reiche. So auch bei der „Arbeitsgemeinschaft Tolerantes Mahlow“, die sich nach der arbeitsintensiven Anfangsphase, der Vorbereitung des Besuchs von Noël Martin, neu orientieren musste.

Vera Hellberg, „Arbeitsgemeinschaft Tolerantes Mahlow“:

„Wären wir ein Verein gewesen, dann wäre eine Beständigkeit vielleicht geblieben. Aber es hat dann jemand gefehlt, der gesagt hat, wir müssen uns jetzt aber treffen. Und dann hatte jeder auch seine eigenen Interessen, die haben wir dann in die jeweiligen Aufgabenbereiche Kommunalpolitik, Schule, Kultur usw. mitgenommen. Ob uns ein Thema fehlte, kann ich nicht sagen, es war eher so, dass jeder sein Thema irgendwie mitgenommen hat.“

In Märkisch Buchholz befindet sich im Spätsommer 2015 die Bürgerinitiative in einer Art Pausenmodus. Seit mehreren Monaten hat sie sich nicht mehr getroffen oder sich per Email über die Weiterarbeit verständigt.

Jürgen Behnken, „Buchholz offen und bunt“:

„Eigentlich hat sie jetzt keine wirkliche Aufgabe mehr. Wir wollten verhindern, dass Haverlandt mit einer Bundeszentrale der NPD bzw. mit einem nationalen Jugendzentrum hier Fuß fassen kann und das ist gelungen. Eigentlich gibt es im Moment keinen Anlass, tätig zu werden. ‚B’OB’ ist in Wartestellung und ‚B’OB’ wird auch nicht tätig. Es fehlen die Themen, aber gäbe es neuere Anlässe, dann würde sich ‚B’OB’ sicherlich reaktivieren lassen.“

Zudem überlagert plötzlich ein anderes Thema die Arbeit von „Buchholz offen und bunt“: Die Pläne zur Genehmigung bzw. zum Bau einer Gasförderanlage spalten den Ort spürbar in zwei Konfliktlager. Frau Urban hat, gemeinsam mit einer Mehrzahl der Stadtverordneten, für die Pläne gestimmt. Auf der anderen Seite stehen die Kritiker und Gegner dieses Projektes, unter denen sich auch der rechtsextreme Kader und seine Sympathisanten befinden. Mit der zunehmenden Polarisierung und der Verfeindung von Befürwortern und Gegnern wird nun von letzteren ein Abwahlverfahren gegen die ehrenamtliche Bürgermeisterin und Initiatorin von „Buchholz offen und bunt“ initiiert.

Bianca Urban, „Buchholz offen und bunt“:

„Es ist schwer zu sagen, wo wir jetzt stehen, denn damals hatten wir ein Ziel, aber mittlerweile gibt es ein Thema im Ort, das die Bevölkerung



Protestkrenz der Gasanlagengeegner in Märkisch Buchholz im Sommer 2015

spaltet und das sich auch durch das ‚B‘OB‘ zieht. Und durch die Abwahlgeschichte haben wir auch nicht die Zeit gefunden, im ‚B‘OB‘ darüber zu sprechen und weiter zu arbeiten. Es gibt auch einige Mitglieder, die sich bereits mit Haverlandt getroffen haben und es ist die Frage, ob diese dann noch ins ‚B‘OB‘ kommen, bzw. wie sich die Zusammenarbeit weiter gestalten soll?“

Acht Jahre nach der Gründung fällt es auch dem „Bündnis gegen Rechts“ in Königs Wusterhausen schwer, in der bisherigen Form weiter zu machen.

Frank Rauhut, „Bündnis gegen Rechts“:

„Inhaltlich sind wir zeitgemäß – neuerdings machen wir auch im Bereich der Flüchtlingspolitik mit. Nicht zeitgemäß ist, was die Personenzahl betrifft – wir müssten viel mehr sein, wir müssten Publikationen herausgeben, wir müssten welche verteilen, die Leute mit Infoständen versorgen. Aber wir haben nicht mehr die Kapazitäten. Es reicht noch für einige Arbeiten und dazu, noch gelegentlich Präsenz auf der Straße zu zeigen. Es ist schwierig, sich in Königs Wusterhausen politisch zu engagieren. Das war in Königs Wusterhausen schon immer so, auch in den 1990er Jahren.“

Ausblick

Die demokratische Zivilgesellschaft hat in den letzten zehn Jahren mit größerem Selbstverständnis ihren Raum gegenüber rechtsextremen Entwicklungen verteidigt und mitunter zurückerobert. Sie duldet keine rassistischen, gewalttätigen Vorkommnisse, steht eher zusammen und wird aktiv. Aber auf der anderen Seite gibt es auch viel Ernüchterung in Brandenburg – über die Parteienlandschaft ganz allgemein, aber auch über die als unzureichend empfundenen Gestaltungsmöglichkeiten in der Demokratie. Etwa unter JugendsozialarbeiterInnen, die auch die ungeliebten Kinder der Gesellschaft einbinden sollen, auch, wenn sie selbst immer wieder um ihre eigene Sicherheit bangen müssen und mit befristeten Arbeitsverträgen und unzumutbaren Stellenbeschreibungen die Super-Nanny für 14 Jugendclubs im ländlichen Raum geben.

Sich lediglich gegen Rechtsextremismus zu wenden, reicht vielen nicht mehr aus. Jetzt entstehen Bündnisse und Allianzen, die sich für nachhaltiges Leben in strukturschwachen Regionen einsetzen. Ein Beispiel ist „Transition Town Trebbin“, das „Institut zur Entwicklung des ländlichen KulturRaums“, das Projekt „BARUTHOPIA“, Tauschringe, Ersatzwährung, Vermarktung regionaler Produkte, ökologisches Bewusstsein, Tierschutz, „taste the waste“ und die Abkopplung von Braunkohle, Erdöl und von der Abhängigkeit von Energieversorgern, Selbstversorgung, Suche nach alternativen Energieträgern.

Nach dem Rückgang rechtsextremer Vorkommnisse und Straftaten und dem Rückzug einiger Kader und Akteure haben sich in den vergangenen Monaten zahlreiche Bürgerinitiativen thematisch stärker für Flüchtlinge eingesetzt, für die Unterbringung in Wohnungen und die Integration in den Arbeitsmarkt. Allein in den Landkreisen Teltow-Fläming und Dahme-Spreewald sind innerhalb kurzer Zeit mehr als zehn neue Flüchtlingsinitiativen entstanden. Gerade durch die Themen Flucht und Migration erleben viele Initiativen neuen Zuspruch, auch von Menschen, die sie vorher nicht erreichen konnten. Mit den Themen Flucht und Asyl gelingt es aber auch der rechtsextremen Szene, ihre Anhänger zu mobilisieren und nicht nur bei Rechtspopulisten, sondern auch in bürgerlichen Kreisen anzudocken.

Was heißt das für die immer gleichen Engagierten, Bemühten, Aufrechten, Demokraten? Viele von ihnen, solche die berufstätig sind, Familie haben und ehrenamtlich engagiert sind, haben nicht selten eine 70-Stunden Woche, ähnlich wie ManagerInnen oder SpitzenpolitikerInnen. Nicht wenige sind müde, ausgebrannt und skeptisch geworden. Auch lassen sich die zusätz-



Ein Familienfest als Reaktion auf eine rechtsextreme Kundgebung in Luckenwalde 2009

lichen Herausforderungen nicht mehr auf so viele Schultern verteilen. Wie verändert sich ehrenamtliches Engagement und wie verändert ehrenamtliches Engagement das Gemeinwesen und letztlich: Wie verändert sich jeder selbst?

Karin Weber, „Aktionsbündnis Halbe“:

„Verändert? Mein Selbstbewusstsein hat sich verändert, bei der ersten großen Bühnenveranstaltung habe ich mich nicht mal getraut, eine öffentliche Ansage auf der Bühne zu machen. Ich ruhe in mir selber und habe ganz viel gelernt, auch mit Menschen zu arbeiten und ich habe das Gefühl, wir waren sehr erfolgreich.“

Bianca Urban, „Buchholz offen und bunt“:

„Die Arbeit im B’OB ist ein Teil von mir gewesen. Ich habe mein gesamtes ehrenamtliches Engagement immer als eins gesehen, meine politische Überzeugung war immer ein Teil des zivilen Engagements und auch umgekehrt. Es sind eher die leisen Geschichten, die aus B’OB erwachsen sind, z.B. die Friedensbank – wenn man sieht, wie viele Fahrräder da



Landtagspräsident Gunter Fritsch besucht 2013 als Schirmherr des Bürgerfestes im Schenkenländchen die mobile Galerie des BiKuT e.V.

stehen und Menschen Pause machen und dort sitzen, das ist richtig schön zu sehen und zu wissen, dass wir das geschaffen haben.“

Frank Rauhut, „Bündnis gegen Rechts“:

„1990 wollte ich auswandern, weil ich mir sagte, es gibt hier so viele Veränderungen, die ich nicht mitgestalten kann, dass ich mein Land nicht mehr als meins erkenne [...]. Die Auswanderung ist nicht geglückt, dann hatte ich meine Praxis hier und musste hier bleiben, aber ich habe mich nirgendwo mehr beteiligt – ich habe gesagt, macht euren Kram alleine. Das hat sich erst wieder verändert mit der Arbeit der BI. Die Arbeit hat mir wieder das Gefühl geschaffen – das ist mein Land, das hat ein Gefühl für die Region geschaffen. Diese Zusammenarbeit mit Anderen, auch das Kennenlernen der jungen Leute hat eigentlich zu einem Ankommen geführt, weil ich auch Leute kennen lernte, die so ähnlich dachten wie ich. Von daher hat sich für mich viel verändert. Insofern hat die Arbeit dazu beigetragen, dass ich mich wohler, nicht fremd fühle. Jetzt ist es wieder wie es vorher war, man fühlt sich wieder ziemlich machtlos, wie zu DDR-Zeiten, wie Cassandra – die Wahrheit kennen, aber keiner glaubt sie.“

Hilmar Stolpe, „Aktionsbündnis Halbe“:

„Glücklicherweise mussten wir nie nach der Haltung der Parteien im Landtag fragen. Sie haben uns, wo es ging, in unserer Arbeit unterstützt. Es bewegte mich schon immer, wenn ich in Sachsen bin, zu sehen, wie irritiert Regierung und Polizei dort auf bürgerschaftliches Engagement reagieren, das ist schon befremdlich. In Brandenburg hat es sich so entwickelt – ich weiß nicht, ob das in anderen Bundesländern auch so ist, bei unseren Kundgebungen und Festen war auch immer ein Minister und der Ministerpräsident anwesend. Und dann hatten wir eigentlich auch die Polizei auf unserer Seite.“

Jürgen Behnken, „Buchholz offen und bunt“:

„Als Kirche vertrete ich ja auch Werte, die ich auch gerne über die Gemeinde hinaus mit den Menschen besprechen und durchsetzen möchte. Solange andere Institutionen ähnliche Werte vertreten, sehe ich da auch Möglichkeiten, mich zu engagieren. Wenn sie mich nach Kriterien für erfolgreiche Bündnisarbeit fragen: Menschen, die meinungsprägend sind, zusammenzubringen. Solange die entscheidenden Gremien nicht zusammenstehen, wird es immer schwierig sein, etwas zu bewegen.“

Annette Braemer-Wittke „Baruth bleibt bunt“:

„Wir ‚bunten Baruther‘ waren und sind uns einig, dass wir als sehr unterschiedliche Gruppe unsere Energie nicht in das Bekämpfen eines oder mehrerer Feindbilder stecken wollten, sondern in Aktivitäten, die ein menschenfreundliches Klima in Baruth fördern. Wir wollen eben nicht nur reagieren sondern gestalten.“

Vera Hellberg, „Arbeitsgemeinschaft Tolerantes Mahlow“:

„Wenn heute so eine Situation der Not wieder auftreten würde, ich hätte aus alten BI-Zeiten gleich eine Handvoll Leute, die ich wieder anrufen und mobilisieren könnte. Auch unseren Email-Verteiler gibt es immer noch, wir haben uns de facto nie aufgelöst, wir haben uns einfach nicht mehr getroffen. Ich finde die Arbeit von Bürgerinitiativen total wertvoll und wichtig, aber sie bildet sich häufig aus einer Not heraus. Die Politik hat ganz klare Rahmenbedingungen, wie sie Themen angehen muss und angehen kann und das ist auch gut so. Aber ein Ort braucht immer auch Bürgerinitiativen, die Themen auch noch aus anderen Blickwinkeln beleuchten können, darum ist zivilgesellschaftliches Engagement superwichtig. Leider wird es oft so dargestellt, dass die Politik so dominant ist und die Zivilgesellschaft nicht gehört wird. Das stimmt aber so nicht,

weil die Politik auf Zivilgesellschaft angewiesen ist, weil die Politik nicht alles übernehmen kann, das ist mir so klar geworden und ich frage mich oft, wo ich besser aufgehoben bin? Will ich eigentlich Politik machen und den Hut für die Entscheidungen aufhaben oder möchte ich eigentlich die Politik lassen und wieder ins zivilgesellschaftliche Engagement gehen, denn da habe ich definitiv mehr von. Dann kann ich nur das machen, was mir wichtig ist und dann kann ich die Politik fragen und jetzt will ich euer Bekenntnis dazu. In der Politik geht es mehr um Entscheidungen, die ich aber abwägen muss und dazu muss ich alle betrachten, die ich aber oft gar nicht betrachten kann. Jedes Mal, wenn ich mich aufstellen lasse, stell' ich mir die Frage, die Politik gibt mir nicht so viel, wie mir damals die BI gegeben hat. Ich brauche Ehrlichkeit, Vielfalt und Menschen um mich rum.“

Ursula Schinowsky, „Bürgertisch für eine lebendige Demokratie“:
„Manche beneiden uns. Großbeeren ist ein besonderer Ort. Trotz der vielen Zuzüge von Menschen hat Großbeeren gewonnen an Lebensqualität. Wir achten auf die Teamkultur und darauf, dass die Leute miteinander können hier im Ort. Ich kann mich auf jeden vom Frauenstammtisch hundertprozentig verlassen und wäre ich nicht beim Bürgertisch, wäre ich wahrscheinlich im Freien Bürgerbündnis (FBB) noch aktiver, ich muss mich einfach zivilgesellschaftlich einbringen in meinem Ort.“

Fazit

Von den acht befragten Akteuren, die sich über die letzten elf Jahre in sechs verschiedenen Bündnissen organisiert haben, waren zum Zeitpunkt der Befragung nur vier unverändert tätig. Zwei Personen waren ausgeschieden, eine aus persönlichen Gründen, eine andere, weil das Bündnis „Arbeitsgemeinschaft Tolerantes Mahlow“ nicht mehr existierte. Ein weiteres Bündnis, „Buchholz offen und bunt“ befand sich in einer Art Stagnations- oder Übergangsphase. D.h. von sechs Bündnissen sind vier immer noch tätig, wenn auch durch personellen Rückgang und inhaltliche Themenverlagerung in veränderter Form und Zielrichtung.

Bei einem Bündnis, dem „Bürgertisch für eine lebendige Demokratie“ in Großbeeren, haben sich Zusammensetzung und Zielrichtung fast unverändert erhalten. Bei allen befragten Akteuren konnte eine starke Identifikation mit ihrer ehrenamtlichen Arbeit gegen Rechtsextremismus beobachtet werden, die sich in der Regel über deutlich mehr als fünf Jahre erstreckte.

Eine einfache Charakterisierung bzw. ein Vergleich der aufgeführten Bündnisse fällt schwer, da sie immer im jeweiligen zeithistorischen und regionalen Kontext betrachtet werden müssen. Zusätzlich sollte man, insbesondere bei Bündnissen, die über viele Jahre existieren, zwischen Gründungs-, Entwicklungs-, Stagnations- und Auflösungs- bzw. Veränderungsphasen unterscheiden.

Insgesamt ist es aufschlussreich zu erfahren, wie sich Bündnisse als eigene Systeme selbst begreifen und beschreiben und daraus Erkenntnisse für sich ableiten. Diese Informationen fließen unmittelbar direkt oder erst im Laufe der Zeit in die jeweilige Beratungsarbeit des MBT ein. Je nach Intensität der Beratungsbeziehung werden diese Informationen direkter oder verhaltener kommuniziert.

Es gibt Faktoren, die auf eine erfolgreiche Arbeitsweise von Bündnissen hinweisen, etwa eine homogene Zusammensetzung, ein konkretes, verbindendes Ziel, eine hohe Identifikation mit dem Lebensumfeld und das daraus resultierende ‚Wir -Gefühl‘ oder auch ein gutes Netzwerk mit kompetenten Partnern. Letztendlich agiert aber jedes Bündnis mehr oder weniger als eigenständiges System in einem größeren Zusammenhang, der nicht nur seine Arbeitsweise beeinflusst. Als Faktoren wären hier die kommunale Realität oder der politische Diskurs zu nennen. Umgekehrt erzeugt jedes Bündnis, unabhängig davon wie erfolgreich es agiert, Wirkungen in seinem kommunalen und landespolitischen Umfeld. Kein Bündnis agiert somit ohne Wirkung.

Welche Voraussetzungen müssen für erfolgreiche Bündnisarbeit gegeben sein? In den Gesprächen wurden die folgenden Faktoren benannt:

- Je pragmatischer und realisierbarer Ziele gesteckt werden, desto größer sind die Erfolgsaussichten.
- Homogene bzw. heterogene Zusammensetzung des Bündnisses sollte der jeweiligen Zielsetzung und Arbeitsweise entsprechen.
- Unterstützung durch Bürgermeister bzw. Ortsvorsteher, Stadtverordnete, Vereinsvorsitzende ist erforderlich.
- Die Unterstützung sollte parteiübergreifend und nicht von Profilierungsinteressen Einzelner geprägt sein.
- Eine gute Moderation achtet auf eine konstruktive Diskussionskultur, alle Meinungen werden gehört, auf Polarisierung unterschiedlicher Positionen im Ort wird bewusst verzichtet.
- Jedes Bündnis benötigt ein „Zugpferd“, das nicht nur die Arbeit organisiert, sondern auch zielorientiert agiert.
- Ein Förderverein ist die Voraussetzung für die Beantragung von Fördermitteln und die Verwaltung von Spendenmitteln.

- Die Unterstützung von außen, d. h. Kooperation mit Verwaltungen, Sicherheitsbehörden und Landespolitik, ist hilfreich.
- Eine Bündnisarbeit, die nicht nur auf eine rechtsextreme Szene oder Vorfälle im Ort reagiert, ist in der Lage, präventiv bzw. proaktiv tätig zu werden. Wichtig ist dabei, das Verbindende in den Blick zu nehmen und ein lokales Gemeinschaftsgefühl zu fördern.
- Schließlich ist eine gute Öffentlichkeitsarbeit für den Erfolg der Bündnisarbeit wichtig.

Nicht immer werden zivilgesellschaftliche Bündnisse, die sich gegen rechts-extreme Entwicklungen wenden, von Verwaltungen und Kommunalpolitik ausreichend unterstützt und wertgeschätzt. Mitunter werden sie insgeheim als Bedrohung oder Nestbeschmutzer gesehen. Damit im kommunalen Kontext umzugehen und entsprechende Strategien zu entwickeln, die eine erfolgreiche Arbeit dennoch möglich machen, ist eine der großen Herausforderungen ihrer Arbeit und jener des Mobilen Beratungsteams.

Zwischen rassistischer Mobilisierung und Willkommens-initiativen: Zur aktuellen Lage im Nordwesten Brandenburgs

Viel ist über das Erstarken der rechtsextremen Szene in den 1990er Jahren und die daraus resultierende Gewalt gegen Asylsuchende, Flüchtlinge und Migranten geschrieben und diskutiert worden. Die relativ hohen Zahlen von Asylsuchenden (ca. 450.000 Asylbewerber vor der Änderung des Grundrechts auf Asyl im Jahr 1993), die Umbruchssituation in den neuen Bundesländern und die damalige Rolle der Medien sowie der Bundespolitik, die ihrerseits die fremdenfeindliche und rassistische Grundstimmung mit aufheizten, bieten ein Erklärungsmodell für die pogromartige Stimmung, die seinerzeit vorherrschte und ihresgleichen in der Nachkriegsgeschichte der Bundesrepublik sucht. Mittlerweile erscheinen die damals als sehr hoch geltenden Zahlen von Asylbewerbern und Flüchtlingen deutlich kleiner – im Vergleich zu den aktuellen Prognosen, die regelmäßig nach oben korrigiert werden und aktuell bei ca. einer Million Asylbewerbern und Flüchtlingen allein für das Jahr 2015 liegen.

Eine nahe liegende Frage ist, ob im Rahmen der aktuellen „Flüchtlingskrise“ ein ähnliches Szenario wie in den 1990er Jahren denkbar ist. Damals wie heute zieht die rechtsextreme Szene ihre Treibkraft aus der rassistischen Ideologie und dem völkischen Nationalismus. Sie wird jedoch erst dann zu einer größeren Gefahr, wenn sie unter für sie „günstigen“ politischen wie gesellschaftlichen Umständen Brücken zu den politischen Eliten und somit auch zu den Medien schlagen kann – so, wie Anfang der 1990er Jahre geschehen.

Viel wird über den „Rechtsextremismus in der Mitte der Gesellschaft“ geforscht und debattiert. In beinahe allen Untersuchungen dieser Art weisen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und rassistische Einstellungsmuster hohe Zustimmungswerte in der allgemeinen Bevölkerung auf. Allerdings werden mit Verweis auf die rechtsextreme Szene allzu oft die falschen Schlüsse aus den Ergebnissen solcher Umfrage-Studien gezogen. Die hohen Zustimmungswerte zu rassistischen und fremdenfeindlichen Einstellungsmustern in der Bevölkerung deuten lediglich auf ein theoretisch vorhandenes Potenzial hin. Ob dieses theoretisch vorhandene Potenzial sich auch in politischen Handlungen ausdrückt, hängt jedoch weniger von der Schlagfähigkeit der

rechtsextremen Szene ab sondern vielmehr von der Art und Weise, wie politische Eliten und Medien diesem Potenzial Vorschub leisten.

Öffentlichkeitswirksame Aktionen von Rechtsextremisten, sei es Gewalt, Propaganda oder Demonstrationen, haben zwei Adressatenkreise – nach innen, die eigene Gruppe und nach „oben“, die politischen Eliten und die Medien. Rechtsextremisten sehen sich selber nicht als Randgruppe, sondern als Elite, die das, was die („passive“) gesellschaftliche Mitte denkt und fühlt, zum Ausdruck bringt und gegebenenfalls auch in „ihrem Sinne“ umsetzt. Der Weg, den die rechtsextreme Szene einschlägt, führt oft nicht von unten über die Mitte nach oben, sondern von unten direkt nach oben und dann erst von oben in die gesellschaftliche Mitte. Erst wenn die politischen Eliten und die Medien ein „Problem“ entsprechend rahmen, wird es von der gesellschaftlichen Mitte als solches auch aufgegriffen und problematisiert. Erst dann kommen die vorhandenen rechtsextremen bzw. fremdenfeindlichen und rassistischen Einstellungsmuster in der allgemeinen Bevölkerung zum Tragen, nicht durch die isolierte rechtsextreme Agitation. Ruud Koopmann hat diesen Prozess mit Bezug auf die frühen 1990er Jahre in Deutschland bereits in seiner Studie „A Burning Question: Explaining the Rise of Racist and Extreme Right Violence in Western Europe“ sehr gut und ausführlich beschrieben.¹

Über zwanzig Jahre nach der Änderung des Grundrechts auf Asyl steigen die Zahlen der Flüchtlinge und Asylsuchenden erstmals wieder sprunghaft an. Hinzu kommt, dass Deutschland nach ca. einem Jahrzehnt, in dem mehr Menschen auswanderten als einwanderten, in den letzten Jahren wieder ein attraktives Einwanderungsland geworden ist. Die Einwanderungs- und Asyldebatte steht also wieder einmal im Mittelpunkt und mit ihr ein Wiederaufleben rassistischer und rechtsextremer Mobilisierung. Die politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen sind zwar aktuell weniger günstig für die rechtsextreme Szene als noch Anfang der 1990er Jahre. Auch wenn Deutschland nun ein Einwanderungsland sein will, auf politischer Ebene herrscht noch keine Einigkeit über das „Wie“ – was im Fehlen einer zielorientierten und konzeptionellen Einwanderungspolitik zum Ausdruck kommt. Der Rassismus hingegen erweist sich unverändert als das bindende und mobilisierende Element innerhalb des rechtsextremen sowie rechtsextrem-affinen Milieus und damit als einzige realistische Chance dieser Milieus, ihre Inhalte bei den politischen Eliten und in den Medien zu platzieren.

¹ Koopmanns, Ruud: A Burning Question: Explaining the Rise of Extreme Right Violence in Western Europe. Discussion Paper FS III 95-101. Wissenschaftszentrum Berlin, 1995.

Die rechtsextreme Szene im Nordwesten Brandenburgs hat sich in den letzten Jahren neu aufgestellt und der Verfassungsschutz weist diese Region in seinem aktuellen Bericht als neuen Schwerpunkt des Rechtsextremismus im Land Brandenburg aus.² Viele Mitglieder der rechtsextremen Szene im Nordwesten Brandenburgs reisten zu den Pegida-Demonstrationen nach Dresden. Sie kehrten, inspiriert von deren „revolutionärem Geist“, euphorisiert nach Brandenburg zurück und trugen ihre rassistische und völkische Ideologie unter dem Deckmantel der „besorgten Bürger“ verstärkt auf die Straße, um gegen Asylbewerber-Unterkünfte und „Überfremdung“ mobil zu machen. Pegida diente ihnen jedoch nicht als Vorbild, sondern lediglich als geeignete „Welle“, um das Thema Flüchtlinge und Einwanderung in ihrem Sinne an die Oberfläche zu spülen.

Rassistische Mobilisierung der extremen Rechten in Nord-West-Brandenburg

Die rassistische Mobilisierung gegen Flüchtlinge und Asylbewerber begann zunächst im Internet – bevor sie sich auf den Straße fortsetzte. Fast überall dort, wo neue Flüchtlingsunterkünfte entstehen sollten, erschienen auch so genannte „Nein zum Heim in...“-Seiten auf Facebook. Im Landkreis Oberhavel entstanden z. B. die Facebookseiten „Nein zum Heim in Gransee“, „Nein zum Heim in Oranienburg“, „Nein zum Heim in Hennigsdorf“, „Nein zum Heim im Löwenberger Land“ und „Nein zum Heim in Zehdenick“. Der Verfassungsschutz Brandenburg vermutet hinter diesen Seiten die NPD.³

Diese These wird aus MBT-Sicht auch dadurch bestätigt, dass keine der Anti-Asyl Seiten in der Prignitz und in Ostprignitz-Ruppin, wo eher regionale Freie Kräfte als die NPD aktiv sind, das „Logo“ von „Nein zum Heim“ übernommen haben. Hier nennen sich die dementsprechenden Facebookseiten z. B. „Wittstock sagt NEIN zur Asylpolitik“, „Pritzwalk sagt NEIN zur Asylpolitik“, „Neustadt/Dosse sagt NEIN zur Asylpolitik“, oder auch „Karstädt wehrt sich“. Diese Seiten unterscheiden sich allesamt offensichtlich in ihrer Machart, was darauf hinweist, dass es sich hier nicht um ein zentralisiert gesteuertes Projekt handelt, sondern dass die Macher autonom agieren. Auf den Anti-Asyl Facebookseiten zu Ostprignitz-Ruppin und Prignitz ist in der Regel

² Vgl. Ministerium des Inneren und für Kommunales des Landes Brandenburg: Verfassungsschutzbericht Land Brandenburg 2014, S. 6-7.

³ Verfassungsschutz gegen Facebook-Hetze, in: Märkische Allgemeine Zeitung, 29.10.2013.

kein weiteres strategisches Ziel erkennbar als das Einschwören der eigenen Gruppe bzw. des eigenen Milieus auf das Thema und die dadurch resultierende rassistische Mobilisierung der lokalen Szene. Im Landkreis Ostprignitz-Ruppin ist zwar der Neuruppiner NPD Stadtverordnete Dave Trick sehr aktiv, aber er ist für regionale Aktionen faktisch auf die Freien Kräfte Neuruppin/Osthavelland angewiesen.

Ein anderes Bild entsteht hingegen im Landkreis Oberhavel, wo funktionierende und gewachsene NPD-Strukturen existieren. Hier heißen alle Anti-Asyl Facebookseiten „Nein zum Heim in...“; es gibt sie an nahezu jedem Ort, an dem eine Asylunterkunft existiert und ihre Machart ist identisch, wenngleich sie sich optisch marginal von einander unterscheiden. Auch kommentieren regelmäßig lokale NPD-Mitglieder auf diesen Seiten. Eine weitere Gemeinsamkeit teilen alle Facebookseiten in Oberhavel. Die Macher legen großen Wert darauf zu betonen, dass sie „keine Nazis“ seien, nicht von der NPD gesteuert sind und dass sie keine Hetze betreiben wollen. Sie würden lediglich ein Forum „besorgter Bürger“ sein, welches sich über die „Asylproblematik“ austauschen will, da dies über die konventionellen Medien nicht möglich sei. Beim Betrachten der Oberhavler Facebookseiten wird jedoch schell ersichtlich, dass es sich hier um ein gemeinsames Projekt mit strategischen Zielen handelt, das eine einheitliche Handschrift aufweist.

Bei den zwei unterschiedlichen rechtsextremen Gruppierungen – auf der einen Seite die Freien Kräfte Wittstock/Dosse, die Freien Kräfte Prignitz und die Freien Kräfte Neuruppin/Osthavelland und auf der anderen Seite die NPD/ JN in Oberhavel – werden verschiedene Strategien sichtbar, die jedoch das gleiche Ziel verfolgen. Beide versuchen, die Asylpolitik und das damit verbundene fremdenfeindliche und rassistische Mobilisierungspotenzial oben auf der Agenda der politischen Eliten und der Medien zu platzieren. Die einen favorisieren hierfür spektakuläre Aktionen, durchaus auch mit Gewaltanwendung, ausgehend von einer kleinen elitären Gruppe von „Widerstandskämpfern“, die anderen hingegen versuchen es über die Inszenierung einer „bürgerlichen Revolte“ gegen die herrschende Asylpolitik. Beide Strategien dokumentieren sich im unterschiedlichen Auftreten der Protagonisten, sei es auf Facebook oder auf der Straße.

Wie bereits erwähnt, hält die rechtsextreme Szene, insbesondere in Wittstock und in der Prignitz, Distanz zur NPD. Bereits Anfang 2004 löste sich der komplette NPD-Kreisverband Prignitz-Ruppin unter der damaligen Führung von Mario Schulz auf und gründete gemeinsam mit dem damaligen brandenburgischen Vorsitzenden der Jungen Nationaldemokraten (JN), Jens Pakleppa, die „Bewegung neue Ordnung“ (BNO). Sie trat unter verschiedenen Namen auf und wurde 2006 als „Schutzbund Deutschland“ vom brandenburgischen

Innenministerium verboten. Die BNO lehnte sich bei ihrer Programmatik stark an das 25-Punkte-Programm der NSDAP aus dem Jahr 1920 an. So standen im Mittelpunkt ihrer programmatischen Schriften völkische und revisionistische Positionen wie das Ziel des Aufbaus einer Volksgemeinschaft und die Angliederung der ehemaligen deutschen Ostgebiete. Grund für die Spaltung war eine NPD-interne Auseinandersetzung wegen der Kandidatur des bosnischstämmigen Mitgliedes des NPD-Kreisverbandes in Trier, Safet Babic, der auf der Wahlliste der NPD zur Europawahl angetreten war. Daraus folgte Schulz, dass die NPD das „Abstammungsprinzip“ verraten habe, somit nicht mehr „rassistisch genug“ sei und damit ihr wahres Gesicht als „Systempartei“ gezeigt habe.⁴ Diese Haltung ist auch heute noch für die rechtsextreme Szene im äußersten Nordwesten Brandenburgs prägend.

Es ist somit kein Wunder, dass nun die Kleinstpartei „Der III. Weg“ insbesondere im äußeren Nordwesten Brandenburgs aktiv wird. Die Organisation „Der III. Weg“ ist erst seit dem Jahr 2015 in Brandenburg aktiv, was mit dem Zuzug eines ihrer führenden Aktivisten, Mathias Fischer, aus Bayern nach Angermünde im Jahr 2014 zusammen hängt. „Der III. Weg“ gilt als elitäre und straff durchorganisierte Vereinigung, bei der zwar jeder Fördermitglied werden kann, aber nur ausgewählte Personen nach Durchlaufen einer dementsprechenden „Schulung“ in den Kreis der aktiven Mitglieder aufgenommen werden dürfen. „Der III. Weg“ wurde 2013 gegründet, um dem Verbot des Freien Netzes Süd im Jahr 2014 zuvorzukommen. Die Organisation pflegt u. a. auch internationale Kontakte, wie z. B. zu der rechtsextremen griechischen Partei Chrysi Avgi (Goldene Morgenröte).⁵

„Der III. Weg“ machte erstmals in Brandenburg auf sich aufmerksam, als im Winter 2014/15 sein Leitfaden unter dem Titel „Kein Asylantenheim in meiner Nachbarschaft – wie be- bzw. verhindere ich die Errichtung eines Asylantenheims in meiner Nachbarschaft“ kursierte. Am 28. März 2015 trat Mathias Fischer bei einer Demonstration in Wittstock/ Dosse unter dem Motto „Wittstock sagt nein zur Asylpolitik“ das erste Mal öffentlich als Redner in Brandenburg auf. Mike Eminger, der am 18. April 2015 auf einer Kundgebung in Brandenburg/Havel die Gründung eines Stützpunktes des „III. Weges“ in Brandenburg verkündete, war bereits gewissermaßen als Vorbote auf einer Demonstration zum gleichen Thema am 6. Dezember 2014 in Wittstock dabei. Die Demo-Route der Rechtsextremen führte durch ein Wohngebiet,

⁴ Vgl. Scuteri, Nicola: Rechtsextreme Strukturen im Nordwesten Brandenburgs am Beispiel des „Schutzbund Deutschland“, in Hülsemann, Wolfram/Kohlstruck, Michael (Hg): Einblicke II. Potsdam 2004, S. 79-94.

⁵ Vgl. den Beitrag von Michael Kohlstruck und Alexander Lingk in diesem Band.

in dem syrische Flüchtlinge erst seit Kurzem eine Bleibe gefunden hatten. Die Zwischenkundgebung des angemeldeten „Fackelmarsches gegen die herrschende Asylpolitik“ fand direkt vor einem Gebäude statt, in dem eine syrische Flüchtlingsfamilie zu Hause ist.⁶



Fackelmarsch gegen Asylsuchende am 6. Dezember 2014 in Wittstock

Mike Eminger ist der Zwillingbruder von André Eminger, der im NSU-Prozess mitangeklagt ist. Die Kontakte von Mike Eminger zur rechtsextremen Szene in Nordwest Brandenburg sind jedoch schon wesentlich älter. Er war bereits vor gut zehn Jahren bei der Gründung der „Bewegung Neue Ordnung“ (BNO) aktiv und zeichnete im Sinne des Presserechts für die Flugblätter des Schutzbund Deutschland verantwortlich.⁷

Die völkische Ideologie, die keine „Fremdkörper“ in ihrer so genannten Volksgemeinschaft duldet, dominiert innerhalb der Freien Kräfte im Nordwesten Brandenburgs gegenüber einem Rassismus, der sehr wohl Menschen

⁶ Vgl. Richter, Gerhard: Flüchtlinge Willkommen in Wittstock? (Reportage) Deutschlandradio Kultur, 8.3.2015, http://www.deutschlandradiokultur.de/fluechtlinge-willkommen-in-wittstock.1076.de.html?dram:article_id=313611. Soweit nicht anders vermerkt, wurden die Websites zuletzt am 26.11.2015 aufgerufen.

⁷ https://de.wikipedia.org/wiki/Bewegung_Neue_Ordnung (zuletzt: 26.9.2015).

fremder „Rassen“ innerhalb der Gesellschaft dulden kann, ihnen jedoch nicht die gleichen Rechte wie der weißen bzw. der germanischen „Rasse“ zugesteht und bestimmte Gruppen von Menschen, die als „fremd“ definiert werden, in einer untergeordneten Position innerhalb der Gesellschaft fixiert. Bei der NPD und ihrer rassistischen Kampagne in Oberhavel dominiert somit das rassistische Element gegenüber dem Völkischen, da dies wesentlich anschlussfähiger und auch „passender“ zur aktuellen Asyl- und Flüchtlingsthematik ist.

Auf der Facebookseite „Wittstock sagt nein zur Asylpolitik“ findet sich ein Forum, an dem nur teilnehmen kann, wer in Wittstock geboren ist („Geboren in Wittstock und darauf bin ich stolz“) – ca. 60 Personen gehören diesem Forum an. Hier dient das soziale Netzwerk der Mobilisierung der eigenen Szene, insbesondere durch die Darstellung von „Migrantengewalt“, die die eigene Gewalt- und Aktionsbereitschaft legitimieren soll. Der Zugang zu den Facebookseiten von „Nein zum Heim“ in Oberhavel ist hingegen völlig offen für jeden. Die Macher und Moderatoren sorgen nur im Hintergrund dafür, dass die rassistische Stoßrichtung der Seiten beibehalten wird. Viele dort diskutierten Themen finden auch ihren Weg in die „Normalbevölkerung“, es werden u. a. gezielt Gerüchte und Falschmeldungen über Flüchtlinge in Umlauf gebracht. So wurde berichtet, dass Flüchtlinge im Rewe-Supermarkt in Lehnitz stehlen würden und es eine Vereinbarung gäbe, diese Diebstähle nicht zu melden, während der Landkreis die Kosten für die gestohlenen Waren übernehmen würde.⁸ Diese Meldung, die vom Filialleiter des Rewe-Marktes und dem Landkreis Oberhavel öffentlich dementiert wurde, wird jedoch immer wieder bei lokalen Einwohnerversammlungen von einzelnen Bürgern wiederholt.

Wie bereits weiter oben ausgeführt, folgte der Mobilisierung im Web 2.0 die Mobilisierung auf der Straße. Inspiriert von den Pegida-Märschen in Dresden begann die rechtsextreme Szene in Oberhavel ab Dezember 2014 zu so genannten „Abendspaziergängen für eine angemessene Asylpolitik“ aufzurufen und diese im monatlichen Takt von Dezember 2014 bis April 2015 auch durchzuführen. Schwerpunkt der monatlichen Abendspaziergänge waren die Stadt Oranienburg mit fünf Abendspaziergängen und die Stadt Zehdenick mit zwei Abendspaziergängen. Im Herbst 2015 wurde über die „Nein zum Heim“-Seiten auf Facebook die „Saison der Abendspaziergänge“ wiedereröffnet und es fand ein dritter Abendspaziergang am

⁸ Anonyme Hetzkampagne gegen Asylbewerber, in: Märkische Allgemeine Zeitung, 17.4.2015, abrufbar unter: <http://www.maz-online.de/Lokales/Oberhavel/Verfassungsschutz-gegen-Facebook-Hetze>.

2. Oktober 2015 in Zehdenick, ein sechster Abendspaziergang in Oranienburg am 4. November 2015 und ein erster Abendspaziergang in Velten am 5. November 2015 statt. Dieses Oberhaveler Modell der „Abendspaziergänge für eine angemessene Asylpolitik“ hat nun mittlerweile auch den Landkreis Ostprignitz-Ruppin erreicht, dort fanden am 6. November 2015 in Lindow und am 7. November 2015 in Rheinsberg ebenfalls derartige Abendspaziergänge mit NPD-Beteiligung statt. Weitere Abendspaziergänge sind bereits angekündigt und sollen folgen.

Die Abendspaziergänge in Oberhavel gehören – im Vergleich zu ähnlichen an Pegida angelehnten Anti-Asyl Demonstrationen im Land Brandenburg – zu den am meisten aufgesuchten Veranstaltungen. Beobachtet wurden bis zu ca. 350 Teilnehmer/innen. Wie bereits auf den Facebookseiten von „Nein zum Heim“, versuchen die Macher im Hintergrund den Anschein einer „bürgerlichen Revolte“ gegen die Asylpolitik der Bundesregierung aufrecht zu erhalten und die Verbindungen zum organisierten Rechtsextremismus zu verschleiern und nach außen hin auch offensiv zu negieren.

Die Oberhaveler Abendspaziergänge wurden jedoch sehr wohl im Hintergrund von der NPD/JN initiiert und gesteuert. Für die Anmeldungen der Abendspaziergänge werden unverdächtige Strohmänner zwischengeschaltet. Der Anmelder der ersten fünf Oranienburger Abendspaziergänge etwa, Carlo-Eik Christopeit, ist zwar in der Vergangenheit nicht als aktiver Rechtsextremist aufgefallen und negiert nach außen hin, der NPD/JN nahe zu stehen. Gleichwohl gab er selber zu, bei der Anmeldung des ersten Abendspaziergangs in Begleitung des JN-Aktivisten Martin Ulbricht gewesen zu sein.⁹ Martin Ulbricht (JN) trat wiederholt als Redner bei den Oranienburger Abendspaziergängen auf. Auch Aileen Rokohl (NPD Barnim) war beim ersten Oranienburger Abendspaziergang als Rednerin aufgetreten. Vereinzelt übernahmen JN-Aktivisten wie Philip Badzong auch Ordnerdienste, die Technik wurde auf allen bislang stattgefundenen Abendspaziergängen in Oberhavel von der NPD/JN bereitgestellt und betreut. Der NPD Stadtverordnete aus Velten, Robert Wollinski, der u. a. auf den „Nein zum Heim“-Seiten sehr aktiv ist, war bislang bei allen Oberhaveler Abendspaziergängen anwesend und wurde von Beobachtern regelmäßig als Ansprech- und Verhandlungspartner für die Polizei wahrgenommen.¹⁰

In ihrer Außendarstellung versuchten sich die Oberhaveler Abendspaziergänge an Pegida zu orientieren, indem sie beispielsweise deren Forderungen auf den Kundgebungen vorlasen, Deutschlandfahnen und später auch die

⁹ Oranienburg „spaziert“ rechtsextrem, in: Märkische Allgemeine Zeitung, 2.2.2015.

¹⁰ <http://www.inforiot.de/neonazistische-demonstrationen-in-oranienburg-und-velten>.

Wirmer-Flagge¹¹ schwenkten, während sich die NPD/JN nach außen bewusst nicht über eigene Fahnen zu erkennen gab. Allerdings wurde auf den beiden Abendspaziergängen in Oranienburg und Velten im November 2015 ein großes Banner mit der Aufschrift „Asylbetrug macht uns arm“ mitgeführt, was nahezu exakt dem Werbematerial der NPD entsprach – lediglich das Partei-Kürzel fehlte.¹² Viele bekannte Personen und Gruppen aus dem rechtsextremen Spektrum der NPD/JN sowie der Freien Kräfte, wie beispielsweise die Freien Kräfte Neuruppin/Osthavelland und die Initiative „Ein Licht für Deutschland – gegen Überfremdung“ waren bei den Abendspaziergängen vertreten. Anders jedoch als bei rechtsextremen Veranstaltungen in der Vergangenheit schafften sie es, nicht nur die eigenen Mitglieder/ Aktivisten und üblichen rechtsextremen Reisekader zu mobilisieren. In einer Zeit der rasant ansteigenden Asylbewerber- und Flüchtlingszahlen war es ihnen möglich, durch rassistische Mobilisierung im Netz und auf der Straße eine direkte Verbindung zu ihren Sympathisanten und deren geistigem Umfeld herzustellen.



„Abendspaziergang“ in Oranienburg am 16. Dezember 2015

¹¹ <http://www.netz-gegen-nazis.de/artikel/service-was-ist-das-eigentlich-immer-f%C3%B4Cr-eine-fahne-mit-kreuz-bei-pegida-und-co-9970>.

¹² <http://www.infortiot.de/velten-abendspaziergang-knuepft-an-npd-nahe-aufzuege-in-oranienburg-an>.

Die Rahmenbedingungen des Rechtsextremismus in Deutschland unterscheiden sich von anderen Ländern im Wesentlichen durch die nationalsozialistische Vergangenheit. Damit sind die Hürden, sich offen zum Rechtsextremismus/ Neonazismus zu bekennen, für viele Menschen generell höher als anderswo. Wie auch bei den Diskussionen auf den „Nein zum Heim“-Seiten, war es vielen Teilnehmer/innen an den Abendspaziergängen ein wichtiges Anliegen, nicht als „Nazis“ verteufelt zu werden. Dieses Anliegen wurde allerdings immer nur pauschal als Lippenbekenntnis nach außen verkündet („Ich/Wir sind keine Nazis...“), ohne dass es sich jemals in der rassistisch/völkischen Ausrichtung oder in einer konkreten Abgrenzung gegenüber der NPD/JN und anderen beteiligten rechtsextremen Organisationen niederschlug. Im Gegenteil, der Ausruf „Wir sind keine Nazis“ sollte die NPD/JN und andere rechtsextreme Organisationen, die sich dem Asylthema widmeten, reinwaschen.

Die NPD/JN in Oberhavel schaffte es bis zu einem gewissen Punkt, über die rassistische Mobilisierung via Facebook und die Abendspaziergänge ihre Zielgruppe und ihr erweitertes Umfeld besser zu erreichen und zu aktivieren als noch vor einigen Jahren. Die rechtsextreme Szene in der Prignitz und der Ostprignitz hat es ebenfalls geschafft, sich neu zu formieren, zu vernetzen und sich im Rahmen der Asyldebatte als Widerstandskämpfer für die Erhaltung des „deutschen Volkes“ in Position zu bringen. Allerdings haben es beide Gruppierungen mit ihren Strategien bislang nicht geschafft, das Asylthema in ihrem Sinne in den so genannten „Systemmedien“ und bei den politisch Verantwortlichen zu platzieren. Anstatt weiter in die Breite zu gehen, ist bei tendenziell zunehmender Teilnehmerzahl ein Radikalisierungsprozess zu beobachten, der sich u. a. in den immer kruderen Beiträgen der entsprechenden Facebookseiten sowie auch bei den immer klarer zum Ausdruck gebrachten rassistisch/völkischen Slogans und Reden der Abendspaziergänge und anderer Aktionen zeigt.

Die „bürgerliche Revolte“ gegen den „Überfremdungswahn“ der Bundesrepublik ist in Brandenburg bis dato, im Vergleich zu den frühen 1990er Jahren, weitestgehend ausgeblieben. Im Gegenzug formierte sich eine „bürgerliche Revolte“ der anderen Art, die so genannten „Willkommensinitiativen“.

Ein neues bürgerliches Phänomen: Die „Willkommensinitiativen“

Fast zwei Jahrzehnte lang sanken die Asylbewerberzahlen in ganz Deutschland. Nach den bewegten 1990er Jahren wurde den Themen Flucht und Asyl in den 2000er Jahren immer weniger Aufmerksamkeit geschenkt, nur

Fachleute und kleine Gruppen von Polit-Aktivisten blieben weiter an diesem Thema dran. Selbst für das MBT und die RAA spielte das Thema nur marginal und punktuell eine Rolle. In Brandenburg existierten zwar weiterhin Asylbewerberheime, aber in der Regel nur an einem einzigen Standort pro Landkreis. Viele dieser Asylbewerberheime waren außerdem bis vor einigen Jahren nicht ausreichend ausgelastet, so dass hier und da über deren Schließung diskutiert und diese in einigen Fällen, etwa in der Prignitz, auch vollzogen wurde.

Organisierte Gruppen von Ehrenamtlichen, die über die praktische Hilfe für Asylbewerber hinaus das Thema auch politisch im Gemeinwesen verankerten, gab es nur sehr wenige. Eine solche Initiative war und ist weiterhin der „Hennigsdorfer Ratschlag“, der seit Ende der 1990er Jahre das Thema bearbeitet und somit vielleicht die älteste kontinuierlich arbeitende „Willkommensinitiative“ im Land Brandenburg ist. Auch wenn es solche Gruppen vereinzelt im Land Brandenburg gab, so kann doch von einem neuen gesellschaftlichem Phänomen gesprochen werden.

Als Mobiles Beratungsteam hatten und haben wir seit den 1990er Jahren u. a. die Aufgabe, zivilgesellschaftliches Engagement gegen Rechtsextremismus zu fördern und zu unterstützen. Obwohl rechtsextreme Vorkommnisse zum Alltag gehörten, war es anfangs ein sehr zäher und langwieriger Prozess, bevor nach und nach vielerorts arbeitsfähige Bündnisse gegen Rechtsextremismus entstanden. Mit dem starken Anstieg der Flüchtlings- und Asylbewerberzahlen und deren flächenmäßig breite Verteilung über das Land ab dem Jahr 2014 hingegen entstanden überall im Land – in den berlinnahen wie in den berlinfernen Regionen des Landes, im Dorf wie in der Kleinstadt – so genannte „Willkommensinitiativen“.

Einige der bereits bestehenden zivilgesellschaftlichen Bündnisse gegen Rechtsextremismus orientierten sich um und legten ihren Schwerpunkt auf die konkrete Unterstützung von Flüchtlingen. Vielerorts brachten sich Menschen in den neu gegründeten Willkommensinitiativen ein, die vorher kaum Berührungspunkte zu diesem Themenbereich hatten. Einige von ihnen engagierten sich sogar zum ersten Mal im gesellschaftlichen Sinne, als hätten sie nur auf den richtigen Zeitpunkt gewartet. Erstaunlich ist auch die Geschwindigkeit, mit der sich viele dieser Gruppen eine funktionierende Organisationsstruktur geben konnten.

Sobald öffentlich bekannt wurde, dass Asylbewerber und Flüchtlinge im Ort eintreffen sollten – in der Regel nach einer Einwohnerversammlung – wurde von engagierten Bürgern, vereinzelt auch vom Bürgermeister selbst, zu einem Treffen zwecks Gestaltung einer Willkommenskultur vor Ort eingeladen. Der Andrang zu diesen Treffen war bislang sehr hoch. In kleineren, ländlich geprägten Gemeinden, wie Wusterhausen/Dosse oder Gransee, kamen

regelmäßig 30-50 Personen, in Dörfern wie Lentzke bei Fehrbellin ungefähr 15-20 und in berlinnahen „Speckgürtelgemeinden“ wie Borgsdorf/Hohen Neuendorf erschienen über 200 Personen beim Gründungstreffen der lokalen Willkommensinitiative. Insbesondere in bevölkerungsreichen Gemeinden im so genannten „Speckgürtel“ von Berlin sehen sich die Initiatoren der Willkommensinitiativen oft überfordert von dem großen Andrang an Menschen, die sich einbringen und helfen wollen.

Nach den ersten Treffen der Initiativen gründen sich erfahrungsgemäß Arbeitsgruppen zu verschiedenen Themenbereichen, wie z. B. Spendensammlung, Mobilität (z. B. Sammeln und Reparieren von Fahrrädern), Freizeit (Integration in Vereinen), Deutschunterricht und Hausaufgabenhilfe, Patenschaften, Öffentlichkeitsarbeit (u. a. Erstellung und Pflege einer eigenen website). Es werden auch Willkommensfeste und Informationsveranstaltungen organisiert, Ärzte mit Fremdsprachenkenntnissen ausfindig gemacht, Übersetzerpools erstellt, Gartenland zur Verfügung gestellt, um mit Flüchtlingen gemeinsam Gemüsegärten anzupflanzen, Wegweiser und Informationsfaltblätter in verschiedenen Sprachen veröffentlicht sowie auch Informationsfaltblätter zur Sensibilisierung bzw. zum Abbau von Ängsten und Vorurteilen bei der allgemeinen Bevölkerung erstellt. Selbst Wohnungen sowie Praktikums-, Ausbildungs- und Arbeitsplätze für Flüchtlinge werden vermittelt. In Gransee hat die lokale Willkommensinitiative sogar ein Begegnungszentrum geschaffen, das Hospital Global, welches von Flüchtlingen wie Einheimischen intensiv für Aktivitäten verschiedenster Art genutzt wird.¹³

Die „Willkommensinitiativen“ sind somit weitaus mehr als eine ergänzende ehrenamtliche Unterstützung: sie füllen die Lücken (und das sind etliche), die von staatlicher Seite hinterlassen und über viele Jahre vernachlässigt wurden. Verwaltung und Politik sind in der derzeitigen Situation fast ausschließlich mit rein organisatorischen Aspekten wie Registrierung, Unterbringung, Einschulung der Kinder oder Sozialleistungen beschäftigt. Schon relativ einfache Dinge, wie z. B. das Erstellen mehrsprachiger Wegweiser für Landkreis und Kommune, werden durchweg und ohne allgemeine Vorgaben auf die Willkommensinitiativen abgewälzt. So erstellt jede Willkommeninitiative ihre eigenen lokalen Flyer und Wegweiser. Hier fehlt es an einer Koordinierung; dadurch erhöht sich die ohnehin schon bestehende Gefahr, dass sich die Willkommensinitiativen übernehmen und irgendwann „ausbrennen“ könnten. Ebenso mangelt es an Visionen und Zielformulierungen, die in ein schlüssiges Zukunftskonzept einfließen. Die Konzepte, die von Politik und

¹³ <http://www.willkommen-gransee.de/index.php/home.html>.

Verwaltung eigentlich vorgegeben werden müssten, werden bislang an der Basis von den Willkommensinitiativen selbst vor Ort entwickelt. Das bringt – bei aller Bewunderung für das außerordentliche Bürgerengagement – mittel- und auch langfristig einige Probleme mit sich.

Die Willkommensinitiativen können zwar im erheblichen Maße dazu beitragen, dass sich einzelne Flüchtlinge vor Ort integrieren können und ein gutes allgemeines Miteinander herrscht, aber in vielen übergeordneten Fragen und Herausforderungen sind ihnen schlichtweg die Hände gebunden. So wäre im Zuge der Zuwanderung von Flüchtlingen nach Brandenburg die Frage zu beantworten, wie es gelingen kann, dass ein Teil dieser Flüchtlinge, die per Zuweisung in die strukturschwachen Regionen Brandenburgs gehen, dauerhaft bleiben und sich dort eine Existenz aufbauen können.¹⁴ Hier kann es jedoch nicht allein um Ausbildungs- und Arbeitsplätze gehen oder um eine schlichte Erweiterung des gastronomischen Angebots im ländlichen Raum. Es sollte auch darum gehen, das unternehmerische Engagement von Migranten selbst mit gezielten Anreizen und Maßnahmen zu fördern und mit entsprechenden Gesetzesänderungen, insbesondere bei der Frage der Anerkennung von Berufsabschlüssen, zu flankieren.

Der Begriff der „Willkommenskultur“, der vor einigen Jahren von der großen Politik auf Bundesebene eingeführt wurde, bezieht sich ursprünglich in der Tat auf die Zielsetzung, Deutschland für Fachkräfte attraktiver zu gestalten. Gemeint war, dass im Kontext der Globalisierung und des internationalen Wettstreits um ausländische Fachkräfte bzgl. Einreise- und Aufenthaltsregelungen, Bewilligungs- und Anmeldeprozedere sowie beim Kontakt mit den Behörden Anstrengungen unternommen werden, damit sich die zuwandernden Personen erwünscht fühlen. Allgemein gesprochen kann Willkommenskultur auch als positiver „Umgang mit Vielfalt“ verstanden werden, welcher sich an alle (neu) zugezogenen Personen sowie auch die ansässige Migrationsbevölkerung richtet.

Wichtig scheint in diesem Zusammenhang zu erwähnen, dass der Begriff der Willkommenskultur in Deutschland mit der Forderung verbunden war, eine solche zunächst überhaupt zu etablieren. In der Tat war die Migrationspolitik der Bundesrepublik sowie auch die der DDR eher das Gegenteil von dem, was als Willkommenkultur beschrieben werden könnte. Ihr oberstes Ziel war es, darauf hinzuwirken, dass ausländische Arbeitsmigranten nach

¹⁴ Vgl. Braun, Reiner/ Simons, Harald: Familien aufs Land! Warum wir die Flüchtlinge im Leerstand unterbringen sollten und wie das funktionieren könnte. Empirica paper Nr.228, September 2015; abrufbar unter: <http://www.empirica-institut.de/kufa/emp228rb.pdf>.

einem befristeten Aufenthalt das Land wieder verlassen. Diejenigen Migranten (sowie deren Nachfahren), die dauerhaft in Deutschland geblieben waren, mussten sich damit abfinden, dass sie gesellschaftlich als unerwünschte Gäste galten oder als Gäste, die die Phase des „Willkommensein“ überschritten hatten. Erst mit der Einführung des neuen Zuwanderungsgesetzes im Jahr 2005 wurde, ein halbes Jahrhundert nach dem ersten Anwerbeabkommen mit Italien im Jahr 1955, formell diese Zielrichtung aufgegeben und ein neues Kapitel in der deutschen Migrationspolitik aufgeschlagen.

In punkto Willkommenskultur ist also noch einiges nachzuholen und trotz eines Sinneswandels tut sich Deutschland immer noch schwer, strategische Ziele und konzeptionelle Rahmenbedingungen für eine moderne und effektive Einwanderungs-, Integrations- und Antidiskriminierungspolitik zu entwickeln und umzusetzen. Die Zuwandererbevolkerung fühlt sich insbesondere bei der Wohnungssuche, auf dem Arbeitsmarkt, in Bildungsinstitutionen und v. a. bei Behörden benachteiligt.¹⁵ Der Diskurs über qualifizierte Fachkräfte führt außerdem dazu, dass zwischen „erwünschten“ und „unerwünschten“ Migranten unterschieden wird, wie bereits die Diskussion um das seit 1. August 2015 geltende Gesetz zur Neubestimmung des Bleiberechts und der Aufenthaltsbeendigung gezeigt hat. Bei der Forderung, in Deutschland eine „Willkommenskultur“ zu etablieren, hatte man also nicht unbedingt an die Aufnahme von Asylsuchenden und Flüchtlingen gedacht. Flüchtlinge und Asylsuchende kommen ja auch nicht als angeworbene Fachkräfte mit dem Ziel der Ansiedlung nach Brandenburg, sondern als Schutzbedürftige per Zuweisung.

Interessant ist nun, dass die ehrenamtlichen Flüchtlingshelfer- und Unterstützerguppen der Forderung der Politik, eine „Willkommenskultur“ zu etablieren, nachgekommen sind und sich größtenteils auch unter dem Sammelbegriff der „Willkommeninitiativen“ wieder finden. Wenn Politiker z. B. von der „Willkommenskultur in Brandenburg“ sprechen, dann meinen sie somit die Willkommensinitiativen, nicht etwa einen von ihnen als Politiker in Angriff genommenen Umbau öffentlicher Einrichtungen, wie z.B. den Aufbau von „Welcome Centres“ nach kanadischem Vorbild oder ein von der Politik entwickeltes Ansiedlungskonzept. Da die Zielgruppe der Initiativen ausschließlich aus Flüchtlingen und Asylsuchenden besteht, von denen faktisch nur ein Teil Aussicht auf eine Bleibeperspektive in Deutschland hat, während ein ande-

¹⁵ Vgl. Antidiskriminierungsstelle des Bundes (Hg.): Diskriminierung im Bildungsbereich und Arbeitsleben. Zweiter Gemeinsamer Bericht der Antidiskriminierungsstelle des Bundes und der in ihrem Zuständigkeitsbereich betroffenen Beauftragten der Bundesregierung und des deutschen Bundestages, Berlin 2013.

rer Teil „Nicht Willkommen“ ist und zügig abgeschoben werden soll, steht das aktuelle brandenburgische Modell der „Willkommenskultur“ auf ziemlich wackligen Füßen. Mit der Gleichsetzung von Willkommenskultur und Willkommensinitiativen machen es sich Politiker hier zu einfach. Andererseits handelt es sich bei den Willkommensinitiativen um eine zivilgesellschaftliche Bewegung, auf die Politiker nur bedingt Einfluss haben, die auch in Opposition zu ihnen gehen bzw. selbst zur politischen Kraft werden kann.

Fazit

Die ursprüngliche Fragestellung, inwieweit im Rahmen der aktuellen „Flüchtlingskrise“ ein ähnliches Szenario wie in den 1990er Jahren denkbar ist, kann nicht ohne weiteres mit ‚Ja‘ oder ‚Nein‘ beantwortet werden. Rechtsextreme und rassistisch motivierte Gewaltstraftaten sind seit dem Jahr 2014 in Deutschland und auch in Brandenburg stark angestiegen und richten sich in erster Linie gegen Flüchtlinge und Asylsuchende sowie gegen deren Unterstützer.¹⁶ Wer glaubte, dass über zwanzig Jahre nach Rostock-Lichtenhagen und Hoyerswerda keine Asylbewerberheime mehr in Deutschland brennen würden, wurde (auch in Brandenburg) bereits eines Schlechteren belehrt. Die rechtsextreme Szene überzieht das Land Brandenburg, bei steigenden Teilnehmerzahlen, mit einer Vielzahl von Demonstrationen und Mahnwachen, die sich gegen Zuwanderung und Flüchtlingspolitik richten. Allein in den sechs Monaten von Dezember 2014 bis Mai 2015 haben jede Woche im Schnitt zwei rechtsextreme Veranstaltungen mit Asylbezug in Brandenburg stattgefunden.¹⁷ Mit Blick auf das Mobilisierungs- und Gewaltpotenzial der rechtsextremen Szene kann also kein bedeutender Unterschied zu den 1990er Jahren ausgemacht werden.

Was sich in Brandenburg aber verändert hat, ist vor allem der gesellschaftliche Umgang mit dem Rechtsextremismus sowie auch mit den Themen Flucht, Asyl und Migration. Rechtsextreme Aktionen gegen Flüchtlinge werden nicht mehr von Teilen der „Normalbevölkerung“ öffentlich beklatscht. Der Rechtsextremismus wird von den politisch Verantwortlichen meistens nicht mehr

¹⁶ Fröhlich, Alexander: Rechtsextreme Gewalt in Brandenburg steigt: Mehr politisch motivierte Kriminalität, in: Potsdamer Neueste Nachrichten, 16.3.2015, <http://www.pnn.de/brandenburg-berlin/947890>.

¹⁷ Garzke, Renè: Rechtsextremismus in Brandenburg: Großoffensive gegen Flüchtlinge, in: Potsdamer Neueste Nachrichten, 26.5.2015, <http://www.pnn.de/brandenburg-berlin/970595>.

kleingeredet, sondern offensiv angegangen. Polizei und Justiz scheinen genauer hinzusehen. Flüchtlinge und Asylsuchende werden in Brandenburg bislang von Medien sowie der Politik generell als Schutzbedürftige und nicht als Sündenböcke portraitiert. Insbesondere jedoch hat die Zivilgesellschaft in Brandenburg eine erstaunliche Entwicklung vollzogen und ist mittlerweile eine feste Größe, wenn es um die Widerstandsfähigkeit der Gesellschaft gegen rechtsextreme und rassistische Agitation geht.

Auf der anderen Seite gibt es weiterhin einen nennenswerten Teil der Bevölkerung, der für rechtsextreme und rassistische Positionen, insbesondere bei den Themen Flüchtlinge und Asyl, empfänglich ist. Dies wird u.a. bei der Beobachtung der Diskussionen in den sozialen Netzwerken und auch bei den lokalen Einwohnerversammlungen deutlich. Flüchtlinge werden als eine soziale Gruppe mit bestimmten Eigenschaften dargestellt, etwa als Träger ansteckender Krankheiten, mit Neigung zu Gewalttätigkeit und Kriminalität, Frauenfeindlichkeit bzw. Bereitschaft zur sexuellen Belästigung. Darüber hinaus werden sie typischerweise für sinkende Grundstückspreise, Verdrängung deutscher Familien und Kinder aus bezahlbaren Wohnungen sowie Kita und Schule und vieles mehr verantwortlich gemacht. Dieses Potenzial an Vorurteilen wäre in Teilen durchaus für die rechtsextreme Szene abrufbar, sollte sich die politische Großwetterlage ändern und der Politik die „Flüchtlingskrise“ aus dem Ruder laufen.

Aus diesem Grund wäre es für Brandenburg dringend notwendig, ein weit-sichtiges Konzept der Ansiedlungspolitik für Flüchtlinge und Migranten zu entwickeln und umzusetzen. Diese Herausforderung ist allein mit der Unterstützung durch Ehrenamt und Willkommensinitiativen nicht zu meistern. Die gesamte Frage der Flüchtlings- und Migrationspolitik ist momentan stark von Emotionen geleitet; die Gesellschaft zwischen Hochgefühl und Ablehnung polarisiert. Es fehlt an politischen Konzepten und rechtlichen Rahmenbedingungen mit klaren Zielsetzungen. Die anfängliche Euphorie, Flüchtlinge willkommen zu heißen, ist bereits dabei, an Kraft zu verlieren und könnte bald in Enttäuschung und Frustration umschlagen. Dann wäre das Feld für rechtsextreme und rassistische Agitation teilweise wieder frei geräumt.

Die NPD und ihre Abgeordneten in den Kreistagen und kreisfreien Städten des Landes Brandenburg

Bei der Kommunalwahl 2008 waren die Deutsche Volksunion (DVU) und die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) erstmals gemeinsam angetreten.¹ 13 Abgeordnete der DVU und 16 Abgeordnete der NPD sind damals in die Kreistage und in die Vertretungen der kreisfreien Städte eingezogen. Dies bedeutete für die Vertretungen eine neue Herausforderung; vielerorts versuchten die demokratischen Parteien, sich möglichst koordiniert auf den Umgang mit rechtsextremen Abgeordneten einzustellen. Auch die Kreistagsbüros mussten lernen, mit den neuen Anforderungen umzugehen.

In „Einblicke III“ hatten wir analysiert, wie die beiden rechtsextremen Parteien NPD und DVU und ihre Vertreter in den Kreistagen (KT) und Stadtverordnetenversammlungen der kreisfreien Städte (SVV) im Land Brandenburg in der Wahlperiode ab 28. September 2008 agiert haben.² Innerhalb dieser letzten Wahlperiode kam es zu gravierenden Veränderungen in der rechtsextremen Parteienlandschaft. Auf ihrem Parteitag beschloss die DVU am 12. Dezember 2010 die Fusion mit der NPD zum 1. Januar 2011. Zunächst trug die fusionierte Partei den Namen „NPD-Die Volksunion“ – inzwischen heißt die NPD wieder nur „NPD“.

Dies hatte Auswirkungen auf die DVU-Abgeordneten in den Kreistagen des Landes Brandenburg. Soweit wir recherchieren konnten, trat nur die Abgeordnete des Kreistages Teltow-Fläming, Frau Redlhammer-Raback, offiziell in die NPD ein. Alle anderen firmierten als fraktions- und parteilose Einzelabgeordnete bis zum Ende der Wahlperiode und verschwanden dann aus der Öffentlichkeit.

¹ Für alle Unterstützung, ob bei der Vor-Ort-Recherche, der Beantwortung von schriftlichen Anfragen oder den ausführlichen Gesprächen, möchte ich mich ganz herzlich bei den MitarbeiterInnen der Kreistagsbüros bzw. der Stadtverordnetenversammlungen bedanken. Soweit nicht anders vermerkt, wurden die Websites zuletzt am 26.10.2015 aufgerufen.

² Kschenka, Susanne/ Müller, Anett: Rechtsextreme Parteien und ihre Vertreter in den Kreistagen und Stadtverordnetenversammlungen der kreisfreien Städte in Brandenburg, in: Wilking, Dirk/ Kohlstruck, Michael (Hg.): Einblicke III. Ein Werkstattbuch. Potsdam, 2010, S.141-174.

Fragen der Analyse und Methode

Nach dem Ende der DVU war die NPD im Jahr 2014 mit vielen Parolen und vollmundigen Versprechungen in den Wahlkampf gezogen.



Drei NPD-Plakate zur Kommunalwahl in der Lausitz 2014

Im Rückblick stellen sich viele Fragen: Welche Erfolge hat die NPD bei der Kommunalwahl am 25. Mai 2014 bei den WählerInnen gehabt? Wie viele Mandate konnte die NPD auf der Ebene der Landkreise und kreisfreien Städte erringen? Wie fällt der Vergleich zur vorhergehenden Kommunalwahl aus? Was haben die Abgeordneten seitdem gemacht? Mit welchen Themen haben sie sich beschäftigt? Inwieweit lässt sich die Arbeit der NPD-Abgeordneten in den KT und den SVV von außen überhaupt beobachten? Hat sich in der Arbeit der NPD-Abgeordneten und in dem Umgang mit ihnen in den kommunalen Vertretungen etwas verändert?

Diese und viele weitere Fragen beschäftigen das Mobile Beratungsteam (MBT) Cottbus immer wieder, weil in unserem Arbeitsgebiet VertreterInnen der NPD in alle KT und in die SVV Cottbus gewählt worden sind.

Die Analyse konzentriert sich auf die Ebene der Kreistage und Stadtverordnetenversammlungen der kreisfreien Städte. Dies hängt mit dem hohen Rechercheaufwand zusammen. Schon bei der Internetrecherche auf der Ebene der KT und SVV stößt man immer wieder an Grenzen.

Wie erfährt man mit einem vertretbaren Arbeitsaufwand, wie Abgeordnete in Kreistagen arbeiten? Die Recherchemöglichkeiten über das Internet sind von Fall zu Fall unterschiedlich ertragreich. Bis auf zwei der untersuchten 13 kommunalen Vertretungen lässt sich überall nachvollziehen, ob und in welchen Zeiträumen einzelne Abgeordnete an den Sitzungen teilgenommen haben. Dies ist ein erster Baustein für die Außensicht auf die Aktivitäten, denn nur wer anwesend ist, kann sich beteiligen.

Die kompletten Niederschriften, in denen man sich umfassend über das Geschehen informieren könnte, sind für neun Vertretungen einsehbar. Dort kann man die Berichte der Landräte, die Nachfragen, Stellungnahmen von Abgeordneten und Fraktionen auch noch weit zurückliegend nachlesen. In vier der Vertretungen geht dies nicht. Dort erhält man lediglich Einblick in den Sitzungsverlauf, in Vorlagen und Beschlüsse. Wer gesprochen hat und welche Inhalte ausgetauscht wurden, bleibt indes verborgen.

Anfragen der Abgeordneten im Volltext kann man sogar nur in fünf der untersuchten Vertretungen abrufen, die vollständigen Antworten nur in drei Vertretungen. In sechs Landkreisen kann man das Thema der Anfrage oder den zusammengefassten Inhalt der Niederschrift entnehmen, manchmal auch ob bzw. in welcher Weise – kurz zusammengefasst – geantwortet worden ist. In zwei Landkreisen findet man gar nichts dazu.

Dies bedeutet einen hohen Rechercheaufwand, weil man nur mit vorliegendem Text genauere Vergleiche anstellen kann. So wurde der Zeitumfang der Recherche immer höher, da z.T. nur mit Akteneinsicht in den Kreistagsbüros die Recherche vollständig durchzuführen war.

Aufgrund der Schwierigkeiten bei der Recherche habe ich meinen ursprünglichen Plan aufgeben müssen, in der Sichtung der Aktivitäten die abgeschlossene Wahlperiode von 2008-2014 mit einzubeziehen und so den Anschluss an den Vorgängerartikel im „Werkstattbuch Einblicke III“ herzustellen. Zusätzlich zu den beschriebenen Schwierigkeiten kommt für diese Periode noch hinzu, dass in einigen Landkreisen erst im Laufe der Zeit Texte ins Internet eingestellt worden sind. Von Außenstehenden sind in diesen Fällen somit noch weniger Informationen abrufbar als ohnehin schon.

Wahlergebnisse und Sitzverteilung von NPD und DVU

In absoluten Zahlen hat die NPD ihre Mandate erhöhen können, da die Gesamtzahl von 16 im Jahr 2008 auf 20 Mandate im Jahr 2014 gestiegen ist. Zählt man die Mandate der DVU und der NPD im Jahr 2008 aber zusammen, waren es damals insgesamt 29. Für die Vertretung in den Kreis-

Landkreis oder Kreisfreie Stadt	Wahlergebnisse			Sitzverteilung		
	DVU 2008 ³	NPD 2008 ⁴	NPD 2014 ⁵	DVU 2008	NPD 2008	NPD 2014
Prignitz	2,5 %	--	--	1	0	0
Ostprignitz-Ruppin	--	--	--	0	0	0
Oberhavel	--	4,3 %	3,9 %	0	2	2
Uckermark	--	4,0 %	3,1 %	0	2	2
Barnim	3,1 %	--	2,2 %	2	0	1
Havelland	--	4,0 %	2,8 %	0	2	2
Potsdam-Mittelmark	2,4 %	--	1,1 %	1	0	1
Teltow-Fläming	2,7 %	--	1,4 %	1	0	1
Dahme-Spreewald	--	4,6 %	3,4 %	0	3	2
Märkisch-Oderland	3,3 %	-- aber „DIE RECHTE“ ⁶ 0,9 %	1,2 %	2	0	1
Oder-Spree	0,9 %	4,5 %	4,1 %	0	3	2
Spree-Neiße	--	4,0 %	4,4 %	0	2	2
Oberspreewald-Lausitz	4,4 %	--	4,3 %	2	0	2
Elbe-Elster	5,1 %	--	1,2 %	3	0	1
Brandenburg an der Havel	--	--	--	0	0	0
Potsdam	2,0 %	--	--	1	0	0
Frankfurt (Oder)	--	--	--	0	0	0
Cottbus	--	3,0 %	2,7 %	0	2	1
Land Brandenburg	1,6 %	1,8 %⁷	0,6 %	13	16	20

Tabelle 1: Wahlergebnisse und Sitzverteilung von NPD und DVU in den Kreistagen und Stadtverordnetenversammlungen der kreisfreien Städte in Brandenburg im Vergleich 2008 und 2014 (Wahltermine der Kommunalwahlen: 26.10.2003, 28.9.2008, 25.5.2014)

³ Amt für Statistik Berlin-Brandenburg: Statistischer Bericht Kommunalwahlen im Land Brandenburg, November 2008, abrufbar https://www.statistik-berlin-brandenburg.de/publikationen/Stat_Berichte/2008/SB_B7-3-4_j05-08_BB.pdf.

⁴ Ebd.

⁵ Vgl.: <https://www.wahlergebnisse.brandenburg.de/wahlen/KO2014/gemver/ergebn51.asp?sel1=4350&sel2=2070> und <https://www.wahlergebnisse.brandenburg.de/wahlen/KO2014/ergebnis/ergebnLandBB.asp?sel1=4350&sel2=0661>.

⁶ „DIE RECHTE“ – rechtsextreme Kleinpartei, gegründet am 27.5.2012: https://de.wikipedia.org/wiki/Die_Rechte.

⁷ Landeszentrale für politische Bildung Brandenburg: <http://www.politische-bildung-brandenburg.de/themen/rechtsextremismus/organisation/rechtsextremismus-brandenburg-2001-2004/kommunalwahlen-2008>.

tagen war der Zusammenschluss der Parteien also ein Verlustgeschäft. In allen Landkreisen und kreisfreien Städten, in denen die NPD angetreten ist, konnte sie zumindest ein Mandat erwerben. In den Landkreisen Prignitz und Ostprignitz-Ruppin, wie auch in den kreisfreien Städten Brandenburg a. d. H., Frankfurt (Oder) und Potsdam, ist die NPD noch nie angetreten. Es scheint so, als könne die NPD in diesen Gebieten strukturell nicht in einer Weise Fuß fassen, dass sich geeignete KandidatInnen finden, was m.E. – vor allem mit Blick auf die Bedeutung der Landeshauptstadt Potsdam – auf die Grenzen der NPD hinweist.⁸ Dort ist es ungleich schwerer, mit einfachen Parolen zu punkten, als in manchen abgelegenen Teilen des Landes.

Wahlergebnisse und Mandate für die einzelnen Landkreise

Im *Landkreis Oberhavel* war ein kleiner Verlust für die NPD zu verzeichnen, der sich aber nicht auf die Zahl der Mandate ausgewirkt hat. Es bleibt bei zwei Vertretern, wobei Detlef Appel auch als Abgeordneter konstant bleibt. Hinzuweisen ist darauf, dass die NPD im Kreistag Oberhavel schon seit 2003 einen Vertreter hat. Damals war die NPD auf 2,7 % der Stimmen gekommen. Es handelt sich also schon eine langjährige Präsenz.

Im *Landkreis Uckermark* war zwar einen Verlust von 0,9 Prozentpunkten zu verzeichnen, dennoch reichte es für zwei Mandate.

Im *Landkreis Barnim* ist die NPD zum ersten Mal angetreten und errang 0,9 Prozentpunkte weniger Stimmen als die DVU im Jahr 2008. Das reichte für ein Mandat. Allerdings saß auch schon in der letzten Wahlperiode auf einem der zwei DVU-Plätze ein NPD-Mitglied.

Im *Landkreis Havelland* gab es eine erhebliche Verschlechterung des Ergebnisses (-1,2 Prozentpunkte), dennoch reichte es für zwei Mandate, die jedoch auch hier mit anderen Personen besetzt wurden.

Im *Landkreis Potsdam-Mittelmark* trat die NPD erstmalig an und kam auf 1,1 %, was – wie schon zuvor bei der DVU – für ein Mandat reichte. Ebenso gab es im *Landkreis Teltow-Fläming* mit erheblichen Einbußen ein Mandat wie zuvor für die DVU.

Im *Landkreis Dahme-Spreewald* war das Ergebnis doch etwas überraschend – für einen Kreisverband, der sich in den letzten Jahren immer wieder selbst als einer der aktivsten darstellte – ein Minus von 1,2 Prozentpunkten führte zum Verlust eines Mandates. Nunmehr sitzen noch zwei Vertreter im Kreistag, die auch schon in der letzten Wahlperiode dort waren.

⁸ Siehe hierzu auch den Beitrag von Nicola Scuteri in diesem Band.

Im *Landkreis Märkisch-Oderland* gibt es die Besonderheit, dass im Jahr 2008 neben der DVU auch die Kleinstpartei „DIE RECHTE“ angetreten war. Die NPD konnte an den Erfolg der DVU nicht anknüpfen und erhielt nur ein Mandat.

Im *Landkreis Oder-Spree* sitzt die NPD schon seit 2003 im Kreistag, damals hatte sie 2,9 % der Stimmen und zwei Sitze erworben. Bei der Wahl 2008 gab es einen Aufwind und die Partei zog sogar mit zwei Männern und einer Frau in die Vertretung ein. 2014 führte der Stimmenverlust im Heimatlandkreis des brandenburgischen Landesvorsitzenden der NPD – Klaus Beier – zum Verlust eines Mandates.

Im *Landkreis Spree-Neiße* – der einzigen Ausnahme im Land Brandenburg – erhöhte sich der Stimmenanteil (+ 0,4 Prozentpunkte). Die Anzahl der Sitze im Kreistag blieb gleich, sie wurden jedoch mit neuen Personen besetzt.

Nur im *Landkreis Oberspreewald-Lausitz* konnte die NPD fast an das Wahlergebnis der DVU anknüpfen (-0,1 Prozentpunkte) und dies mit unbekannten und relativ blass auftretenden Kandidaten – was vermuten lässt, dass ein rechtsextremes Wählerpotential unabhängig von der Partei vorhanden ist.

Im *Landkreis Elbe-Elster* war ein Rückgang der Stimmen um 5,1 Prozentpunkte und drei Mandate für die DVU auf 1,2 % und einem Mandat für die NPD zu beobachten. Vermutlich gibt es hierfür mehrere Gründe: Zum einen zieht die NPD im Landkreis ein etwas anderes Wählerspektrum an als die damals auf die rechtskonservative Mittelschicht ausgerichtete DVU. Zum anderen fehlte es aber an geeigneten NPD-Kandidaten und auch an den nötigen Unterschriften für Wahlvorschläge. Das lässt Rückschlüsse auf die strukturellen Gegebenheiten in der NPD im traditionell eher nach Sachsen ausgerichteten Süden von Brandenburg zu.

In der *kreisfreien Stadt Cottbus* verlor der langjährige Neonazi Frank Hübner (ehemaliger Bundesvorsitzender der 1989 gegründeten und 1992 verbotenen rechtsextremen Partei „Deutsche Alternative“ (DA)) seinen Sitz in der SVV und der stellvertretende Bundes- und stellvertretende Landesvorsitzende der NPD, Ronny Zasowk, vertritt nunmehr allein die NPD.

In der folgenden Übersicht finden sich Informationen zu den Abgeordneten in den Kreistagen in Brandenburg im Vergleich der Jahre 2008 und 2014. (Die Namen der DVU-Abgeordneten sind kursiv gesetzt, die Namen von NPD-Abgeordneten sind nicht kursiv gesetzt sind.)⁹

⁹ Alle Angaben zu den DVU-Abgeordneten aus: Kschenka, Susanne/ Müller; Anett: Rechts-extreme Parteien (Fußnote 2). Auf die DVU-Abgeordneten wird im Folgenden nicht mehr eingegangen.

Landkreis Kreisfreie Stadt	Namen	Geburts- jahr	Beruf	Wohnort	Sonstiges
Prignitz	Ab 2008 Jochen Grabo	1960	Maler	Wittenberge ¹⁰	
Ostprignitz- Ruppin	--				
Oberhavel	Ab 2003 Mario Popiela Ab 2008 Detlef Appel Axel Dreier ¹¹ Ab 2014 Detlef Appel Thomas Schulz	1963 1955 1963 1955 1964	Postangestellter Kaufmann Polier Kaufmann Getränke-Spediteur und Gastronom	Fürstenberg ¹² Oranienburg ¹³ Oberkrämer ¹⁴ Oranienburg Oberkrämer	2003 NPD 2,7 % ¹⁵ Schulz 2003 für Schill-Partei in KT gewählt ¹⁶
Uckermark	Ab 2008 Irmgard Hack Andy Kucharzewsky Nachrücker: erst Stefan Schulz dann Juni 2012 ¹⁷ Sven Barthel	1936 1986 1983 1967	Krankenschwester/ Gemeindeschwester i.R. Fachkraft für Abfallwirtschaft Kraftfahrer Zimmermann	Uckerland ¹⁸ Schwedt/Oder ¹⁹ Prenzlau ²⁰ Schwedt/Oder OT Kummerow ²¹	Kucharzewsky hat am 26.10.2009 sein NPD- Parteibuch abgegeben

¹⁰ Angaben aus: http://www.bvb-fw.de/dokumente/bekanntmachung_wahlvorschlaege_kt_wahl.pdf.

¹¹ Angaben aus: <http://www.apabiz.de/archiv/material/Bewerber%20Brandenburg%202008.htm#npdoberhavel>.

¹² Angaben aus: <https://we.riseup.net/assets/206473/NPD-Kandidaturen%20im%20Landkreis%20Oberhavel.pdf>.

¹³ Angaben aus: http://www.oberhavel.de/media/custom/2244_12688_1.PDF?1396424485.

¹⁴ Angaben aus: <http://www.oberhavel.de/Politik-Verwaltung/Kreistag/Kreistagsinfosystem>.

¹⁵ Angaben aus: Landeszentrale für politische Bildung Brandenburg: <http://www.politischebildung-brandenburg.de/themen/rechtsextremismus/organisation/rechtsextremismus-brandenburg-2001-2004/kommunalwahlen-2008>.

¹⁶ https://www.oberhavel.de/wahl/NetModul/kw2003_ohv_webapp.html.

¹⁷ Angabe aus: http://www.gegenrede.info/news/2012/lesen.php?datei=120625_01.

¹⁸ Angaben aus: http://www.uckermark.de/PDF/Kreistagswahl_2008_Bekanntmachung_der_Wahlvorsch%C3%A4ge.PDF?ObjSvrID=553&ObjID=3508&ObjLa=1&Ext=PDF&WTR=1&_ts=1219728033.

¹⁹ Alle Angaben aus: vgl. Fußnote 9.

²⁰ Alle Angaben aus: vgl. Fußnote 9.

²¹ Alle Angaben aus: vgl. Fußnote 9.

Landkreis Kreisfreie Stadt	Namen	Geburts- jahr	Beruf	Wohnort	Sonstiges
Uckermark	Ab 2014 Sven Gläsemann David Weide	1981 1989	Holzbearbeitungs- mechaniker Kaufmann für Bürokommunikation	Prenzlau ²² Schwedt ²³	
Barnim	Ab 2008 <i>Mike Sandow</i> <i>Dietmar Lange</i> Ab 2014 Marcel Zech	1971 1956 1988	<i>Handwerksmeister (auch NPD-Mitglied)</i> Rinderzüchter Glas- und Gebäudereiniger ²⁴	 Panketal	Mike Sandow 2010 aus NPD ausgetreten
Havelland	Ab 2008 Dieter Brose Maik Schneider Ab 2014 Erik Brüning (bis 17.5.2015) Michel Müller Ab KT-Sitzung 6.7.2015 Maik Schneider	1943 1987 1986 1980 1987	Betriebswirt Industriemechaniker Handwerksgeselle Kaufmann Großhandel <i>(im Wahlvorschlag noch Schüler)</i>	Nennhausen ²⁵ Nauen Nauen ²⁶ Rathenow ²⁷ Nauen ²⁸	
Potsdam- Mittelmark	Ab 2008 <i>Sigmar-Peter Schuldt</i> <i>Verstorben 08/2009</i> <i>Nachrücker: Michael Harlaß</i> Ab 2014 André Schär	1950 1981 ?	Ökonom Bäcker Gleisbauer/LKW-Fahrer ²⁹	 Bad Belzig	nach Auskunft des KT-Büros ist Michael Harlaß nicht offiziell nachgerückt

²² Angaben aus: http://www.uckermark.de/PDF/Zugelassene_Wahlvorsch% C3%A4ge_zur_Kreistagswahl_2014.PDF?ObjSvrID=1897&ObjID=1353&ObjLa=1&Ext=PDF&WTR=1&ts=1396881666.

²³ Alle Angaben aus: vgl. Fußnote 13.

²⁴ Angabe aus: <http://www.barnim.de:8080/kreistag/personen.do?pid=900>.

²⁵ Öffentliche Bekanntmachung der zugelassenen Wahlvorschläge in: Amtsblatt für den Landkreis Havelland 15 (2008), Nr. 11, 2008-09-03.

²⁶ Alle Angaben aus: http://www.havelland.de/fileadmin/dateien/amt15/diverses/Bekanntmachung_der_zugelassenen_Wahlvorschlaege-KT-Wahl_2014.pdf.

²⁷ Alle Angaben aus: vgl. Fußnote 17.

²⁸ Alle Angaben aus: vgl. Fußnote 17.

²⁹ https://pm-belzig.more-rubin1.de/mandate_search_result.php.

Landkreis Kreisfreie Stadt	Namen	Geburts- jahr	Beruf	Wohnort	Sonstiges
Teltow- Fläming	Ab 2008 Bärbel Redl- hammer-Raback	1954	Verkäuferin	Luckenwalde ³⁰	Redlhammer- Raback: nach Zusammen- schluss von NPD und DVU Mitglied der NPD
	Ab 2014: Stella Hähnel	1972	Kauffrau	Am Mellensee ³¹	
Dahme- Spreewald	Ab 2008 Frank Knuffke Gerhard Müller Sven- Gunnar Haverlandt	1965 1933 1978	selbstständ. Kfz-Meister Rentner Fachinformatik- Umschüler	Eichwalde ³² Schönefeld ³³ Zeuthen ³⁴	
	Ab 2014 Frank Knuffke Sven-Gunnar Haverlandt	1965 1978	Kfz-Meister Informatiker	Schulzendorf ³⁵ Märkisch- Buchholz ³⁶	
Märkisch- Oderland	Ab 2008 Roland Schulz Michael Claus	1959 1960	Elektromonteur MdL	Bad Freienwalde (Oder)	
	Ab 2014 Robert Gebhardt	1985	Straßenbauer	Bad Freienwalde (Oder) ³⁷	
Oder-Spree	Ab 2003 Klaus Beier Lars Beyer				
	Ab 2008 Klaus Beier Manuela Kokott Lars Beyer	1966 1968 1969	Bundespressesprecher Steuerfachangestellte Techn. Angestellter	Reichenwalde ³⁸ Storkow (Mark) ³⁹ Rauen ⁴⁰	

³⁰ https://www.teltow-flaeming.de/session/buergerinfo/kp0051.php?__kpenr=163&gnr=1).

³¹ Angaben aus: Bekanntmachung der zugelassenen Wahlvorschläge in: Amtsblatt für den Landkreis Teltow-Fläming 22 (2014), Nr. 12.

³² Angaben aus: http://www.dahme-spreewald.de/sixcms/media.php/116/2008_0024.pdf.

³³ Alle Angaben aus: vgl. Fußnote 23.

³⁴ Alle Angaben aus: vgl. Fußnote 23.

³⁵ Angaben aus: http://www.dahme-spreewald.de/sixcms/media.php/116/Kreisanzeiger_April_2014.pdf.

³⁶ Alle Angaben aus: vgl. Fußnote 26.

³⁷ Angaben aus: <http://maerkisch-oderland.de/cms/upload/pdf/wahlen/kommunalwahl2014/BekanntmachungWahlvorschlaegelInternet2014.pdf>.

³⁸ Angaben aus: http://www.landkreis-oder-spree.de/media/custom/1300_13179_1.PDF?1433749230.

³⁹ Alle Angaben aus: vgl. Fußnote 29.

⁴⁰ Alle Angaben aus: vgl. Fußnote 29.

Landkreis Kreisfreie Stadt	Namen	Geburts- jahr	Beruf	Wohnort	Sonstiges
Oder-Spree	Ab 2010 Andreas Kavalir	1974	Landschaftsgärtner	Woltersdorf ⁴¹	
	Ab 2014 Klaus Beier Florian Stein	1966 1983	Kaufm. Angestellter Verwaltungswissen- schaftler	Reichenwalde ⁴² Schöneiche bei Berlin ⁴³	
Spree-Neiße	Ab 2008 Markus Noack Karsten Schulz	1989 1981	Auszubildender Maurer	Guben ⁴⁶ Guben	
	Ab 2014 Benjamin Mertsch	1989 ⁴⁴	Trockenbaumonteur	Burg (Spreewald) ⁴⁷	
	Jan Seefloth	1992 ⁴⁵	Verkäufer	Guben ⁴⁸	
Oberspree- wald-Lausitz	Ab 2008 <i>Harald Heinze</i> <i>Sylvia Zimmermann</i>	1958 1970	<i>Dipl. Wirtschaftsingenieur</i> <i>Kauffrau Groß- und</i> <i>Außenhandel</i>		
	Ab 2014 Thomas Gürtler, Steffen Schulze, Nachrücker: Andreas Müller ab 5. Sitzung 12.3.2015	1989 1978 1960 ⁴⁹	Kfz-Schlosser Tiefbaumonteur Elektromonteur	Lauchhammer ⁵⁰ Lauchhammer ⁵¹ Lauchhammer ⁵²	

⁴¹ Alle Angaben aus: vgl. Fußnote 29.

⁴² Angaben aus: http://www.landkreis-oder-spree.de/media/custom/1300_34748_1.PDF?1433749249.

⁴³ Alle Angaben aus: vgl. Fußnote 33.

⁴⁴ https://bravors.brandenburg.de/br2/sixcms/media.php/76/Amtsblatt%2033_14.pdf.

⁴⁵ http://www.lkspn.de/media/file/wahlen/Wahlkreise41_42.pdf.

⁴⁶ Angaben aus: http://www.guben.de/politik/wahl/BM_Wahl_SVV.pdf.

⁴⁷ Angaben aus http://www.lkspn.de/sessionnet/buergerinfo/kp0050.php?__kpenr=372&grnr=0.

⁴⁸ Angaben aus: http://www.lkspn.de/sessionnet/buergerinfo/kp0050.php?__kpenr=371&grnr=0.

⁴⁹ https://www.lauchhammer.de/fileadmin/user_upload/stadt/03_politik/03_01_wahlen/03_01_05_svv/1609.pdf

⁵⁰ Angaben aus: Amtsblatt für den Landkreis Oberspreewald-Lausitz, Jahrgang 21, Nr. 3 28. März 2014.

⁵¹ Alle Angaben aus: vgl. Fußnote 39.

⁵² Alle Angaben aus: vgl. Fußnote 39.

Landkreis Kreisfreie Stadt	Namen	Geburts- jahr	Beruf	Wohnort	Sonstiges
Elbe-Elster	Ab 2008 <i>Michael Witschel</i>	1963	<i>Forstarbeiter</i>		
	<i>Bernd</i>				
	<i>Jugendheimer</i>	1959	<i>Raumausstatter</i>		
	<i>Norbert Schulze</i>	1950	<i>Elektromonteur</i>		
	Ab 2014 <i>Christin Kunzke</i>	1989 ⁵³	Schülerin (2014)	Finsterwalde	
Brandenburg an der Havel	–				
Potsdam	Ab 2008 <i>Günther</i>	1962	<i>Diplom-Kaufmann</i>		
	<i>Schwemmer</i> (verstorben) (seit 2.6.2009)				
	<i>Marcel Guse</i>	1980	<i>Koch</i>		Guse ist im Oktober 2009 in die NPD übergetreten
Frankfurt/ Oder	–				
Cottbus	Ab 2008 <i>Frank Hübner</i>	1966	Bürokaufmann	Cottbus ⁵⁴	
	<i>Ronny Zasowk</i>	1986	Student	Cottbus ⁵⁵	
	Ab 2014 <i>Ronny Zasowk</i>	1986	Diplom- Politikwissenschaftler	Cottbus ⁵⁶	

Tabelle 2: Informationen zu den Abgeordneten in den Kreistagen in Brandenburg im Vergleich 2008 und 2014

Zusammensetzung der Gruppe der NPD-Abgeordneten im Land Brandenburg nach Alter und Geschlecht

Von den 16 NPD-Abgeordneten des Jahres 2008 waren noch zwei in den 1930er Jahren geboren.

Aus den 1940er und 1950er Jahren stammte jeweils ein Abgeordneter. Die mit sechs Abgeordneten größte Gruppe kam aus den geburtenstarken 1960er Jahren, nur ein Abgeordneter aus den 1970er und wieder eine größere

⁵³ Angaben aus: https://www.lkee.de/media/custom/2112_2312_1.PDF?1396334184.

⁵⁴ Angaben aus : http://www.cottbus.de/.files/storage/aa/aa/gh/Amtsblatt_09-08.pdf.

⁵⁵ Angaben aus: vgl. Fußnote 43.

⁵⁶ Angaben aus: http://www.cottbus.de/.files/storage/aa/aa/pa/Amtsblatt_07-2014.pdf.

Gruppe aus den 1980er Jahren. Die damals 40- und 20jährigen prägten das äußere Bild der NPD in den kommunalen Vertretungen des Landes Brandenburg. Zudem wurde dieses Bild auch von Männern geprägt, denn nur zwei Abgeordnete waren Frauen.

Nach der Kommunalwahl im Jahr 2014 gab es in der altersmäßigen Zusammensetzung eine deutliche Verschiebung hin zu den Jüngeren, den 20jährigen, von denen elf gewählt worden sind. Die ganz Alten wurden nicht mehr gewählt (oder traten nicht mehr an), es blieb der älteste Abgeordnete aus den 1950er Jahren. Auch die Gruppe der 40-jährigen schrumpfte auf drei, aus den 1970er Jahren kommen jetzt drei Abgeordnete. Ein Abgeordneter ist Anfang der 1990er Jahre geboren. Das heißt, zwölf der NPD-Abgeordneten – das sind mehr als die Hälfte – haben keine oder nur noch Kindheitserfahrungen aus der DDR. Acht dieser Abgeordneten haben auch keine Erinnerung an die Wendezeit 1989/1990. Es sind „Nachgeborene“, in der gesellschaftlichen Neuorientierung nach 1990 Aufgewachsene. Diese Verschiebung in der Zusammensetzung ist bei der Betrachtung der Arbeit in den Vertretungen zu berücksichtigen.

Gleich geblieben ist die Anzahl der Frauen unter den NPD-Abgeordneten – es wurden wiederum nur zwei Frauen gewählt, wenn auch andere als in der vorherigen Wahlperiode. Die NPD-Kommunalpolitik – zumindest in den Kreistagen und in Cottbus – wird von Männern repräsentiert und gestaltet.

Was tun Abgeordnete der NPD in den kommunalen Vertretungen des Landes Brandenburg?

Da es aufgrund des Wahlergebnisses in keiner kommunalen Vertretung zur Fraktionsstärke gereicht hat, stehen den Abgeordneten der NPD nicht die an Fraktionen gebundenen Rechte, sondern nur die für Einzelabgeordnete zu. Diese können in der Vertretung mitarbeiten, indem sie an den Sitzungen aktiv teilnehmen, Anfragen stellen, Änderungsanträge einbringen und mit abstimmen, sowie die inhaltlichen Fragen und Themen, die den jeweiligen Landkreis und die kommunale Vertretung beschäftigen, zu den BürgerInnen tragen und mit diesen diskutieren. Alle diese Möglichkeiten werden durch die Geschäftsordnungen der Kreistage eingeräumt. Lediglich in einem Kreistag gibt es laut Geschäftsordnung die Festlegung, dass nur Fraktionen Anfragen stellen dürfen. Da Einzelabgeordnete mit dem Instrument der Anfrage Themen im Kreistag ansprechen können, müsste dieses Recht m.E. – bei allen Schwierigkeiten, die das in der Praxis bedeuten kann – allen Abgeordneten zustehen.

Die Arbeit der NPD-Abgeordneten in den einzelnen Kreistagen und in der SVV Cottbus

Anwesenheit

In sieben der 13 untersuchten kommunalen Vertretungen waren die gewählten Abgeordneten der NPD in der Regel bei den Sitzungen anwesend.⁵⁷ Mal fehlte von zwei Abgeordneten einer, auch mal unentschuldigt, aber im Wesentlichen waren sie dort vertreten. In den Kreistagen, in denen die weiblichen Abgeordneten sitzen, haperte es mehr – im Kreistag Elbe-Elster war die Abgeordnete von sieben Sitzungen nur zwei Mal anwesend, drei Mal fehlte sie unentschuldigt. Die Abgeordnete im Kreistag Teltow-Fläming war von acht Sitzungen nur bei fünf anwesend.⁵⁸ Schwierigkeiten mit der Anwesenheit hatte ein Abgeordneter im Kreistag Spree-Neiße – er fehlte an fünf von neun Sitzungstagen – da ließe sich schon die Frage nach der Ernsthaftigkeit der Mandatsausübung stellen.

Im Kreistag Oberspreewald-Lausitz gab es offensichtlich auch Schwierigkeiten mit der Mandatsausübung eines gewählten Vertreters, denn dieser war nur in der konstituierenden Sitzung anwesend, danach nicht mehr. Das ganze restliche Jahr 2014 war nur ein NPD-Abgeordneter anwesend bis klar war, dass der zweite gewählte Vertreter endgültig auf seinen Sitz verzichtet hatte. Zwei der nach der Listenplatzierung potentiellen Nachrücker verzichteten ebenfalls auf den Sitz, was verwundert, weil einer der beiden bei vielen Mahnwachen der NPD im Süden von Brandenburg in den letzten Jahren vor Ort war und auch z. T. bei großen Kundgebungen als Anmelder fungiert. Das Kommunalmandat im Kreistag Oberspreewald-Lausitz, für das er gewählt worden war, übt er nicht aus.

Anfragen aus dem Kreistag

Das Recht, Anfragen aus dem Kreistag an den Landrat und die Verwaltung zu stellen, nutzen einige NPD-Abgeordnete regelmäßig. Der überwiegende Teil der schriftlichen Anfragen wurde zum Thema Asyl gestellt: bis Oktober/November 2015 insgesamt 54. Inhaltlich ging es zumeist um die Frage, in welchen Orten und mit welchen Kosten Asylbewerber untergebracht werden;

⁵⁷ Stand der Recherche: 1.10.2015. Für einige Sitzungen sind im Internet noch keine bestätigten Niederschriften verfügbar.

⁵⁸ Auch VertreterInnen demokratischer Parteien nehmen nicht an allen Sitzungen teil. Das Fehlen, gar das unentschuldigte Fehlen von Vertretern der NPD, steht allerdings in einem besonders deutlichen Widerspruch zum selbst gesetzten „Kümmerer“-Anspruch der Partei.

weiterhin um Herkunftsländer, Zahlen von Abschiebungen und Polizeieinsätzen, Straftaten unter den Asylbewerbern, aber auch um die Frage, ob Mietern gekündigt würde, um in deren Wohnungen Flüchtlinge unterzubringen und ob bei der Planung von freien Kita-Plätzen nicht zwangsläufig Flüchtlingskinder gegenüber einheimischen deutschen Kindern bevorzugt würden.

Der Hauptteil der Anfragen wurde im Kreistag Uckermark durch einen einzelnen Abgeordneten gestellt. Es hat den Anschein, dass es ihm gerade um die große Zahl der Anfragen ginge – manche Frage hätte sich sicher auch durch den Gastbesuch des entsprechenden Ausschusses beantworten lassen können. In einigen Kreistagen wird die Möglichkeit von Anfragen aber auch gar nicht oder zumindest in diesem Jahr nicht genutzt. Das ist vor allem in den Kreistagen der Fall, in denen sich der Eindruck vermittelt, dass dort die Abgeordneten mit der Ausübung des kommunalen Mandates generell wenig anfangen.

Eine Anfrage wurde gleichlautend in den Kreistagen Oberhavel (9.3.2015), Barnim (13.4.2015), Uckermark (5.6.2015), Spree-Neiße (11.8.2015) und in der SVV Cottbus (2.9.2015) gestellt. Da ging es um eine „Anfrage über kreiseigene Immobilien und zur Verfügung stehende Räumlichkeiten im Besitz/ in der Verwaltungsaufsicht des Landkreises/der Stadt Cottbus“, die bereits an politische Verbände und Parteien vermietet worden sind. Vermutlich ging es dabei um ein ureigenes NPD-Parteinteresse – nämlich um die Frage, wo sich freie kreiseigene Immobilien finden lassen, die die NPD für ihre Veranstaltungen nutzen könnte.

Einige wenige Anfragen gab es im Bereich Bildung im weitesten Sinne z. B. mit einer gleichlautenden Anfrage in den Kreistagen Barnim (24.6.2014) und Uckermark (24.9.2014) sowie in der SVV Cottbus (5.11.2014) zum Thema „Inklusion“. Darin ging es u. a. um die Anzahl von Förderschulen und ob bereits Grundschulen nach dem Bildungsmodell „Inklusion“ eingerichtet werden oder wurden. Ebenfalls in diesen drei Vertretungen wurde eine Anfrage zum Thema Unterrichtsausfall/ Lehrermangel gestellt (Barnim 16.2.2015, Uckermark 11.3.2015, SVV Cottbus 4.3.2015), in Cottbus allerdings noch mit zwei Zusatzfragen z. B. zur Höhe des Krankenstandes bei Lehrkräften.

Zum Thema „Kampf gegen Rechtsextreme“ wurde im Jahr 2014 in den Kreistagen von Barnim und Uckermark eine gleichlautende Anfrage gestellt, in Oberhavel und der Uckermark gab es Ende 2014/Anfang 2015 jeweils eine Anfrage zum Thema „Lokaler Aktionsplan“/ „Demokratie leben“ und in Cottbus durch den NPD-Abgeordneten eine Nachfrage zum Jugendförderplan zur „Zelle 79“, einem alternativen Jugendwohnprojekt. In allen Fragen ging es hauptsächlich um die Finanzierung, aber auch um die Namen der Projektträger u. a.

In 15 Anfragen ging es um eher lokale Fragen, wie die Erhebung des Altanschließerbeitrages (Dahme-Spreewald), die demographische Entwicklung im Landkreis (Teltow-Fläming), Baufragen (Oberhavel), den künftigen „Ostsee“ am Rande von Cottbus (Spree-Neiße) oder finanzielle Verluste bei Cottbusverkehr (Cottbus).

Sonstige sichtbare Aktivitäten

In einigen, wenigen Fällen meldeten sich NPD-Abgeordnete auch an anderen Stellen zu Wort oder stellten Anträge zur Geschäftsordnung. Andere der oben beschriebenen Möglichkeiten wurden – jedenfalls nach Sichtung des Gesamtmaterials – im Wesentlichen nicht genutzt.

Schlussfolgerungen

Hinsichtlich der Frage, wie sich die kommunalen Vertretungen auf Kreisebene und in Cottbus auf die gewählten NPD-VertreterInnen eingestellt haben, ist zu beobachten, dass Routine im Umgang mit diesen Abgeordneten eingezogen ist. Die Sitzordnungsfragen sind meist geklärt und auf kleinere Provokationen vor allem in Formulierungen wird durchweg souverän reagiert. Die Antworten auf die vielen schriftlichen Anfragen werden – soweit man das einsehen kann – sachlich, sorgfältig und in der gebotenen Kürze gegeben, mündlich wird in der Sitzung sachlich dazu vorgetragen. Die NPD bekommt alle Antworten auf ihre Anfragen, soweit diese in der Zuständigkeit des Landkreises liegen.

Bei der Sichtung der Aktivitäten in den Kreistagen und vor allem bei der Beschäftigung mit den Anfragen habe ich mich immer wieder gefragt: Was geschieht mit den Anfragen, aber vor allem mit den Antworten auf die Anfragen? Werden diese durch die NPD in irgendeiner Form genutzt?

Gerade bei den vielen Anfragen zum Thema Asyl könnte es sein, dass die Antworten den jeweiligen Abgeordneten und ihren NPD-Gliederungen Informationen liefern, die sie auf Kundgebungen und anderen Veranstaltungen oder auch für eine Gesamtsicht auf die Asylpolitik im Land Brandenburg verwenden können. Aber geben sie ihr Wissen z.B. auch an die WählerInnen weiter?

Betrachtet man die Internet- oder Facebookauftritte der jeweiligen NPD-Kreisverbände, spielt die Arbeit in den kommunalen Vertretungen eine untergeordnete Rolle. Selten kommt es zur Veröffentlichung der Anfragen, noch seltener der gegebenen Antworten. Auf der Internetseite des NPD Kreisverbandes Barnim-Uckermark gibt es in unregelmäßigen Abständen die Veröffentlichung von Anfragen im Kreistag Uckermark, aber nur im Jahr 2014 wur-

den auch die zugehörigen Antworten mitgeliefert. Auf derselben Internetseite wurden zwei der Anfragen im Kreistag Barnim veröffentlicht, hier aber auch die vollständigen Texte der Antworten eingestellt.

Auf der Internetseite des Kreisverbandes Dahmeland spielt die Arbeit im Kreistag gar keine Rolle, im Facebookauftritt gibt es zu Asylfragen kurze Kommentare. So ähnlich ist es auch beim Kreisverband Havel-Nuthe. Dort werden auf der Internetseite immer mal wieder kurze Kommentare zum Geschehen im Kreistag eingestellt. Auf der Internetseite des Kreisverbandes Lausitz liest man zu den Kreistagen in Elbe-Elster und Oberspreewald Lausitz nichts, in Spree-Neiße fast nichts. Nur aus der SVV Cottbus gibt es in Abständen Berichte über die Sitzungen. Die Anfragen werden aber aufbereitet und nur mit bearbeiteten, kommentierten Antworten in einem oft sehr polemischen Stil präsentiert, so dass man den gesamten Inhalt der ursprünglichen Antworten nicht entnehmen kann.

Auch bei der Kommunalpolitische Vereinigung (KPV) der NPD, dem Zusammenschluss der kommunalen Mandatsträger der Partei, spielen die kommunalpolitischen Themen des Landes Brandenburg keine Rolle. Jedenfalls gibt es auf der Internetseite so gut wie keine Berichte aus Brandenburg, während aus anderen Gegenden Deutschlands schon berichtet wird. Und das, obwohl mit Detlef Appel ein Kreistagsabgeordneter aus dem Landkreis Oberhavel im Vorstand der KPV vertreten ist.

Über die kommunalpolitische Arbeit der NPD-Brandenburg konnte man überhaupt nur einen Text über ein kommunalpolitisches Arbeitstreffen lesen, das am 14. Juni 2014 – also kurz nach der Kommunalwahl⁵⁹ – stattgefunden hat und bei dem es darum ging, kommunalpolitische Initiativen zu besprechen und die künftige Arbeit zu koordinieren.

Was lässt sich also über die Arbeit der NPD-Abgeordneten in den Kreistagen und in der Stadtverordnetenversammlung Cottbus zusammenfassend sagen? Durch die Analyse ist sichtbar geworden, dass und in welcher Form an verschiedenen Stellen kommunalpolitische Arbeit stattfindet. Es gibt unter den Abgeordneten Einige, die etwas tun und sehr sichtbar im Vordergrund agieren und es gibt Andere, die völlig unsichtbar bleiben.

Nach Sichtung des gesamten Materials stellt sich der Eindruck ein, dass die kommunalpolitische Arbeit im NPD-Landesverband Brandenburg keinen hohen Stellwert besitzt bzw. strategisch nicht besonders aufgestellt ist – anders, als es nach dem Wahlkampf im Frühjahr 2014 hätte erwartet werden können. Aber vielleicht findet ja die strategische Ausrichtung so im Verborgenen statt, dass darüber gar nicht berichtet wird.

⁵⁹ <http://npd-barnimuckermark.de/?p=1192> (zuletzt: 12.10.2015).

Sorben/ Wenden und Rechtsextremismus

Durch eine Welle von Presseartikeln wurde 2014 nationale und regionale Aufmerksamkeit auf das Thema Sorben und Rechtsextremismus gelenkt.¹ Das spezifische Problem der Attacken von Rechtsextremen auf Sorben der Oberlausitz wurde auch auf die Wenden projiziert und ihnen ein potenzieller Opferstatus zugeschrieben. Diese Annahme lässt sich für die vergangenen 25 Jahre nicht belegen. Aus unterschiedlichen Gründen fallen die Niedersorben aus dem „Beuteschema“ der Rechtsextremen heraus. Im Unterschied zu der Oberlausitz leben in der Niederlausitz nur noch wenige Muttersprachler, so dass Wenden im Alltag kaum wahrnehmbar sind. Zudem gibt es nur noch wenige Dörfer, die in ihrer Kultur wendisch dominiert sind. Damit entfallen wesentliche Angriffspunkte für die rechtsextreme Szene. Antisorbische Äußerungen „tut man nicht“, das ist eigentlich Konsens in der Brandenburgischen Kultur. Ein wesentlicher kultureller Hintergrund ist die doppelte Opferrolle der Wenden: sie waren Opfer des Faschismus und – in einem anderem Sinn – auch der Braunkohleförderung. Durch diesen Konsens, der durch die Verfassung des Landes Brandenburg gestützt wird, formulieren sich antisorbische Ressentiments nur in Submilieus oder in der Privatsphäre. Die tatsächlich feststellbaren antisorbischen Ressentiments werden eher in anderen Milieus formuliert. Am verbreitetsten ist Verbalradikalismus gegen Sorben im Bereich der Fußballhooligans. Auf den entsprechenden Foren finden sich Äußerungen wie: „tod und hass dem SORBENPACK SCHEIß KOTZBUS !!!!!“, „Sorben-schweine und Sorbenpack und -schwuchtern“ und „was erwartest du wenn man mit sonem Sorben-Pack befreundet ist?“ in fast beliebiger Anzahl. Eine naturgemäße Eigentümlichkeit ist hier, dass von Auswärtigen „Sorben“ zwar diskriminierend verwendet wird, aber Fans bezeichnet, die in der Regel keine Wenden sind. Die mit den Aussprüchen Geschmähten werden sich eher mit dem Terminus Sorben identifizieren als sich dafür zu schämen. Das hätte in Umkehrung der Sprecherabsichten einen eher solidarisierenden Effekt.

¹ In diesem Text wird die linguistische Kategorie „Sorben“ entsprechend der Selbstbezeichnung der Bevölkerung aufgeschlüsselt in Sorben (Oberlausitz) und Wenden (Niederlausitz).

Rechtsextreme halten sich weitgehend an den brandenburgischen Konsens, soweit sie aus der Region kommen. Sächsische Rechtsextremisten dagegen benutzen antisorbische Begriffe im politischen Kampf: „In zehn Jahren stabeln [sic!] wir die Sorben wie damals die Juden in Auschwitz.“² Aber ebenso versuchte die NPD im Landtagwahlkampf Sachsens gezielt mit sorbisch-deutschen Wahlplakaten sorbische Stimmen zu bekommen: „Domiznu škitać – Heimat schützen!“ In Brandenburg sind solche oder ähnliche öffentliche Äußerungen auf Seiten der Rechtsextremen bisher nicht bekannt geworden.

Übergriffe von Rechtsextremen auf Wenden finden in Brandenburg nicht oder nur höchst selten statt. Ein bedrohliches Potenzial besteht aber. Das geht bisher allerdings weniger vom organisierten Rechtsextremismus aus, sondern eher von einem populistisch orientierten Milieu. Vor allem entlang der „Abbaggerszenarien“ durch die Braunkohle, von denen die sorbischen Dörfer massiv betroffen sind, formuliert sich antisorbische Unkultur am vehementesten. In den lokalen und regionalen Diskursen wird von der Konstruktion eines „privilegierten Volkes“ ausgegangen, das eigentlich nur noch fiktiv existiere, dessen Dorfbevölkerungen sich durch „Umsiedlung“ überproportional bereichern. Nicht ganz so heftig sind die Vorbehalte, wenn es um die kommunale Selbstverortung als „wendisches Siedlungsgebiet“ geht.

Eine andere Facette im Verhältnis von Wenden und Rechtsextremismus betrifft deren kritische Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus. Weder lässt sich ein besonderes Engagement in der Prävention von Rechtsextremismus beobachten noch nehmen sie rechtsextreme Tendenzen in ihren eignen Reihen wahr. Das hat vielschichtige Ursachen: 1. Im internen Diskurs der Wendenorganisationen zur eigenen Selbstdefinition finden sich deutlich völkische Motive, 2. durch die völlige Fokussierung auf eine eigene vermeintliche Opferrolle können rechtsextreme Täter (-gruppen) im sozialen Nahfeld nur schwer wahrgenommen werden, 3. Kulturelle Reinheits- und Einheitsideen dominieren die öffentliche Diskussion.

Zu dieser kollektiven Selbstwahrnehmung auf der Opferseite gehört es, dass die Sorben der Niederlausitz bezogen auf Rechtsextremismus erst handeln, wenn es zu Übergriffen oder anderen Vorfällen kommt. Als aktive Akteure in der präventiven Arbeit sind die Wenden kaum wahrzunehmen. Im Hintergrund wird aber andererseits aktiv verdrängt, dass es sorbische Rechtsextreme gibt. Das bringt das MBT in die unangenehme Situation, die Problematik nicht offen kommunizieren zu können und Aktivitäten nur mit einem kleinen Teil der sorbischen Community gestalten zu können.

² Gärtner, Matthias: „Sprecht deutsch hier!“ in: Neues Deutschland, 24.5.2006.

Das Gros teilt das Gefühl, zu einer ohnmächtigen Minderheit zu gehören. Die Akteure versuchen, sich in einer einheitlichen Position zu verorten, die für alle Wenden beansprucht wird, um wenigstens einiges an Gewicht für ihre Argumente aufzubringen. Entsprechend vermutet das nicht-wendische Umfeld eine einheitliche Haltungsorientierung, die in der Realität oft nicht gegeben ist. Diese fiktive (ethnisierte) Homogenität ist keine Lösung. Als konstruktiv und erfolgreich hat sich erwiesen, die Wenden als ausdifferenzierte, heterogene Kultur mit offen thematisierten Interessengegensätzen zu betrachten. Das ermöglicht einen präzisen Blick auf die Gegebenheiten und eine ehrliche Kommunikation in den wendischen Siedlungsgebieten.

In diesem Text wird nach einem historischen Rückblick die spezifische Beratungsarbeit des MBT in der Niederlausitz behandelt. Im Zentrum steht dabei die Beschreibung des (Nicht-) Umgangs der wendischen Orte mit dem Thema Rechtsextremismus.³

Nationalsozialismus und wendische Kultur

Zunächst soll ein Blick auf den Nationalsozialismus, in gewissem Sinn also den historischen Rechtsextremismus, die Schwierigkeiten politischer Wechselwirkungen mit der wendischen Kultur verdeutlichen.

Die Haltung der NSDAP zu den Wenden und Sorben ist außerhalb der wissenschaftlichen Kreise weitgehend in Vergessenheit geraten.⁴ Nur punktuell erscheinen Beschreibungen aus dieser Zeit in regionalen und überregionalen Veröffentlichungen. Als ein positives (weil an einem Menschen konkretisierbares) Beispiel soll hier ein Artikel von Daniel Preischart erwähnt werden, der einen Fall aus Cottbus aufgreift:

„Pauline Krautz hatte in ihrem Geschäft in der Sandower Straße 3 seit 1926 sorbische Trachten, Kunst- und Fahnenstickerei verkauft. Die Schneiderin war die erste Produzentin einer Spreewaldpuppe. Als sie sich 1938 in Burg (Spree-Neiße) öffentlich gegen die verordnete Eindeutschung sorbischer Orts- und Straßennamen aussprach, war das für die Nazibehörden ein »heimtückischer Angriff auf Staat und Partei«. Pauline Krautz wurde festgenommen. Am

³ Dieser Text ist nur durch die Unterstützung der Akteure des Dorfes Dissen möglich geworden, die sich offen und ehrlich zu den Problemen von Tabu und Angst geäußert haben. Besonderer Dank für jahrelange Diskussionen geht an Peter Milan Jahn, Kerstin Kossack, Babette Zenker und Helmut Mattick.

⁴ Die gründlichste und lesenswerteste Arbeit zum Thema ist Förster, Frank: Die „Wendenfrage“ in der deutschen Ostforschung 1933-1945. Bautzen 2007.

16. November 1941, so steht es auch auf ihrem Stolperstein, starb sie an den Haftfolgen im Cottbuser Frauengefängnis.“⁵

Die NSDAP hatte nie eine konsistente Haltung zu den sorbischen Völkern in Deutschland entwickelt. Je nach politischen Erfordernissen changierten die Bilder erheblich. Als Trend kann man ausmachen, dass die oberlausitzer Sorben eher für gefährlich gehalten wurden als die niederlausitzer Wenden. Lange wurde versucht, die Wenden als deutschen „Volksstamm“ zu konstruieren. Maßgeblich ging diese Einschätzung wohl auf Wilhelm Kube zurück.

Seit 1928 führte Kube die NSDAP in Brandenburg und Preußen und wurde 1933 Oberpräsident der Provinzen Brandenburg und Grenzmark Posen-Westpreußen sowie Gauleiter des Gaus Kurmark Brandenburg, der auch die Provinz Grenzmark Posen-Westpreußen einschloss.⁶ Seine Äußerungen zu den Wenden waren recht eindeutig: durch Assimilation seien die Wenden Bestandteil der deutschen „Volksgemeinschaft“ geworden.⁷ Auf dem „großen Spreewälder Heimatfest“ am 25. Juni 1933 hat Kube im kleinen Kreis eine Aussage getroffen, die innerhalb der NSDAP für einige Entrüstung sorgte: „Mir sind die Wenden lieber als die Deutschen, weil sie in viel höherem Prozentsatz nationalsozialistisch gewählt haben“.⁸ Der überproportionale Anteil von NSDAP-Wählern in den wendischen Dörfern ist bis heute weitgehend tabuisiert. In den Landkreisen mit mehrheitlich wendischem Siedlungsgebiet hatte die NSDAP bei den Reichstagswahlen im Juli 1932 rund 60 % Stimmenanteil (in Berlin-Brandenburg gesamt nur 24 %), im November 1932 sank der Anteil in diesen Gebieten auf rund 50 % (bei 37 % Durchschnitt) ab.⁹ Betrachtet man eine der ganz wenigen Erwähnungen auf wendischer Dorfebene am Beispiel des Dorfes Dissen, so zeigen sich noch deutlichere Resultate: von rund

⁵ Preikschat, Daniel: Die Sorben sollten im Dritten Reich systematisch ihrer Identität beraubt werden. In: Lausitzer Rundschau 21.6.2010.

⁶ Menges, Franz, „Kube, Wilhelm“ in: Neue Deutsche Biographie 13 (1982), S. 156 f. [Onlinefassung]; URL: <http://www.deutsche-biographie.de/ppn128799536.html>.

⁷ Förster, Frank: Die „Wendenfrage“ in der deutschen Ostforschung 1933-1945. Bautzen 2007, S. 71.

⁸ Pohl, Fritz: Ohne Titel. (Bericht zur wendischen Frage in der Niederlausitz) unveröff. Ms. Cottbus 1939, S. 53. (Pohl benennt drei Zeugen). Es existieren noch zwei dieser Manuskripte im Sorbischen Kulturarchiv Bautzen und in der Forschungsbibliothek des Herder-Instituts Marburg. Fritz Pohl war ein Lehrer aus Cottbus, der sich ohne Zwang dem Sicherheitsdienst der SS als „Experte“ mit einem Rassegutachten zu den Wenden andiente. Förster, Frank: Die „Wendenfrage“ in der deutschen Ostforschung 1933-1945. Bautzen 2007, S. 83 ff.

⁹ Schuppan, Erich (Hg.): Bekenntnis in Not. Die Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg im Konflikt mit dem totalen Staat (1933-1945). Berlin 2000, S. 468 f. und 472 f.

300 Wählerstimmen gingen im Juli 1932 fast 85 % und im November 1932 75 % an die NSDAP.¹⁰

Nach 1933 werden in drei Etappen Stereotypenbildung ausgeformt: Zuerst wurden die Wenden als loyales, slawisches Volk betrachtet, d. h. ihre ethnische Eigenart nicht negiert.¹¹ Von etwa 1936 bis zum Kriegsbeginn galten die Wenden als „deutscher Stamm“:



Spreewälderinnen eingedeutscht. (Deutschland-Bildheft Nr. 292: Lübbenau und sein Spreewald (Kurmark), Berlin o.J.[1933])

Die wendische Sprache wurde in allen Veröffentlichungen systematisch verschwiegen, das „lebendige Volkstum“ im Trachtenmodus etwa dem Brauchtum des Schwarzwalds gleichgestellt. Der häufig vertretenen These, wonach das Wendische dort verschwinde, wo gute Verkehrsanbindungen bestünden,

¹⁰ Jahn, Peter /Zenker, Babette: Dissen ein wendisches Dorf an der Spree“, o.O. o.J. [Dissen 1999], S. 86.

¹¹ Jacob, Ulf: „Verwachsen mit der Scholle“ – Zur Ambivalenz des medialen Wendenbildes im »Dritten Reich«. In: Rehberg, Karl-Siebert/Deutsche Gesellschaft für Soziologie (DGS) (Hg.): Die Natur der Gesellschaft: Verhandlungen des 33. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Kassel 2006. Teilbd. 1 u. 2. Frankfurt am Main 2008, S. 2257-2260.

wurde durch die Verlegung der Reichsautobahn Berlin-Breslau von Frankfurt (Oder) nach Forst auf die Linie Schönefeld – Lübbenau – Cottbus Forst (die heutige A 13/15) Rechnung getragen.¹² Zudem sollte bei Cottbus zwischen Kiebusch und Gallinchen ein Rastplatz entstehen, der an ein wendisches Museumsdorf angegliedert sein sollte (das nicht mehr zur Ausführung kam).¹³

Mit Kriegsbeginn und vor allem nach dem enormen Machtzuwuchs der SS im Zuge der Planung des Holocaust begann als dritte Phase die Arbeit der Rasseforscher, der Verdacht auf „Landesverrat“ grassierte, und mit der Erweiterung des „Lebensraumes im Osten“ (genauer: des Todesraums) gab es auch mehr „Spielräume“ für geopolitische Phantasien. In den Details sei hier auf Frank Förster verwiesen.¹⁴ Hier soll vor allem auf die sogenannte „Denkschrift“ Himmlers eingegangen werden.¹⁵ In dieser – auch von Hitler befürworteten¹⁶ – Denkschrift heißt es u. a.:

„Die Bevölkerung des Generalgouvernements setzt sich dann zwangsläufig nach einer konsequenten Durchführung dieser Maßnahmen im Laufe der nächsten zehn Jahre aus einer verbleibenden minderwertigen Bevölkerung, die noch durch abgeschobene Bevölkerung der Ostprovinzen sowie all der Teile des deutschen Reiches, die dieselbe rassische und menschliche Art haben (Teile, z. B. der Sorben und Wenden), zusammen. Diese Bevölkerung wird als führerloses Arbeitsvolk zur Verfügung stehen und Deutschland jährlich Wanderarbeiter und Arbeiter für besondere Arbeitsvorkommen (Straßen, Steinbrüche, Bauten), stellen ...“¹⁷

¹² Jacob, Ulf: Zeitmaschine Lausitz. Zwischen Autobahn und Heide – das Lausitzbild im Dritten Reich. Eine Studie zur Entstehung, Ideologie und Funktion symbolischer Sinnwelten. Dresden 2004, S. 87f. Bis 1936 wurde eine Streckenführung östlich des Spreewaldes favorisiert. Über Storkow, Beeskow, Bärenklau sollte bei Grieben die Neiße überquert werden und dort dann auf die Breslauer Autobahn zugeführt werden. Diese Strecke wurde zugunsten der inszenierten „völkischen“ Strecke von heute abgelöst. Die Braunkohleindustrie sperrte sich zunächst heftig gegen die neue Streckenführung, da sie ihre Kohlefelder zerschnitten sah, kapitulierte aber angesichts der politischen Zwänge.

¹³ Ebd., S. 105f.

¹⁴ Hierzu besonders empfehlenswert Förster, Frank: Die „Wendenfrage“ in der deutschen Ostforschung 1933-1945. Bautzen 2007.

¹⁵ Himmler, Heinrich: Einige Gedanken über die Behandlung der Fremdvölkischen im Osten. In: Krausnick, Helmut: Denkschrift Himmlers über die Behandlung der Fremdvölkischen im Osten (Mai 1940); Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 5 (1957), H. 2, S. 196-198. Online: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1957_2.pdf.

¹⁶ Ebd. S. 194f.

¹⁷ Ebd. S. 198.

Es war also vorgesehen, größere Teile der Wenden und Sorben zu deportieren und zur Sklavenarbeit zu zwingen. Da die Schrift als „Geheime Reichssache“ klassifiziert war, konnte sie kaum jemand kennen. Der Wandel von einer relativen Toleranz bis zur Klassifizierung als „Untermenschen“ innerhalb von nur sieben Jahren lässt sich nur über die Veränderung von Machtkalkülen erklären. Mit dem Verhalten der Wenden hatte diese Entwicklung nichts zu tun. Zuerst wurden sorbische Ortsnamen „eingedeutscht“ und ein Sprachverbot angewandt. In der Konsequenz der Rasseideologen wurden dann Organisationen verboten und wendische Intellektuelle und Aktivisten zwangsumgesiedelt. Erst mit den Aktivitäten des Rasse- und Siedlungshauptamtes (RuSHA) und den damit verbundenen Forschungen vor allem an der Universität Leipzig mit ihrem „Institut für Rassen- und Völkerkunde“, das sich unter Otto Reche speziell mit der Klassifizierung der sorbischen Bevölkerung beschäftigte,¹⁸ bestand tatsächlich eine akute Gefahr für die Existenz der Menschen in der Niederlausitz. Durch den Kriegsverlauf kamen die in der Denkschrift formulierten Ziele glücklicherweise weder in die politische Diskussion, noch wurden sie in irgendeiner Weise umgesetzt. Der Text Himmels wurde in der DDR in der Regel lediglich in seinem Grundtenor zitiert und nur selten in Auszügen faksimiliert.¹⁹

Unmittelbar nach dem Krieg spielten Wenden unter der sowjetischen Besatzung zunächst die Rolle eines „slawischen Brudervolkes“, sie waren in bescheidenem Maße privilegiert. Die Rolle der Wenden während der NS-Zeit wurde schnell vergessen und durch die noch heute gängigen Stereotype ersetzt. Es dominierte eine verbreitete „Opferkultur“, die sich vor allem an den Verfolgten der NS-Diktatur festmachte. Eine irgendwie geartete „Täterschaft“ aus Reihen der sorbischen und wendischen Kulturen wurde strikt tabuisiert. Weder tauchten die regionalen Wahlergebnisse von 1932 irgendwo auf, noch wurden NSDAP-Aktivisten aus den sorbisch-wendischen Reihen erwähnt. Paul Nedo etwa, Professor für sorbische und deutsche Volkskunde an der Universität Leipzig und später in Berlin, war Täter und Opfer in einer Person: zunächst als Anhänger der NSDAP zum „Fachberater für wendische Kulturfragen“ des Bautzener NSDAP-Bezirks ernannt, war er nach der Machtübergabe Anwärter der SA, zu den Novemberwahlen 1933 warb er

¹⁸ Geisenhainer, Katja: „Rasse ist Schicksal“. Otto Reche (1879–1966). Ein Leben als Anthropologe und Völkerkundler. Leipzig 2002 und Förster, Frank: Das NS-Vorhaben einer „rassischen Beurteilung der Wenden“ und sein Scheitern am Kriegsverlauf, in: Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung (Hg.): Protokolle. Die Sorben/Wenden in Deutschland und Nationale Minderheiten in Europa, Potsdam 2000, S. 13–16.

¹⁹ Kasper, Martin: Geschichte der Sorben. Von 1917 bis 1945. Bd.3, Bautzen 1954, S. 185 f. und Abb. 73.

bei den Sorben für die NSDAP (ohne selbst Mitglied der Partei zu sein). Bis zum Austritt aus dem Schuldienst 1937 war er auch Mitglied im Nationalsozialistischen Lehrerbund.²⁰ Mit zunehmender Gleichschaltung geriet er stärker unter Druck und erlebte das Kriegsende wegen „Verdachts des Hochverrats“ als Untersuchungshäftling im Gefängnis. Seine ambivalente Rolle wurde in der DDR zunächst zunehmend als „Opfer“ vereindeutigt und später um eine Widerstandsrolle ergänzt.

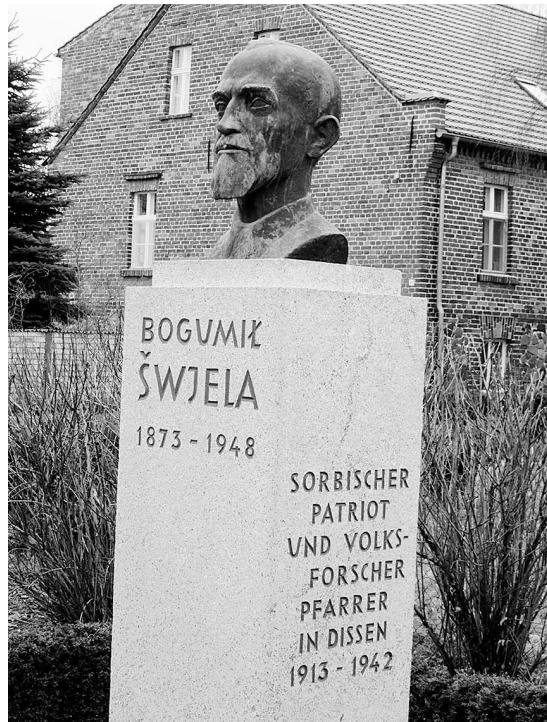
Die „oral history“ in der Niederlausitz ist deutlich ausgeprägter als in ihrem deutschen Umfeld. Keine Diktatur konnte die erzählten Geschichten der Dorfbevölkerungen maßgeblich beeinflussen. Das bedeutet nicht, dass die erzählte Historie im wissenschaftlichen Sinne richtig ist, sondern sie akzentuiert eher eine „Gegengeschichte“ zur offiziell geforderten Doktrin, ist subversiv und durchaus auch haarsträubend. So erzählte ein wendischer Wirt in Boblitz 1991, dass „man“ nicht von „Sorben“, sondern von „Wenden“ zu sprechen habe und diese seien Nachfahren der Hunnen. Er wählte in der Transformationssituation offenbar eine völlig erfundene Herkunft, die einerseits eine eigene Ethnizität stabilisierte, andererseits als eine aggressive, als „mutig“ anerkannte Eroberer-Kultur galt.

Schon seit Anfang der 1990er Jahre wurde mir in der Spreewaldregion an mehreren Orten (Dissen, Werben, Fehrow) hinter vorgehaltener Hand mit leichtem Gruseln, aber auch mit dem Tenor des Tabubruchs, die Geschichte vom Sohn Bogumił Šwjela erzählt.²¹ Der sei „bei der SS gewesen“, ein „hohes Tier“ und im Krieg gefallen, was dem Vater das Herz gebrochen habe. Auf Nachfragen wurden aber kaum konkrete Anhaltspunkte benannt. Damals gab es außerhalb der universitären Kreise keinerlei Hinweis auf die Echtheit dieser Geschichte. Schwierig war es herauszufinden, welchen Sinn die erzählte Geschichte vermitteln sollte. Šwjela wurde in Dissen ein Denkmal genau gegenüber der Kirche, in der er wirkte, gebaut.

Das in der DDR errichtete Denkmal war „offiziell“ und wurde zumindest regional in staatsnahe oder staatliche Zeremonien eingebunden. Die SS-Erzählung könnte – so war mein erster Gedanke – ein Reflex gewesen sein, dieses „kommunistische“ Gedenken dadurch zu desavouieren, weil die SS-Vergangenheit des Sohnes dazu tabuisiert werden musste. Das erschien zunächst logisch und nachvollziehbar. Erst im Laufe der Jahre und nach meinem Umzug in die Niederlausitz 1996 erkannte ich weiter reichende Kontexte. Es

²⁰ Bresan, Annett: Pawoł Nedo 1908–1984. Bautzen 2002, S. 290ff.

²¹ Bogumił Šwjela war sorbischer Pfarrer in Dissen. Er war auch Sprachforscher und Publizist, Vorsitzender der Mašica Serbska und Mitbegründer des sorbischen Dachverbands Domowina. Er setzte sich für die Bewahrung der sorbischen Sprache und Kultur in der Niederlausitz ein.

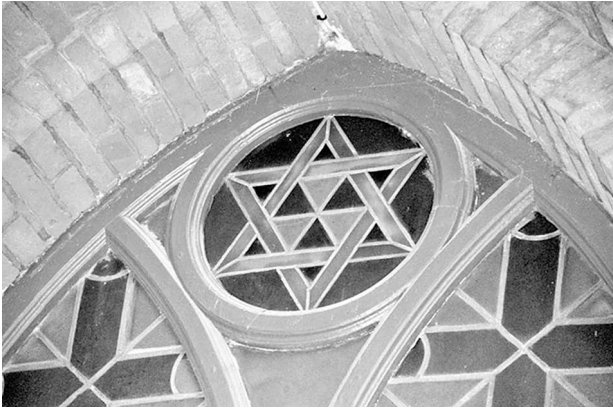


Denkmal für Bogumił Śwjela in Dissen

war, so vermute ich, die Abwehr eines homogenen Wendenbildes – sowohl das der Deutschen, als auch das der Wendenelite. Dr. Faust und Mephisto in Dissen innerhalb einer Familie erzeugt Spannung. Und es war wohl dieser Aspekt, der die Menschen reizte (und reizt). Der Sohn eines der besten Wendenforschers und bewussten Wenden, der noch bis 1941 – trotz Verbots – wendisch predigte, der 1937 in der Dissener Kirche den Davidstern über der Kirchtüre einbauen ließ (in den sorbischen Farben) hat einen Sohn, der das genaue Gegenteil verkörperte.

Dr. med. Siegfried Schwela (1905-1942) war der Sohn von Śwjela, studierte Medizin und praktizierte ab 1935 als Arzt in Waltersdorf/Thüringen. 1929 trat er der NSDAP bei und 1932 der SS.²² Er promovierte 1934 in Heidelberg „Über die Behandlung schmerzhafter Erkrankungen des Bewegungsapparates mittels Histamin-Iontophorese“ auf ganzen sieben Seiten. Nach Ausbruch des Krieges war er ab Oktober 1939 bei der „Einwandererzentral-

²² http://de.wikipedia.org/wiki/Siegfried_Schwela, (zuletzt: 18.2.2015).



1937 wurde von Šwjela der Davidstern in den sorbischen Farben über dem Westeingang der Kirche Dissen in Auftrag gegeben.

stelle“ in Łódź tätig. Nach dem Hitler-Stalin-Pakt waren über 100.000 Menschen aus den nunmehr sowjetischen Gebieten „heim ins Reich“ zu holen.²³ Hitler beauftragte Himmlers SS damit. Schwela dürfte in der Abteilung 4 Gesundheitsstelle (Reichsgesundheitsführer) beschäftigt gewesen sein. Im August 1941 wurde er Lagerarzt im KZ Auschwitz. Am 3. September 1941 nahm er an der zweiten Probevergasung von 850 sowjetischen Kriegsgefangenen und kranken Lagerinsassen mit Zyklon B im Block 11 teil. Dieser Versuch war, nach Danuta Czech, besonders grausam, weil man die Dosierung falsch wählte, und die Menschen am folgenden Morgen noch nicht tot waren. Daraufhin wurde eine neue Dosis eingeworfen.²⁴ Danach war Schwela bis März 1942 als leitender Lagerarzt im KZ Stutthof tätig. Als Standortarzt kehrte er vom 21. März 1942 bis zum 10. Mai 1942 nach Auschwitz zurück. Der SS-

²³ Schimneck, Kerstin: Einwandererzentralstelle Litzmannstadt 1925-1945. Bundesarchiv (Koblenz), November 2008. <https://www.archivesportaleurope.net/ead-display/-/ead/pl/aicode/DE-1958/type/fa/id/R69-32862> (zuletzt: 18.2.2015).

Schwela war zeitgleich mit dem Bautzener Walter Frenzel in Łódź (Prähistoriker, 1892-1941 (Freitod). 1939-1941 Oberleutnant in Polen; Fundbergungen, Feldbegehungen und Ausgrabungen in den besetzten Gebieten). Er könnte durchaus in den Diebstahl der dortigen ethnographischen Sammlung involviert gewesen sein. Siehe Schachtmann, Judith: Das Wirken Walter Frenzels in den Jahren 1936 bis 1941 und seine Rolle bei der Verschleppung der Ethnographischen Sammlung Łódź. In: Smolnik, Regina (Hg.): Umbruch 1945? Die prähistorische Archäologie in ihrem politischen und wissenschaftlichen Kontext. Dresden 2012, S. 90-98.

²⁴ Czech, Danuta: Kalendarium der Ereignisse im Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau 1939-1945. Reinbek 1989, 4.9.1941.

Standortarzt war der höchste Rang im „Gesundheitswesen“ im KZ Auschwitz. Er unterstand unmittelbar dem Lagerkommandanten. Am 10. Mai 1942 starb Schwela an Fleckfieber im KZ Auschwitz.²⁵

Die ambivalente Wahrnehmung der historischen Geschehnisse korrespondiert mit dem Verhältnis von geschriebener Geschichte und Oral History, sie wirkt sich auch auf die Selbstwahrnehmung der Gegenwart aus. Wendische Geschichte ist auch gelebtes und dokumentierbares, homogen erscheinendes Brauchtum, im Hintergrund weiß man aber, dass in den Dörfern rechts-extreme Szenen existieren.

Die Wenden in der Sicht heutiger Rechtsextremer

Durchforstet man die einschlägigen – auch die inzwischen eingestellten – Foren²⁶ der rechtsextremen Szene, so wird man zum Thema Sorben praktisch nichts finden. In der westdeutschen Entwicklung rechtsextremer Strukturen spielten sie keine Rolle, weil sie zur Wirklichkeit jenseits des „Eisernen Vorhangs“ gehörten. Zudem war die Migration in die Bundesrepublik deutlich wirklichkeitsnäher und drängender. Bis auf einen einzigen Beitrag der militanten italienischen „Etschlichter“ (Autonome Nationalisten), die den Sorben einen Status als „Ausnahme“ der zukünftigen Rassepolitik zubilligen, ist nichts zu dem Thema zu finden.²⁷ Im organisierten Rechtsextremismus existierten Wenden bis 2007 faktisch nicht. Seit Bestehen der NPD sind Sorben als ideologischer Bestandteil einer Rassekonstruktion nie öffentlichkeitsrelevant thematisiert worden. Mit dem Neuaufbau des NPD-Kreisverbandes „Spreewald“ durch Ronny Zasowk ab 2007 kam das Thema aber plötzlich in die Öffentlichkeit.

Wenn Ronny Zasowk als Kreisverbandsvorsitzender der NPD in Cottbus sich bereits zwei Mal zum Thema Sorben geäußert hat, hängt das vermutlich nicht nur mit seiner Haltung zu „Rassefragen“ der NPD zusammen, sondern auch mit seiner persönlichen Herkunft. 2007 proklamierte er noch „Auch Sorben bzw. Wenden sind Deutsche!“²⁸ und 2009 titelt er „Klarstellung der

²⁵ http://de.wikipedia.org/wiki/Siegfried_Schwela (zuletzt: 18.2.2015).

²⁶ Vgl. z.B. Thiazi-Forum (nicht mehr abrufbar), Altermedia (nicht mehr abrufbar) u. a.

²⁷ Etschlichter: Ausländerückführungsprogramm. <http://altermedia-deutschland.info/content.php/6176-Auslaenderrueckfuehrungsprogramm>, veröffentlicht: 7.2.2014 (zuletzt: 7.2.2015).

²⁸ Zasowk, Ronny: Auch Sorben bzw. Wenden sind Deutsche! www.npd-spreewald.de; Artikel vom 19.11.2007; (zuletzt: 21.11.2007, nicht mehr abrufbar).

NPD-Position zu den Sorben und Wenden“.²⁹ In beiden Texten versuchte Zasowk, die sorbische Bevölkerung nachträglich zu „germanisieren“, d.h. als nicht slawisch zu definieren:

„Aufgrund des weit mehr als 1200 Jahre währenden Aufenthalts der Sorben im Gebiet des heutigen Deutschlands, der damit logisch einhergehenden Vermischung mit den ebenfalls hier siedelnden germanischen Stämmen und der vollständigen Assimilation kann nicht mehr von der Existenz des sorbischen Volkes ausgegangen werden, sondern lediglich von einem traditionell stark verhafteten und kulturell sehr eigenständigen deutschen Volksbestandteil.“³⁰

Wenn es um den Aspekt „Rasse“ geht, ist dem zuzustimmen, wenn er aber bestreitet, dass die Sorben ein Volk sind, weil sie nicht der slawischen „Rasse“ angehören, ist die Argumentation absurd. Er vollzieht also keine Abwendung vom rechtsextremen Rassebegriff, sondern wendet diesen konsequent irrational an: „Ein Mensch, dem heutzutage ein Dokument in die Tasche gesteckt wird, auf dem festgestellt wird, daß der Betreffende zum Personal der Bundesrepublik Deutschland gehört, wird hingegen nach unserem nationalistischen Dafürhalten niemals Deutscher werden.“ Hier wird das „erhebende“ Angebot von Zasowk deutlich: der Wende steht deutlich über den Migranten und Migrantinnen, ist Bestandteil der „Herrenrasse“. Zasowk bewegt sich damit argumentativ auf der Linie von Wilhelm Kube.

In seinem neueren Text geht er zudem noch so weit, zu behaupten, dass die Sorben/Wenden im Dritten Reich nicht verfolgt worden seien, und es nicht vorgesehen war, sie im Zuge des „Generalplans Ost“ aus Deutschland zu deportieren. Polemisch fragt er, wo denn dieser Plan sich auf die Sorben beziehe und antwortet sich selbst: nirgendwo. Das hat ganz offensichtlich mit seiner völligen Unkenntnis der historischen Quellen zu tun:

Wie oben bereits erwähnt, wurde der „Generalplan Ost“ während des Zweiten Weltkrieges nicht öffentlich diskutiert; es handelte sich um ein geheimes Projekt der SS, namentlich Himmlers. Innerhalb dieses Plans spielten die Sorben/Wenden zunächst keine Rolle, weil sich der Plan auf die eroberten Gebiete und deren Bevölkerung bezog. Doch die „Rassekundler“ arbeiteten gründlich, und so gerieten auch die Sorben in den Fokus. Zuerst wurde diese

²⁹ Zasowk, Ronny: Klarstellung der NPD-Position zu den Sorben und Wenden. www.npd-lausitz.de Artikel vom 25.2.2009 (zuletzt: 9.3.2009).

³⁰ Ebd.

Eingliederung in den Generalplan 1960 von Jan Šolta beschrieben³¹, der sich auf eine Akte des Regierungspräsidenten beruft.³² Dieser Akte zufolge wurden die Sorben eindeutig der „slawischen Rasse“ zugeordnet, Maßnahmen aber – nachdem das Thema von Martin Bormann mit Hitler besprochen worden war – auf die Zeit „nach dem Krieg“ verschoben, um Unruhe in der Bevölkerung zu vermeiden. Diese Tatsache ist in den letzten Jahrzehnten immer wieder zitiert worden und durchaus allgemein in der Geschichtswissenschaft anerkannt. Sowohl in der DDR³³, als auch nach der Wende wurde dieses Vorgehen der Rassenkunde immer wieder kritisch überprüft – mit immer gleichem Ergebnis. Wolfgang Wippermann etwa geht noch einen Schritt weiter als Šolta, wenn er abschließend beurteilt, dass die Verfolgung sorbischer Bürger Ausmaße hatte, die das Entschädigungsgesetz von 1953 anwendbar erscheinen lassen.³⁴

In jüngerer Zeit ist das Thema sehr gründlich und ausführlich durch Frank Förster behandelt worden.³⁵ Hier wird Himmlers Denkschrift vollständig gedruckt und damit auch die entscheidende – bereits zitierte Passage, dass „... die abgeschobene Bevölkerung der Ostprovinzen sowie all der Teile des deutschen Reiches, die dieselbe rassische und menschliche Art haben (Teile, z. B. der Sorben und Wenden)...“ im „Generalgouvernement“ gleich den anderen slawischen Völkern als Sklavenbevölkerung leben sollen.³⁶ Praktisch wurde das Konzept in seinen Ansätzen bereits während des Krieges begonnen: die sorbisch/wendische Bevölkerung wurde ihrer intellektuellen Führungsschicht beraubt. Pfarrer, Lehrer, Journalisten und Schriftsteller wurden gezwungen, die Region zu verlassen und in den Westen Deutschlands verschickt.

Die von Zasowk formulierte Position stellt einen „pragmatischen Rassismus“ dar, der deutlich formuliert: Was Rasse ist, bestimmen wir. Seine emotional geladene Argumentation, es „siedeln diese Volksstämme schließlich im Gegensatz zu den ‚Neudeutschen‘ wie Mustafa und Ali bereits seit dem 5. Jahrhundert in diesem Gebiet“³⁷ zeigt dies deutlich; wohl ohne dass es ihm selbst klar wird, ist dies ein deutliches Plädoyer für Migration.

³¹ Šolta, Jan /Kasper, Martin: Geheim. Aus Geheimakten nazistischer Wendenpolitik. Bautzen 1960, S. 57-60.

³² Brandenburgisches Landesarchiv, Akten des Regierungspräsidenten Frankfurt (Oder), Abt 2, Nr. 61, Bl. 42.

³³ Šolta Jan (Hg.): Geschichte der Sorben. Bautzen 1976, Bd. 3, S. 184-187.

³⁴ Wippermann, Wolfgang: Sind die Sorben in der NS-Zeit aus „rassischen“ Gründen verfolgt worden? In: Lëtopis 43, 1996, S. 32-38.

³⁵ Förster, Frank: Die „Wendenfrage“ in der deutschen Ostforschung 1933-1945. Bautzen 2007.

³⁶ Ebd. S. 179.

³⁷ Zasowk, Ronny: Auch Sorben bzw. Wenden sind Deutsche! www.npd-spreewald.de; Artikel vom 19.11.2007 (zuletzt: 21.11.2007, nicht mehr abrufbar).

Diese Position hat zwei handlungsrelevante Aspekte für die Niederlausitz. Mit der apodiktischen Formulierung „Klarstellung der NPD-Position“ will er weitere Diskussionen unterbinden. Das ist für seinen Kreisverband nötig, um im ländlichen Raum Mitglieder und Wähler gewinnen zu können. Auch seine bewusste Geschichtsklitterung ist auf dieses Kalkül zurückzuführen. Zugleich ist er Teil eines Diskurses der Rechtsextremen, die mit den tradierten Rassekonstruktionen angesichts der Realitäten nicht mehr zurechtkommen. Nicht mehr der „arische Germane“ ist heute die leitende Utopie, sondern die „weiße Rasse“ Europas.

Ein zweiter wesentlicher Aspekt betrifft Zasowk selbst: nach der „alten“ Rasselehre der SS wäre er selbst „slawischer Untermensch“. Er stammt aus einem wendischen Dorf und seine Großmutter ging dort noch mit wendischer Tracht zu den Festen.

Beide Faktoren zusammen bilden ein merkwürdiges, fiktionales Konstrukt, das wegen seiner irrationalen Komponenten nicht ungefährlich ist. Die NPD bietet, bezogen auf die junge lokale wendische Bevölkerung, eine Assimilierung durch Hypernationalismus an, der eine radikale Ablehnung der slawischen Geschichte beinhaltet und winkt gleichzeitig mit einer erheblichen Aufwertung durch die Geburt als weißer Europäer – und nicht mehr als „Arier“. Dieses Konstrukt kann in der sozialen Wirklichkeit gelegentlich durchaus funktionieren. Es ist damit auch praktisch möglich, als rechtsextremer Sorbe aufzutreten, ohne sich von den dörflichen Traditionen loszusagen.

In der Abwehr der Äußerungen von Zasowk reagierten zunächst die lokalen Medien. Simone Wendler thematisierte in der Lausitzer Rundschau die polemischen Äußerungen. Jan Nuck, 2007 Vorsitzender der Domowina, reagierte in diesem Artikel auf Zasowk sehr gut und konsequent.³⁸ Er verweist darauf, dass 1933 der damalige kommissarische Regierungspräsident Felix Eichler das „Wendentum“ als Bestandteil des deutschen Volkes vereinnahmt hatte. Allerdings ist dieser Verweis auch verbunden mit einer Entaktualisierung des Problems: das Angebot der Rechtsextremen, die Kategorie „Herrenmensch“ auch für Wenden zu öffnen, stellt eine Gefahr für die Niederlausitz dar. Die Argumentation Zasowks wurde 2009 wissenschaftlich fundiert von Dr. Pěť Šurman in zwei Artikeln der sorbischen Wochenzeitung Nowy Casnik widerlegt.³⁹ Allerdings wird auch hier auf einer vordergründigen Ebene argu-

³⁸ Wendler, Simone: NPD erklärt Sorben und Wenden zu Deutschen. Lausitzer Rundschau, 17.12.2007. <http://www.lr-online.de/nachrichten/Tagesthemen-NPD-erklaert-Sorben-und-Wenden-zu-Deutschen;art1065,1876124> (zuletzt: 1.6.2015).

³⁹ Šurman, Pěť: Zur Lösung der „Wendenfrage“ im so genannten Dritten Reich. Nowy Casnik, 10.3.2009 (numer 10/2009) und: Soll die NS-Ideologie wieder salonfähig gemacht werden? Nowy Casnik, 3.2.2009 (numer 5/2009).

mentiert, das dahinter liegende Problem – das Identitätsangebot der NPD an die wendische Bevölkerung – aber nicht angegangen.

Bei der Abwehr dieser rechtsextremen Argumentation kann es letztlich nicht nur um das Widerlegen der historischen Argumentation gehen. Die Aufgabe muss auch darin bestehen, das implizite Angebot der Rechtsextremen transparent zu machen: Willst du Bestandteil eines Stärkekultes sein und zum Umfeld der NPD gehören? Oder willst du dich in ein subalternes System integrieren, das Tag für Tag um sein Überleben kämpft und sich dauernd legitimieren muss?

Die Beratungsarbeit des MBT

Die Beratungsarbeit des MBT in wendischen Dörfern gestaltete sich in den ersten Jahren recht schwierig. Seit 1996 hatte die RAA Forst und später auch das MBT eine gewisse liebevolle Haltung gegenüber dem wendischen Siedlungsgebiet eingenommen. Das manifestierte sich in wenig strukturierten, aber durchaus kontinuierlichen Projekten vor allem in der Region Forst. Als Arbeitsfeld hatte sich in den ersten Jahren das Thema Rechtsextremismus nicht herausgebildet. Das änderte sich im Jahr 2000. Pfarrer Puhmann lud uns im November zu einer Veranstaltung in Werben ein: „Nazis im Dorf“ – ohne Satzzeichen. Das klang alarmierend und war auch so gemeint. Im Dorf wurde eine militante Jugendszene beklagt, die für viele Bewohner bedrohlich wirkte. Wir kamen zunächst nicht auf den Gedanken, dass die Entstehung dieser Jugendkultur in einem inneren Zusammenhang mit der wendischen Kultur stehen könnte. Umgekehrt gingen wir von einer Bedrohung für die wendische Bevölkerung aus. Nach der Veranstaltung sagte ein alter muttersprachlicher Wende in etwas gebrochenem Deutsch zu mir: „Sonntags kam mein Vater im Rock, nahm den Zylinder und den Stock und sagte ‚Heute gehe ich Nazis wählen!‘“. Das erschien mir damals völlig paradox. Erst auf Nachfrage beschrieb mir der Mann, dass die Bauern im Spreewald nach der Weltwirtschaftskrise 1929 völlig verarmt waren. In seiner Familie habe man gehungert und dieser Situation wollte man entkommen.

Im Nachgang der Veranstaltung recherchierte das MBT mit nicht unerheblichem Aufwand die Wahlergebnisse des Spreewalds von 1932/33. Die für Brandenburg disproportional hohen Ergebnisse für die NSDAP waren erschreckend. Also gab es zumindest historisch nachweisbar wendische Nazis. Von da ab hatten wir einen veränderten Wahrnehmungsfilter: Wir konnten Wenden nicht a priori einer „Opferseite“ zuordnen. Im Laufe der nächsten Jahre kam es vereinzelt zu rechtsextremen Ereignissen in den wen-

dischen Dörfern, ohne dass sich daraus ein Beratungsbedarf bei den Akteuren ergeben hätte.

Das Stereotyp der eher anti-nationalistischen Wenden hatte sich als falsch erwiesen. Während meiner Tätigkeit im MBT spielten die wendischen Dörfer zwar keine zentrale Rolle, waren aber immer auch Gegenstand der Betrachtungen. Es waren eher kleine Zufälle, die den Blick des MBT auf das Thema wendischer Rechtsextremismus lenkten. Aus privaten Zusammenhängen gab es kontinuierliche Bezüge in die Spreewalddörfer. Freunde aus dem wissenschaftlichen Milieu, die sich intensiv mit Sorben/Wenden beschäftigten, schilderten erste Hinweise auf rechtsextreme Aktivitäten – zumeist mit der Überlegung, dass es sich dabei um jugendliche „Dissidenten“ des Wendentums handeln könne, die sich „hypernationalisiert“ deutsch verhielten. Als das MBT dann 2004 beim „Superkokot“⁴⁰ in Dissen fotografieren konnte, wie wendische Jugendliche und Cottbuser militante Rechtsextremisten sehr freundschaftlich verkehrten, wurden wir auf die Brisanz des Problems aufmerksam.



Superkokot, Kameradschaftliches Miteinander auf der Festwiese.

⁴⁰ Das sorbische Hahnrupfen (kokot = Hahn) ist ein Erntebrauch in den beiden Lausitzen. Reitende junge Männer aus dem Dorf versuchen auf dem Pferderücken stehend, einem an einer hohen Querstange befestigten Hahn den Kopf abzureißen. Der Sieger („kral“) sowie diejenigen, welche die Flügel abtrennen konnten, werden mit Siegerkränzen geehrt. Zum Abschluss der Erntesaison treffen sich die Sieger aller umliegenden Dörfer, um den Superkokot auszutragen.

In einem internen Papier des MBT Cottbus formulierten wir 2004 zunächst einige Fragestellungen:

- Warum wurde in den betroffenen Dörfern eine Handlung nicht als aus rechtsextremem Denken motiviert erkannt?
- Warum kann über das Thema Rechtsextremismus in diesen (und anderen) Dörfern nicht gesprochen werden, wenn es sich auf Akteure innerhalb des Ortes bezieht?
- Gibt es überhaupt die Möglichkeit, in solchen Kommunen über das Problemfeld Rechtsextremismus zu sprechen, ohne hohe Widerstandswerte zu erzeugen?
- Wer sind potenzielle Ansprechpartner und wo sollte man sie suchen?⁴¹

Die Beantwortung der Fragen in allgemeiner Form war zunächst auf das Problem der Dorfspezifität orientiert: In isolierten Gebieten (Kleinstädten und Dörfern) nimmt das politische Engagement von Bürgern zumindest in Brandenburg dramatisch ab. Z.T. sind in Gemeindevertretungen keine demokratischen Parteien mehr vertreten. In diesen Kommunen entsteht ein „UFO-Effekt“, d.h. es entwickeln sich Werte und Normen, die sich nur noch auf das kleine Gemeinwesen beziehen und nicht mehr mit der Außenwelt ausgehandelt werden. Dadurch entsteht sukzessive eine Werteververschiebung, die mangels Austausch intern unbemerkt vorstättengeht. In solchen isolierten Gemeinwesen bemerkt lokal niemand, dass sich ein rechtsextremes Weltbild längst etabliert hat.

Besonders in kleinen Dörfern ist es oft nicht möglich, das Thema Rechtsextremismus (wie auch andere, als stigmatisierend empfundene Problemlagen) im Ort zu benennen. Die Menschen in kleinen Gemeinwesen sind sehr stark aufeinander angewiesen und dadurch ist ein offenes Beschreiben oft nicht möglich. Die Formulierung des Phänomens würde für die Betroffenen zu schnellen Funktionsverlusten im Gemeinwesen führen. Es ist von außen recht leicht, z.B. eine Freiwillige Feuerwehr als rechtsextrem dominiert zu beschreiben, aber die Feuerwehr hat eine lebenserhaltende Funktion im Dorf, und alleine deshalb sind ihre Mitglieder in der Wahrnehmung der Bewohner gut. Würden diese Feuerwehrleute öffentlich stigmatisiert, kollabierte ein vitaler Funktionsträger des Dorfes.

BürgermeisterInnen haben oft ein Rollenbild, das sich als „Problemlöser“ umschreiben lässt. Taucht ein Problem auf, für das es keine erkennbare einfache Lösung gibt, wackelt das Selbstbild. Da ist es einfacher,

⁴¹ MBT Cottbus: Arbeitspapier „Exposé Blinde Flecken“ (unveröff. Manuskript), 8.9.2004, S. 2.

- die Existenz des Problems einfach abzustreiten (das gilt nicht nur für Rechtsextremismus, sondern gleichermaßen etwa für Heroinsüchtige, organisierte Kriminalität u. a.),
- sich für absolut unzuständig für das Problem zu erklären (erst müsse sich die Presseberichterstattung ändern, ebenso das Fernsehen, die Polizei greife nicht ein, das Problem sei aus anderen Gegenden „importiert“ worden, etc.).

Ansprechpartner lassen sich kaum im unmittelbaren Gefüge der Dorfkultur finden, sondern eher im Bereich der „Grenzgänger“, d. h. Menschen, die zwar Bestandteil der Dorfkultur sind, aber individuell nicht unmittelbar von ihr abhängig sind. Das sind etwa Pfarrer, Ärzte, Lehrer, Parteimitglieder etc. Problematisch an diesen Rollen ist, dass sie aufgrund des demografischen Wandels weitestgehend nicht mehr anzutreffen sind.

Diese Überlegungen beziehen sich zunächst nicht spezifisch auf das wendische Siedlungsgebiet, sondern betreffen allgemein ländliche Regionen, in denen wir zu tun haben.⁴² Bald erwies sich, dass wir unsere Fragen nicht beantworten konnten, ohne das „ethnische Hintergrundauschen“ mit einzubeziehen.

Nach einigen Vorgesprächen mit der Sorbenbeauftragten des Landkreises Spree-Neiße und mit Pfarrer Ingolf Kschenka (Forst) im Jahr 2004 stellte sich für uns das Problem, wie wir in ein Gespräch zu den Schwierigkeiten kommen könnten. Es wurde recht deutlich, dass eine unmittelbare Verbindung zum Thema Rechtsextremismus nicht besonders hilfreich sein würde, weil sofort ein Schubladendenken in Richtung „Problemjugendliche“ einsetzen würde. Zunächst hatten wir die Idee, mit einigen Pfarrern der Region ein gemeinsames Treffen zu veranstalten, weil die Kirche eines der letzten Netzwerke mit soziokulturellem Hintergrund in der Region darstellt. Wir wurden jedoch darauf aufmerksam gemacht, dass selbst die engagierteren unter ihnen erhebliche Frustrationserfahrungen gemacht und z. T. auch kaum noch dauerhaften Kontakt in die Dörfer hätten. Eine kirchliche Jugendarbeit auf dem Lande gebe es de facto nur noch in Rudimenten. Lehrer und Bürgermeister fielen als Kooperationspartner weitestgehend aus: Schulen in Dörfern waren zu einer Seltenheit geworden, und die Bürgermeister waren und sind in der Regel ehrenamtlich tätig und verfügen kaum noch über Status und Einfluss. Neben den Pfarrern gibt es als halbwegs flächendeckendes

⁴² Gläser, Mirjam/Wilking, Dirk/Bunge, Angela: Kommunale Wahrnehmung von Rechtsextremismus – was tun, wenn ein Problem geleugnet wird? In Langebach, Martin/Habisch, Cornelia (Hg.): Zäsur? Politische Bildung nach dem NSU. Bonn 2015, S. 159-161.

Netzwerk vor Ort (noch) die Feuerwehren, die Volkssolidarität und den Tiefkühl-Lieferservice. Deren Kreativpotenzial erschien uns damals allerdings stark limitiert. Die Domowina schied für uns damals als Gesprächspartner aus, da sie hoch intensiv an der Einheit der Sorben arbeitete (Nieder- und Obersorben als eine Ethnie zu formieren) und sich damals Differenzierungen gegenüber nicht gerade offen zeigte. Um dennoch einigermaßen handlungsfähig zu werden, formulierten wir im September 2004 einige Arbeits-hypothesen, die wir für die aufsuchende Arbeit berücksichtigen wollten:

- Es gibt in allen kleinen Kommunen „blinde Flecken“, die es unmöglich machen, ein gesellschaftlich stigmatisiertes Verhalten (Rechtsextremismus, sexuelle Nötigung, Drogenkonsum etc.) selbst überhaupt wahrzunehmen.
- Eine Thematisierung stigmatisierten Verhaltens ist in der Regel entweder nur „abstrakt“, d. h. unverbindlich, möglich oder in konkreter Ausformulierung anhand des Beispiels einer anderen als der eigenen Gemeinde.
- Die Akteure, die in der Kommune die Tabuthemen ansprechen können, beschreiben reale Sachverhalte, sind in der Regel wegen ihrer Randständigkeit soziokulturell aber wirkungslos.
- Tabus und Verleugnung – diese „blinden Flecken“ – haben eine wichtige Funktion für die Selbstwahrnehmung eines Gemeinwesens. Eine Abwertung von Personen aufgrund deren politischer Positionen innerhalb einer sich egalitär verstehenden Dorfgemeinschaft ist schwieriger zu gestalten als die Verleugnung offenkundiger Tatsachen.
- Das Rollenbild des Individuums im kommunalen Kontext ist vielschichtig und für das Gemeinwesen überlebenswichtig. Dieses Bild darf durch Interventionen von außen nicht substanziell angegriffen werden.⁴³

Es schlossen sich verschiedene Gespräche mit Akteuren in der wendischen Gemeinschaft an. Ein Treffen mit PfarrerInnen der Spreewalddörfer erwies sich als sehr konstruktiv und fruchtbar. Allerdings sahen sie sich nicht im Stande, das Problem aus ihren Gemeinden heraus zu formulieren, sondern wollten lediglich begleitend unterstützen. Immerhin gab es zumindest einen Ansatz für ein systematischeres Vorgehen. Im nächsten Schritt engagierte sich der damalige Jugendkoordinator der Domowina Helmut Mattick nach anfänglichem Zögern. Das war zunächst nicht einfach für ihn, da er zu Recht fürchtete, mit erheblichen Widerständen in der wendischen Community konfrontiert zu werden. Als weitere Kooperationspartnerin gewannen wir

⁴³ Ebd.

die Leiterin des Heimatmuseums Dissen, Babette Zenker, für eine Rolle in der Arbeit gegen Rechtsextremismus. Die Sorbenbeauftragte des Landkreises Spree-Neiße, Kerstin Kossack, war ohnehin schon seit Jahren offen für das Thema. In der Retrospektive ist es bemerkenswert, dass nicht die Beratung eines einzelnen Akteurs eine Dynamik erzeugte, sondern erst ein Ensemble aus mehreren relevanten Institutionen langsam aber stetig die Beschäftigung mit dem Thema ermöglichte. Fühlten sich die genannten Akteure zunächst unausgesprochen einer bedrohlichen Situation ausgesetzt und sahen sich eher seitens des MBT zu Handlungen veranlasst, so änderte sich das im Verlauf von rund zehn Jahren.

Öffentlich wurde das Thema Rechtsextremismus im wendischen Siedlungsgebiet erstmalig 2009 behandelt. In der wendischen Wochenzeitung „Nowy Casnik“ wurde die mögliche Infiltration wendischen Brauchtums durch Neonazis als Aufhänger genommen, im weiteren Text dann das Problem aber allgemein verhandelt.⁴⁴ Vorsichtig aber eindeutig näherte sich die Autorin Ines Neumann den Tabus an. Sie thematisierte sowohl die Wahlergebnisse 1932/33 als auch die aktuelle Neonazi-Szene. Zu weiteren Fragen der Leser wies sie auf den Jugendkoordinator der Domowina Helmut Mattick und auf das MBT hin.

Besonders erwähnenswert ist, dass Frau Zenker und das Museum Dissen ohne externen Druck initiativ Veranstaltungen zum Thema Rechtsextremismus konzipierte und dabei eine erhebliche Anzahl anderer Dörfer und deren Museen integrierte. Dies ist umso bemerkenswerter, weil außerhalb der Gedenkstätten des Landes Brandenburg und vereinzelter Museen die Hinwendung zu dem Phänomen NS-Zeit und Rechtsextremismus zu den Seltenheiten gehört.⁴⁵ Mit ausschlaggebend dafür waren auch regionale Ereignisse im Museumskontext: die privaten Museen (vor allem DDR- und Oldtimermuseen) machten es den kleineren Heimatstuben im Tourismusgebiet schwer, und diese „Technikmuseen“ kultivieren durchaus eine Verehrung für die autoritären Systeme des 20. Jahrhunderts. So wurden am 1. Mai 2007 beim Oldtimertreffen auf dem Landtechnischen Heimathof Werben völlig selbstverständlich rechtsextreme Plakate kommentarlos in der Scheune aufgehängt („DVU – Deutsches Geld für deutsche Arbeitsplätze!“).

⁴⁴ Nowy Casnik, Nr. 41, 13.10.2009, S. 9 (nicht im Online-Archiv enthalten).

⁴⁵ Wilking, Dirk: Museen, Geschichte und Rechte Milieus. Fallbeispiele aus Brandenburg. In: Museumsverband des Landes Brandenburg (Hg.): Entnazifizierte Zone? Bielefeld 2015, S. 221-236.



Plakate in der „Oldtimerscheune“

Das Beratungskonzept des MBT wird von wenigen Faktoren bestimmt. Dazu gehört die Voraussetzung, dass es eine engagierte Zivilgesellschaft gibt, und dass eine politische Kultur demokratischer Parteien vorhanden ist, die mit dieser Zivilgesellschaft korrespondiert. Das wirft im Falle der Wenden die Frage auf, wie die wendische Politik aussieht.

Die Sorben/Wenden verfügen im Gegensatz zu der dänischen Minderheit in Schleswig-Holstein über keine eigenständige parteipolitische Vertretung im Landtag. Seit 1991 (als die Domowina bei den Wahlen scheiterte) ist man seitens der sorbisch/wendischen Organisationen davon ausgegangen, dass die Interessen der Wenden nicht über eine politische Vereinigung vertreten werden können:

„Im November 1989 konstituierte sich die Sorbische Volksversammlung, deren Ziel es war, die strukturelle, programmatische und personelle Erneuerung der Domowina durchzusetzen. Auf dem außerordentlichen Bundeskongress am 17. März 1990 wurde ein neues Statut angenommen, in dem sich die Domowina zur politisch unabhängigen und selbstständigen nationalen Organisation des sorbischen Volkes erklärte. Ein Jahr später ermöglichte sie als eingetragener Verein neben der Einzelmitgliedschaft auch wieder den Beitritt sorbischer Vereine und Verbände. Damit knüpfte sie als juristische Nachfolgerin der alten Domowina an den Gründungskonsens des Jahres 1912 an. Auf der II. Hauptversammlung am 15. Juni 1991 fand der Erneuerungsprozess mit der Annahme eines neuen Programms, dem

Beitritt sechs spezifischer sorbischer Vereine und der Wahl eines neuen ehrenamtlichen Vorsitzenden einen vorläufigen Abschluss.“⁴⁶

Zu unterschiedlich sind die sorbisch/wendischen Kulturen. Jan Nuck (damals Vorsitzender der Domowina) schilderte nach der Landtagwahl 2004 das Dilemma der Interessenvertretung: zwei unterschiedliche Bundesländer, vier unterschiedliche Landkreise und sehr unterschiedliche Lebensbedingungen ließen es sinnvoller erscheinen, die Interessen des Volkes jeweils von lokalen Abgeordneten der bestehenden demokratischen Parteien vertreten zu lassen. Praktisch ist die Domowina als Verein eine (durchaus starke) Lobby-Vereinigung wie etwa der ADAC, aber eben ohne unmittelbaren parlamentarischen Einfluss.

Mit der Kreisgebietsreform von 1993 sind die Wenden in eine sehr marginalisierte Position geraten. Für ihre politische Handlungsfähigkeit stellt das eine große Schwierigkeit dar. Zudem sind die Verfahren zur Anwendung des Sorben/Wenden-Gesetzes zu recht höchst umstritten.⁴⁷ M. Nowak formulierte 2010 als Alternative zu den überwiegend geographisch orientierten Kriterien: „Das angestammte sorbische/wendische Siedlungsgebiet umfasst die sorbische/wendische Kernregion im Land Brandenburg. Sie liegt in den Landkreisen Dahme-Spreewald, Oberspreewald-Lausitz, Spree-Neiße und der kreisfreien Stadt Cottbus/Chóšebuz.

Zu ihr zählen alle Gemeinden, von denen mindestens ein Ortsteil eines der folgenden Kriterien erfüllt:

1. Ein Teil der Einwohnerinnen und Einwohner bekennt sich zur sorbischen/wendischen Identität.
2. Die niedersorbische/wendische Sprache ist mündlich oder schriftlich nachweisbar.
3. Einwohnerinnen und Einwohner besuchen Bildungseinrichtungen mit sorbisch-/wendischsprachigen Bildungsangeboten.
4. Sorbische/wendische oder sorbisch-/wendischsprachige Medien, Kunst, Kultur, Bräuche und Traditionen werden von Einwohnerinnen und Einwohnern rezipiert, geschaffen oder praktiziert.
5. Sorbische/wendische Vereine, Verbände oder Institutionen sind ansässig.
6. Die Gemeinde beschließt eine Zugehörigkeit zum Gebiet.“⁴⁸

⁴⁶ <http://www.domowina.sorben.com/stromy/kurzideutsch.htm> (zuletzt: 13.11.2015).

⁴⁷ Herber, Nina: Domowina schließt Vereinbarung mit Energiekonzern. In: Berliner Umschau, 28.7.2007.

⁴⁸ <http://www.svg-brandenburg.de/index.php/dalsne-teksty-weitere-texte/76-stillstand-wandel-und-gesetz> (zuletzt: 22.11.2015); auch Nowak, M.: Stillstand, Wandel und Gesetz. Zur Definition des sorbischen/wendischen Siedlungsgebiets im brandenburgischen Sorben(Wenden)-Gesetz, in: Lětopis 2010, H. 2, S. 4-14.

Mit diesem Kriterienkatalog ist allerdings auch erhebliche Sprengkraft in den regionalen Bezügen verbunden. Die niederlausitzer Städte haben den historischen kolonialen Status als Bollwerk des Deutschen gegen die Wenden kulturell sehr verinnerlicht und rebellieren gegen eine Zugehörigkeit zum wendischen Siedlungsgebiet. Das zeigt sich exemplarisch an der Stadt Senftenberg.⁴⁹ Der sehr gut nachvollziehbare Antrag, die Stadt in das Siedlungsgebiet einzugliedern, ist am 31. Juli 2013 mit 19 Nein-Stimmen (acht Ja, drei Enthaltungen) mehrheitlich abgelehnt worden.⁵⁰ Diese Haltung bereitet auch in der Beratung Schwierigkeiten: Wendische Dörfer im Stadtgebiet werden von Verwaltung und Politik in der Regel nicht als solche wahrgenommen, und die diffizilen Interventionen in das Gemeinwesen der sich als „kolonisiert“ empfundenen Dörfer werden seitens der Verwaltungen zumeist nicht gerne angenommen.

Seit 1990 wurden immer wieder Versuche unternommen, eigene sorbische Parteien zu gründen. Eine Quelle dieser Initiativen war der Verein „Ponaschemu“ e.V. der von Georg Frahnw und dem 2014 verstorbenen Pfarrer i.R. Klaus Lischewsky 1999 gegründet wurde. Der Verein hatte es sich zur Aufgabe gemacht, ein wendisches Gegengewicht zur Domowina zu bilden. Dabei wurde in Gesprächen deutlich, dass man einerseits den Verdacht hegte, die Domowina sei immer noch eine kommunistisch dominierte Organisation und andererseits befürchtete, die Domowina vertrete nicht die Interessen der Niederlausitzer Wenden, sondern versuche, ein obersorbisch dominiertes Einheitsvolk zu konstruieren. So fokussierte sich der Verein entsprechend seines Namens (Ponaschemu ist eine „Zwischensprache“ mit wendischen und deutschen Elementen) anfangs eher auf sprachliche Problemlagen. 2002 versuchten Vereinsmitglieder, eine Partei zu gründen.

Die „Weiße Liga/Běla Liga“ wollte zur Landtagswahl 2004 antreten. Sie sah sich in der Kontinuität der Rechtsnachfolge der 1919 gegründeten Lausitzer Volkspartei. Am 14. Juni 2004 erreichte uns die Anfrage, ob wir die Partei im Umfeld rechtsextremer Aktivitäten verorten würden, da sie zur Landtagswahl antreten wolle. Hintergrund der Anfrage war das Attribut „weiß“. Es war für

⁴⁹ Hoffmann, Gerd-Rüdiger: Sorbisches/wendisches Siedlungsgebiet. Warum Senftenberg (Zły Komorow) auch offiziell wieder dazu gehören sollte. 26.7.2013. <http://www.gerd-ruediger-hoffmann.de> (zuletzt: 12.7.2015). Der ehemalige Landtagsabgeordnete Hoffmann hat sich über Jahre sehr intensiv für die Belange der Wenden eingesetzt. Durch seinen Ausschluss aus der Fraktion Die Linke wegen seiner Stasi-Tätigkeit war sein Einfluss auf die politischen Entscheidungen allerdings sehr reduziert. Seit 2014 ist er nicht mehr Mitglied des Landtags.

⁵⁰ Stadt Senftenberg: Bestätigung über die Beschlussfassung aus der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 31.7.2013; 1.8.2013.

uns klar, dass dies nicht der Fall war: Es handelte sich nicht um eine irgendwie rechtsextreme oder -radikale Gruppe.

Gleichwohl ließen nicht wenige Programmpunkte aufhorchen: Separatistische Tendenzen ließen sich ableiten aus einigen Bemerkungen zu den Forderungen nach einer Verwaltungsreform; dass die Regionalplanung für die Niederlausitz eingefordert wurde, war sehr nachvollziehbar und stimmig; weniger nachvollziehbar war die Forderung eines Cottbuser Polizeipräsidiums; hier schien es um eine wendische Dominanz zu gehen.

In Teilen war die Parteiargumentation „völkisch“, d.h. das Volk wurde als Körper und als organisches Ganzes betrachtet.

Als problematisch stellte sich auch die rechtspopulistische Rhetorik dar, derzufolge die bestehende Politik die Verwaltungen zu Herrschern über das Volk gemacht hätte. Damit wurde die Existenz einer Scheindemokratie unterstellt.

Schließlich waren undemokratische Tendenzen erkennbar, insofern allgemeine Rechtsgrundsätze (wie Bundesrecht bricht Landesrecht) in Frage gestellt wurden und gegen eine „Majorisierung“ (d.i. die Mehrheit) politischer Entscheidungen polemisiert wurde.

Da es der Rat für sorbisch-wendische Angelegenheiten des Landtags im Vorfeld der Wahl mit qualifizierter Mehrheit ablehnte, die „Weiße Liga“ als Vertretung wendischer Interessen zu klassifizieren, verzichtete die „Weiße Liga“ auf ihre Beteiligung an den Landtagswahlen.

Das problematische Verhältnis zu demokratischen Prozessen – hier filtrierte zusammengefasst – ist dem damaligen Parteivorsitzenden Hannes Kell in den Folgejahren erhalten geblieben. Das hat aber weniger mit einer verheimlichten extremen Gesinnung zu tun, als vielmehr mit der Schwierigkeit, ein über Folklore und Linguistik hinaus reichendes Parteiprogramm zu entwickeln: die Wenden sollen ein einheitliches Verwaltungsgebiet beanspruchen und dieses Gebiet soll zu einer kulturellen Einheit entwickelt werden (u.U. gegen den Willen der deutschen Einwohner).

Nach dem missglückten Versuch, an der Landtagswahl 2004 teilzunehmen, etikettierte man am 26. März 2005 die „Weiße Liga“ um. Nahezu personenidentisch firmierte man nun als die „SLS Wendische Volkspartei – Serbska Ludowa Strona“. Man bezog eine neue Geschäftsstelle in bester Lage von Cottbus.⁵¹ In ihrem Programm stellte sich die Partei ausdrücklich in die Tradition der Wendischen Volkspartei der Zwischenkriegszeit: „Die SLS sieht sich

⁵¹ SLS Wendische Volkspartei – Serbska Ludowa Strona, Pressemitteilung Nr. 004/2007, Cottbus, 13.8.2007.

in der Nachfolge der 1919 gegründeten Lausitzer Volkspartei, die 1924 in Wendische Volkspartei umbenannt wurde.⁵² In deren Traditionslinie finden sich Ideen eines unabhängigen sorbischen Staates bzw. eines Anschlusses der Lausitz an benachbarte slawische Völker.⁵³ Dieser panslawische Ansatz wurde durch eine zeitweise enge Zusammenarbeit mit dem rechtskonservativen polnischen EU-Abgeordneten Sylwester Chruszcz manifestiert.⁵⁴ Chruszcz agierte 2005 stark in der Sorbenregion, allerdings mit dem Fokus, den slawischen Minderheiten in Europa mehr Gewicht zu verleihen.

Auf ihrem III. Kongress am 26. April 2010 in Cottbus wurde sie in „Lausitzer Allianz“ umbenannt. In ihren politischen Positionen machte sich eine wesentliche Veränderung bemerkbar: Man schlug einen konsequenten Kurs gegen den Braunkohleabbau ein. Das scheint ein legitimes Anliegen zu sein, da die Tagebaue die letzten wendischen Dörfer massiv bedrohen. So würde bei der Weiterführung der Tagebaue das mittelwendische Dialektgebiet um Schleife vollständig ausgelöscht. Entsprechend erfolgreich war die „Lausitzer Allianz“ auch in diesem Gebiet. Bei der sächsischen Kommunalwahl am 25. Mai 2014 kam sie in Rohne auf 19,6% und ist mit einem Mandat im Ortschaftsrat vertreten.

Allen (im Wesentlichen personenidentischen) Gruppierungen gemeinsam ist die Schwierigkeit, sich außerhalb einer ethnischen Formulierung zu positionieren. Eindeutig orientiert man sich auf organisatorischer Ebene am Status der dänischen Minderheit. Damit verbunden ist die Aussicht auf ein Landtagsmandat, das aufgrund des Minderheitenstatus' die 5%-Hürde umgeht. Inhaltlich tut sich die Allianz schwer, Wählerschichten bei den Wenden zu erschließen. Die Wenden akzeptieren die Gruppe ganz offenkundig nicht. Versuche, zusätzlich in den Milieus der rechtspopulistisch Unzufriedenen Anhänger zu finden, waren und sind erfolglos. Der Versuch lässt die Vermutung der Parteiführung erkennen, rechts außen ein größeres Potential zu sehen als auf der linken Seite. Eine Wirkung der Partei in die Bevölkerung der Region ist allerdings nicht feststellbar. Eine Verbindung zu rechtsextremen Milieus ist nicht erkennbar.

⁵² Programm der SLS Wendische Volkspartei – Serbska Ludowa Strona. <http://www.wendische-volkspartei.de/> (zuletzt: 3.9.2007, nicht mehr abrufbar).

⁵³ Ludwig Elle: Wendische Volkspartei. In: Franz Schön /Dietrich Scholze (Hg.): Sorbisches Kulturlexikon. Bautzen 2014, S.504 f.

⁵⁴ Das Büro des Europaabgeordneten Sylwester Chruszcz in Bautzen wurde 2005 vermutlich von Rechtsextremen überfallen und verwüstet. Vgl. Bartsch, Michael: Überfälle, Pöbeleien, Schmierereien: Im sorbischen Siedlungsgebiet in Sachsen häufen sich Attacken gegen die slawische Minderheit. Die Landesregierung will aber nur Einzelfälle erkennen – und keine sorbenfeindliche Tendenz. In: TAZ, 19.5.2005.

Die Versuche, eine politische Vertretung exklusiv für die Wenden zu schaffen, scheinen aus verschiedenen Gründen zu scheitern: Die Repräsentanten sind überwiegend intellektuell orientiert und verlieren dadurch den Anschluss an die dörfliche Bevölkerung. Sie konzentrieren sich nicht ausreichend auf den Bereich wirtschaftlicher Existenzfähigkeit von Dorfstrukturen, die die Basis für die Fortexistenz der wendischen Kultur darstellen. Wendische Kultur ist in ihrer Basis eine Dorfkultur. Gibt es keine Zukunft für das wirtschaftliche Überleben in den Dörfern, wird sich die wendische Kultur assimilieren.⁵⁵

Für die Betrachtung der politischen Gegebenheiten in wendischen Gebieten sind aus den Erfahrungen des MBT einige Faktoren zu berücksichtigen:

- Wenden empfinden sich tendenziell (wie viele andere Dorfbewohner) eher als „unpolitisch“.
- Sie nehmen ihre Ethnizität nicht als Gegenstand politischen Handelns wahr.
- Das Konzept des „zivilgesellschaftlichen Engagements“, wie es im Handlungskonzept Tolerantes Brandenburg und damit auch beim MBT angelegt ist, funktioniert im wendischen Siedlungsgebiet nur bedingt. Es bedarf dazu meist besonderer Katalysatoren, wie etwa der Jugendarbeit, die die Akteure handlungsfähig machen.
- Die „Domowina“ wird in der Region eher als Standesorganisation mit dem Schwerpunkt Kultur und Wissenschaft wahrgenommen denn als politische Interessenvertretung.
- Sich nur über die Landtagsabgeordneten der demokratischen Parteien Gehör zu verschaffen ist ein Akt der Selbstmarginalisierung. Die Erfahrungen des MBT Cottbus haben gezeigt, dass die Beratung im wendischen Siedlungsgebiet sich nicht fundamental von Beratungen in anderen dörflichen Milieus unterscheidet. Allerdings ist das Instrumentarium beratender Interventionen für ländliche Räume allgemein sehr schwach entwickelt. Das Problem Rechtsextremismus sollte zudem nicht „ethnisiert“ werden. Es gibt wendische Rechtsextremisten – allerdings unterscheiden die sich wenig von deutschen, und sie wirken auch mit den gleichen Methoden propagandistisch in die jeweiligen Kommunen. Virulent und damit gefährlich ist allerdings, dass sich rechtsextreme Organisationen darauf verlassen können, dass in den Gemeinden kaum eine politische Vertretung für ethnisch geprägte Interessen vorhanden ist. Wenn das Angebot einer kräftigen Selbstüberhöhung (als „Herrenmenschen“) besteht, ohne

⁵⁵ Dazu ausführlicher Wilking, Dirk/Kroll, Reinhard: Die Definition von Ethnos oder Sind die Sorben ein Volk? In: Lëtöpis, H. 2, 1993, S. 10-31.

die wendische Identität aufzugeben, besteht eine deutliche Gefahr, dass sich rechtsextreme Milieus ausbilden und erweitern.

Interventionen gegen Rechtsextremismus in wendischen Gebieten scheinen nach den bisherigen Erfahrungen dann Erfolg versprechend zu sein, wenn sie konzertiert erfolgen. Gibt es die Beratungsanfrage von einer Akteursgruppe, sollte versucht werden, die Kommunikation im Dorf zu verbreitern, unterschiedliche Interessengruppen einzubeziehen und auf dieser Grundlage zu einer Selbstbeschreibung der Problemlagen im Gemeinwesen zu kommen. Dabei sollte berücksichtigt werden, dass rechtsextreme Phänomene unter Umständen durchaus auf Problemlagen der ethnischen Selbstzuordnung verweisen können.

Das strukturelle Defizit einer politischen Interessenvertretung der Wenden lässt sich über die Beratung in den Dörfern nicht lösen.

Noch eine rechtsextreme Kleinstpartei: Der „III. Weg“ in Brandenburg

Die Partei „Der Dritte Weg“ (IIIW) wurde am 28. September 2013 in Heidelberg gegründet.¹ Die Gründungsmitglieder waren zuvor teils Funktionäre der NPD gewesen, teils stammten sie aus den sog. „Freien Kräften“, also rechtsextremen Kreisen, die bewusst organisatorische Formen vermeiden. Vorausgegangen waren langjährige Konflikte zwischen einer eher völkischen und einer eher subkulturellen Richtung innerhalb der rheinlandpfälzischen NPD. Die Gründungsmitglieder der neuen Partei gehörten dem unterlegenen völkischen Flügel an.

Zu der neu gegründeten Partei stießen im Spätjahr 2013 Angehörige des v. a. in Bayern agierenden „Freien Netz Süd“ (FNS), die sich nach einer Razzia im Juli 2013 auf das absehbar gewordene Verbot ihrer Vereinigung einzustellen begannen. Auf diese Weise kam es zur Einrichtung von sechs „Stützpunkten“ des IIIW in Bayern. Das FNS wurde am 23. Juli 2014 verboten; einige der maßgeblichen Aktivisten waren zu diesem Zeitpunkt bereits beim IIIW eingestiegen. Von der Organisationsform als Partei verspricht man sich einen höheren Schutz vor staatlichen Sanktionen: Ein Parteienverbot kann nur vom Bundesverfassungsgericht und nur auf Antrag der Bundesregierung, des Bundestages oder des Bundesrates ausgesprochen werden, während andere Organisationen von den Innenministern der Länder bzw. vom Bundesinnenminister verboten werden können.

Mit der Teilnahme an Wahlen versucht der IIIW den beanspruchten Status als Partei zu stützen. Bei der Wahl zum Kreistag im Landkreis Bad-Dürkheim

* Alexander Lingk war 2015 als Praktikant am Zentrum für Antisemitismusforschung der TU Berlin beschäftigt. Stand der Darstellung: 31.1.2016. Soweit nicht anders angegeben, wurden die zitierten Internet-Adressen zu diesem Termin letztmalig aufgerufen. Zitate folgen in der Schreibweise dem jeweiligen Original.

¹ Vgl. Wißmann, Alex: Brandgefährlich. Die Partei der III. Weg in RLP, NRW und Hessen, in: Lotta 2015, Nr. 60, S.22-24; Andreasch, Robert: Der „dritte Weg“ als Ausweg, in: Der Rechte Rand 2014, Nr. 146, S.6; Hartl, Johannes: „Der III. Weg“. Ein Produkt der Krise des „Nationalen Widerstandes“? in: Antifaschistisches Infoblatt (AIB), 2015, H. 3, S.16-19; Gallus, Alexander: Dokumentation 2014: Im Schutzmantel der Partei. „Der Dritte Weg“ verläuft ganz weit rechts, in: Jahrbuch Extremismus & Demokratie 27 (2015), S.132-136; Nowak, Jan: Kaderorganisation mit Parteienprivileg, in: Der Rechte Rand 27 (2016), Nr. 158, S.10-12.

(Rheinland-Pfalz) am 25. Mai 2014 kandidierte Klaus Armstroff, der Parteivorsitzende. Er erzielte kein Mandat. Bei den Landtagswahlen am 13. März 2016 in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt trat der IIIW lediglich in Rheinland-Pfalz an und hat hier eine Landesliste vorgelegt; Wahlkreiskandidaten wurden nicht benannt.²

Die Satzung des IIIW sieht in § 9 die Gründung von vier Gebietsverbänden mit den Bezeichnungen „Süd“ (Bayern und Baden-Württemberg), „West“ (Saarland, Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen und Hessen), „Nord“ (Niedersachsen, Bremen, Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern) und „Mitte“ (Brandenburg, Berlin, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen) vor. Ausweislich der ausdrücklichen Erwähnung auf der eigenen Internetpräsenz scheinen derzeit lediglich die Gebietsverbände Süd und Mitte zu existieren.³

Während in der Satzung in § 10 der Kreisverband als kleinste selbständige organisatorische Einheit der Partei eingeführt wird, werden auf der Website nur sog. „Stützpunkte“ erwähnt. Im Januar 2016 existieren bundesweit 20 dieser lokalen Einheiten.⁴ Dies lässt darauf schließen, dass die öffentlich genannte und relativ geringe Zahl von 200 Mitgliedern von der Größenordnung her plausibel ist.⁵ § 5 der Satzung sieht vor, dass dort, wo Kreisverbände erst aufzubauen sind, „Stützpunktleiter ernannt werden“. Die Existenz von Stützpunkten ist insofern auch ein Hinweis auf die Mitgliederschwäche der Partei.

Hinsichtlich der Parteimitgliedschaft unterscheidet man zwischen einer sogenannten „Fördermitgliedschaft“ und einer „Vollmitgliedschaft“: Anwärter auf eine Vollmitgliedschaft und Mitglieder, die keine aktive Mitgliedschaft wollen, haben den Status der Fördermitgliedschaft; alle anderen sind Vollmitglieder.⁶ Deutlich wird der Versuch, eine Kernmitgliedschaft mit erhöhten Aktivitätsansprüchen von den bloßen Sympathisanten zu unterscheiden.

² Landeswahlleiter Rheinland-Pfalz (Hg.): Die Wahl zum 17. Landtag Rheinland-Pfalz am 13. März 2016, Bad Ems 2016; http://www.wahlen.rlp.de/ltw/kurz/zugvor/LW2016_Auswertung_der_Wahlvorschlaege.pdf. Auf der Website des IIIW war das Formblatt eingestellt, mit dem eine Unterstützungsunterschrift für die Landesliste an den Landeswahlleiter abzugeben war (28.1.2016).

³ Vgl. Bayerischer Landtag, Drs. 17/ 5308, S. 7 (12.2.2015), (Antwort der Staatsregierung auf eine Parlamentarier-Anfrage); Satzung abrufbar: www.bundeswahlleiter.de/de/parteien/parteien_downloads.html.

⁴ Vgl. Website IIIW www.der-dritte-weg.info/index.php (23.1.2016).

⁵ Vgl. ARD-Magazin „Report Mainz“: vom 4.8.2015, www.youtube.com/watch?v=Zuyf-xuaSCLl.

⁶ Website IIIW mit Bericht über den Bundesparteitag am 27.9.2014: www.der-dritte-weg.info/index.php/menue/1/thema/69/id/4713/akat/1/infotext/III._Weg_Gesamtparteitag_im_gruenen_Herzen_Deutschlands/Politik_Gesellschaft_und_Wirtschaft.html.

Will der IIIW den beanspruchten Parteistatus nicht gefährden, muss die Gruppierung an Wahlen teilnehmen und sich auch den Regelungen des Parteiengesetzes unterwerfen. Der IIIW versteht sich darüber hinaus als eine „ganzheitliche politische Bewegung“: Neben dem „Politischen Kampf“, „dem Kampf auf der Straße und um die Parlamente“ formuliert die Partei zwei weitere Schwerpunkte: Man versuche, „verstärkt eigenes Kulturgut zu schaffen bzw. wieder aufleben zu lassen und [...] sich verstärkt von einem reinen Konsumentendasein los(zu)sagen. Kultur- und Ahnenfeiern wie zum Beispiel die Sonnenwendfeiern oder auch Heldengedenken gehören zum festen Bestandteil eines jeden Stützpunktes im Jahreslauf. Außerdem wird dem Gemeinschaftsgefühl sowie der Kameradschaft an der Basis eine hohe Bedeutung zugemessen. Diese wird immer wieder durch Ausflüge, auf Fahrt und Lager, bei Wanderungen oder bei Sport und Spiel gefestigt“.⁷

Ideologische Ausrichtung

Im Allgemeinen bezeichnet das Wort „Dritter Weg“ eine Mitte zwischen zwei gegensätzlichen Positionen.⁸ Um was es sich dabei jeweils handelt, ist vom Zusammenhang abhängig. Häufig wurde das Wort im wirtschaftswissenschaftlichen Kontext gebraucht. Prominent verwendet wurde „Dritter Weg“ auch von denjenigen politischen Strömungen und Organisationen, die nach 1949 den Regierungskurs in Westdeutschland kritisch betrachteten und für einen „Nationalneutralismus“ optierten. Sie wollten mit unterschiedlichen Akzentsetzungen ein wiedervereinigtes Deutschland außerhalb der beiden weltpolitisch maßgebenden Blöcke erreichen. Diese außen- und sicherheitspolitische Bedeutung spielt beim IIIW keine große Rolle; hier steht das Postulat eines ideologisch-politischen Wegs zwischen Kapitalismus und Kommunismus im Zentrum.

Basis der Ideenwelt der Partei ist eine völkische Weltanschauung, für die das eigene Volk und nicht die einzelnen individuellen Personen die entscheidende Bezugsgröße darstellt. Nicht die Würde des einzelnen Menschen steht an erster Stelle, sondern das Volk als eine Art von „Übersubjekt“. Dieses or-

⁷ Vgl. Website IIIW. www.der-dritte-weg.info/index.php/menue/1/thema/69/id/5702/anzeigemonat/09/anzeigejahr/2015/infotext/Tag_der_Gemeinschaft_2015_Bismarcks_Erbe_unser_Auftrag/akat/1/such_0/Parteitag/Politik_Gesellschaft_und_Wirtschaft.html.

⁸ Vgl. zum Folgenden Gallus, Alexander: Die Neutralisten. Verfechter eines vereinten Deutschland zwischen Ost und West, 1945 bis 1990, Düsseldorf 2001, S. 13-33; Gallus, Alexander/ Jesse, Eckhard: Was sind Dritte Wege? Eine vergleichende Bestandsaufnahme, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 2001, H. 16/ 17, S. 6-15.

ganische Volksdenken reicht bis in die Romantik zurück und lässt sich dreifach bestimmen: (1) Die elementaren Einheiten des Geschichtsprozesses sind Völker, nicht Personen. Einzelne Individuen haben nur als Angehörige ihres jeweiligen Volkes eine historische Dignität. Eine „Kette der Generationen“ verbindet die Späteren mit den Früheren. (2) Das einzelne Volk wird als eine organische Einheit und Ganzheit gedacht, es ist mehr als die Summe seiner Angehörigen. Völker unterscheiden sich in ihrem „Volksgeist“ oder ihrer Wesensart unaufhebbar. (3) Regierungspolitik hat als höchsten Maßstab ihrer Handlungen die Selbstbehauptung des eigenen Volks und die Entfaltung seiner Eigenart, seines Volkscharakters. Vermischungen mit anderen Völkern stellen in dieser Perspektive eine Wesensbedrohung dar. Moralisch gilt diese Maxime der Wesenserhaltung und Wesenssteigerung auch für die einzelnen Personen. Volkszugehörigkeit ist nicht lediglich ein Faktum, sondern ein Auftrag.⁹

Politische Programmatik

Ein knapp gehaltenes „Zehn-Punkte-Programm“ gibt Auskunft über die politische Programmatik der Partei.¹⁰ Der Parteiname erklärt sich aus der Absicht, einen „deutschen Sozialismus“ zu schaffen, der „fernab von ausbeuterischem Kapitalismus wie gleichmacherischem Kommunismus“ angesiedelt wird (Pkt. 1). Sie stellt sich damit in die Tradition der politischen Strömungen, die auf Basis einer Betonung des deutschen Nationalstaats und Nationalismus einen eigenen Weg zwischen den beiden gesellschaftspolitischen Grundmodellen gesucht haben, wie sie von den USA und der SU im 20. Jahrhundert repräsentiert wurden.

Zu den kapitalismuskritischen Forderungen gehören „die Verstaatlichung sämtlicher Schlüsselindustrien, Betrieben der allgemeinen Daseinsfürsorge, Banken, Versicherungen sowie aller Großbetriebe. Zur Wiederherstellung der Selbstversorgung Deutschlands mit Grundnahrungsmitteln ist die Eigenwirtschaft von Einzel- und Familienbetrieben sowie Landwirtschaft im besonderen Maße zu fördern“ (Pkt. 2). Vermutlich werden diese knappen, deklaratorischen Bemerkungen zur „Verstaatlichung“ als Grundlage des „na-

⁹ Vgl. Kohlstruck, Michael: Rechtsextreme Selbstviktimsierung. Das deutsche Volk als konstitutionelles Opfer, in: Killguss, Hans-Peter/ Langebach, Martin (Hg.): „Opa war in Ordnung!“ Erinnerungspolitik der extremen Rechten, Köln 2016, S. 80-91.

¹⁰ Website IIIW. www.der-dritte-weg.info/index.php/menue/63/Zehn_Punkte_Programm.html (5.1.2016).

tionalrevolutionären“ Selbstverständnisses verstanden.¹¹ Hinter den Ideen einer solchen „raumgebundenen Volkswirtschaft“ steht die Vorstellung einer nationalen Wirtschaftsautarkie. Sie korrespondiert mit der Vorstellung, dass es ein kulturelles Eigenprofil auf nationalstaatlicher Ebene geben könne, das das Ergebnis zielgerichteter Politik sei. Die vielfältigen Handelsbeziehungen über Staatsgrenzen hinweg müssten auf dem Weg zu diesem Ziel erheblich eingeschränkt werden. Die romantische Vorstellung einer zeitstabilen völkischen Identität wird damit um die agrarromantische Idee der Versorgungsunabhängigkeit ergänzt.

Die völkische Ideologie wird identitätspolitisch in weiteren Einzelpunkten konkretisiert: Dem demographischen Problem einer Verringerung und einer Alterung der Bevölkerung in Deutschland, das in der Sprache des IIIW simplifizierend und polemisch als „drohender Volkstod“ bezeichnet wird, soll durch eine Förderung von Kinderreichtum entgegengewirkt werden (Pkt. 4). Ähnlich wie in Pkt. 7 geht es dabei um „die Erhaltung und Entwicklung der biologischen Substanz des Volkes“; damit sind ausschließlich Deutsche i.S. von Abstammungsdeutschen gemeint. Wie aus Sicht des IIIW mit den Teilen der Bevölkerung zu verfahren ist, die keine deutschen Eltern haben, geht aus Pkt. 4 hervor: Im Interesse der Erhaltung einer „nationalen Identität des deutschen Volkes“, wie oben gezeigt das höchste Ziel einer völkischen Politik, soll „die Überfremdung Deutschlands und der anhaltende Asylmißbrauch“ umgehend gestoppt werden. Da die Erhaltung der völkischen Substanz höchste Priorität hat, wird man die folgende Forderung lediglich als Eingangsstufe einer systematischen Deportationspolitik zu begreifen haben: „Kriminelle sowie dauerhaft erwerbslose Ausländer sind aus Deutschland stufenweise auszuweisen“ (Pkt. 4). Die Forderungen nach „Sozialer Gerechtigkeit“ werden ebenfalls nur „für alle Deutschen“ erhoben (Pkt. 6). Hier findet sich die Forderung nach „Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes“ – auch ein Jahr, nachdem ein entsprechendes Gesetz verabschiedet worden ist.¹²

Der völkische Grundton ist auch dort zu vernehmen, wo „der Austritt Deutschlands aus der NATO“ gefordert wird. Die Begründung hierfür ist nicht etwa der Versuch einer Reduzierung von militärischen Konflikten zugunsten nachhaltiger Friedenssicherungen, sondern der nationalistische Biologismus: „Kein deutsches Blut für fremde Interessen“ (Pkt. 8).

¹¹ Vgl. Youtube-Kanal www.youtube.com/channel/UCNsSlabgO9yAmufn2JLfWBw/about.

¹² Das Gesetz zur Regelung eines allgemeinen Mindestlohns (Mindestlohngesetz (MiLoG)) wurde vom Deutschen Bundestag am 11.8.2014 beschlossen. Der Mindestlohn in Höhe von 8,50 € ist seit 1.1.2015 zu zahlen. Vgl. www.gesetze-im-internet.de/bundesrecht/milog/gesamt.pdf.

Die Forderung nach einer „Stärkung der Bürger- und Freiheitsrechte“ (Pkt. 5) spricht sich gegen „die zunehmende Überwachung und Einschränkung der Bürger im privaten wie im öffentlichen Raum“ aus. „Gesinnungsparagrafen des Strafgesetzbuchs und Bespitzelungsbefugnisse des Staates“ sind dem IIIW ein Dorn im Auge. Diese Forderungen stehen im Gegensatz zu den anderen Programmzielen eines starken, wirtschaftsplanenden, rigoros strafenden und bevölkerungspolitisch steuernden Staates. In ihnen kommt die Abwehr gegen die Instrumente zum Ausdruck, mit denen die wehrhafte Demokratie Angriffe auf die politisch-rechtliche Ordnung beobachtet und ahndet. Sie sind nicht Ausdruck eines grundsätzlichen Liberalismus, sondern gehören zu dem Opfernarrativ, wie es für das Selbstverständnis völkischer Gruppierungen im demokratischen Rechtsstaat typisch ist: Die vermeintlich „aufrechten Deutschen“ werden vom „System“ verfolgt.

Die Forderung nach einer „friedliche(n) Wiederherstellung Gesamtdeutschlands“ in seinen Grenzen aus der zweiten Hälfte des 19. oder der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts (Pkt. 10: „Deutschland ist größer als die BRD“) gehört gleichfalls zur völkischen Selbstviktimisierung: Deutschland wird als Opfer seiner Feinde oder gar als „Opfer der Geschichte“ betrachtet; die geschichts-revisionistischen Ansprüche werden als legitimes Recht auf Wiederherstellung von historischer Gerechtigkeit dargestellt.



Anhänger des IIIW am 18. April 2015 in Brandenburg a.d.H.

Politische Ikonographie, Semantik und Stil

In seiner Selbstdarstellung verwendet der IIIW Zeichen und Symbole, die sich deutlich von den Signets anderer Parteien unterscheiden.¹³ Deren Logos bestehen in der Hauptsache aus Buchstaben in betont modernen Typographien, Signalfarben und geometrischen Figuren. Bildhafte Elemente weisen lediglich das Signet der CSU mit dem bayerischen Löwen, einer blauen Raute und einem grünen Bogen sowie die stilisierte blühende Sonnenblume der Grünen auf. Anders beim IIIW: Im Zentrum seiner Symbolik steht das römische Zeichen für die Zahl Drei, ergänzt durch einen Punkt, der die Kardinalzahl zu einer Ordinalzahl macht. Das Zahlzeichen ist vertikal überdehnt, so dass man darin auch drei antike Säulen sehen kann. In diese Richtung weisen die Selbstdeutungen, die ein „Drei-Säulen-Konzept“ beschreiben: politischer Kampf, kultureller Kampf und Kampf um die Gemeinschaft.¹⁴

Das Symbol der Partei ist die römische Drei in einer Eichenlaubkrone; Darstellungen dieser Krone finden sich von der Antike über Hitlers neue Reichskanzlei bis hin zur Werbung für einen islamfeindlichen Kongress unter der Forderung „Reconquista Europa“ im Oktober 2015.¹⁵ Mit der Eichenlaubkrone werden von alters her herausragende Heldentaten in kriegerischen Auseinandersetzungen gewürdigt. Eichenlaub gilt als Sinnbild für Standhaftigkeit, Treue und Heldenhaftigkeit. Zugleich wird es seit dem 18. Jahrhundert auch als Element der deutschen Nationalsymbolik verwendet.¹⁶ Damit werden zwei Referenzebenen eröffnet: Das antikisierende Zahlzeichen verweist auf die Autorität geschichtlicher Größe, die Eichenlaubkrone markiert den nationalistisch-völkischen Bezug. Geschichtliche Monumentalität und der deutsche Nationalismus werden in diesem Symbol repräsentiert.

¹³ Ein eigener „Materialvertrieb“ nimmt Bestellungen von Ansteckern, Flaggen und dgl. mehr entgegen.

¹⁴ Mit diesem Drei-Säulen-Konzept setzt sich der IIIW vom älteren Drei- bzw. Vier-Säulen-Konzept der NPD ab. Dieses bestand aus der „Schlacht um die Köpfe, der Schlacht um die Straße, der Schlacht um die Wähler und der Schlacht um den organisierten Willen“. Das Vier-Säulen-Konzept wurde auf dem NPD-Bundesparteitag im Oktober 2004 vorgestellt. Vgl. dazu „Deutsche Stimme“ 29 (2004), Nr. 11, S. 12. Dazu: Bergsdorf, Harald: Die Vier-Säulen-Strategie der neuen NPD, in: Deutschland-Archiv 41 (2008), H. 1, S. 14-19.

¹⁵ Vgl. zur „Corona Civica“: Schönberger, Angela: Die Neue Reichskanzlei von Albert Speer. Zum Zusammenhang von nationalsozialistischer Ideologie und Architektur, Berlin 1981, S. 90f.; Kongress-Werbung in: Deutsche Stimme 39 (2015), H. 10, S. 15.

¹⁶ Vgl. Wagner, Monika: Germania, in: Fleckner, Uwe/ Warnke, Martin/ Ziegler, Hendrik (Hg.): Politische Ikonographie. Ein Handbuch, München 2014, Bd. 1, S. 408-412. Durch Gemälde und Gedichte erfuhr das Eichenlaub v.a. in den Jahren der sog. Befreiungskriege eine erhebliche Popularisierung.

Ein anderes Parteisymbol, das 14-zählige Zahnrad mit mittig angeordnetem gekreuztem Hammer und Schwert, ist gleichfalls besonders interpretationswürdig. Um die Mittelscheibe sind in der oberen Hälfte in Großbuchstaben die Worte „national – revolutionär – sozialistisch“ angeordnet, in der unteren Hälfte „www.DER-DRITTE-WEG.info“, also die Adresse der Partei im Internet.

Die Verwendung der gekreuzten Kombination von Hammer und Schwert ist seit 1918 in Deutschland sowohl für Gruppierungen der Linken wie der Rechten nachgewiesen.¹⁷ Interpretieren lässt sich das Zeichen als ein Bündnis von Arbeiterschaft und Armee oder allgemeiner auch als Vision einer wehrhaften Volksgemeinschaft. Zeichen mit gekreuztem Hammer und Schwert wurden in den 1920er und 1930 Jahren in der völkischen Jugend verwendet, bei der Hitler-Jugend¹⁸ und bei dem Flügel der NSDAP, der sich egalitär und nationalrevolutionär verstanden hatte. Dafür standen die Brüder Gregor und Otto Straßer. Das Symbol ihres „Kampf-Verlag“ war die gekreuzte Kombination von Hammer und Schwert, bei manchen Publikationen in einem geschlossenen Ring, bei anderen freistehend.¹⁹ Dieses Zeichen des IIIW bedient sich damit einmal im Fundus der nationalrevolutionären Strömung, die sich ab 1930 in Opposition zur Hitler-Strömung in der NSDAP setzte. Mit dem Zahnkranz bzw. dem Zahnrad schließt man jedoch auch an die Symbolik einer NS-Organisation an: Ein 14-zähliges schwarzes Rad auf rotem Grund mit schwarzem Hakenkreuz auf weißer Mittelscheibe war das Zeichen der Deutschen Arbeitsfront (DAF) im nationalsozialistischen Deutschland. Das Zahnrad repräsentiert die Produktivität der Industrie und versinnbildlicht einen Glauben an den technischen Fortschritt. Dieses Zeichen darf heute – als Symbol einer verbotenen NS-Organisation – nicht öffentlich gezeigt werden.

Die Verbindung von Zahnrad und Hammer/ Schwert ist ein relativ junges Phänomen, das erstmals in den 1980er in rechtsextremen Szenen der alten

¹⁷ Vgl. Weißmann, Karlheinz: Schwarze Fahnen, Runenzeichen. Die Entwicklung der politischen Symbolik der deutschen Rechten zwischen 1890 und 1945, Düsseldorf 1991, S. 107-110, Tafel XXX. Die unterschiedlichen Anordnungen des Werkzeugs und der Waffe bleiben hier unberücksichtigt.

¹⁸ Vgl. Brandenburg, Hans-Christian: Die Geschichte der HJ. Wege und Irrwege einer Generation (2. Aufl.), Köln 1982, S. 37.

¹⁹ Die Anordnungen von Hammerkopf und Schwertgriff sind uneinheitlich. Vgl. Georg Straßer: Hammer und Schwert. Ausgewählte Reden und Schriften eines National-Sozialisten. Teil II: Kampf (2. Aufl.), Berlin, Lehnitz 1928, S. 1; Nationalsozialistische Briefe, hg. v. Gregor Straßer, 5 (1929) H. 8, Faksimile bei: März, Markus: Nationale Sozialisten in der NSDAP. Strukturen, Ideologie, Publizistik und Biographien des national-sozialistischen Straßer-Kreises von der AG Nordwest bis zum Kampf-Verlag 1925-1930, Graz 2010, Abb. 25 und 32, Dokument II, S. 621; Paetel, Karl O.: Nationalbolschewismus und nationalrevolutionäre Bewegungen in Deutschland. Geschichte, Ideologie, Personen (1918-1933) (1965), Schnellbach 1999, Bildtafel 25.

Bundesrepublik aufkam.²⁰ Es wurde sowohl von verschiedenen sog. „Freien Kameradschaften“, also parteiunabhängigen rechtsextremen Gruppierungen verwendet wie auch von Organisationen, die sich selbst als Partei verstanden. Ein 18-zähniges schwarzes Zahnrad auf rotem Grund mit schwarzer Schrift „FAP“ auf weißem Mittelfeld war das Zeichen der 1995 verbotenen Freiheitlichen Arbeiterpartei (FAP).²¹

Das Zahnrad-Zeichen des IIIW weist somit verschiedene historische Referenzebenen auf: Neben der NS-Bewegung vor 1933 und dem NS-Regime 1933-1945 ist dies die rechtsextreme Bewegung seit Mitte der 1980er Jahre. Interpretieren lässt sich das heutige Symbol als Ausdruck einer bewussten Entscheidung für die nationalsozialistische Tradition in ihren historischen („Straßer-Bewegung“) und zeitgenössischen Varianten („Freie Kameradschaften“).

Mit dem Anknüpfen an die „Schwarze Front“ Otto Straßers ist es möglich, eine Differenz zwischen der vermeintlich guten Idee eines nationalen Sozialismus und ihrer schlechten Verwirklichung durch das nationalsozialistische Regime zu entwerfen. Otto Straßer und andere „linke Leute von rechts“ repräsentieren in dieser Perspektive „die gute Idee“, an die heutige Rechtsextreme affirmativ anschließen. Die Schwarze Front wurde bereits Anfang Februar 1933 von den neuen Machthabern verboten und Otto Straßer flüchtete ins Ausland. Sein Bruder Gregor wurde am 30. Juni 1934 bei der Ausschaltung der SA ermordet.²² Wichtiger als die Unterschiede zwischen den verschiedenen Fraktionen des nationalen Sozialismus sind ihre Gemeinsamkeiten. Die Straßer-Brüder sind lediglich ein Beispiel dafür, dass auch völkische Nationalisten zu den Opfern Hitlers zählten: Otto Straßer hat nie einen Zweifel daran gelassen, dass seine Konzeption von Sozialismus eine Kampfansage an den Liberalismus und Individualismus ist, wie sie in Europa mit der Französischen Revolution wirkungsmächtig geworden sind. Straßers Sozialismus lebt von der Gewalt des Kollektivs, dem sich die Individuen unter allen Umständen unterzuordnen haben.²³ „Sozialismus“ im Sinne Otto Straßers ist nicht ein Gegen-

²⁰ Vgl. u. a. Agentur für soziale Perspektiven (ASP) (Hg.): Versteckspiel. Lifestyle, Symbole und Codes von neonazistischen und extrem rechten Gruppen (12. Aufl.), Berlin 2011, S. 4, 6, 10.

²¹ Vgl. Fahr, Margitta-Sybille: „Was steht an jedem Haus? – Ausländer raus!“ Rechtsextreme Ausdrucksformen und Bilderwelten. Ikonografie der Gewalt, Potsdam 2002 (Mobiles Beratungsteam Tolerantes Brandenburg, MBT), S. 61 f.

²² Vgl. Kohlstruck, Michael: Gerettete Idole? Albert Speer, Gregor und Otto Straßer, Rudolf Heß, in: Wolfgang Benz/ Peter Reif-Spirek (Hg.): Geschichtsmythen. Legenden über den Nationalsozialismus, Berlin 2003, S. 87-114.

²³ Vgl. Otto Straßer: Vorwort zu Richard Schapke, Die schwarze Front. Von den Zielen und Aufgaben und vom Kampf der Deutschen Revolution, Leipzig 1932, S. 5-7.

begriff zu „Nationalismus“, sondern zu „Individualismus“. Individualismus in der Wirtschaft bedeute Kapitalismus, in der Staatsordnung Liberalismus und in der Kultur Materialismus. Dem setzten die „Revolutionären Nationalsozialisten“ drei Positionen entgegen: in der Wirtschaft Sozialismus im engeren Sinne, im staatlichen Leben Nationalismus und auf dem Gebiet der Kultur Idealismus.²⁴

Neben der Interpretation der politischen Ikonographie verweist auch die Semantik des IIIW auf die 1930er und 1940er Jahre: Der IIIW bezeichnet die Formationen der untersten Organisationsebene – wie oben gezeigt – als „Stützpunkte“. Bei anderen Parteien heißen diese Einheiten Ortsverein oder -verband. Semantisch imaginiert IIIW damit eine krieglerische Situation. Ein Stützpunkt ist ein befestigtes Lager, aus dem heraus Angriffe in das Umland erfolgen. Während der Stützpunkt selbst fest in der eigenen Hand ist, wird das angrenzende Terrain noch vom Feind kontrolliert.

Faktisch verwendet der IIIW mit „Stützpunkt“ die gleiche Bezeichnung wie die NSDAP während ihrer sog. „Kampfzeit“ und der Regimezeit bis 1938. In der Hierarchie der Parteigliederungen rangierte der „Stützpunkt“ oberhalb von „Block“ und „Zelle“ auf der gleichen Ebene wie die „Ortsgruppe“. Während eine Einteilung in Ortsgruppen eher in Städten und Gebieten mit einem hohen Anteil von NSDAP-Mitgliedern üblich war, dominierte auf dem Lande und in Regionen mit einem geringen Organisationsgrad der Stützpunkt. Nach einer entsprechenden Anweisung des Reichsorganisationsleiters vom Mai 1938 wurden die Stützpunkte in Ortsgruppen überführt und die Bezeichnung verschwand künftig aus dem NSDAP-Organisationsdiagramm.²⁵ Nicht nur in der Benennung, auch im Merkmal der geringen Mitgliederzahl verwendet der IIIW „Stützpunkt“ in gleicher Weise.

Zu der propagierten nationalrevolutionären Orientierung gehört auch der antibürgerliche Affekt des IIIW. Man möchte mit Volksnähe überzeugen. „Wir sind nicht bürgerlich, sondern volksnah. Und das wollen wir auch auf die Straße tragen. Dies wollen wir unserem Volk auch zeigen.“²⁶ In der Rede von Maik Eminger bei einer Demonstration am 1. Mai 2015 in Saalfeld (Thüringen) wird konkretisiert, was mit „revolutionär“ gemeint ist: „Jahrzehnte lang

²⁴ Vgl. Gossweiler, Kurt: Die Strasser-Legende. Auseinandersetzung mit einem Kapitel des deutschen Faschismus. Berlin 1994, S. 67.

²⁵ Vgl. Reichsorganisationsleiter der NSDAP (Hg.): Organisationsbuch der NSDAP (3. Aufl.), München 1937, S. 127-129 und 1938 (5. Aufl.), S. 129-129; Tyrell, Albrecht: „Führer befiehlt ...“. Selbstzeugnisse aus der „Kampfzeit“ der NSDAP. Dokumentation und Analyse, Düsseldorf 1969, S. 245-247, 353.

²⁶ Website IIIW. Bericht über zwei Aufzüge am 18.4.2015. http://www.der-dritte-weg.info/index.php/menue/1/thema/69/id/5251/akat/1/infotext/Kundgebungen_und_Stuetzpunktgruendung_in_Brandenburg/Politik_Gesellschaft_und_Wirtschaft.html (5.1.2016).

hat das Bürgerliche in uns zugelassen, dass Millionen Fremde in unser Land eindringen konnten. Dadurch stehen wir heute am Rande unserer Existenz. Deshalb wollen wir nicht mehr bürgerlich sein, sondern radikal in unseren Forderungen und revolutionär im Handeln. Wir müssen alles Bürgerliche abschütteln, müssen es überwinden. Alle bürgerlichen Grenzen sprengen, um uns als ein geeintes Volk eine Zukunft zu erkämpfen.“²⁷

Imaginiert wird in dieser Rede eine Notwehr-Situation, eine Situation also, in der die üblichen („bürgerlichen“) Regeln außer Kraft gesetzt sind. Im Kampf gegen die „fremden Eindringlinge“ erhebt das deutsche Volk neu – nun als völkische Einheit. Die Forderung, „alles Bürgerliche abzuschütteln“ ist für den IIIW gleichbedeutend mit einer Absage an die Ordnung des Rechtsstaates und an zivile Umgangsformen; das ausstehende Handeln ist ein gewaltförmiges, eben revolutionäres Agieren. In diesem Kampf sollen die Unterschiede und Gegensätze, die charakteristisch für die plurale Gesellschaft sind, zugunsten eines in sich homogenen, organisch verstandenen Volkes aufgehoben werden.

Aktivitäten

Soweit die Aktivitäten des IIIW öffentlich bekannt sind, lassen sie sich in vier Kategorien einteilen. (1) Die parteiinternen Zusammenkünfte (Parteitage, Stützpunkt-Gründungen etc.) sind teilweise gesetzlich vorgeschrieben und dienen dem inneren Zusammenhalt. Teils sind sie im Begleitprogramm mit der Pflege von Geselligkeit und Brauchtum verbunden und beziehen Familienangehörige mit ein. (2) Mit der Beteiligung an Wahlen hält der IIIW den Anspruch auf den Parteistatus aufrecht. (3) Bei Kundgebungen und Demonstrationen stellt sich der IIIW öffentlich dar und wirbt für seine Positionen. Auch das Verteilen von Flugblättern und weiteren Werbematerialien dient diesem Zweck. Im Unterschied zu vielen anderen rechtsextremen Organisationen verteilt der IIIW Flugblätter mit weitgehend identischem Text bei verschiedenen Gelegenheiten und in unterschiedlichen Orten. (4) Der IIIW nutzt in starkem Maße das Internet für Publikationen und Selbstdarstellungen. Aus der Sicht der Akteure haben diese den strukturellen Vorteil eines günstigen Verhältnisses von Aufwand und Wirkung: Mit relativ leicht zugänglichen technischen Mitteln und einem geringen finanziellen Budget lassen sich Websites anlegen und Texte oder Videos einstellen. Die Beiträge sind

²⁷ Website IIIW. http://www.der-dritte-weg.info/index.php/menue/1/thema/69/id/5335/akat/1/infotext/Redebeitrag_von_Maik_Eminger_am_Arbeiterkampftag_in_Saalfeld/Politik_Gesellschaft_und_Wirtschaft.html (5.1.2016).

anschließend dauerhaft verfügbar, ohne dass es dazu eines kontinuierlichen Arbeitsaufwandes bedürfte. Rückschlüsse von Zahl und Umfang der Beiträge auf die Zahl der Mitarbeiter sind nicht möglich.

Internetpublikationen

Abrufbar sind über die Website des IIIW derzeit rd. 35 Videos. Das älteste Video vom 4. November 2013 zeigt eine nächtliche Versammlung, bei der zweier getöteter Mitglieder der rechtsextremen griechischen Partei Chrysi Avgi (Goldene Morgenröte) gedacht wird. Das nächste Video vom 7. November 2013 bezieht sich auf den sogenannten Heldengedenktag 2013; der Parteivorsitzende ruft zur Teilnahme an Veranstaltungen in Remagen und Wunsiedel auf. Weitere Videos setzen Aktivitäten des IIIW in Szene.²⁸

Auf der Website des IIIW sind drei Textpublikationen abrufbar. Mit der Auswahl ihrer Themen dokumentiert die Partei, welche Politikfelder ihr besonders wichtig sind. Die Titel der Broschüren: „Kein Asylantenheim in meiner Nachbarschaft! Wie be- bzw. verhindere ich die Errichtung eines Asylantenheims in meiner Nachbarschaft. Stand 08/ 2015“ (23 Seiten).²⁹ Das zweite Heft: „Leitfaden zum richtigen Umgang mit staatlichen Anquatschversuchen“ (9 Seiten). Und schließlich: „Achtung, Meinungsparagrafen! (Stand: 11/ 2015)“ (34 Seiten). Lediglich Flüchtlingsunterkünfte sind ein Thema, das in der Bevölkerung auf Interesse stoßen kann. Die beiden anderen Ausarbeitungen betreffen nur die Rechtsextremen selbst, die sich als Opfer von Nachrichtendiensten und einer ungerechten Gesetzgebung bzw. Strafverfolgung sehen. Bereits die Titelliste lässt erkennen, wie selbstbezogen diese Gruppierung operiert.

Feindbildproduktionen

Zu den festen Voraussetzungen des IIIW gehört die Behauptung, Flüchtlingsunterkünfte seien als solche eine starke Beeinträchtigung der Nachbarschaft. Die Broschüre gegen „Asylantenheime“ setzt fälschlicherweise als gegeben voraus, dass es „im Umkreis der Asylantenheime“ zu einer „erhöhten Lärmbelästigung“ und zu einer „zunehmenden Vermüllung“ komme. Ebenso wird pauschal ein „Anstieg der Kriminalität in den Ortschaften“ unterstellt, „in denen Asylanten untergebracht sind“ (S. 6). Auf Basis dieser pauschalen Ab-

²⁸ Die Aktivitäten des IIIW in den digitalen Kommunikationsnetzen wurden nicht ausgewertet.

²⁹ Hinsichtlich der aufgeführten Gerichtsentscheidungen ist der Bearbeitungsstand nicht wie angegeben August 2015, sondern Dezember 2014 (S. 22 f.).

lehnung werden den Lesern organisatorische und juristische Hinweise zur Gründung von Bürgerinitiativen gegeben und dargestellt, wie eine entsprechende Öffentlichkeitsarbeit auszurichten sei.

Die Broschüre enthält einige Informationen zum Asylverfahren und zur Genfer Flüchtlingskonvention. Die Darstellung ist allerdings teilweise sachlich unzutreffend. So wird etwa das Recht auf Freizügigkeit innerhalb der EU unterschlagen, so dass der Text auch Unionsbürger zu den Asylbewerbern zählt (S. 4). Die Zuwanderung aus wirtschaftlichen Gründen wird auf diese Weise mit der Flüchtlingsmigration vermischt. Die Unterbringung von Flüchtlingen in Einzelwohnungen (anstelle von Sammelunterkünften) wird diskreditiert und polemisch als „luxuriös dezentral“ bewertet (S. 5). Die Botschaft der Broschüre ist die pauschale Ablehnung von Flüchtlingen und anderer Zuwanderern. Sie geht unmittelbar auf die völkische Ideologie und die politische Programmatik des IIIW zurück.

Die pauschale Ablehnung von Flüchtlingen ist auch die Botschaft einer interaktiven Deutschland-Karte auf der Website des IIIW. Auf dieser Karte sind die Standorte von Flüchtlingsunterkünften markiert und teilweise mit Adresenangaben oder der Zahl der Bewohner ergänzt. Die Überschrift verdeutlicht, mit welcher Absicht diese Karte angelegt wurde: „Kein Asylantenheim in meiner Nachbarschaft!“ und „Bitte melden Sie geplante oder schon erbaute Asylantenheime aus Ihrer Region an folgende Adresse“.³⁰ Über diese Karte wurde im Juli 2015 in den Medien kritisch berichtet; sie ist nach wie vor abrufbar.

Die mit dieser Karte verbundene Botschaft einer radikalen Ablehnung von Flüchtlingen scheint in einigen Fällen auch praktische Folgen gezeitigt zu haben. Das ARD-Magazin „Report Mainz“ hatte Anfang August 2015 gemeldet, in einigen Fällen von Brandstiftungen auf Gebäude, die als Flüchtlingsunterkünfte vorgesehen waren, bestehe der Verdacht einer Beteiligung des IIIW. Konkret wurden dazu Limburgerhof (Rhein-Pfalz-Kreis, Rheinland-Pfalz) und Reichertshofen (Landkreis Pfaffenhofen, Bayern) gerechnet.³¹ Zudem werden auf den Internetseiten des IIIW Brandstiftungen gebilligt, die vorgesehene Flüchtlingsunterkünfte beschädigen.³²

³⁰ Website IIIW. www.der-dritte-weg.info/index.php/menue/1/thema/5598/Kein_Asylantenheim_in_meiner_Nachbarschaft.html/Kein_Asylantenheim_in_meiner_Nachbarschaft.html.

³¹ Blick nach Rechts, 22.9.2015, www.youtube.com/watch?v=ZuyfxuaSCLI.

³² Vgl. tagesschau24 vom 4.8.2015, www.swr.de/report/drahtzieher-des-hasses-wie-der-iii/-/id=233454/did=15854616/nid=233454/1icitk0/index.html; www.swr.de/report/drahtzieher-des-hasses-wie-der-iii/04/-/id=233454/did=15854616/mpdid=15949318/nid=233454/8w6568/index.html.

Ausschließlich an die eigenen Parteimitglieder und Anhänger richtet sich die Broschüre zum Umgang mit „staatlichen Anquatschversuchen“. Die einzige Opposition, „die dem System unangenehm ist und deshalb bekämpft wird“ sei „die nationale Opposition“ (S. 3). Von daher hätten Anhänger des IIIW mit Anwerbeversuchen von Verfassungsschutz und Polizei zu rechnen. Die Broschüre will auf die Möglichkeit solcher Kontakte aufmerksam machen und die potentiell Angesprochenen zu einem abweisenden Verhalten ermutigen. Moralische Appelle an den hohen Wert von Treue und Ehre und politische Verhaltenshinweise dienen diesem Vorhaben. Aufgerufen wird zu einem disziplinierten Kommunikationsverhalten und zur Veröffentlichung erfolgter Anwerbeversuche. Der Umgang mit enttarnten V-Leuten aus der NPD und den sog. „Freien Kräften“ werden als negative Beispiele für einen inkonsequenten Umgang angeführt. Der IIIW fordert demgegenüber einen unnachsichtigen und harten Kurs: „Wer spitzelt, akzeptiert Lüge und Verrat und nimmt sich damit selbst die Ehre. Für ehrlose Lumpen aber ist bei uns kein Platz!“ (S. 8)

Ein letztes Beispiel für die Feindbildproduktion des IIIW ist ein Flugblatt, das über die Startseite abgerufen werden kann. Darin ruft der IIIW zu einem Boykott von Waren aus Israel auf. Ein Link führt außerdem zu einer weiteren Website, auf der sich „eine Liste von kapitalistischen Unternehmen“ findet, „welche die zionistische Raubstaatenpolitik Israels aktiv unterstützen“, so das Flugblatt. In der Begründung des Boykottaufrufs wird Israel als ein illegitimes „zionistisches Gebilde“ und als „widernatürliches Raubstaat-Gebilde“ bezeichnet. Der Boykott richtet sich damit gegen die Staatlichkeit Israels als solche. Die abwertende Terminologie des Flugblatts, die Israel etwa als „das zionistische Geschwür im Nahen Osten“ bezeichnet, dokumentiert, dass es hier um den systematischen Aufbau eines Feindbildes geht, nicht etwa um eine differenzierte politische Bewertung und Parteinahme im Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern. Die Delegitimierung des Staates Israel und die pauschale Bezeichnung der israelischen Politik als „zionistisches Terror-Regime“ operieren auf der moralischen Ebene. In diesem polarisierenden Bild wird Israel auf die Seite des „Bösen“ gestellt, so dass jede Möglichkeit, bei der Betrachtung des Nahostkonflikts auch israelische Perspektiven einzubeziehen, als moralisch verwerflich erscheinen muss. Diejenigen Leser des Flugblatts, die „Israel“ weniger als Ausdruck „des Zionismus“ und mehr als „typisch jüdisch“ verstehen wollen, können in ihrer Interpretation „Israel“ mit „jüdischem Staat“ gleichsetzen. Sowohl der antizionistische Wortlaut des Textes wie eine solche antisemitische Interpretation resultieren in einer pauschalisierenden und homogenisierenden Feinddarstellung.

Entwicklungen in Brandenburg

Im Rückblick auf das Jahr 2014 befand der Verfassungsschutz Brandenburg, dass der IIIW „über keine Strukturen, jedoch über vereinzelte Anhänger“ verfügt.³³ Am Aufbau von „Strukturen“ hat der IIIW seitdem gearbeitet, die Zahl seiner Anhänger ist gleichwohl gering und wird seitens des Brandenburgischen Innenministeriums mit etwa 25 angegeben.³⁴

Ende Januar 2016 existierten in Berlin/ Brandenburg vier „Stützpunkte“.³⁵ Der „Stützpunkt Berlin“ („... umfasst die Stadt Berlin und ihr Umland“), der „Stützpunkt Uckermark“ („... umfasst den Landkreis Uckermark und alle Landkreise, die oberhalb [gemeint ist: nördlich, dV] von Berlin liegen“) und der „Stützpunkt Potsdam/ Mittelmark“ („Die Mittelmark ist ein geographischer Begriff, der sich auf das Kerngebiet der Mark Brandenburg bezieht und liegt in der Mitte zwischen den beiden ehemals brandenburgischen Landschaften Altmark und Neumark“).³⁶ Zuletzt wurde am 9. Januar 2016 – so die Selbstdarstellung – der „Stützpunkt Mittelmark/ Havel“ gegründet. Er umfasst die gesamte Havelregion der Mittelmark.³⁷ Gleichfalls am 9. Januar 2016 wurde der „Gebietsverband Mitte“ gegründet, der die Bundesländer Berlin, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen umfasst. Die Bezeichnung „Mitte“ bezieht sich auf das geschichtsrevisionistische Konzept des IIIW, demzufolge das Gebiet der neuen Bundesländer als „Mitteldeutschland“ und die früheren deutschen Ostgebiete als „Ostdeutschland“ bezeichnet werden. Leiter des Gebietsverbandes ist Matthias Fischer (Brandenburg), stellvertretender Leiter Tony Gentsch (Sachsen).

³³ Verfassungsschutzbericht Brandenburg 2014, S.50, Internetausgabe www.verfassungsschutz.brandenburg.de/media_fast/4055/VS_B_2014_web.pdf (28.1.2016).

³⁴ Antwort der Landesregierung auf eine Parlamentarier-Anfrage, LT-Drs. 6/2487, Ausgabe: 9.9.2015; www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/parlادoku/w6/drs/ab_2200/2239.pdf.

³⁵ Die folgende Darstellung stützt sich u. a. auf die Beobachtungen der regionalen Mobilien Beratungsteams, die im Rahmen des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“ (TBB) arbeiten. Vgl. auch den Beitrag von Nicola Scuteri in diesem Band.

³⁶ Website IIIW www.der-dritte-weg.info/index.php (5.1.2016).

³⁷ Website IIIW www.der-dritte-weg.info/index.php/menue/1/thema/69/id/6067/akat/1/in-fotext/Stuetzpunkt_Mittelmark_Havel_gegruendet/Politik_Gesellschaft_und_Wirtschaft.html (15.1.2016).

Typische Aktivitäten

Das für die Bundesebene dargestellte Spektrum von Aktivitäten lässt sich auch in Brandenburg beobachten: Verteilen von Flugblättern und Aufklebern, Organisation und Teilnahme an Demonstrationen mit den beschriebenen Symbolen des IIIW sowie Redebeiträgen von Anhängern des IIIW. Einige markante Stationen der Entwicklung seien im Folgenden skizziert.³⁸

Am 5. Dezember 2014 berichtet die Website „Gegenrede“, dass in Schwedt fremdenfeindliche Flugblätter der Partei in Briefkästen verteilt worden seien. Auch im Januar und den Folgemonaten 2015 wurden Kleinaufkleber (sog. „Spuckis“) und Flugblätter zu den Themen Flüchtlinge und Europa in Schwedt und Angermünde beobachtet, im Mai 2015 Plakate und Aufkleber in Cottbus. Im Sommer 2015 fielen „Spuckis“ in und vor Schulen in der Uckermark auf.

Am 25. Oktober 2014 fand in Brandenburg a. d. H. eine NPD-Kundgebung statt. Hier nehmen bereits Anhänger der Partei teil, der sächsische Funktionär Rico Döhler trat ebenso als Redner auf wie Maik Eminger als Aktivist der Gefangenenhilfe. Dem Vernehmen nach wurden hier auch „Flugblätter mit lokalem Bezug gegen Asylbewerber“ verteilt und angekündigt, auch „in Brandenburg aktiver zu werden.“³⁹

Am 14. Februar 2015 trat Eminger als einer der Hauptredner bei einer Demonstration des IIIW („Ein Licht für Dresden“) in Wunsiedel auf. Und schließlich meldete er für den 21. Februar 2015 die erste IIIW-Demonstration im brandenburgischen Eisenhüttenstadt an („Ausländerstopp – für die Zukunft deutscher Familien“).

Diese erste öffentliche, im Namen der Partei IIIW durchgeführte Veranstaltung, wurde hauptsächlich vom IIIW beworben. Beteiligt waren NPD- und Freie Kräfte-Anhänger. Pascal Stolle hielt einen Redebeitrag.⁴⁰ „Maik Eminger aus Grabow (Landkreis Potsdam-Mittelmark), Anmelder der Veranstaltung, trat anschließend in den Vordergrund, ordnet die Reihen und dirigierte die Banner- und Fahnenträger, so dass sie die richtige Propagandapose bildeten. Anschließend eröffnet Manuel Schmidt aus Kloster Lehnin (ebenfalls Landkreis Potsdam-Mittelmark) mit einem Einleitungsmonolog die Veranstaltung.

³⁸ Eine Übersicht über Aktivitäten des IIIW in Brandenburg (Stand: 1.8.2015) aus Sicht des Ministeriums des Innern und für Kommunales findet sich in der bereits zitierten Landtagsdrucksache. Vgl. Fußnote 34.

³⁹ Website Gegenrede. Informationsportal gegen Rechtsextremismus, für Demokratie. [http://www.gegenrede.info/index.php?num=3&paths=news/2015/\(20.9.2015\)](http://www.gegenrede.info/index.php?num=3&paths=news/2015/(20.9.2015)).

⁴⁰ Presseservice Rathenow. <https://presseservicern.wordpress.com/2015/03/04/bad-belzig-npd-stadtrat-wechselt-zum-dritten-weg-neonazistische-kleinpartei-will-nach-brandenburg-expandieren/> (20.9.2015).

Unmittelbar danach ist aber wieder Maik Eminger [...] am Mikrophon und erklärt, dass er hier als Einzelperson stehe bzw. keine Partei symbolisiere und für keine Organisation rede. Eine sehr bescheidene Auskunft. Es drängt sich nämlich eher der Eindruck auf, dass er eine führende Figur der militanten Rechten ist und seine Jünger hier versammelt hat.⁴¹



Abb. III. Weg: Transparent: Asylflut stoppen, 21. Februar 2015, Eisenhüttenstadt

Pascal Stolle verkündete am 24. Februar 2015 seinen Wechsel zum IIIW. Er legte in diesem Zusammenhang seinen Sitz in der Stadtverordnetenversammlung von Bad Belzig nieder, den er für die NPD innehatte.⁴²

Bei einer Demonstration in Wittstock (Landkreis Ostprignitz-Ruppin) am 28. März 2015 war der IIIW treibende Kraft. Maik Eminger sei hier „der organisatorische Dreh- und Angelpunkt der Veranstaltung“ gewesen. „Er bestimmte den kompletten Verlauf des Aufmarsches, er heizte neben dem Wittstocker

⁴¹ Presseservice Rathenow. www.flickr.com/photos/presseservice_rathenow/sets/72157650562428768/with/15991611713/.

⁴² <https://presseservicern.wordpress.com/2015/03/04/bad-belzig-npd-stadtrat-wechselt-zum-dritten-weg-neonazistische-kleinpartei-will-nach-brandenburg-expandieren/>. Vgl. dazu den Beitrag von Susanne Kschenka in diesem Band.

Neonazi-Kader Sandy „Lui“ Ludwig die Stimmung während des Laufens an und hielt Reden auf der Zwischenkundgebung am Wittstocker Markt. Von den fünf Redner*innen auf dem Aufmarsch, von dem Anmelder, der die Auflagen verlesen hat abgesehen, kamen drei Funktionäre der Kleinstpartei zu Wort.“ Darunter Stolle und Fischer.⁴³ Fischer trat damit „das erste Mal in Brandenburg öffentlich in Erscheinung.“⁴⁴

Am 18. April 2014 wurden gleich zwei Kundgebungen in Werder (Landkreis Potsdam-Mittelmark) und in Brandenburg a.d.H. durchgeführt. Maik Eminger verkündete die Gründung des Stützpunkts „Potsdam/Mittelmark“ in Brandenburg. Als weiterer Redner trat Pascal Stolle auf.⁴⁵

Bei einer am 25. April 2015 von „Freien Kräften“ organisierten Demonstration in Frankfurt (Oder) unter dem Motto „Gegen die Überfremdung unseres Volkes“ stammten die beiden einzigen Redebeiträge wiederum von Eminger und Stolle.⁴⁶

Am 1. August 2015 fanden in Zossen (Landkreis Teltow-Fläming) und Damsdorf (Landkreis Potsdam-Mittelmark) zwei Kundgebungen unter dem Motto „Ausländerstopp – für die Zukunft deutscher Familien“ statt.⁴⁷ Das im Februar 2015 in Eisenhüttenstadt verwendete Motto wurde erneut bemüht. „Hauptakteur war einmal mehr Maik Eminger“, Redebeiträge lieferte darüber hinaus u. a. Parteigänger Manuel Schmidt.⁴⁸

Neben der Organisation, Teilnahme und aktiven Ausgestaltung weiterer Kundgebungen und Demonstrationen lässt sich beobachten, dass Anhänger des IIIW versuchen, an Einwohnerversammlungen zum Thema Flüchtlingsunterbringung teilzunehmen. Teilweise gelang ihnen dies in der Vergangenheit (etwa in Schwedt im Juli 2015), teilweise wurden sie als erkennbare Nicht-Einwohner abgewiesen (etwa in der Gemeinde Kloster Lehnin im Juni 2015).⁴⁹

⁴³ Website Infortiot. Alternative Termine und News für Brandenburg. www.infortiot.de/erneut-200-bei-neonaziaufmarsch-in-wittstockdosse/ (20.9.2015).

⁴⁴ Website Gegenrede. Informationsportal gegen Rechtsextremismus, für Demokratie. www.gegenrede.info/index.php?num=3&paths=news/2015/.

⁴⁵ Presseservice Rathenow. presseservicern.wordpress.com/2015/04/18/mittelmark-neonazipartei-der-dritte-weg-grundet-ersten-stutzpunkt-in-brandenburg-partieveranstaltungen-in-werder-havel-und-brandenburg-an-der-havel-mobilisierungskundgebungen/.

⁴⁶ Website Linksunten. <https://linksunten.indymedia.org/de/node/143923>.

⁴⁷ Vgl. die Selbstdarstellung auf der rechtsextremen Website „Licht und Schatten. Gedanken einer neuen Zeit“. <http://www.lichtschatten.info/index.php?action=text&textid=124&kategorieid=1> (28.1.2016).

⁴⁸ Vgl. Presseservice Rathenow <https://presseservicern.wordpress.com/2015/08/01/zossen-damsdorf-proteste-gegen-kundgebungstour-des-iii-weges/>.

⁴⁹ Vgl. Presseservice Rathenow https://m.flickr.com/#/photos/presseservice_rathenow/albums/72157654709642355/.

Auch in Brandenburg: Feindbild-Produktion

Im Oktober 2015 wurde u. a. in Neuruppin ein Flugblatt verteilt: „Kein Asylantenheim in meiner Nachbarschaft – auch nicht in Ostprignitz/ Ruppin!“

Auf der Vorderseite ist ein Foto sitzender und stehender Personen zu sehen, bei denen es sich wohl um Flüchtlinge handeln soll, am Fuß der Rückseite finden sich die Kontaktdaten des IIIW und die Aufforderung, über die bundesweit gültige „Hauptadresse“ in Kontakt zu treten: „Gemeinsam gegen Überfremdung und Asylbetrug!“ Der Text des Blattes führt frei zugängliche Informationen zur Entwicklung der Flüchtlingszahlen und zur Anerkennungsquote in den Jahren 2013 bis 2015 auf sowie eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom Juli 2012 zu der materiellen Versorgung von Asylbewerbern. Die zweite Seite enthält nach einer einseitigen und pauschalisierenden Aufzählung angeblicher Nachteile, die mit der Einrichtung von Flüchtlingsunterkünften im räumlichen Umfeld verbunden seien, das Angebot des IIIW, diejenigen zu unterstützen, die sich der Einrichtung von Flüchtlingsunterkünften entgegenstellen. Dazu wird auf die Webadresse verwiesen, über die man die Schrift „Kein Asylantenheim in meiner Nachbarschaft!“ abrufen kann.

Die Zuspitzung und Instrumentalisierung von möglichen Problemen, die im Umfeld von Flüchtlingsunterkünften auftreten können, das vollständige Fehlen von Informationen zur Rechtslage sowie der Aufruf zu „Kampf“ und „Widerstand“ sind deutliche Hinweise darauf, dass es dem IIIW um prinzipiell andere Ziele geht als die Einbindung von Anwohnern in Prozesse der Entscheidung über Unterkunftsstandorte. Bestätigt wird dies im letzten Teil des Textes. Dort wird nicht nur unterstellt, dass „die herrschende Klasse an ihrer Einwanderungs- und Überfremdungspolitik festhält“, sondern auch die „Einführung eines Ausländerrückführungsprogramms, insbesondere für arbeitslose und straffällig gewordene Ausländer“ gefordert. Damit wird zum einen behauptet, dass wir es seit Sommer 2015 nicht mit einer Krise der nationalen und europäischen Flüchtlingspolitik zu tun haben, sondern mit den Folgen einer Politiker-Strategie, die gezielt auf eine Überfremdungspolitik ausgerichtet sei. Dabei handelt es sich um eine altbekannte verschwörungslogische Behauptung, die den Politikern einen Verrat am eigenen Volk vorwirft. Zum Anderen wird das Thema erweitert: Nun ist nicht mehr von Asylbewerbern und anderen Flüchtlingen die Rede, sondern von einem generellen „Rückführungsprogramm“ für „Ausländer“, wobei eine Teilgruppe zusätzlich besonders hervorgehoben wird. Das ist das – letztlich völkisch begründete – Plädoyer für eine Reinhaltung des deutschen Volkes und für die Ausgrenzung und Deportation von „Volksfremden“.

Als einzige Urheber einer „imperialistischen Kriegstreiberei [...], welche vielfach Flüchtlinge hervorruft“ werden lediglich die USA und Israel benannt. Darin wird deutlich, dass es dem IIIW nicht um die Analyse realpolitischer Kräftekonstellationen geht, sondern um die Bekräftigung eines feststehenden Weltbildes. Diese vereinfachende Zuschreibung weltpolitischer Verantwortlichkeit dokumentiert: Hier werden Feindbilder konstruiert, an sachbezogenen Erklärungen oder pragmatischen Handlungsempfehlungen ist man nicht interessiert.

Der IIIW betreibt die Konstruktion und die Verbreitung von Feindbildern. Damit sind Darstellungen von Gruppen, Völkern oder Staaten gemeint, die diese insgesamt und unbedingt abwerten. Ein Element ist die Zuschreibung von standardisierten und stereotypen negativen Eigenschaften. Feindbilder vereinfachen und entdifferenzieren, indem sie ein einheitliches, ein monolithisches Bild des vorgestellten Feindes vorstellen. „Das Denken in Feindbildern will nicht verstehen, sondern klassifizieren.“⁵⁰ Andere als Feind darzustellen, heißt, sie gesellschaftlich auszuschließen. Die soziale Gefahr von Feindbildern besteht darin, dass sie Gewalttätigkeiten erleichtern und legitimieren können.

Personal

In der öffentlichen Selbstdarstellung des IIIW lässt sich eine bestimmte Strategie identifizieren: Einige wenige Personen treten namentlich in Erscheinung, die anderen Mitglieder, Fördermitglieder und Anhänger versuchen, ihre Identität nicht preiszugeben. Ein Interview, das auf der Website des IIIW abrufbar ist, wird mit einer männlichen Person geführt, die lediglich einen Vornamen nennt; auf den veröffentlichten Fotos von parteiinternen Zusammenkünften sind die ohnehin namentlich Bekannten zu sehen, während alle anderen Gesichter technisch unkenntlich gemacht wurden; auf einem Foto anlässlich eines geselligen Zusammentreffens in Oberprex (Regnitzlosau, Landkreis Hof) posieren drei Funktionäre mit dem Gesicht zur Kamera, während alle anderen Teilnehmenden den Rücken zeigen.⁵¹ Matthias Fischer, Tony Gentsch

⁵⁰ Vgl. Reichardt, Sven: Feindbild und Fremdheit. Bemerkungen zu ihrer Wirkung, Bedeutung und Handlungsmacht, in: Ziemann, Benjamin (Hg.): Perspektiven der Historischen Friedensforschung, Essen 2002, S. 250-271, bes. 250f. und 270f.

⁵¹ Website IIIW. www.der-dritte-weg.info/index.php/menue/1/thema/69/id/4549/anzeigenmonat/07/anzeigejahr/2014/infotext/Sonniges_Fest_in_Oberprex/akat/1/such_0/Kreisverband/Politik_Gesellschaft_und_Wirtschaft.html.

und Rico Döhler sind – neben Robin Liebers, Rene Teufer und Klaus Armstroff – als Mitglieder des Bundesvorstandes oder durch öffentliche Auftritte bekannt. Erklärtermaßen versucht der IIIW, eine kleine Gemeinschaft von überzeugten Anhängern einer völkischen Weltanschauung aufzubauen, die als verlässliche Basis für seine radikale Politik dient. In diese Richtung weisen die Einbindung von Kindern und Ehepartnern sowie die Programmatik gelebter Gemeinschaftlichkeit und Brauchtumpflege. Zum Umfang der mit dem IIIW verbundenen alltagsweltlichen Milieus liegen keine Zahlen vor. In das Konzept einer völkisch-weltanschaulich gefestigten und lebensweltlich verbundenen Kampfgemeinschaft passt sich eine traditionelle Rollenverteilung zwischen Männern und Frauen gut ein. In der ersten, der „gefährlichen“ Reihe stehen nur Männer; sie repräsentieren die Partei nach außen, sie treten gegenüber Behörden auf und sie sprechen bei öffentlichen Anlässen. Wer gehört in Brandenburg zu diesen Männern?

Matthias Fischer (* 1977 in Templin), ist im Sommer 2014 von Franken in die Uckermark gezogen.⁵² Bereits Anfang der 2000er Jahre zählte Fischer zu den richtungsweisenden Aktivisten in der Nazigruppe „Nationalisten Nürnberg“. Er war der presserechtlich Verantwortliche für das Szeneorgan „Landser“. Fischer gehört seit langem schon verschiedenen rechtsextremen Organisationen und Vereinigungen an.⁵³ Er war Führungsfigur der „Anti-Antifa Nürnberg“, Mitbegründer der „Fränkischen Aktionsfront“ (F.A.F.), die 2004 vom bayrischen Innenminister verboten wurde. Zwischen 2004 und 2008 war Fischer Mitglied der NPD und Mitglied im Landesvorstand. Er kandidierte bei der Bundestagswahl 2005 für den Wahlkreis Fürth und erreichte 2,4 Prozent. Bei der Landtagswahl in Bayern 2008 trat er auf Listenplatz 2 für die NPD an. Ebenfalls 2008 versuchte er vergebens, in den Stadtrat von Fürth gewählt zu werden. Die „Deutsche Stimme“ berichtete im März 2006, Fischer habe in dieser Eigenschaft am 11. Februar 2006 in Budapest an einer Veranstaltung zum Gedenken der Verteidiger der Stadt im Zweiten Weltkrieg teilgenommen.⁵⁴ Am 15. März 2007 zeigte das ARD-Fernsehmagazin Panorama geheime Aufnahmen von einem Treffen zur Ehrung gefallener SS-Angehöriger in Budapest. An dem Treffen nahm unter anderem der damalige NPD-Bundesvorsitzende Udo Voigt teil. Bei der dazugehörenden Musikveranstaltung kam es zu antisemitischen und rassistischen Ausfällen. Die Mitglieder des Kaders

⁵² Vgl. Hartl, „Der III. Weg“, S. 19 (Fußnote 1).

⁵³ Vgl. zum Folgenden: http://blog.zeit.de/stoerungsmelder/2014/07/12/die-bayerische-neonaziszene-verliert-einen-fuehrenden-kopf_16687 (2.1.2016).

⁵⁴ Leonidas-Taten der Moderne. Heldengedenken in Budapest, in: Deutsche Stimme 31 (2006), Nr. 3, S. 13.

der NPD, Norman Bordin und Matthias Fischer, waren auf den Aufnahmen mit „Heil-Hitler“-Rufen zu sehen. Fischer war maßgeblich an den Aufmärschen im oberfränkischen Gräfenberg beteiligt.⁵⁵ Dort versuchten Neonazis jahrelang ein revisionistisches „Heldengedenken“ am lokalen Kriegerdenkmal abzuhalten. Letztlich scheiterten sie am kontinuierlichen Engagement der zivilgesellschaftlichen Gegenkräfte. Fischer gehörte zu den Führungspersonen des am 23. Juli 2014 verbotenen „Freien Netz Süd“ (FNS) in Bayern.⁵⁶ Er wurde u. a. wegen Körperverletzung und Volksverhetzung zu Freiheits- und Geldstrafen verurteilt.⁵⁷

Neben Fischer tritt in Brandenburg Pascal Stolle (* 1977) für den IIIW in Erscheinung. Stolle war im Umfeld von Neonazi-Gruppen wie der „Division Belzig“ und der „Kameradschaft Hoher Fläming“ aktiv. Zudem war er Anführer der mittlerweile inaktiven Kameradschaft „Preußischen Aktionsfront“ aus Bad Belzig.⁵⁸ Ebenso wie Fischer ist Stolle wegen Gewaltkriminalität vorbestraft. „Vor seiner politischen Karriere im vergangenen Jahrzehnt war Stolle übrigens für mehrere Jahre in einer Justizvollzugsanstalt inhaftiert, weil er 1997 mit weiteren Gesinnungsgenossen Mitglieder einer Punk Band in Pritzwalk (Landkreis Prignitz) überfallen und brutal misshandelt hatte.“⁵⁹ Stolle war einer der führenden regionalen Köpfe der „Fläming Front Belzig“ und bis Ende Februar 2015 NPD-Stadtverordneter.⁶⁰ Im Sommer 2015 wurde er vom Amtsgericht in Brandenburg a. d. H. wegen des öffentlichen Zeigens von Zeichen einer verfassungswidrigen Organisation zu einer Geldstrafe verurteilt.

Schließlich ist Maik Eminger (* 1979 in Johanngeorgenstadt) ein weiterer Repräsentant.⁶¹ Gemeinsam mit seinem Zwillingbruder baute er um die Jahrtausendwende die „Weiße Bruderschaft Erzgebirge“ auf. Sie gaben das Szenemagazin *The Aryan Law & Order* heraus, in dem sie über rasse-

⁵⁵ Vgl. Jusos in der SPD/ Endstation Rechts (Hg.): Verfassungsfeinde im Parlament. Die NPD im Landtag von M-V. (2. Aufl.), Schwerin 2012, S. 48.

⁵⁶ Verfassungsschutzbericht Brandenburg 2014, S. 90 (Fußnote 33).

⁵⁷ Argumente. Netzwerk antirassistischer Bildung e.V. (Hg.): Braune Soß aus Franken. Strukturen der Neonazis und extrem Rechten in Mittel- und Oberfranken und der Widerstand dagegen, Fürth/ Berlin 2011, S. 29; Hartl, Johannes: „Heldengedenken“ mit Nachspiel, in: Blick nach Rechts, 2.12.2015.

⁵⁸ Website Aktionsbündnis Brandenburg. www.aktionsbueundnis-brandenburg.de/vom-knastbruder-zum-kommunalen-ruder-pascal-stolle, 16.5.2014.

⁵⁹ Presseservice Rathenow <https://presseservicern.wordpress.com/2015/03/04/bad-belzig-mpd-stadtrat-wechselt-zum-dritten-weg-neonazistische-kleinpartei-will-nach-brandenburg-expandieren/> (29.1.2016).

⁶⁰ Verfassungsschutz-Bericht Brandenburg 2014, S. 85 (Fußnote 33).

⁶¹ Vgl. Hartl, „Der III. Weg“, S. 19 (Fußnote 1); Die Zeit Nr. 16, 17.4.2013, www.zeit.de/2013/16/nsu-helfer-eminger-zwillinge.

nideologische Themen schrieben, Skin-Bands interviewten und Bücher besprachen. Dazu gehörte der in Deutschland inzwischen verbotene Roman *Die Turner-Tagebücher*, in dem der amerikanische Nationalsozialist William Pierce empfiehlt, Konflikte zu ethnisieren und durch gezielte Verbrechen kleiner Gruppen anzuheizen. 2002 löste sich die „Bruderschaft“ auf, Eminger ging nach Niedersachsen und bewegte sich im Umfeld von „Blood & Honour“ sowie der „Artgemeinschaft Germanische Glaubensgemeinschaft weensgemäßer Lebensgestaltung“ des rechtsextremen Anwalts Jürgen Rieger (1946-2009). 2005 zog er mit seiner Familie nach Brandenburg. Seit 2008 lebt er im Landkreis Potsdam-Mittelmark. 2008 war er Stützpunktleiter der „Jungen Nationaldemokraten“ der Jugendorganisation der NPD. Das Amtsgericht Brandenburg a. d. H. verurteilte Eminger am 10. September 2015 wegen Volksverhetzung, da er „während einer NPD Kundgebung am 23. Februar 2014 in Bad Belzig (Landkreis Potsdam-Mittelmark) einen Redebeitrag mit strafbewehrten Inhalten gehalten“ hatte. Das Gericht sah den Straftatbestand der Volksverhetzung als erwiesen an. Das Urteil: eine Freiheitsstrafe von sechs Monaten, ausgesetzt zu zwei Jahren auf Bewährung sowie eine Geldbuße.⁶²

Die drei Vertreter des IIIW in Brandenburg schauen auf langjährige Aktivitäten in rechtsextremen Organisationen und Bewegungen zurück. Dort haben in wechselnden Konstellationen Erfahrungen im Umgang mit staatlicher Verfolgung und zivilgesellschaftlichen Gegenkräften gesammelt. Ihre bisherige politische Laufbahn lässt es sehr unwahrscheinlich erscheinen, dass sie außerhalb rechtsextremer Szenen eine berufliche Zukunft finden, ohne ihre bisherige weltanschaulich-politische Orientierung aufzugeben. Das vom IIIW propagierte Modell einer Verbindung von Weltanschauung, Politik und Familiennetzwerken erscheint vor diesem Hintergrund für die Generation der rund 40-jährigen Aktivisten eine Option zu sein, ein lebensweltlich verlässliches Binnenmilieu zu schaffen.⁶³ Das könnte bedeuten, dass über längere Zeiträume mit Aktivitäten aus den mit der Kleinstpartei assoziierten sozialen Netzwerken zu rechnen sein wird. Repräsentanten des IIIW in einem mittleren Lebensalter können für Jüngere die Rolle des Vorbilds und der Orientierungsgröße einnehmen. Ihre vielfältigen Aktivitäten, Verurteilungen und Hafterfahrungen gelten als Beleg für die „Treue zur Sache“ und als Ausweis

⁶² Presseservice Rathenow <https://presseservicern.wordpress.com/2015/09/10/brandenburg-an-der-havel-parteifunktionaer-des-dritten-weges-wegen-volksverhetzung-verurteilt/>.

⁶³ Vgl. Erb, Rainer: Protestorganisation und Eventmanagement. Der Typus des rechtsextremen Bewegungsunternehmers, in: Andreas Klärner/ Michael Kohlstruck (Hg.): *Moderner Rechtsextremismus in Deutschland*, Hamburg 2006, S. 142-176.

persönlicher Authentizität. Die Gefahr des IIIW könnte in Zukunft darin bestehen, für „freie Radikale“ auf der Suche nach einer weltanschaulichen und politischen Heimat attraktiv zu sein.

Fazit

Die rechtsextreme Kleinpartei der IIIW basiert auf einer radikal völkischen Ideologie. Mit ihrer Formensprache erhebt sie den Anspruch auf nationale Größe und geschichtlichen Rang. Außenpolitisch orientiert sie sich an territorialen Gegebenheiten des späten 19. Jahrhunderts. Ihre gesellschafts- und staatspolitischen Ziele folgen agrarromantischen Autarkievorstellungen eines nationalistisch konzipierten Nationalstaats. Die Gruppierung will internationale Verflechtungen reduzieren und zielt auf eine ethnisch homogene Bevölkerung.

In Aufrufen, Flugblättern und Reden stellt sie Asylbewerber und andere Flüchtlinge als Gefahr für die Gesellschaft dar. Ihr Interesse gilt nicht pragmatischen Lösungen der gegenwärtigen Krise der Flüchtlingspolitik und nicht einer einvernehmlichen Integration von Migranten. Der IIIW konstruiert Feindbilder und ruft zur Feindschaft gegen Zuwanderer auf. Seine Propaganda vergiftet das soziale Klima und bereitet damit den Boden für offene Gewalttattacken.

Bildnachweis und Bildrechtsinhaber

Vordere Umschlagseite: Daniel Krüger

Beitrag Klein

Abb. 1 Gerhard Göschel

Abb. 2-8 Presseservice Rathenow

Beitrag Lorenz/ Lorenz

Abb. 1-5 Karin Lorenz/ Jürgen Lorenz

Beitrag Nienhuisen

Abb. 1 Aktionsbündnis Halbe

Abb. 2 Ruth Wagner

Abb. 3 Marek Schaller

Abb. 4, 6, 8, 10, 11, 14, 15 Andrea Nienhuisen

Abb. 5, 9 Frank Rauhut

Abb. 7 Annette Braemer-Wittke

Abb. 12 und 13 Charlotte Wittke und Laura Martin

Abb. 16 Ronald Baer

Beitrag Scuteri

Abb. 1 Presseservice Rathenow

Abb. 2 Sören Kohlhuber

Beitrag Kschenka

Abb. 1-3 www.npd-lausitz.de

Beitrag Wilking

Abb. 1 Deutschland-Bildheft Nr. 292, Berlin 1933

Abb. 2, 3, 5 Dirk Wilking

Abb. 4 MBT Cottbus

Beitrag Kohlstruck/Lingk

Abb. 1 und 2 Presseservice Rathenow

Demos – Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung

Geschäftsstelle Potsdam

Zum Jagenstein 1
14478 Potsdam
Tel.: 03 31 / 7 40 62 46
Fax: 03 31 / 7 40 62 47

Geschäftsführer: Dirk Wilking
Tel.: 01 73 / 6 46 88 63
Email: wilking@big-demos.de
Büroleiterin: Angela Kühne
Tel.: 01 73 / 6 48 95 81
Email: geschaeftsstelle@big-demos.de
www. www.gemeinwesenberatung-demos.de

Wissenschaftliche Beratung

Dr. Michael Kohlstruck
TU Berlin, Zentrum für Antisemitismusforschung
Tel.: 0 30 / 3 14-2 58 38
Fax: 0 30 / 3 14-2 11 36
Email: michael.kohlstruck@tu-berlin.de

Regionalbüros der Mobilen Beratungsteams (MBT)

Regionalbüro *Angermünde*
Berliner Str. 77
16278 Angermünde
Landkreise Barnim und Uckermark
Tel.: 0 33 31 / 29 99 80
Fax: 0 33 31 / 29 99 81
Email: mbt-angermuende@big-demos.de
Karin Lorenz, Tel.: 01 73 / 8 72 33 64
Jürgen Lorenz, Tel.: 01 72 / 3 96 10 36

Regionalbüro *Cottbus*
Friedensplatz 6
03058 Cottbus OT Gallinchen
Landkreise Elbe-Elster, Oberspreewald-Lausitz, Spree-Neisse sowie die kreisfreie Stadt Cottbus
Tel.: 03 55 / 4 30 24 41
Fax: 03 55 / 4 99 37 50
Email: mbt-cottbus@big-demos.de
Susanne Kschenka, Tel.: 01 70 / 5 25 59 91
Daniel Krüger, Tel.: 01 51 / 20 05 64 98

Regionalbüro *Frankfurt (Oder)*
Wieckestr. 1a, Post: PF 1344
15230 Frankfurt (Oder) 15203 Frankfurt (Oder)
Landkreise Märkisch-Oderland und Oder-Spree sowie die kreisfreie Stadt Frankfurt (Oder)
Tel.: 03 35 / 5 00 96 64
Fax: 03 35 / 5 00 96 65
Email: mbt-ff@big-demos.de
Robin Kendon, Tel.: 0177 / 4 11 61 30
Ray Kokoschko, Tel.: 0172 / 3 26 22 33

Regionalbüro *Neuruppin*
Alt Ruppiner Allee 40
16816 Neuruppin
Landkreise Prignitz, Ostprignitz-Ruppin und Oberhavel
Tel.: 0 33 91 / 35 91 89
Fax: 0 33 91 / 65 93 32
Email: mbt-neuruppin@big-demos.de
Gabriele Schlamann, Tel.: 01 73 / 6 32 69 19
Nicola Scuteri, Tel.: 01 70 / 5 43 50 63

Regionalbüro *Potsdam*
Am Kanal 49
14467 Potsdam
Landkreise Potsdam-Mittelmark, Havelland, kreisfreie Städte Brandenburg und Potsdam
Tel.: 03 31 / 5 05 88 83
Fax: 03 31 / 5 05 88 84
Email: mbt-potsdam@big-demos.de
Markus Klein, Tel.: 01 63 / 8 81 55 74
Frauke Postel, Tel.: 01 73 / 9 77 29 15

Regionalbüro *Trebbin*
Bahnhofstraße 44
14959 Trebbin
Landkreise Teltow-Fläming und Dahme-Spreewald
Tel.: 03 37 31 / 3 29 09
Fax: 03 37 31 / 3 29 08
email: mbt-trebbin@big-demos.de
David Driese, Tel.: 0176 / 2099 5006
Andrea Nienhuisen, Tel.: 0172 / 6 07 69 14

Themen von „Einblicke V“ sind die kommunalen Diskurse bei der Aufnahme von Flüchtlingen, aktuelle Entwicklungen im Rechtsextremismus, Impulse für eine erweiterte demokratische Partizipation sowie die Erfahrungen von Bürgerbündnissen und Initiativen.

Die Ausrichtung der MBT-Beratungspraxis hat ihr Profil bewahrt: Angestrebt wird eine aufgeschlossene und konfliktbejahende Inklusion aller politischen Strömungen und gesellschaftlichen Gruppen, soweit sie sich nicht selbst als erklärte Feinde der demokratischen Ordnung verstehen.